

PADERBORNER HISTORISCHE MITTEILUNGEN

Verein für Geschichte an der
Universität Paderborn



Jg. 28, 2015

Titelbild:

Erster Weltkrieg: Betreuung von durchreisenden Soldaten auf einem Bahnhof in Ostpreußen. Helferinnen vom Roten Kreuz reichen den Soldaten im Zug Lebensmittel und Zeitungen - ohne Jahresangabe. Foto: DRK

IMPRESSUM

Paderborner Historische Mitteilungen Nr. 28 (PHM), 2015

Herausgeber: Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.
Stettiner Str. 40–42, 33106 Paderborn

Dr. Michael Wittig, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Eva-Maria Seng

Redaktion: Dr. Guido M. Berndt, Adam-Klein-Str. 145, 90431 Nürnberg
Dennis Bienkowski, Kleine Penzlinger Straße 2, 33102 Paderborn.

Franziska Lemke B.A., Bergstraße 1, 33098 Paderborn

Michaela Anna Mehlich, Kamp 37, 33098 Paderborn

PD Dr. Mareike Menne, Müllmersberg 2, 33154 Salzkotten

Dr. Joachim Ruffer, Endloser Weg 16, 59494 Soest

Christina-Maria Selzener, Im Aatal 16, 33181 Bad Wünnenberg

PD Dr. Michael Ströhmer, Eichendorffstraße 3d, 33014 Bad Driburg

Sandra Venzke, Ledeburstraße 9 a, 33102 Paderborn

Ulrike Voss M.A., Lindenstr. 11, 59597 Erwitte/Bad Westernkotten

Dennis Wegener, Im Stehbusch 2, 33181 Bad Wünnenberg

E-Mail-Adresse: Michael.Strochmer@upb.de

ISSN: 1867-7924

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren verantwortlich.

Inhalt

Aufsätze

- DIETER RIESENBERGER, Das Deutsche Rote Kreuz im Ersten Weltkrieg.....4
- BJÖRN HEERDEGEN, BENEDIKT NEUWÖHNER, JAN KULÜKE UND SEBASTIAN MÜLLER,
Westfälisch-lippische Tagespresse im Vorfeld des Ersten Weltkriegs: ein Faktor der
außenpolitischen Dramatisierung und des Kriegsausbruchs?.....20
- LARS WOLFRAM, Die Fehden der Gräfin Adela von Hamaland.....52

Miszellen

- ANNA MICHEL, Blättern im Kulturerbe – Zur Ausstellbarkeit immaterieller
Aspekte im virtuellen Raum.....74
- THERESA LENNERT, Hinter der Front. Der Erste Weltkrieg in Westfalen.
22. Tagung „Fragen der Regionalgeschichte“. Universität Paderborn -
Historisches Institut (8.11.2014).....85

Rezensionen92

- GERHARD LUDWIG KNEISSLER/ GEORG KORTING: Geschichte des Jesuitenkollegs in Büren.
Kommentierte Übersetzung der „Historia Collegii Bürensis“ (*Wittig*) – WALTER STRÜMPER:
Calenberg. Edelherren – Bauern – Bürger. Von der Holsterburg zum Calenberg. Ein Bei-
trag zur westfälisch-hessischen Landesgeschichte im Diemelraum und der Geschichte des
Ortes Calenberg (*Wittig*) – HANS JÜRGEN BRANDT / KARL HENGST: Geschichte des Erz-
bistums Paderborn, Bd. 4: Das Bistum Paderborn 1930 – 2010 (*Wittig*) – JOSEF MEYER ZU
SCHLOCHTERN (Hg.): Die Academia Theodoriana. Von der Jesuitenuniversität zur Theologi-
schen Fakultät Paderborn 1614-2014 (*Wittig*) – MICHAEL LAGERS: Der Paderborner Stiftsadel
bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts. Untersuchungen zum Auf- und Ausbau niederadeliger
Machtstrukturen (*Rißler*)

Autorenverzeichnis110

Berichte.....111

- KARL HÜSER, Studienfahrt des VfG nach Danzig/ Gdansk vom
6. bis zum 10. August 2014.....111
- MICHAEL WITTIG, Habilitation und Antrittsvorlesung Mareike Menne.....116
- MICHAEL WITTIG, Familienausflug 2014: Emsquellen – Senne – Rietberg.....116
- MICHAEL WITTIG, Schülerpreis VfG.....118

Vereinsmitteilungen120

Das Deutsche Rote Kreuz im Ersten Weltkrieg

von Dieter Riesenberger

I. Vorbemerkungen

Im Jahre 2014 gedachte man nicht nur des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren; man gedachte ebenfalls – wenn auch lange nicht so häufig – der „Genfer Konvention betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen“, die vor 150 Jahren, am 22. August 1864, im Sitzungssaal des Genfer Rathauses von zwölf Staaten unterzeichnet wurde. Inzwischen haben fast alle Staaten diesem Abkommen zugestimmt. Die Verbesserung der Lage der im Krieg verwundeten Soldaten besteht im Schutz aller Sanitätsdienste, also der militärischen und der freiwilligen Sanitätsdienste sowie der Sanitätsinstitutionen. Für diesen Schutz, „Neutralisierung“ genannt, sind von den zehn Artikeln des Genfer Abkommens folgende Artikel bedeutsam:

Art. 1: „Die leichten und die Haupt-Feldlazarette sollen als neutral anerkannt und demgemäss von den Kriegführenden geschützt und geachtet werden, solange sich Kranke oder Verwundete darin befinden. [...]“

Art. 2: Das Personal der leichten und Haupt-Feldlazarette, inbegriffen die mit der Aufsicht, der Gesundheitspflege, der Verwaltung, dem Transport der Verwundeten beauftragten Personen, sowie die Feldprediger, nehmen so lange an der Wohltat der Neutralität teil, als sie ihren Verpflichtungen obliegen oder als Verwundete aufzunehmen oder zu versorgen sind.

Art. 3: Die im vorhergehenden Artikel bezeichneten Personen können selbst nach der feindlichen Besitznahme fortfahren, in den von ihnen bedienten leichten und Haupt-Feldlazaretten ihrem Amte obzuliegen, oder sich zurückziehen, um sich den Truppen anzuschliessen, zu denen sie gehören.“¹

Art. 7 bestimmt, dass Fahne und Armbinde mit dem roten Kreuz auf weißem Grund als Schutz- und Neutralitätszeichen für Feldlazarette, Verbandsplätze und Depots sowie für das Sanitätspersonal anerkannt werden.²

Die Genfer Konvention vom August 1864 – die erste völkerrechtliche Vereinbarung überhaupt, der weitere völkerrechtliche Konventionen folgen sollten, – ist das Ergebnis der Tatkraft Henry Dunants und der von ihm mitgegründeten Institution, des Genfer „Internationalen Komitees vom Roten Kreuz“. Dieses Komitee wurde in Genf im Februar 1863 ins Leben gerufen, um die von Henry Dunant in seiner Schrift „Eine Erinnerung an Solferino“ (1862) unterbreiteten Vorschläge für eine Organisation zur Verbesserung der Lage von Kriegsverwundeten zu realisieren. Eine intensive Werbung machte es möglich, dass ein

1 RIESENBERGER, Dieter/ RIESENBERGER Gisela: Rotes Kreuz und Weiße Fahne. Henry Dunant 1828-1910. Der Mensch hinter seinem Werk, Bremen 2011, S. 94.

2 Vgl. RIESENBERGER/ RIESENBERGER: Rotes Kreuz, S. 94.

Privatmann – Henry Dunant – und eine nichtstaatliche Einrichtung – das Internationale Komitee in Genf – innerhalb nur eines Jahres eine internationale Konferenz mit 36 Vertretern aus 16 Staaten, hauptsächlich führenden Militärärzten, im Oktober 1863 in Genf abhalten konnten. Es wurden Beschlüsse gefasst, die von den Regierungen ratifiziert werden mussten. Dies ist die Geburtscharta der Rotkreuzbewegung. Die wichtigsten Beschlüsse dieser ersten internationalen Rotkreuzkonferenz, die noch heute in der Zusammensetzung von Vertretern der nationalen Rotkreuzorganisationen und von Vertretern der souveränen Staaten gelten, lauten:

Art. 1: „Es besteht in jedem Lande ein Ausschuß, dessen Aufgabe es ist, in eintretenden Kriegszeiten mit allen in seiner Macht stehenden Mitteln bei dem Sanitätsdienst der Heere mitzuwirken. [...]

Art. 3: Jeder Ausschuß muß sich mit der Regierung seines Landes in Verbindung setzen, auf daß seine Dienstaneerbietungen eintretendenfalls angenommen werden.

Art. 4: In Friedenszeiten beschäftigen sich die Ausschüsse und Sektionen [also die nationalen Rotkreuzorganisationen und das nationale Zentralkomitee] mit dem, was nötig ist, um sich im Kriege wahrhaft nützlich machen zu können, besonders indem sie materielle Hilfsmittel aller Art vorbereiten und freiwillige Krankenpfleger zu bilden und zu unterrichten suchen.

Art. 5: Im Kriegsfall leisten die Komitees der kriegführenden Nationen [...] ihren betreffenden Armeen Hilfe; besonders organisieren sie die freiwilligen Krankenpfleger [...] und lassen, im Einvernehmen mit der Militärbehörde, Lokale zur Pflege der Verwundeten in Bereitschaft setzen. [...]

Art. 6: Auf den Ruf oder mit Zustimmung der Militärbehörde schicken die Ausschüsse freiwillige Helfer auf das Schlachtfeld. Sie stellen sie dann unter die Leitung der militärischen Führer.“³

Auf dieser Rotkreuzkonferenz beschloss man also, in den souveränen Staaten eine Rotkreuzorganisation zu gründen. Als einer der ersten Staaten kam Preußen dieser Verpflichtung nach, und bereits am 6. Februar 1764 bildete sich ein „Centralkomitee des Preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“. Unmittelbar nach der Genfer Rotkreuzkonferenz beschloss man in Berlin:

„I. In Friedenszeiten die für einen Kriegsfall erforderlichen Vorbereitungen zur Pflege der Verwundeten und Kranken zu treffen:

- a. durch Sammeln von Geldmitteln;
 - b. durch Anschaffung des nötigen Materials;
 - c. durch Ausbildung von Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen;
- [...];

3 KAHN, Daniel-Erasmus: Das Rote Kreuz. Geschichte einer humanitären Weltbewegung, München 2013, S. 33.

II. in Kriegszeiten im Anschlusse an die militärische Sanitätsverwaltung bei der Heilung und Pflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger mitzuwirken:

- a. durch Errichtung von Lazaretten in der Nähe des Kriegsschauplatzes;
- b. durch Entsendung von Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen;
- c. durch Hilfsleistung bei der Fortschaffung der Verwundeten vom Schlachtfelde mittels eines besonderen Personals;
- d. durch Verstärkung der Vorräte an Verbandmaterial und Lebensmitteln in den Lazaretten;

[...].⁴⁴

Warum haben Staaten, in erster Linie Preußen, so schnell und konsequent innerhalb eines Jahres auf die Vorschläge des Internationalen Komitees in Genf reagiert? Warum waren die Staaten innerhalb eines Jahres dazu bereit, eine international bindende, d. h. völkerrechtliche Konvention zum Schutz der verwundeten und erkrankten Soldaten zu unterschreiben?

1. In der Schlacht von Solferino kämpften 170.000 Österreicher und 150.000 Franzosen gegeneinander; 5.000 Soldaten wurden getötet, 25.000 wurden verwundet und verstarben unter der sengenden Hitze und dem Dauerregen elendiglich. Der lange Zeit vernachlässigte militärische Sanitätsdienst war völlig überfordert, zudem größtenteils unqualifiziert. Das stellte nicht nur Henry Dunant, der am 25. Juni 1859 zufällig das Schlachtfeld beobachtet und Hilfe organisiert hatte, in „Eine Erinnerung an Solferino“ (1862) fest; das Versagen der militärischen Sanitätsdienste hat auch Helmuth von Moltke, seit 1857 Chef des Preußischen Generalstabs, im Generalstabswerk „Der italienische Feldzug des Jahres 1859“ (1863) gründlich analysiert. Kronprinz Wilhelm berief 1860 eine Kommission zur Neuregelung des Feldlazarettwesens ein. Führende Militärs und Militärärzte kamen zu der Überzeugung, dass bei Kriegen mit Massenarmeen die militärischen Sanitätskräfte niemals ausreichen würden.⁵

2. Die politische Ordnung des Wiener Kongresses 1815, die auf der Solidarität der Großmächte Russland, Frankreich, England, Österreich und Preußen beruhte, war mit dem Krimkrieg 1853-1856 zwischen Russland, England und Frankreich sowie mit dem Krieg in Oberitalien zwischen Frankreich und Österreich zerbrochen. Der Krieg war nach Europa zurückgekehrt. Es herrschte Kriegsangst und die Armeen wurden aufgerüstet. Man rechnete mit weiteren Kriegen.

3. Die Soldaten waren nicht mehr Söldner, sondern waren nun „Landeskinder“, Söhne, Väter und Brüder; für sie musste gesorgt werden, sollten Kriege von der Bevölkerung akzeptiert und mitgetragen werden – das ist, um es überspitzt zu sagen, der politische Kern der Bestrebungen nach einer „Humanisierung des Krieges“.

4 Der Sanitätsdienst bei den Deutschen Heeren im Kriege gegen Frankreich 1870/71. Hrsg. von der Militär-Medicinal-Abtheilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums, Berlin 1884, S. 400f.

5 Vgl. RIESENBERGER, Dieter: Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864-1990, Paderborn 2002, S. 36, sowie RIESENBERGER/ RIESENBERGER: Rotes Kreuz, S. 82.

4. Die rasche Verbreitung gerade der Frauenvereine vom Roten Kreuz in Preußen und in den anderen deutschen Staaten beruhte auf der Existenz der zahlreichen Herrscherhäuser in Deutschland. In fast allen deutschen Staaten übernahmen die Frauen der regierenden Fürsten das Protektorat über die auf ihre Initiative hin gegründeten Frauenvereine. Dieses Engagement bot den Fürstinnen, den adligen, den großbürgerlichen und den bürgerlichen Damen eine standesgemäße Form der sozialen Tätigkeit; umgekehrt gewannen die Rotkreuzvereine dadurch an gesellschaftlicher Reputation. Diese Wechselwirkung verstärkte sich, als Kaiserin Augusta ab 1889 die Tätigkeit der Rotkreuzarbeit „zur Vermehrung der Volkstümlichkeit“ auch auf Probleme der Gesundheitsvorsorge, der Armenfürsorge sowie bei Naturkatastrophen ausweitete – als Übungsfeld für den Ernstfall ‚Krieg‘.

II. Das Deutsche Rote Kreuz, Rückgrat der Heimatfront

Das DRK zählte bei Kriegsbeginn 1.083.000 Mitglieder, die in 6.297 Vereinen organisiert waren. Sie verteilten sich auf:

3.000 Frauenvereine mit 800.000 Mitgliedern

2.200 Sanitätskolonnen mit 74.000 Mitgliedern

1.007 Männervereine mit 195.000 Mitgliedern

Hinzu kamen die dem DRK angeschlossenen 80 Verbände der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger mit 12.000 Mitgliedern und 10 Samaritervereine mit 2.000 Mitgliedern.

Diese Zahlen sind zweifellos beeindruckend. Dennoch wies der Kaiserliche Kommissar der freiwilligen Krankenpflege darauf hin, dass neue Anstrengungen nötig seien, als im Jahr 1913 das bis dahin größte Rüstungspaket geschnürt wurde, das 136.000 Planstellen für das Heer vorsah. Das DRK beschloss eine reichsweite Rotkreuzsammlung für den „Ausbau der Bereitschaft für den Heeressanitätsdienst“; das Geld sollte vor allem für den Ankauf von Automobilen verwendet werden. Die Sammlung begann im Mai 1914, wurde bei Kriegsbeginn abgebrochen, jedoch in den Jahren 1916 und 1918 wiederaufgenommen. Hinzu kamen Finanzmittel aus Lotterien des Preußischen und des Bayerischen Roten Kreuzes.⁶

Bei der vaterländisch-monarchistischen Fixierung des DRK war es selbstverständlich, dass es in die allgemeine, wenn auch inzwischen relativierte Kriegsbegeisterung einstimmte. Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz und der Hauptvorstand des Vaterländischen Frauenvereins erließen Aufrufe an ihre Mitglieder und an die Bevölkerung: „In diesem Kampfe, der unserem geliebten Vaterlande in diesen Tagen aufgenötigt worden ist, den Deutschland nicht gesucht hat, den es aber auskämpfen muß mit Aufbietung aller Kräfte, des letzten Mannes und der letzten Frau, weil es den Kampf um unsere Existenz gilt, weil wir das Erbe unserer Väter verteidigen müssen gegen scheelsüchtige Feinde, unsere Kultur gegen asiatisches Barbarentum: in diesem Kampfe hat das DRK eine gewaltige nationale Aufgabe zu erfüllen [...]“.⁷

6 Vgl. RIESENBERGER, Das Deutsche Rote Kreuz, S. 124f.

7 Das Rote Kreuz, 1. Kriegsnummer vom 16. August 1914 (o. S.).

Die Bevölkerung wurde zu Spenden für Verwundete und Kranke aufgerufen, und die Rotkreuzvereine richteten Geld- und Materialsammelstellen ein. Immer wieder beteuerte das DRK in Aufrufen und Grußadressen seinen Einsatzwillen, wobei man vor Geschmacklosigkeiten nicht zurückschreckte. So etwa, wenn man den Kaiserlichen Kommissar der freiwilligen Krankenpflege als „General der Armee der Liebe“ bezeichnete oder wenn sich in feudalistischer Manier der Vaterländische Frauenverein als „Armee der Kaiserin“ verstand. Schon im Jahr 1915 erhob das Rote Kreuz den Anspruch, das „Rückgrat des Heeres“ zu sein: „Es ist die zusammengefaßte allgemeine ‚Dienstpflicht‘ aller nicht Wehrpflichtigen. Hier kann und muß jeder Deutsche, ob Mann oder Frau, Greis oder Kind, Gesunder oder Kranker, dienen, um damit dem Vaterlande zum Siege zu verhelfen.“⁸ Damit forderte das DRK schon im zweiten Kriegsjahr eine Generalmobilisierung des Volkes, die dann 1917 mit dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz realisiert wurde.

Der Sedantag, der 2. September, wurde 1915 besonders festlich begangen, bis in die Kinderstationen der Krankenhäuser hinein: „Unsere Kinderchen waren Feuer und Flamme, und ihr Eifer, den sie allen Geschehnissen entgegenbringen, ist rührend. Ja, heilige Flamme, glüh‘, glüh‘ und erlöse nie.“ Die Kinder zogen in geordneten Reihen, den Papierhelm auf dem Kopf, brennende Lampions in der Hand, durch die Soldatenstationen, vorbei „an den Betten schwerkranker Krieger. Manch dankbarer Blick aus den Augen unserer Tapferen traf unsere frohen Kleinen, die nun auch die braven Krieger sehen durften, für die wir Schwestern sie beten lehrten.“⁹

Der Vaterländische Frauenverein beschloss 1916 die Gründung von Jugendabteilungen; es sei vom „nationalen wie vom sozialen Standpunkte aus“ notwendig, dass „die jungen Mädchen aller Stände fähig gemacht werden [...], unser deutsches Volkstum zu erhalten und auszubauen.“¹⁰ Hauptanliegen sollte die Ausbildung in Hauswirtschaft, Säuglings- und Kinderpflege sein, wichtig für die Familie wie auch für die Gesellschaft. Es ging aber nicht nur um die Mitwirkung in der Kriegswohlfahrtspflege; man wollte die weibliche Jugend für den Krieg als solchen gewinnen, man wollte ihr „stahlharte und doch glühende Herzen geben, daß diese große Zeit auch sie als wertvolle Mitarbeiter habe.“¹¹

Seit dem 25. November 1916 legten die Vaterländischen Frauenvereine Listen der Mitglieder an, die bereit waren, sich an der „Vaterländischen Hilfsarbeit“ zu beteiligen: als „Fabrikpflegerinnen, Wohnungspflegerinnen, Pflegerinnen von Arbeiterinnenheimen, Leiterinnen von Arbeiterinnenkantinen, Begleiterinnen für Arbeiterinnentransporte [...], Leiterinnen und Hilfskräfte für Säuglingsheime, Kinderhorte, Schulpfegerinnen zur Begleitung von Stadtkindern auf das Land und ihre Betreuung an Ort und Stelle, Bürotätigkeit in sozialer Fürsorge usw.“¹²

8 ANONYMUS: Das Rote Kreuz, in: Das Rote Kreuz 1 (1915), S. 7.

9 SCHWESTER ELLA UND KLÄRE in Barmen: Sedanfeier im Kriegsjahr 1915 auf unserer Kinderstation, in: Das Rote Kreuz 23, S. 787.

10 HOF RAT NITZ: Die Mitarbeit der weiblichen Jugend im Vaterländischen Frauen-Verein, in: Das Rote Kreuz 17 (1916), S. 581.

11 PFARRER DR. LÜTHER: Ran an den Feind. Ansprache auf einem Jugendabend in Charlottenburg, in: Das Rote Kreuz 9 (1917), S. 233.

12 Rundschreiben des Hauptvorstandes des Vaterländischen Frauenvereins vom 16.3.1917, in: Das Rote

Um die Verbindung zwischen Front und Heimat zu vertiefen und um die Spannkraft der Soldaten zu erhalten, initiierte das Zentralkomitee vom Roten Kreuz eine „Deutsche Volksspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte“. Man bildete einen Ehrenausschuss, dem u. a. Kriegsminister von Stein, der Erste Generalquartiermeister Erich Ludendorff und der Chef der Hochseestreitkräfte Admiral Scheer angehörten; die Ehrenpräsidentschaft übernahm auf Vorschlag des Rotkreuzvorsitzenden von Pfuel der Generalfeldmarschall von Hindenburg. Bis zum 1. März 1917 konnten rund 10 Millionen Bücher an die Front, in die Etappe und in Lazarette verschickt werden. Ab Anfang Januar gab es auch für die Soldaten fahrbare Kriegsbüchereien mit je 1.000 Büchern an Lesefutter, von den Soldaten in Analogie zu „Gulaschkanone“ auch „Bildungskanon“ genannt.¹³

Die Vielfalt der Aufgaben spiegelt sich in der wachsenden Zahl der beim Zentralkomitee angesiedelten Abteilungen. Im letzten Kriegsjahr gab es 22 Abteilungen, in denen 700 Mitarbeiter beschäftigt waren, davon etwa die Hälfte ehrenamtlich. Besonders wichtig war die Betreuung der Kriegsgefangenen, die das DRK gemäß Art. 14 der Haager Landkriegsordnung von 1907 übernahm, sowie der Informationsaustausch mit der Agentur des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Bern über Gefangene und vermisste Soldaten.

Im Laufe der Kriegsjahre wuchs das DRK immer mehr in die Rolle einer nationalen Hilfsorganisation hinein. Im Rückblick waren die vier Kriegsjahre für das Rote Kreuz die Zeit der „größten Kräfteanspannung“, die Zeit der „höchsten Leistungen“, die Periode der „höchsten Blüte“ – eine kritische Reflexion darüber, ob man nicht dazu beigetragen hat, die Kriegsmaschinerie aufrechtzuerhalten, fand jedoch nicht statt. Und daran, dass Henry Dunant im Jahre 1901 zusammen mit dem Franzosen Frédéric Passy den erstmals verliehenen Friedensnobelpreis erhalten hat, erinnerte man sich nicht.

III. Die Krankenschwestern vom Roten Kreuz

Die beiden wichtigsten Einrichtungen des Roten Kreuzes waren die Schwesternschaften vom Roten Kreuz und die Sanitäts- und Rettungskolonnen.¹⁴ Bei Kriegsbeginn konnte der *Kaiserliche Kommissar* und Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege direkt nur auf die 12.000 Schwestern vom Roten Kreuz und die Krankenschwestern der Ritterorden (Malteser, Johanniter und St. Georgs-Orden) zurückgreifen. Der freiwilligen Kriegskrankenpflege

Kreuz 7 (1917), S. 170.

- 13 Ausführliche Angaben bei SCHEFFEN, Wilhelm: Die Liebesarbeit für unsere Feldgrauen. Die Arbeiten der Inneren Mission und verwandter Bestrebungen, Leipzig 1917, S. 84f.; S. 94; S. 139; S. 91. Siehe auch BOGENG, G. A. E., Entwicklung und Kriegstätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes, in: Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank 81/82 (1917), S. 74.
- 14 Zur Geschichte der Krankenschwestern vom Roten Kreuz vgl. RIESENBERGER, Dieter: Zur Professionalisierung und Militarisierung der Schwestern vom Roten Kreuz vor dem Ersten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 53, H. 1 (1994), S. 49-72; RIESENBERGER, Dieter: Im Dienst des Krieges – im Dienst des Friedens. Zur Geschichte der Krankenschwestern vom Roten Kreuz im Ersten Weltkrieg, in: ECKART, Wolfgang U./ GRADMANN, Christoph (Hgg.): Die Medizin und der Erste Weltkrieg, Pfaffenweiler 1996, S. 23-43. Zu den Sanitätskolonnen gibt es meines Wissens keine weiterführende Literatur.

standen zwar grundsätzlich auch 26.000 katholische Ordensschwestern (nach der Berufszählung von 1907) und 14.000 evangelische Diakonissen zur Verfügung; ihr Einsatz war aber von der Einwilligung der Orden bzw. Diakonien abhängig. Die übrigen 28.000 Berufskrankenschwestern waren zur freiwilligen Kriegsrankenflege nicht zugelassen, weil sie als unzuverlässig angesehen waren. Den ausschließlichen Einsatz von Mutterhauschwestern in der freiwilligen Kriegsrankenflege begründete man mit dem Hinweis auf deren sozial-ethische Motivation, die man den auf Verdienst angewiesenen Berufskrankenschwestern gegenüberstellte. Gerade der Weltkrieg „in seiner gewaltigen Länge und Ausbreitung“ bewiese, dass wahre Rankenflege „keine Gleichstellung mit irgend einem anderen Beruf verträgt“, dass sie „allerhöchste[n] Forderungen“ genügen müsse. Technisches Können und fachliche Tüchtigkeit allein seien lediglich „Unterstufen, die erst nach verständnisvollster intensiver ethisch-religiöser Erziehung zur höheren Stufe der vollwertigen Schwestern führen.“¹⁵ Diese Erziehung könne aber nur von einem Mutterhaus, dem „Mittelpunkt alles geistigen, ethischen und sozialen Lebens“¹⁶, geleistet werden, denn eine freie Schwester „gibt nichts auf, ist selbständig, nimmt nur Pflegen an, die ihr zusagen oder viel einbringen, kurz, für sie ist das Nützlichkeitsprinzip maßgebend. Wo bleibt da das Wesen der Schwester, deren oberster Grundsatz völlige Aufgabe des eigenen Ich, Hingabe an die große Sache und nie ermüdende Opferwilligkeit ist oder sein muß?“¹⁷ Diese Einstellung führte dazu, dass bis April 1915 mehr als 500 Berufskrankenschwestern nach Österreich auswichen und dort in Lazaretten arbeiteten, während in Deutschland schlecht ausgebildete Hilfskräfte eingesetzt werden mussten – ein Zustand, der in der Presse sarkastisch kommentiert wurde: „Zur Abwehr der Pflegewut mancher Damen soll in den Lazaretten ans Bett der Schwerkranken ein Schild gehängt werden: ‚Heute zu krank, um gepflegt zu werden.‘“¹⁸

Die „Pflegewut“ war das Ergebnis von Aufrufen an die weibliche Bevölkerung, sich in der Rankenflege zu Helferinnen ausbilden zu lassen. Damit versuchte man, den absehbaren Mangel an voll ausgebildeten Krankenschwestern zu kompensieren. Neben den 6.000 voll ausgebildeten Krankenschwestern verfügte das Rote Kreuz über 1.000 Hilfsschwestern und 7.000 Helferinnen. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass nach früheren Vereinbarungen nur die Hälfte der vorhandenen Kräfte für den unmittelbaren Kriegsbedarf eingesetzt werden durfte, da nicht alle aus ihren bisherigen Tätigkeiten abgezogen werden konnten.

Die Aufrufe, sich zur Helferin ausbilden zu lassen – die Ausbildungszeit umfasste lediglich vier Wochen – fanden eine überraschend große Resonanz: „Der weiblichen Natur lag das Gebiet der Rankenflege am nächsten: so entstand bei Zehntausenden der Wunsch, sich als Schwester zu betätigen. Wie eine Epidemie griff damals die Ausbildungswut um sich.“¹⁹ Allein in Groß-Berlin wurden 1914 über 100 Ausbildungskurse angeboten, im Bay-

15 VON STRAMBERG: Was müssen wir für unsere Mutterhauschwestern nach dem Krieg anstreben? in: Das Rote Kreuz 7 (1917), S. 179.

16 Vom Berufskampf der Rankenflegerinnen. In: Das Rote Kreuz 9 (1916), S. 305.

17 VON STRAMBERG: Mutterhauschwestern, S. 179.

18 CAEMMERER, Ch. v.: Berufskampf der Rankenflegerin in Krieg und Frieden, München 1915, S. 18.

19 SCHIFF, A.: Die Stellung der freiwilligen weiblichen Hilfskräfte im Dienst der Rankenflege, in: Das

erischen Roten Kreuz mehr als 7.500 Helferinnen ausgebildet. Gemäß den Übergangsbestimmungen dauerte die Ausbildung zur Helferin ganze vier Wochen; die zur Hilfsschwester sechs Wochen ohne Prüfung, allerdings mit einer anschließenden sechsmonatigen Bewährung im Kriegsdienst. Hilfsschwestern wiederum konnten nach sechsmonatiger Ausbildung und Prüfung vor einer staatlichen Kommission als Vollschwestern eingestellt werden.²⁰ Von den Aufrufen, sich als Helferin ausbilden zu lassen, fühlten sich vor allem junge Haustöchter aus bürgerlichen Kreisen angesprochen, schon weil sie „am leichtesten abkömmlich“ waren.²¹ Sie waren dem „romantischen Zauber“ verfallen, der vom Bild der „aufopfernden Pflege des verwundeten Kriegers durch die fürsorglich waltende Hand der mitfühlenden Frau“ ausging, ein Bild, das man lange Zeit vermittelte. Als sich zum Beispiel zwei junge Mädchen im Kriegsministerium zur Kriegskrankenpflege meldeten und vom Pförtner erfuhren, dass sie wohl als Hilfskräfte für Küchenarbeiten, Kinderversorgung usw. eingesetzt würden, waren sie „[s]tarr in ihrer Enttäuschung“, und „sichtlich entsetzt über diese Zumutung, drehen sich die beiden Mädchen [...] wortlos um und verschwinden!“²² Viele junge Frauen ließen sich auch aus Eitelkeit als Rotkreuzhelferin ausbilden, weil dieser Status gesellschaftliche Anerkennung brachte. Wie die Oberin Anna von Zimmermann 1916 berichtet, promenierten Helferinnen aus „besseren Kreisen“ im „keimfreien Humpelrock des Waschkleides [...], unter dem sich der mit durchsichtigem Strumpf bekleidete Fuß im Lackschuh präsentierte, während die ausgeschnittene Bluse mit der Roten-Kreuz-Brosche schloß und ein mode- oder sonst farbiger Mantel, mit Pelz verbrämt, von der weißen Haube auch im Winter auf der Straße gekrönt wurde.“²³ Mit Vorliebe trug ‚man‘ die Rotkreuz-Brosche zur „eleganten Abendtoilette in Theater und Konzert.“²⁴ Mit der Realität des Krieges an der Front oder in den Lazaretten in der Etappe hatte dies nichts mehr zu tun.

In der Etappe unterstanden die freiwilligen Pflegekräfte den ebenfalls ehrenamtlichen Etappendelegierten, die einerseits dem Etappeninspekteur unterstanden, andererseits dem Etappenarzt beigeordnet waren. Den Etappendelegierten wiederum unterstanden die Lazarett-, Krankentransport- und Depotdelegierten. Da die Tätigkeit der Etappendelegierten ehrenamtlich war, wurden sie nur für sechs Monate verpflichtet. Von den 344 Etappendelegierten gehörten etwa 220 dem Adel an; 75 waren Offiziere a. D., über 100 waren Rittergutsbesitzer, Fideikommiss- und Majoratsbesitzer. Etwa 150 Delegierte gehörten dem gehobenen Bürgertum an: Großkaufleute, Fabrikdirektoren, hohe Regierungsbeamte, Bankiers, Universitätsprofessoren. Die Auswahl der Etappendelegierten ist ein Spiegelbild der das Kaiserreich tragenden gesellschaftlichen Gruppen.²⁵

An der Westfront gestaltete sich der Einsatz der freiwilligen Pflege- und Hilfskräfte schwieriger als erwartet, weil sich durch den schnellen Vormarsch der deutschen Truppen

Rote Kreuz 16 (1917), S. 395.

20 Vgl. ZIMMERMANN, Anna v.: Die Hilfsschwester vom Roten Kreuz, Berlin 1915, S. 3.

21 Vgl. CAEMMERER, Berufskampf, S. 16.

22 Die deutsche Kriegskrankenschwester. In: Das Rote Kreuz 23 (1914), S. 436.

23 ZIMMERMANN, Die Hilfsschwester, S. 1f.

24 ZIMMERMANN, Anna v.: Unser berufliches und ehrenamtliches weibliches Krankenpflegepersonal vom Roten Kreuz in Gegenwart und Zukunft, in: Das Rote Kreuz 23 (1916), S. 780.

25 Vgl. RIESENBERGER, Das Deutsche Rote Kreuz, S. 141f.

das Etappengebiet immer wieder verlagerte. Rotkreuzschwestern wurden direkt in Kriegs- und Feldlazarette geschickt und so mit dem Kriegsgeschehen unmittelbar konfrontiert. Eine Krankenschwester schreibt: „In den letzten Tagen sehen wir nur Trauer und Leid. Die jungen Leute sterben wie die Fliegen. So hatten wir uns den Krieg doch alle nicht vorgestellt. Hier hören wir von morgens früh bis abends spät das Getöse der Kanonen. [...] Bei unserer Pflege haben wir auch noch viel Angst auszustehen.“²⁶

Die Verhältnisse an der Ostfront, an der zunächst nur 9 Divisionen der 8. Armee gegen 22 russische Divisionen standen, bedeuteten für die schwachen Kräfte der freiwilligen und der militärischen Krankenpflege eine große Belastung. Die freiwilligen Kräfte mussten von Anfang an dicht hinter der Front und in Feldlazaretten eingesetzt werden. Es gab an der Ostfront nur drei Etappen-delegierte mit je einem Transport- bzw. Begleit-/Depottrupp und fünf Delegierte mit je einem Lazarett-Trupp. Die Trupps hatten folgende Zusammensetzung²⁷:

Lazarett-Trupp	(nach 1914 erweitert)
1 Zugführer	(2)
1 Zugführer-Stellvertreter	(2)
3 Sektionsführer	(6)
36 Krankenpfleger	(72)
35 Krankenpflegerinnen	(90-100)
6 Köche bzw. Köchinnen	(10)
0 Laborantinnen	(10)

Begleit-Trupp	(nach 1914 erweitert)
4 Zugführer	(10)
4 Zugführer-Stellvertreter	(10)
12 Sektionsführer	(30)
144 Krankenpfleger	(360)
25 Krankenpflegerinnen	(63)

26 Brief von Schwester B. P. (undatiert; wahrscheinlich Herbst 1914), in: SENFLEBEN, E./ FOERSTER, W./ LIESNER, G. (Hgg.), *Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg. Das Buch der freiwilligen Krankenpflege*, Berlin 1934, S. 160.

27 Tabelle 1: Sanitätsbericht über das Deutsche Heer im Weltkriege 1914/18. I. Band, Berlin 1935, S. 329.

Transport-Trupp (nicht erweitert)	Depot-Trupp (nicht erweitert)
4 Zugführer	1 Zugführer
4 Zugführer-Stellvertreter	1 Zugführer-Stellvertreter
12 Sektionsführer	3 Sektionsführer
144 Krankenträger	36 Mann

Tabelle 1a) – d): Zusammensetzung der Lazarett-, Begleit-, Transport- und Depot-Trupps.

Deprimierend waren die Erfahrungen der Krankenschwestern der 9. Armee beim Rückzug im russischen Polen Ende Oktober 1914. Sie wurden mit Autos in das Feldlazarett bei Radom gebracht: „Die holprigen Straßen standen dicht voll mit den unmöglichsten Panjekarren, etwas Stroh auf dem Boden und darauf die schwerverwundeten Soldaten und Offiziere. [...] Dieses namenlose Elend vergesse ich nie. Wir wurden sofort eingestellt und arbeiteten vier Tage und Nächte mit kurzen Ruhestunden fast durch. Die Ärzte waren dauernd auf dem Posten und leisteten fast Unmögliches. [...] die drei Feldlazarette konnten wohl bis zu 1500 Mann versorgen, aber nicht 5000, die es zur Zeit waren. Drei Becher Tee gingen bei 100 Mann zum Beispiel herum [...] da kam der Räumungsbefehl. Das Schwerste war noch das Aussuchen der Transportfähigen. Daß die Hoffnungslosen zurückgelassen werden mußten, darüber kamen wir lange nicht fort.“²⁸ Anders als an der Westfront musste man hier gegen die Seuchengefahr ankämpfen. Die an Typhus, Cholera, Pocken und Scharlach Erkrankten mussten in Seuchenabteilungen versorgt werden. Eine einzige Schwester hatte fünf Tage lang 60 Kranke zu versorgen, alle mit „schweren Magen- und Darmerkrankungen, darunter auch einige Typhus-, Ruhr- und Cholerakranke. Leere Konservendosen dienten als Trinkgefäße, Granathülsen dienten als Urinflaschen.“²⁹

Der Übergang zum Stellungskrieg im Westen erleichterte nur scheinbar die Pflegeverhältnisse. Im Operationsgebiet gab es zwar bessere Unterkünfte, und in der Etappe konnten die Lazarette besser ausgebaut und ausgestattet werden. Doch stellten die massenhaften Verwundungen im Stellungskrieg das Pflegepersonal vor große Probleme: Es musste in der Regel die Verwundeten direkt von den Hauptverbandsplätzen übernehmen. Ein am 12. April 1916 eingesetzter Lazarett-Trupp vor Verdun hatte „viele Wochen hindurch 700 Zu- und Abgänge täglich bei noch unversorgtem [...] Verwundetenmaterial [sic] zu bewältigen“.³⁰ Die Flandernschlacht (30. Juli bis 10. Nov. 1917) forderte so viele Opfer, dass die Zahl der Feldlazarette von 2 auf 7 anstieg, die Zahl der Lazarettzüge von 2 auf 23; im Einsatz waren allein an dieser Stelle über 2.200 freiwillige Pflegekräfte.³¹ Besonders anstren-

28 Bericht der SCHWESTER KARLA FREHN VON WANGENHEIM, in: SENFLEBEN/ FOERSTER/ LIESNER (Hgg.), Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg, S. 175.

29 Brief von SCHWESTER HEDWIG, in: SENFLEBEN/ FOERSTER/ LIESNER (Hgg.), Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg, S. 190.

30 Bericht des Delegierten bei der Kriegslazarett-Abteilung 51 in: SENFLEBEN/ FOERSTER/ LIESNER (Hgg.), Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg, S. 177.

31 Vgl. Bericht des Etappendelegierten der 4. Armee, in: SENFLEBEN/ FOERSTER/ LIESNER (Hgg.), Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg, S. 177. Vgl. auch den Bericht des Delegierten bei der Kriegslazarett-

gend waren in der Endphase des Krieges die Nachtwachen. Eine Schwester schreibt: „Ganz unvergeßlich wird mir stets eine fünf Wochen lange Nachtwache bleiben, wo ich nach und nach 500 Grippekranke, besser gesagt Grippesterbende, zu bewachen und zu pflegen hatte. [...] Ein sterbender Grippekranker an dem anderen. Einer sang fortwährend mit geschlossenen Augen mit leiernder Melodie: ‚Junge, Junge, Junge‘ – Nacht für Nacht, bis ihn endlich der Tod erlöste.“ Wenn die Schwester nach Hause kam, fiel sie todmüde ins Bett, konnte jedoch nicht einschlafen, denn „jeder einzelne meiner Schutzbefohlenen erschien mir im Schlaf, der nur fünf Minuten dauerte. [...] Ich habe in den fünf Wochen nicht schlafen können.“³² Trostlos war die Zeit des Rückzugs, weil „ohne einen Lichtblick; der Prozentsatz der Sterbenden nahm immer mehr zu.“³³ Die Krankenschwestern waren Opfer des Krieges, ganz wie die Soldaten, die sie pflegten. In der zeitgenössischen Rotkreuzliteratur missbrauchte eine Propaganda die oft übermenschlichen Belastungen zur Ideologisierung der Rotkreuzschwester: „Draußen unter den Feldgrauen soll die Schwester als einzige Frau unter Männern in ihrer Weiblichkeit, Reinheit und Güte die echte deutsche Frau in ihrer schlichten Würde vertreten. [...] Aufschauen können soll jeder deutsche Soldat zu seiner Kriegsschwester. Einen Ausgleich soll sie in ihrer unberührten Weiblichkeit zu so manchem schaffen, was verrohend auf das männliche Gemüt wirken könnte“, so Rotkreuzoberin Anna von Zimmermann.³⁴ Die Oberinnenvereinigung der Mutterhäuser vom Roten Kreuz missbrauchte die Leistungen der Kriegsschwestern ferner dazu, für die Rotkreuzschwestern eine Monopolstellung in Krieg und Frieden anzustreben. So forderten sie³⁵:

- weitestgehenden Schutz bzw. vollständige Änderung der Schwestertracht und Schutz des Schleiers;
- exklusive Führung des Schwesterntitels;
- Aufwertung der gesellschaftlichen Stellung durch Zuerkennung des Offiziersrangs im Krieg wie im Frieden;
- weitestgehende Fürsorge bei Krankheit, Dienstunfähigkeit und im Alter.

Abteilung 51 sowie den Bericht des Etappendelegierten der 4 Armee in: SENFTLEBEN, E./ FOERSTER, W./ LIESNER, G. (Hgg.), *Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg*, S. 195.

32 Erlebnis der SCHWESTER MARTHA FACHIM, in: SENFTLEBEN/ FOERSTER/ LIESNER (Hgg.), *Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg*, S. 218.

33 Aus dem Bericht einer Schwester des Mutterhauses in Düsseldorf, in: SENFTLEBEN/ FOERSTER/ LIESNER (Hgg.), *Unter dem Roten Kreuz im Weltkrieg*, S. 218.

34 ZIMMERMANN, Anna v., *Die Schwester im Feld und ihr Mutterhaus*, in: *Das Rote Kreuz* 17 (1915), S. 05.

35 Vgl. OBERIN VON STRAMBERG: *Mutterhausschwestern*, S. 179.

IV. Die Sanitäts- und Rettungskolonnen vom Roten Kreuz

Die Aufgabe der Sanitätskolonnen bestand im Krieg darin, die Verwundeten auf dem Schlachtfeld möglichst schnell von den Verbands- und Hauptverbandsplätzen mit ihrer Notversorgung in erster Hilfe in die Etappenlazarette und von dort in die Krankenhäuser in der Heimat zu transportieren. Auf der XII. Tagung der Führer und Ärzte freiwilliger Sanitätskolonnen in Heidelberg (23. bis 28. Juli 1914) wurde – wohl unter dem Eindruck der unmittelbaren Kriegsgefahr – beschlossen, möglichst viele Krankenträger zu Krankenpflegern weiterzubilden. Sie sollten in den Etappenlazaretten und in den Verwundetentransportzügen eingesetzt werden. Der wachsende Bedarf an Krankenpflegern in den Kriegslazaretten an der Front führte im März 1916 dazu, dass die Krankenpfleger der freiwilligen Krankenpflege gemustert und bis zur Hälfte zum militärischen Dienst verpflichtet wurden, was zur Folge hatte, dass in der Heimat ein empfindlicher Mangel an männlichem gut ausgebildetem Pflegepersonal entstand.

Die etwa 30.000 ausgebildeten Krankenträger in den Sanitätskolonnen wurden zu Beginn des Krieges eingesetzt³⁶:

- in den Transporttrupps der freiwilligen Krankenpflege in der Etappe;
- in den Begleittrupps, die den von Krankentransportabteilungen an Bahnhöfen eingerichteten Verband- und Krankensammelstellen zugeteilt waren;
- in den Depottrupps der Etappe, die für Verwaltung und Verteilung von Sanitätsausrüstungen und Hilfsgütern zuständig waren;
- in den von den Rotkreuzvereinen gestellten Lazarett- und Hilfslazarettzügen;
- in den Sanitätskraftwagenkolonnen des Roten Kreuzes.

Da der militärische Sanitätsdienst kaum über Kraftwagen verfügte, kam den Sanitätskraftwagenkolonnen vom Roten Kreuz große Bedeutung zu. Bei den beiden Flügelarmeen im Westen ergaben sich 1914/15 besondere Transportprobleme, weil infolge zerstörter Eisenbahnlinien die Distanz zwischen Front und Etappenlazaretten immer größer wurde und fast nur durch motorisierte Transportmittel überwunden werden konnte. Erst nach der Schlacht an der Marne gab das Kriegsministerium große Bestellungen auf. Ohne Unterstützung durch die freiwillige Krankenpflege wäre der Verwundetentransport völlig zusammengebrochen. Das zeigt sich auch an der hohen Zahl der in der Etappe eingesetzten Rotkreuzkräfte³⁷:

36 Vgl. RIESENBERGER, Das Deutsche Rote Kreuz, S. 155.

37 Die folgenden Statistiken sind entnommen aus: Sanitätsbericht über das Deutsche Heer im Weltkriege 1914/18, Bd. I, S. 331f.

Zeitraum	1.8. - 6.12.1914	6.12.1914 – 1.9.1915
Pfleger	4.558	10.224
Pflegerinnen	3.070	6.086
Laborantinnen	140	189
Träger	1.180	2.927
Depotpersonal	324	777
männlich zusammen	6.062	13.928
weiblich zusammen	3.210	6.275
insgesamt m/w	9.272	20.203

Tabelle 2: Anzahl der in der Etappe eingesetzten Rotkreuzkräfte.

Von Kriegsbeginn bis Kriegsende waren als Pflege- und Hilfskräfte tätig:

a) in der Etappe: 47.000 männl. Kräfte	zusammen: 66.000 Kräfte
b) in der Heimat: 63.000 männl. Kräfte	
73.000 weibl. Kräfte	<u>zusammen 136.000 Kräfte</u>
	Summe: 202.000 Kräfte

Ebenso bedeutsam ist die Zahl der vom Roten Kreuz bereitgestellten und ausgerüsteten Vereinslazarettzüge³⁸:

Zeitpunkt	milit. Lazarettzüge	milit. Hilfslazarettzüge	Vereins- lazarettzüge	insgesamt
19.08.1914	11	7	8	26
11.10.1914	11	8	28	47
10.11.1914	11	15	43	69
04.01.1915	11	19	64	94
04.04.1915	12	26	87	125
Januar 1917	12	37	88	137
Januar 1918	22	38	89	149

Tabelle 3: Vom Roten Kreuz bereitgestellte Vereinslazarettzüge.

In beiden Tabellen kommt zum Ausdruck, wie intensiv und extensiv die personelle und materielle Entwicklung zwischen August 1914 und September 1915 angestiegen war, d. h. am Übergang vom Bewegungs- zum Stellungskrieg.

³⁸ Ebd., S. 189.

In der Heimat war der Verwundeten- und Krankentransport die wichtigste Aufgabe der freiwilligen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz; sie wurden zum „Rückgrat und Träger des öffentlichen Transportwesens im Kriege.“³⁹ Personalmangel war von Anfang an abzusehen, weshalb man auch ältere Männer zum Dienst heranzog; aber selbst Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren wurden verpflichtet. Bereits am 14. August 1914 wurde durch Erlass des Innen-, des Kriegs- und des Unterrichtsministeriums befohlen, Jugendkompanien einzurichten, um „zur militärischen Ausbildung der heranwachsenden Jugend“ beizutragen.⁴⁰ Zum Verwundeten- und Krankentransport kam das Entladen der Verwundetenzüge, das Umlegen auf andere Transportmittel, bei Zugaufenthalt das Erneuern von Verbänden, Versorgung und Verpflegung an den Bahnhöfen hinzu. Dafür mussten die Kolonnen eigene Transportmittel bereitstellen oder auch zu Hilfsmitteln greifen.

Allein in Bayern transportierten die Sanitätskolonnen⁴¹:

765.019 Verwundete und Kranke aus 5.504 Lazarettzügen,
202.943 Hilfsbedürftige, die mit anderen Gelegenheiten gekommen waren,
76.071 Verwundete und Kranke von Lazarett zu Lazarett.

Den fast 17.000 Kolonnenmitgliedern, die als Transportbegleiter in Bayern arbeiteten, standen an Transportmitteln zur Verfügung:

69 Krankenwagen
196 Krankenwagen für sitzende Kranke oder behelfsmäßig für liegende Kranke
575 bespannte Krankenwagen
64 behelfsmäßig eingerichtete Straßenbahnwagen
441 Räderbahnen
15 behelfsmäßig eingerichtete Handwagen
3.465 Krankentragen

Die Rotkreuzkolonnen waren auch für den Rettungsdienst zuständig, zusammen mit der Feuerwehr, den Veteranen- und Kriegervereinen sowie mit der Turnerschaft. Besonderen Anforderungen mussten sie sich in Großstädten mit Rüstungsindustrie stellen. In Frankfurt a. M. gliederte man den Rettungsdienst in drei Bereiche⁴²:

39 DEIBELE, Ludwig: Der Bayerische Landeshilfsverein vom Roten Kreuz vor, in und nach dem Weltkriege, Diss. München 1924, S. 134.

40 DR. MANN, Leistungen der Gemeinden auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes, in: LINDEMANN, H. A./ SCHWANDER, R./ SÜDEKUM, A. (Hgg.): Kommunales Jahrbuch. Kriegsband, Jena 1919, S. 19.

41 Vgl. RATZINGER, M.: Die Abteilungen für Kolonnen- und Rettungswesen des Bayrischen Landeshilfsvereins vom Roten Kreuz und des Bayrischen Landeskomitees für freiwillige Krankenpflege im Kriege und die Bayrischen freiwilligen Sanitäts-Kolonnen vom Roten Kreuz im Kriege 1914/18. I. Bericht, München 1925 (Masch.-Schr.), S. 236.

42 Vgl. Das Rettungswesen in Großstädten während der Kriegszeit. In: Der Deutsche Kolonnenführer 22, H. 7/8 (1918), S. 23.

- Rettungsdienst für den gewöhnlichen Bereich, d. h. für den Verwundeten- und Krankentransport;
- Rettungsdienst bei Massenunfällen, namentlich bei solchen in der Rüstungs- und Munitionsindustrie, in militärischen Betrieben, Depots usw.;
- Rettungsdienst bei Fliegerangriffen.

In der Heimat richtete das Rote Kreuz 3.350 vereinseigene Lazarette und Genesungsheime mit fast 197.000 Betten ein; das war bei einer Gesamtbettenzahl von 590.000 in den Heimatlazaretten fast ein Drittel aller Betten.

Die Nachkriegsliteratur hat immer wieder hervorgehoben, dass die freiwillige Verwundeten- und Krankenpflege im Krieg die Erwartungen, die man in ihre Leistungsfähigkeit gesetzt hatte, nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen hat. Entscheidend ist jedoch, dass seit 1916 die Grenzen der Leistungsfähigkeit an der Front wie in der Heimat deutlich überschritten waren durch die Überforderung der Menschen und die Abnutzung des Materials. Traurig ist, dass weder die politische und militärische Führung noch die Führungskräfte des Roten Kreuzes die Konsequenz aus diesem permanenten Zustand der Erschöpfung gezogen haben.

V. Das Rote Kreuz in der Kriegsbeschädigtenfürsorge und in der Kriegswohlfahrtspflege

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge stand für die Unterstützung der verwundeten bzw. erkrankten Soldaten und ihrer direkten Hinterbliebenen, die Kriegswohlfahrtspflege für die durch den Krieg indirekt betroffenen „Zivilisten“ vor allem aus den weniger wohlhabenden Schichten. Man wollte verhindern, dass Familien, deren „Ernährer“ als Soldaten eingezogen waren, in die Armut abrutschten; dass arbeitende Frauen sowie Säuglinge und Kleinkinder durch Nahrungsmangel und Hygienedefizite geschädigt wurden. In beiden Bereichen traf sich humanitäre Motivation mit gesellschaftspolitischen Überlegungen. Man wollte damit potentiellen Zweifeln an der monarchischen Verfasstheit des Obrigkeitsstaates zuvorkommen und die Bereitschaft zum Krieg in der Bevölkerung aufrechterhalten. Dazu sollte auch die immer mehr ausufernde Kriegszieldiskussion beitragen, die auch bei den Staaten der Entente in der letzten Kriegsphase eine Rolle spielte.

Das Rote Kreuz beteiligte sich in führender Rolle an der Kriegsbeschädigtenfürsorge und an der Kriegswohlfahrtspflege. Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz richtete je eine Abteilung für beide Bereiche ein. Es konzentrierte seine Arbeit zunächst auf drei Gruppen von verwundeten Soldaten⁴³:

- auf Kriegsteilnehmer, die keinen Anspruch auf Rente hatten, aber „fürsorgewürdig“ waren;

43 Vgl. BOGENG, G. A. E.: Entwicklung und Kriegstätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes, in: Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank, S. 85.

- auf Heeresentlassene, die wegen chronischer Leiden einer nachträglichen Heilbehandlung bedurften;
- auf Kriegsbeschädigte, d. h. besonders schwer Verwundete und dauernd Pflegebedürftige, die zeitlich begrenzte oder ständige Unterstützung brauchten.

Je länger der Krieg dauerte, desto geringer wurde der Anteil der Verwundeten an der Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten, während die Zahl der Kriegskranken (Herz-, Lungen-, Rheuma- und Nervenranke) im Jahre 1917 85% aller Kriegsverletzten ausmachte. Diese Entwicklung erforderte neue Pflegeformen und Pflegeschwerpunkte vor allem für psychisch Kranke, ein Krankheitsbild, das der Bevölkerung nur schwer vermittelbar war. Es ist hier nicht möglich, auf Tätigkeitsfelder wie ‚Rehabilitation und Reintegration für Kriegsbeschädigte‘ einzugehen. Ein Beispiel soll die Notwendigkeit der Kriegswohlfahrtspflege verdeutlichen: Ein einfacher Soldat, der zu 100 % arbeitsunfähig war und eine Familie mit 6 Kindern unterhalten musste, bekam 45 Mark Militärrente, 15 Mark Kriegszulage und 27 Mark Verstümmelungszulage, also 87 Mark insgesamt. Eine Kriegerwitwe mit 6 Kindern erhielt dagegen 107 Mark, war also besser gestellt als die Familie eines arbeitsunfähigen Kriegsversehrten.⁴⁴ Für solche Familien wurde das „Zentralkomitee der Frauen-Mitarbeit an der Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten und ihre Angehörigen“ gegründet, das eng mit dem Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz zusammenarbeitete.

Die sozialen Belastungen aus dem Krieg stellten für die Weimarer Republik und ihre Sozialpolitik eine enorme Herausforderung dar, dessen sich das Rote Kreuz durchaus bewusst war. Dennoch zog es aus den schlimmen Folgen des Weltkriegs keine Lehren. Auf einer Sitzung am 21. Oktober 1919 trafen sich 17 Vorstandsmitglieder von acht Landesvereinen des Roten Kreuzes unter dem neuen Präsidenten des Zentralkomitees, dem monarchistisch gesinnten Landesdirektor der Provinz Brandenburg von Winterfeldt, darunter vier Generale a. D., drei hohe Militärärzte und drei Staatsminister. Alle stimmten von Winterfeldt zu, als er sagte: „Meine Ansicht ist, daß wir keineswegs die Vorbereitung für den Krieg allzu sehr zurücktreten lassen dürfen. Wir würden uns einer gefährlichen Utopie hingeben, wenn wir meinten, daß wir einer ewigen Friedensperiode gegenüberständen. Diese Idee [...] hat aber mit den Realitäten des Lebens nichts zu tun. Nach außen hin werden wir das natürlich nicht allzu stark betonen; von seiten der inneren Organisation müssen wir es aber fest im Auge behalten.“⁴⁵ Joachim von Winterfeldt trat am 29. November 1933 von seinem Amt zurück.

44 Vgl. KREISAUSSCHUSSEKRETÄR SCHMIDT: Die Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten im Kreise Kempen a. Rhein, in: Das Rote Kreuz 7 (1918), S. 130.

45 Niederschrift über die Vorberatung von Vertretern Deutscher Landesvereine vom Roten Kreuz am 21. Oktober 1919 in Weimar, Berlin 1920, S. 4.

Westfälisch-lippische Tagespresse im Vorfeld des Ersten Weltkriegs: ein Faktor der außenpolitischen Dramatisierung und des Kriegsausbruchs?¹

von Björn Heerdegen, Benedikt Neuwöhner, Jan Kulüke und Sebastian Müller

Vor 100 Jahren befand sich Europa bereits in einem der folgenreichsten Kriege, die der Kontinent in seiner Geschichte je gesehen hatte. Der Erste Weltkrieg, Pandoras Büchse des 20. Jahrhunderts war geöffnet und sein Schrecken sollte zu einem der bestimmenden Ereignisse des Jahrhunderts werden. Selbst nach mehreren Generationen sind die Ursachen des Ersten Weltkrieges noch immer nicht zufriedenstellend beantwortet. Zwar besitzt die Frage nach den Kriegsursachen keine politische Bedeutung mehr wie einst in der Weimarer Republik und in der Nachkriegszeit nach 1945, ihre Erforschung bleibt jedoch für heutige Kriegsursachenforschung von erheblicher Bedeutung.

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit war bis vor wenigen Jahren eine Forschungsmeinung tonangebend, die dem Deutschen Kaiserreich mit Blick auf dessen aggressive imperialistische Machtpolitik die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch zuschrieb, vertreten durch Historiker wie Fritz Fischer, Hans-Ulrich Wehler oder Gerd Krumeich. Teilweise gerieten dabei imperialistische Hegemonialansprüche ins Visier, wie bei Fritz Fischers These vom „Griff nach der Weltmacht“, teils rückten wie bei Gerd Krumeich die deutschen Präventivkriegsmotive ins Zentrum der Kriegsursachenforschung.²

Diese Ansätze beschränkten sich jedoch nur auf die Untersuchung der reichsdeutschen Perspektive bezüglich der Mächterivalitäten im Vorfeld des Weltkrieges und zeichneten damit ein fragwürdig einseitiges Bild von der Verantwortung für den Kriegsausbruch. Im Gegensatz dazu gilt das im Jahr 2012 erstmals erschienene Werk „Die Schlafwandler“³ des australischen Historikers Christopher Clark als bahnbrechend neuer Forschungsansatz. Clark gelingt es erstmals, auch die Perspektiven, Motive und Handlungszüge der anderen Kriegakteure und damit die komplexen Beziehungen der rivalisierenden Mächte untereinander zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Er kommt zu dem Schluss, dass der Krieg durchaus

- 1 Dieser Beitrag geht aus einer studentischen Forschungsgruppe zum 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges hervor. Verantwortlich für die enthaltenen Spezialstudien sind: Björn Heerdegen für den Bielefelder Raum, Jan Kulüke für den Lippischen Raum, Sebastian Müller für den Paderborner Raum und Benedikt Neuwöhner für den Dortmunder Raum. Betreut wurde das Projekt von Prof. Dr. Dietmar Klenke, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Paderborn.
- 2 Siehe dazu: AFFLERBACH, Holger/ STEVENSON, David (Hg.): *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, New York/Oxford: Berghahn Books 2007, 2. Aufl. 2012; FISCHER, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918*, Düsseldorf 1961; FÖRSTER, Stig: *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890 - 1913*, Stuttgart 1985, Düsseldorf 1982; KRUMEICH, Gerd: *Juli 1914. Eine Bilanz*, Paderborn 2014; McMEEKIN, Sean: *Juli 1914. Der Countdown in den Krieg*, Berlin/München 2014; WEINRICH, Arndt: „Großer Krieg“, große Ursachen? Aktuelle Forschungen zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: *Francia* 40 (2013), S. 233 - 252.
- 3 CLARK, Christopher: *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, Allen Lane, London 2012.

hätte vermieden werden können, da keiner der Hauptakteure es zielstrebig auf einen Krieg angelegt habe. Die Verantwortung für den Kriegsausbruch haben wir laut Clark vor dem Hintergrund einer stark sozialdarwinistisch geprägten Weltanschauung, im diplomatisch-kommunikativen Versagen und in den handwerklichen Fehlern der führenden politischen Eliten sämtlicher beteiligten Staaten zu suchen. Dies führte nach dem Sarajewo-Attentat letztlich zu einer Eskalationsspirale, in der zwar keiner den großen Krieg herbeiführen wollte, aber trotzdem alle bereit waren, das Risiko eines großen Krieges auf sich zu nehmen, um die eigene machtpolitische Position zu verteidigen.

Einen etwas anderen Forschungsansatz, der gleichermaßen von der Verantwortung aller beteiligten Akteure ausgeht, stammt vom deutschen Historiker Holger Afflerbach.⁴ Seine Untersuchungen ziehen die These Wolfgangs Mommsens vom „unvermeidlichen Krieg“⁵ in Zweifel, indem sie darauf verweisen, dass es durchaus eine nennenswerte Meinungsströmung gegeben habe, die einen größeren Krieg für vermeidbar hielt und dass es in den Beziehungen der europäischen Großmächte nach der Überwindung der 2. Marokkokrise von 1911 Anzeichen für eine Entspannung gegeben hätte. Als Ergebnis hält Afflerbach fest, dass man zur Klärung der Kriegsursachen sowohl den „Topos des unwahrscheinlichen“ als auch den „des unvermeidlichen Krieges“ heranziehen müsse. Beides seien Faktoren und Perspektiven gewesen, die nebeneinander gestanden und aufeinander eingewirkt hätten, sodass europaweit starke Verunsicherung über die außenpolitische Lagebeurteilung vorherrschte mit der Folge, auf Eskalationsrisiken nicht mit nüchtern abwägender Urteilskraft reagieren zu können. Bemerkenswert an Afflerbachs methodischem Vorgehen ist die Grundannahme, dass der massenmedialen Krisenwahrnehmung ähnliche Bedeutung zuzuschreiben sei wie der Wahrnehmung der führenden Eliten in Regierung und Militär.

Die bisher umfangreichste Arbeit zur Rolle der Massenmedien stammt vom Medienwissenschaftler Bernhard Rosenberger, der in seinem Werk „Zeitungen als Kriegstreiber?“⁶ die lange Zeit unzureichende Gewichtung kommunikations- und mediengeschichtlicher Fragestellungen in der geschichtswissenschaftlichen Forschung kritisiert. Er kommt zu dem Schluss, dass die Presse indirekt an der Herbeiführung des Ersten Weltkriegs beteiligt gewesen sei. Zwar werden seine Ergebnisse in der Forschung kontrovers diskutiert, jedoch wird sein methodisches Vorgehen, das den massenmedialen Einfluss auf die breite Bevölkerung und die politischen Verantwortungsträger analysiert, allgemein als neue fruchtbare Perspek-

4 AFFLERBACH, Holger: Der Topos vom unwahrscheinlichen Krieg in Europa vor 1914, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 65 (2014), Heft 5/6; CORNELISSEN, Christoph/ SAUER, Michael/ SCHULZE, Winfried (Hg.), Seelze 2014, S. 296ff.

5 MOMMSEN, Wolfgang J.: *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt am Main 1990, S. 380 - 406.

6 ROSENBERGER, Bernhard: *Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges* (Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 11) Köln 1998; Besonders Afflerbach kritisiert Rosenbergers Ergebnisse, siehe dazu: AFFLERBACH, Topos S. 296f; siehe auch die Verhey-Studie, die einen Kontrapunkt zu Rosenbergers Ergebnissen bildet: VERHEY, Jeffrey: *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000, sowie SCHMIDT, Anne: Rezension zu: Rosenberger, Bernhard: *Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges*, Köln 1998, in: *H-Soz-Kult*, 06.04.1999.

tive der Kriegsursachenforschung gewürdigt. Dieser methodische Ansatz soll im vorliegenden Beitrag Berücksichtigung finden.

Im Zentrum der Untersuchung steht die massenmediale Rezeption des internationalen Mächtesystems und der machtpolitischen Rivalitäten in den Vorkriegsjahren des Ersten Weltkriegs im westfälisch-lippischen Raum. Der regionalgeschichtliche Ansatz rechtfertigt sich insbesondere mit Blick darauf, dass sich mediengeschichtliche Untersuchungen zur Wilhelminischen Epoche bislang zu sehr auf die damalige Presse der Reichshauptstadt konzentrieren. Deren Repräsentativität kann durchaus angezweifelt werden, da die Presselandschaft im Berliner Ballungsraum einem höheren Konkurrenzdruck unterlag und daher eher zu einer überspitzten Berichterstattung tendierte. Der westfälische Raum eignet sich für die Untersuchung der massenmedialen Öffentlichkeit in der ‚Fläche‘ vor allem deshalb, weil es sich dabei um eine räumliche Gemengelage mit einer repräsentativen vielgestaltigen Bandbreite gesellschaftlicher Milieus in sozialer, konfessioneller und politischer Hinsicht handelt. Dieser Vielfalt trägt eine ebenso repräsentative Auswahl von Presseorganen aus Dortmund, Paderborn, Detmold und Bielefeld Rechnung. Jeweils vor Ort orientiert sich die Auswahl an den maßgeblichen politischen und sozialen Milieus, an der regelmäßigen und dichten Präsenz und der Kontinuität des Erscheinens über längere Zeiträume hinweg. Die Heterogenität verspricht Meinungskontraste, die zu anregenden Vergleichen einladen. Um die ausgewählten Presseorgane richtungspolitisch zuverlässig einordnen zu können, stützt sich die Untersuchung auf die Analyse der Berichterstattung von Parlamentswahlen, auf Autorenbiografien, Vereinswerbung und kommentierende Artikel zu bedeutsamen Streitfragen.

Der Beitrag orientiert sich an der Fragestellung, inwieweit in der massenmedialen Berichterstattung der reichsdeutschen Öffentlichkeit der Vorkriegsjahre den Beziehungen zwischen den großen Bündnisblöcken und der Binnendynamik innerhalb der Bündnisse ein Einfluss auf das Eskalationspotenzial außenpolitischer Krisen zugeschrieben wurde. Untersucht werden soll, inwieweit sich in der massenmedialen Wahrnehmung die Stellung des Deutschen Kaiserreichs innerhalb des internationalen Mächtesystems zwischen 1904 und dem Attentat von Sarajewo veränderte und welchen Bedingungen und Faktoren dabei Bedeutung beigemessen wurde. Wovon hing auf der einen Seite das Maß an Einkreisungsphobien und Kriegserwartungen ab und auf der anderen Seite eine eher entspannte Wahrnehmung der machtpolitischen Position des Deutschen Reichs? Die Untersuchung konzentriert sich auf Ereignisse der internationalen Politik, die im Zeitraum zwischen 1904 und bis zum Kriegsausbruch zu wesentlichen Veränderungen im damaligen Mächtesystem beitrugen und mutmaßlich auch zu Veränderungen in der außenpolitischen Wahrnehmung, die es differenziert zu analysieren gilt. Unsere Analyse greift zwei markante Ereignisse heraus: die Berichterstattung zum russisch-japanischen Krieg von 1904/05 und zur Liman-von-Sanders-Krise von 1913/14, beides Konflikte innerhalb des internationalen Mächtesystems, deren massenmediales Echo bislang recht wenig erforscht ist.

Zunächst verdient der ereignisgeschichtliche Hintergrund dieser Konflikte Erwähnung, bevor wir uns im Kontext unserer Themenstellung der Bedeutung dieser Ereignisse zuwenden. Ausgangspunkt des russisch-japanischen Krieges waren die imperialistischen Bestre-

bungen des zaristischen Russlands und des im Bündnis mit Großbritannien stehenden japanischen Kaiserreiches. Speziell die Mandschurei und die Halbinsel Korea waren Dreh- und Angelpunkt divergierender Interessen. Hinter den Kulissen war der Konflikt im Grunde eine Folge des britischen Versuchs, die eigenen imperialistischen Interessen im asiatischen Raum durch eine gezielte Bündnispolitik mit Japan und eine Einigung mit Russland zu verteidigen. Der russischen Expansionspolitik war ein Riegel vorzuschieben. Durch den Sieg Japans ergab sich langfristig gesehen eine deutliche Rückverlagerung des russischen Engagements nach Europa, was deutlich in der Ära der Marokkokrisen ab Herbst 1905 zu spüren war, als Rußland ebenso wenig wie Großbritannien Anstalten machte, den deutschen Protest gegen die französischen Expansionsbestrebungen in Marokko zu unterstützen. Nachdem sich dann im Zuge der 1. Marokkokrise spätestens im Frühjahr 1906 in der reichsdeutschen Öffentlichkeit ein radikaler Stimmungsumschwung in Richtung Einkreisungsphobien vollzogen hatte, gab es nach der Beilegung der 2. Marokkokrise von 1911 Anzeichen für eine leichte Entspannung in den Beziehungen des Deutschen Reiches zu seinen machtpolitischen Rivalen. Vor allem das Verhältnis zu England verbesserte sich durch die deutsch-englische Zusammenarbeit während der Balkankriege von 1912 und 1913. Die in diesen Kriegen klar hervortretende Balkanisierung der nach wie vor auf Expansion angelegten russischen Außenpolitik erklärt die Schärfe der Liman-von-Sanders-Krise, des letzten großen diplomatischen Konflikts vor der Julikrise 1914.⁷ Das Kernproblem der Krise bestand darin, dass nach den Plänen der Osmanischen Regierung Generalleutnant Liman von Sanders im Rahmen deutscher Militärberatung als designierter Oberbefehlshaber des 1. türkischen Armeekorps auch für die Verteidigung des Bosphorus zuständig sein sollte. Dieser Umstand missfiel Russland, da es neben der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Meerenge auch die Stärkung des Osmanischen Reiches durch die deutsche Militärmission als Hindernis für seine langfristigen außenpolitischen Ziele betrachtete. Die missbilligenden Reaktionen auf die deutsche Militärmission hatten dabei ihren Ausgangspunkt in der russischen Presse, in der es zu einem geschlossenen Aufschrei gegen das deutsche Engagement im Osmanischen Reich kam.⁸ Zudem war im Vorfeld der Krise eine russische Initiative für einen gemeinsamen Boykott gegen die deutsche Militärmission gescheitert, weil England sich dem nicht hatte anschließen wollen und das deutsche Engagement nicht als Bedrohung empfunden hatte. Der Ausgang der Liman-von-Sanders-Krise wurde somit nicht nur zum dramatischen Wendepunkt der deutsch-russischen Beziehungen, sondern erwies sich auch als Zerreißprobe für die Einigkeit der Tripleallianz.

Die Bedeutung der beiden Konflikte besteht darin, so die zentrale These dieses Beitrags, dass sie als wahrnehmungsgeschichtliche Grenzmarkierungen zu betrachten sind, die einen Zeitraum einrahmen, der außenpolitisch von den beiden Marokko-Krisen von 1905 und 1911 geprägt war - zwei Krisen mit Schlüsselcharakter, die in der reichsdeutschen Medienöffentlichkeit zu einem bemerkenswerten Aufschwung von Einkreisungsphobien führten. Wenn aber im reichsdeutschen Medienecho zum russisch-japanischen Krieg

7 CLARK, Schlafwandler, S. 452ff.

8 CLARK, Schlafwandler, S. 440.

und in der Wahrnehmung der Liman-von-Sanders-Krise kaum Einkreisungspublika eine Rolle gespielt haben sollten, dann würde solch ein Befund das Gewicht mindern, das man in der Geschichtsschreibung gemeinhin den deutschen Einkreisungspublika als Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs zuschreibt, vor allem mit Blick auf das Motiv der Präventivkriegsbereitschaft in der Julikrise von 1914. Da die beiden Marokkokrisen als Höhepunkte reichsdeutscher Einkreisungsdiskurse bereits recht gut untersucht worden sind, kann diesbezüglich auf gut gesicherte Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden.⁹ Daher verzichtet der Beitrag bezüglich dieser Krisen auf eingehende Quellenstudien. Sollte sich bei der Analyse der Medienberichterstattung zum russisch-japanischen Krieg und zur Liman-von-Sanders-Krise herausstellen, dass diese Ereignisse eine deutliche zeitliche Grenzmarkierung für die reichsdeutschen Einkreisungsdiskurse abgaben, würde dies die Frage aufwerfen, ob nicht möglicherweise die Rolle der reichsdeutschen Massenmedien als Faktor der außenpolitischen Dramatisierung und damit als Motor der Kriseneskalation im Vorfeld des Kriegsausbruchs überschätzt worden ist.

Für den Bielefelder Raum fiel die Quellenauswahl auf die sozialdemokratische Zeitung „*Volkswacht*“ und auf die „*Westfälische Zeitung*“, die auf einer mittleren liberalen Linie lag.¹⁰ Den Lippischen Raum repräsentiert die nationalliberale „*Lippische Landes-Zeitung*“, wobei hier die Analyse um die rechtsoppositionellen-völkischen „*Alldeutschen-Blätter*“ ergänzt wird, um die fließenden Übergänge zwischen nationalliberalen und alldutschen Positionen trennscharf analysieren zu können.¹¹ Für die Paderborner Region stehen die Zeitungen „*Westfälisches Volksblatt*“ mit zentrumsnaher und konservativer Prägung sowie der im Schnittfeld von zentrums-katholischen, freikonservativen und nationalliberalen Haltungen liegende „*Paderborner Anzeiger*“¹². Und für den Dortmunder Raum fiel die Auswahl auf die zentrumsnahe „*Tremonia*“, die sozialdemokratische „*Arbeiter-Zeitung*“, den linksliberalen „*General-Anzeiger*“ und die nationalliberale „*Rheinisch Westfälische Zeitung*“.¹³ Die nachfolgenden vier Spezialstu-

- 9 Siehe dazu: FLASCH, Kurt: Die geistige Mobilmachung. Die Intellektuellen und der I. Weltkrieg; ein Versuch. Berlin 2000; GEPPERT, Dominik: Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen 1896 – 1912, München 2007; MAYER, Martin: Geheime Diplomatie und öffentliche Meinung. Die Parlamente in Frankreich, Deutschland und Großbritannien und die erste Marokkokrise 1904 - 1906, Düsseldorf 2002; RAITHEL, Thomas: Das „Wunder“ der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkriegs, Bonn 1996; ULLRICH, Volker: Die nervöse Großmacht 1871 - 1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1999.
- 10 Vollständige Titel: „Volkswacht. Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer“; „Westfälische Zeitung. Bielefelder Tageblatt“.
- 11 Vollständige Titel: „Lippische Landes-Zeitung - Ältestes und verbreitetstes Blatt des Fürstentums und der angrenzenden Bezirke“ Die damalige politische Ausrichtung war eine völlig andere als die der heutigen gleichnamigen Tageszeitung, die nur ein lokaler Ableger der Neuen Westfälischen ist; „Alldeutsche Blätter - Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes“, siehe dazu die Studie: CHICKERING Roger: We men who feel most German: a cultural study of the Pan-German League 1886 - 1914, Boston/London/Sydney 1984.
- 12 Vollständige Titel: „Westfälisches Volksblatt – Sauerländer Tageblatt“; „Paderborner Anzeiger – Volkszeitung für das Paderborner Land“.
- 13 Vollständige Titel: „Arbeiter-Zeitung. Sozialdemokratisches Organ für das Ruhr-Revier“; „General-Anzeiger für Dortmund und die Provinz Westfalen“.

dien versprechen Repräsentativität und aufschlussreiche Vergleichsaspekte bezüglich der stark kontrastierenden sozialen und politischen Milieus.¹⁴

Untersuchung der Bielefelder Presse

Die Stadt Bielefeld repräsentiert im Rahmen dieser Untersuchung einen industriell geprägten, mehrheitlich evangelischen, und somit sozial und politisch vielfältigen Raum, dessen Bevölkerungszahl mittlere Größenordnungen im Vergleich der untersuchten Räume zeigte. Die Zeitungen „Westfälische Zeitung“ und „Volkswacht“ wurden ausgewählt, da sie zu den größten Tageszeitungen Bielefelds gehörten und regelmäßig erschienen. Die „Volkswacht“ positionierte sich leicht erkennbar als sozialdemokratisches Sprachrohr, weil sie bereits im Untertitel ein gleichlautendes richtungspolitisches Profil verriet.¹⁵ Die „Westfälische Zeitung“ lässt sich nicht klar einer bestimmten Partei zuordnen, vielmehr lässt die Berichterstattung zu den preußischen Landtagswahlen von 1908 und zur Reichstagswahl von 1912 eine mittlere bis leicht linke Positionierung im breiten liberalen Spektrum erkennen. So druckte man 1908 Werbung für die verbündeten liberalen Parteien ab und protestierte in Artikeln ebenso heftig gegen das Dreiklassenwahlrecht, wie man sich für das Frauenwahlrecht engagierte.¹⁶ Diese Linie behielt man auch 1912 bei, als man dem parteilosen Grafen Arthur von Posadowsky-Wehner eine Plattform bot.¹⁷ Generell präsentierte sich die „Westfälische Zeitung“ als Gegner der Sozialdemokratie und als unternehmerfreundliches Sprachrohr des Bürgertums.¹⁸

Mit großem Interesse verfolgten die beiden Blätter den russisch-japanischen Krieg. Die „Volkswacht“ bewertete den Krieg als Expansionskrieg Russlands, hinter dem sich auch sozialdarwinistische Motive verbargen. Der Zarismus etablierte sich im sozialdemokratischen Weltbild neben Kapitalismus und Imperialismus fest als Feindbild; entsprechend unterstellte man ihm, den Krieg ausgelöst zu haben. So hieß es zu Beginn des Krieges, das deutsche Volk wünsche dem Zarismus „den Zusammenbruch in diesem von ihm heraufbeschworenen Kriege“.¹⁹ Diese Linie verfolgte die „Volkswacht“ über den gesamten Krieg hin. Von Einkreisungs- und Bedrohungsängsten deutscherseits zeigte sich nicht die geringste Spur. Vom Deutschen Reich forderte man Neutralität, womit man die Hoffnung verband, dass der ersehnte Untergang des Zarenreiches auf das europäische Mächtegefüge keine Auswirkungen haben möge. Nach dem Friedensvertrag beurteilte man die politische Lage als ausgeglichen. Japan wurde als neue Vormacht in Ostasien betrachtet, von der keine Gefahr ausging. Russland fiel anscheinend bis auf weiteres als Aggressor aus, da es gebun-

14 Für einen allgemeinen Überblick der Wilhelminischen Presselandschaft: RIEGER, Isolda: Die Wilhelminische Presse im Überblick, 1888 – 1918, Münster 1957.

15 „Ein entscheidender Moment“, in: Volkswacht, Jg. 24, Nr. 59 vom 11.03.1913.

16 „Wahlmänner der verbündeten Nationalliberalen und Freisinnigen in der Stadt Bielefeld“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 98, Nr. 127 vom 01.06.1908. Ebenda: „Der Aufmarsch zur Landtagswahl.“

17 „Wider Posadowskys Gegner“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 102, Nr. 9 vom 11.01.1912.

18 „Vor der Entscheidung“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 102, Nr. 7 vom 09.01.1912.

19 „Die Neutralität Deutschlands“, in: Volkswacht, Jg. 15, Nr. 39 vom 16.02.1904.

den durch die Revolution im eigenen Land, über die man begeistert schrieb, außenpolitisch nicht aggressiv auftreten konnte.

Die „Westfälische Zeitung“ bewertete den Krieg anders. Man sah in Japan den Aggressor, der Russland überfallen habe und deshalb das „Odium der Störung des Weltfriedens“²⁰ zu tragen habe; den Zar zeichnete demzufolge „Friedensliebe“²¹ aus. Das Krisenbewusstsein des liberalen Blattes zeigte ein tiefes Gespür für potenziell negative Auswirkungen solch eines Konfliktes auf das internationale Mächtegefüge, weshalb auch unbeteiligte Nationen Grund zur Sorge zu haben schienen. Von Deutschland forderte man „Neutralität“ und eine Vermittlerrolle, die sich um den Erhalt des machtpolitischen Gleichgewichts zu kümmern hatte.²² Da man auch auf die Neutralität der anderen Mächte setzte, hoffte man auf einen lokal begrenzten Krieg. Eine Quelle der Gefahr, dass sich der Konflikt ausweiten könne, erblickte man in den Bündnissen zwischen Japan und Großbritannien bzw. zwischen Frankreich und Russland.²³ Für den Fall, dass diese Bündnisse in den Sog des Krieges gerieten, befürchtete man von den davon ausgehenden Spannungen auch negative Auswirkungen auf das Deutsche Reich. Teilweise setzte die Kriegsberichterstattung eine sozialdarwinistisch-rassistische ‚Brille‘ auf, wenn Japan als „gelbe Gefahr“ beschworen wurde.²⁴ Auch aus kommentarlos abgedruckten Kurzmeldungen, die Depeschen von Nachrichtenagenturen und ausländischen Blättern zitierten, sprach auf Grund der unausgesprochen selektiven Auswahl unterschwellig eine interpretative Einordnung des Krieges in das internationale Mächtegefüge. Man dokumentierte damit ein waches Interesse für die machtpolitischen Veränderungen und deren weitreichende Konsequenzen. Den Friedensvertrag von Portsmouth bewertete man nüchtern als Ausdruck einer Pattsituation: Russland kehre sich von seinen Expansionsinteressen in Ostasien ab, könne aber zugleich sein Gesicht wahren, da der Vertrag dem Zarenreich nicht die Rolle des Kriegsverlierers zuweise. Japan habe sich zwar die Vormacht in diesem Raum erkämpft, müsse aber mit Zugeständnissen an Russland leben. Dieser Kompromiss schien keine Anhaltspunkte für deutsche Besorgnisse zu liefern, da die Auswirkungen auf das internationale Mächtegefüge begrenzt blieben und Deutschland davon keine Nachteile zu erwarten hatte. Offenbar hatten sich Befürchtungen, die man während des Krieges geäußert hatte, im Lichte des Friedensschlusses zerstreut. Denn den Friedensvertrag glaubte man als diplomatisches Glanzstück feiern zu können, der das machtpolitische Gleichgewicht sicherte.

Die Bielefelder Presse verfolgte auch die Liman-von-Sanders-Krise 1913/14 mit großem Interesse. Die „Volkswacht“ sah in der Krise eine Chance zur Entspannung zwischen dem Deutschen Reich und den beiden westeuropäischen Großmächten, wobei die wirtschaftli-

20 „Der russisch-japanische Krieg“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 94, Nr. 33 vom 09.02.1904.

21 „Der russisch-japanische Krieg“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 94, Nr. 33 vom 09.02.1904.

22 „Der russisch-japanische Krieg“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 94, Nr. 33 vom 09.02.1904.

23 „Der Krieg zwischen Japan und Rußland“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 94, Nr. 32 vom 08.02.1904.

24 Auch wenn die Japaner in der „Westfälischen Zeitung“ eine rassistisch motivierte Abwertung erfuhren, nahm die sozialdarwinistisch gefärbte Wahrnehmung der internationalen Mächtebeziehungen die aufsteigende ostasiatische Großmacht als machtpolitischen Faktor durchaus ernst. Man räumte dem Mikado-Reich zur See sogar die Überlegenheit ein. Vgl. „Der russisch-japanische Krieg“ und „Bilder aus Korea“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 94, Nr. 33 vom 09.02.1904.

che Kooperation im Osmanischen Reich hilfreiche Dienste leisten sollte. Der Konflikt an sich, hieß es, berge kaum Kriegsgefahr, er zeige lediglich, dass das Osmanische Reich ein „Zankapfel“²⁵ zwischen den Mächten bleibe. Gleichwohl schloss man nicht ganz aus, dass sich dort in Zukunft ein Gefahrenherd entwickeln könne. Das heißt: die Sozialdemokraten hielten selbst in einer so angespannten Lage wie im Dezember 1913 einen Kontinentalkrieg für wenig wahrscheinlich. Hier lag offensichtlich eine Ausnahme von der Regel vor, dass die Sozialdemokraten – so Afflerbachs These – allzeit den Krieg prophezeit hätten.²⁶ Die entspannte Reaktion der Sozialdemokraten zeigt, wie wenig sie entgegen ihrer generellen Neigung zu dramatisieren hinter dem akuten deutsch-russischen Konflikt den großen Bündnisfall erblickten. Zu dieser Einschätzung passt, dass sich das Bielefelder Blatt einerseits eine friedliche Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland kaum vorstellen konnte, andererseits aber gewisse Hoffnungen in eine Annäherung an Großbritannien und Frankreich setzte. Diese Option schien vor allem deshalb realistisch zu sein, weil man mit Blick auf die Liman-Krise Spannungen innerhalb der Triple-Allianz beobachtete. Konsequenterweise war deshalb die Empfehlung, die Zusammenarbeit Deutschlands mit den Osmanen nicht zu eng zu gestalten, vielmehr die Dardanellen und die Unabhängigkeit der Osmanen im Verbund mit den Westeuropäern vor dem Zugriff Russlands zu schützen. Also hatte das Motto zu lauten: „Kein Bündnis mit der Türkei, sondern Verständigung mit den Westmächten“.²⁷

Bemerkenswert ist, dass die Sozialdemokraten um der ersehnten Verständigung mit den Westmächten willen sogar ihre Kapitalismuskritik zurückstellten. Dies zeigte sich auch darin, dass sie in der Bosphorus-Frage mehr politische als ökonomische Brisanz erblickten. Demnach ging es weniger um die im Bagdadbahn-Projekt mitschwingende wirtschaftliche Rivalität als vielmehr um „politischen Machthunger“ und „nationale Eitelkeit“.²⁸ Die Krise wurde also durchaus ernst genommen, aber nicht in dem Sinne, dass sie bei der Redaktion der „Volkswacht“ Einkreisungsängste wachgerufen hätte. Die Zukunft des Osmanischen Reiches betrachtete man mit Sorge, da von dort aus Gefahren für das internationale Mächtegefüge und den Frieden ausgehen *konnten*. Aber die akute Krise schien eher die Chance zu bieten, sich an die westeuropäischen Mächte anzunähern und auf diesem Wege zur Entspannung beizutragen.

Weniger optimistisch blickte die „Westfälische Zeitung“ zum Bosphorus. Zunächst einmal erblickte man in der deutschen Militärmission nichts Brisantes; denn auch die Briten engagierten sich am Bosphorus militärpolitisch, indem sie die osmanische Marine unterstützten. Aber das liberale Blatt nahm die russischen Ängste ernst, das Deutsche Reich könnte Konstantinopel und die Meerengen unter seine Kontrolle bringen. Gleichwohl wertete man solche Befürchtungen als Schreckgespenst ab, da es sich deutscherseits um rein militärische

25 „Der Diplomaten-Krakeel um die deutsche Militärmission“, in Volkswacht, Jg. 24, Nr. 295 vom 17.12.1913.

26 Vgl. AFFLERBACH, Topos, S. 299.

27 „Der Diplomaten-Krakeel um die deutsche Militärmission“, in Volkswacht, Jg. 24, Nr. 295 vom 17.12.1913.

28 „Der Diplomaten-Krakeel um die deutsche Militärmission“, in Volkswacht, Jg. 24, Nr. 295 vom 17.12.1913.

Hilfsmaßnahmen ohne machtpolitische Hintergedanken zu handeln schien. Eben darin erblickte man auch den entscheidenden Grund, weshalb diese Krise nicht zu einem Krieg führen würde. Bei allem Verständnis für die russischen Befürchtungen überwog der Spott über das Auftreten der russischen Diplomatie. „Viel Lärm um nichts“, hieß es bezeichnerweise.²⁹ Vertraute man zunächst noch auf die besänftigenden Wirkungen einer zuvor-kommenden deutschen Diplomatie, so sah man sich später zu einer negativen Bewertung genötigt, und zwar in dem Moment, als sich mit dem Zurückweichen der osmanischen Regierung gegenüber Russland eine Lösung der Krise abzeichnete, die man als Kränkung Deutschlands und als „Komödie“ der Osmanischen Regierung und des neuen Kriegsministers Enver Pascha empfand. Entsprechend verstimmt titelte man: „Wie General Liman von Sanders kaltgestellt wurde“.³⁰ Das war eine Anspielung darauf, dass man dem General die ihm zugedachte Kommandogewalt wieder entzog und ihn zeitgleich, um das Gesicht zu wahren, zum Generalinspekteur der Osmanischen Armee ernannte. Die Verantwortung für den misslichen Ausgang der deutschen Militärmission schrieb man der Osmanischen Regierung und den unter Druck geratenen Triple-Allianz-Partnern Russlands zu. Diese hatten sich offenbar vom barschen Gebaren Russlands beeindrucken lassen, obwohl ihnen das Auftreten der russischen Diplomatie deutlich missfiel. Missmutig urteilte man, dass die Westeuropäer auf russischen Druck hin offenbar nicht bereit waren, einen Deutschen als Befehlshaber des 1. Osmanischen Armeekorps zu dulden. Demnach hatte vor allem die deutsche Friedensliebe eine weitere Eskalation des Konflikts verhindert. Den machtpolitischen Gegenspielern schien es an Kompromissbereitschaft zu mangeln, so dass für den Fall eines Krieges die Triple-Allianz dafür verantwortlich sein würde.³¹ Diese unaufgeregter daherkommenden hypothetischen Überlegungen verband die „Westfälische Zeitung“ nicht mit der Furcht vor einer existenzbedrohenden Einkreisung des Deutschen Reichs.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes festhalten. Beide Zeitungen widmeten dem russisch-japanischen Krieg viel Aufmerksamkeit. Das internationale Mächtegefüge sahen beide wegen der räumlichen Begrenztheit des Konflikts als wenig bis gar nicht bedroht an. Unterschwellig sprach aus den Zeilen der „Westfälischen Zeitung“ aber ein sorgenvoller Blick auf die beiden internationalen Krisen, weil man nicht sicher war, ob die Folgen für das Deutsche Reich vorteilhaft oder nachteilig sein würden. Die „Volkswacht“ hingegen erblickte in der Liman-von-Sanders-Krise eine Chance zur Entspannung mit den Westmächten, da die Krise innerhalb der Triple-Allianz zu großen Spannungen geführt und Russland sich als Verhandlungspartner ins Abseits katapultiert hatte. Die Türkei erschien als „Zankapfel“ der Mächte, an dem sich auch in Zukunft Konflikte entzünden konnten. Jedoch bewertete man den Status quo am Bosphorus keinesfalls als möglichen Auslöser eines großen Krieges. Denn

29 „Viel Lärm um nichts“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 103, Nr. 287 vom 08.12.1913.

30 „Wie General Liman von Sanders kaltgestellt wurde“, in: Westfälische Zeitung, Jg. 104, Nr. 18 vom 22.01.1914.

31 Hervorzuheben ist, dass die „Westfälische Zeitung“ die Liman-Krise nicht mit Einkreisungsängsten verband. Allerdings betonte man in der Berichterstattung zur Heeresvorlage von 1913, dass eine Aufstockung des Heeres unumgänglich sei, da der Balkankrieg gezeigt habe, dass das Deutsche Reich aufgrund seiner zentralen Lage in Europa und der unter Spannung stehenden Bündnissysteme eine Einkreisung als reale Gefahr betrachten müsse, gegen die man sich zu wappnen habe.

einen krisenauslösenden Beitritt zu einem Bündnis konnte sich das Osmanische Reich auf Grund seiner vielfältigen lagerübergreifenden Abhängigkeiten von den europäischen Großmächten nicht leisten. Die „Westfälische Zeitung“ zeigte hier ein bemerkenswertes Gespür für die Ängste Russlands, dass das Deutsche Reich möglicherweise Konstantinopel und die Meerengen unter seine Herrschaft bringen könne.³² Dieses Empathie-Vermögen steht konträr zu der Annahme, dass die staatstragenden Schichten und die deutsche Öffentlichkeit im Banne von Einkreisungsphobien gestanden hätten. Von Bedeutung ist, dass man aus der jeweils aktuellen politischen Lage Rückschlüsse auf mögliche Änderungen in internationalen Bündniskonstellationen ableitete, wobei die „Westfälische Zeitung“ großes Zutrauen in die Kunst der deutschen Diplomatie zeigte. Eine moderat linksliberale Perspektive vertraute darauf, dass die deutsche Diplomatie eine Eskalation am Bosphorus und ein Übergreifen auf den europäischen Kontinent verhindern werde. Bemerkenswert ist, dass beide Bielefelder Blätter dem Deutsche Reich eine Art Vermittlerrolle zuschrieben, die an den Prinzipien des Mächtegleichgewichts und der Friedenssicherung orientiert war. 1904/05 forderten beide Zeitungen die Neutralität Deutschlands im Krieg zwischen Russland und Japan. In der Liman-Krise banden beide die Friedenssicherung an die Fähigkeit und Bereitschaft des Deutschen Reiches, deeskalierend zu wirken. Das heißt: Sozialdemokraten und Liberale hielten einen großen Krieg für mehr als unwahrscheinlich, wenn auch nicht für gänzlich ausgeschlossen. Man sah offenbar so viel außenpolitischen Handlungsspielraum, dass für den Glauben an die Unvermeidbarkeit des Krieges oder Einkreisungsphobien kein Platz war.

Für die Bielefelder Blätter kann festgehalten werden, dass sie ihre Aufgabe vor allem darin sahen, deeskalierend zu wirken, indem sie die Friedensbereitschaft der reichsdeutschen Außenpolitik beschworen und von der kaiserlichen Reichsleitung forderten, sich am Prinzip des Mächtegleichgewichts zu orientieren. Das hielt die Blätter allerdings nicht davon ab, die anderen Großmächte im Einzelfall scharf anzugreifen; das Gleiche galt aus der Perspektive der Bielefelder Journalisten für die Berichterstattung der ausländischen Kollegen. Russland, das bei den Sozialdemokraten traditionell einen schlechten Ruf genoss und bei den Liberalen nach und nach seinen Vertrauenskredit verspielte, wurde wortgewaltig kritisiert. Beide Blätter prangerten die russische Presse wegen ihrer krisenverschärfenden Polemik an. Wenn es ‚Brandstifter‘ gab, dann erblickte man sie eher dort und nicht bei den Verantwortlichen der reichsdeutschen Außenpolitik.

Untersuchung der Lippischen Presse

Das Fürstentum Lippe gehört zu den eher ländlichen und dünner besiedelten Regionen dieser Regionalstudie. Die lippische Presselandschaft weist ein breites nationalistisches Spektrum auf, das sich von national-liberaler bis hin zu alldeutsch-völkischer Gesinnung erstreckte. Das weitaus größte Gewicht hatte das nationalliberale Lager. Die Region war evangelisch geprägt, über 95% der Bevölkerung gehörten der evangelisch-reformierten

32 Clark verwies auf eben solche Ängste Russlands nach dem Balkankrieg; CLARK: Die Schlafwandler. S. 434-452.

Glaubensrichtung an und bildeten die Lippische Landeskirche, ein deutlicher Kontrast zum südlich angrenzenden Paderborner Land. Darüber hinaus wurde der lippische Raum im Laufe des 19. Jahrhunderts mit seinen nationalen Kultstätten wie dem Hermannsdenkmal, den Externsteinen und dem historischen Bezug zur sog. Varus-Schlacht Anlaufstelle für einen nationalbewegten Polittourismus, der möglicherweise auch auf die intellektuelle Elite der Region abfärbte. Der nationalen Symbolwirkung der Region wurde auch von Seiten der Alldeutschen nach 1900 eine immer größere Bedeutung zugesprochen. Aufgrund dessen ist es sinnvoll, auch das Verbandsorgan der Alldeutschen, die „Alldeutschen Blätter“ zur Analyse der lippischen Presselandschaft heranzuziehen. Der Alldeutsche Verband bildete den Kern eines eigenständigen rechtsoppositionell-völkischen Spektrums.

Eine dominante Stelle nahm in der lippischen Presselandschaft die „Lippische Landes-Zeitung“ ein. Das Verbreitungsgebiet deckte sich mit den Grenzen des Fürstentums Lippe. Die nationalliberale Ausrichtung der „Lippischen Landes-Zeitung“ lässt sich beispielhaft an den Leitartikeln zum preußischen Landtagswahlkampf von 1908 ablesen. Darüber hinaus bestätigen Anzeigen von regionalen Kriegervereinen und den lippischen Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes sowie positive Stellungnahmen zur militärischen Aufrüstung und zum Personenkult um Bismarck als Reichseiniger die nationalliberale Prägung.

Schon im Vorfeld des sich anbahnenden Konfliktes zwischen Russland und Japan nahm der Umfang der Berichterstattung besonders in der „Lippischen Landes-Zeitung“ deutlich zu. Wie auch im späteren Verlauf des Krieges zu erkennen ist, handelte es sich hierbei keineswegs um einen anonymen Konflikt in einem fernen fremden Land auf der anderen Seite des Globus, sondern um eine für die europäische und besonders für die deutsche Außenpolitik entscheidende Auseinandersetzung. Bereits Ende des Jahres 1903 beherrschten die sich zuspitzenden Spannungen zwischen den beiden künftigen Kriegsgegnern die Schlagzeilen. In beiden Periodika fand eine breite Debatte über eine angemessene außenpolitische Reaktion Deutschlands auf die russische Expansionspolitik in Ostasien statt.

In der „Lippischen Landes-Zeitung“ fand vor allem die Forderung nach einer neutralen Haltung gegenüber den beiden Kriegsparteien Gehör. Im Dezember 1903 äußerte man sich zufrieden über das russische Engagement in Ostasien, da Russland „desto mehr [...] seine Aufmerksamkeit von der europäischen Politik ablenkt, seine Bedeutung und sein Einfluss in dieser verringert.“³³ Auch die Alldeutschen Blätter teilten kurz nach Ausbruch des Krieges die Einstellung, dass dieser Krieg für Deutschland „nur vorteilhaft“ sein könne, weil dadurch die deutsche Ostgrenze „entlastet“ werde und Russland genötigt sei, sich um „ein gutes Verhältnis“ zum Deutschen Reich zu bemühen.³⁴ Deutlich wird, dass die geforderte Neutralität keineswegs Kennzeichen einer generellen außenpolitischen Doktrin der Nationalliberalen war, sondern schlichtweg eine zweckgebundene Neutralität, die den deutschen Interessen in Europa zugutekommen sollte.

Kernpunkt der frühen Berichterstattung war in beiden Zeitungen das Bündnis zwischen England und Japan. Kurz vor Kriegsausbruch untermauerte die „Lippische Landes-Zei-

33 „Im ‚fernen Osten‘“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 136, Nr. 295 vom 17.12.1903.

34 „Alldeutsche Wochenschau“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 14, Nr. 7 vom 13.02.1904.

tung“ die geforderte Neutralität gegenüber Russland und Japan mit einem diplomatischen Gedankenspiel. Demzufolge ergab sich für Deutschland das Risiko, zwischen den Bündnisblöcken „Frankreich-Russland“ und „England-Japan“ in den Sog des Konflikts gezogen zu werden und damit ungewollt zum Katalysator eines noch größeren Konflikts zu werden; so blieb nur zu hoffen, dass „der Krieg auf Ostasien beschränkt“ bliebe und daraus nicht ein „Weltbrand“ würde.³⁵

Die Alldeutschen Blätter richteten ihren Blick ganz gezielt nur auf das englisch-japanische Bündnis und beurteilten es als außenpolitische Kehrseite der englischen Süd- und Ostasien-Politik. Denn die außenpolitische Doppelstrategie, durch ein Bündnis mit Japan und durch eine Einigung mit Russland über die territorialen Machtverteilung in Ostasien die russisch-asiatischen Expansionsbestrebungen einzudämmen, brachte England mit dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges in eine schwierige Lage.³⁶ Mit Befriedigung stellten die Alldeutschen Blätter daher fest, dass die Annäherung Englands an Russland durch den „japanische Gernegroß“ zunichte gemacht worden sei.³⁷ Entsprechend wünschten sich die Alldeutschen Blätter sogar eine aktive Rolle Englands im russisch-japanischen Krieg, damit Russland in Ostasien noch stärker gebunden sein würde.

Der gravierendste Unterschied zwischen der „Lippischen Landes-Zeitung“ und den Alldeutschen Blättern zeigt sich beim Blick auf die letzte außenpolitische Konsequenz dieser diffizilen Bündnisdynamik, d.h. auf einen Weltkrieg. Während die „Lippische Landes-Zeitung“ diesen unter keinen Umständen herbeiwünschen wollte, standen die Alldeutschen Blätter diesem Szenario fast schon gelassen gegenüber, wenn sie schrieben: „Sollte aber [...] ein Weltbrand aus diesem Kriege entstehen, England einerseits, Frankreich andererseits in ihn hineingezogen werden, so wären wir immer noch in der Lage in guter Ruh´ dem mörderischen Kampfe zuzusehen.“³⁸ Ungeachtet der Frage, inwieweit sich das Deutsche Reich im Fall des Falles hätte heraushalten können, wird hier deutlich, wie sehr außenpolitische Fantasien dieser Art von spezifisch deutschen Einkreisungsängsten entlasten konnten. Hier lag ein auf dem sozialdarwinistischen Weltbild fußender fatalistischer Konjunktiv vor, der sogar mit der Opportunität eines Weltkrieges spielte, wenn Deutschland dadurch die Möglichkeit erhielt, „die Gunst des Augenblicks“ für seine machtpolitischen Interessen auszunutzen.³⁹ Insbesondere war es die Marokko-Frage, die die Alldeutschen in diesem Zusammenhang gern aufgriffen, um aus der aktuellen Weltlage im Sinne deutscher Interessen Kapital zu schlagen. Die ‚traurige‘ Wirklichkeit sah jedoch so aus, dass Deutschlands Nachfrage am imperialistischen „Markt“ größer war, als seine Möglichkeit, den übrigen Staaten attraktive Kompensationsangebote zu liefern.⁴⁰

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich beide Periodika für den russisch-japanischen Krieg vor allem im Hinblick auf seine Auswirkung auf das europäische Mächtege-

35 „An des Krieges Scheide“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 137, Nr. 33 vom 09.02.1904.

36 CLARK, Schlafwandler, S. 190 ff.

37 „Alldeutsche Wochenschau“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 14, Nr. 7 vom 13.02.1904.

38 „Alldeutsche Wochenschau“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 14, Nr. 7 vom 13.02.1904.

39 „Versäumte Gelegenheit?“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 14, Nr. 9 vom 27.02.1904.

40 CLARK, Schlafwandler, S. 195.

füge interessierten. Dieser Blickrichtung gaben Spekulationen über die Einmischung Englands oder Frankreichs Auftrieb. Die dabei betonte deutsche Neutralität hatte pragmatische Gründe. Während die „Lippische Landes-Zeitung“ beim imperialistischen Pokerspiel auf außenpolitische Niederlagen der anderen Mitspieler hoffte, liebäugelten die Alldeutschen Blätter mit einer aggressiveren Spielweise, um die kurzfristige Schwäche der europäischen Rivalen zu Gunsten Deutschlands auszunutzen.

Im Gegensatz zum russisch-japanischen Krieg fiel das Medienecho zur Liman-von-Sanders-Krise in der „Lippischen Landes-Zeitung“ und in den „Alldeutschen Blättern“ eher gering aus. Die Krise wurde als solche zunächst gar nicht wahrgenommen und fand nur in kleineren Meldungen ihren Niederschlag. Erst über die heftigen medialen Reaktionen in Russland gelangte sie auch in die deutsche Presseöffentlichkeit.

Die „Lippische Landes-Zeitung“ nahm besonders Anstoß an der russischen Zeitung „Nowoje Wremja“, deren Kommentare sie als „Feldzug gegen die deutsche Militärmission in Konstantinopel“ beurteilte.⁴¹ Trotz des antideutschen Akzents schätzte die „Lippische Landes-Zeitung“ die Krise zunächst eher als einen russisch-türkischen Konflikt ein, in den Deutschland sich nicht verwickeln lassen sollte.

Gänzlich anders sahen das die Alldeutschen Blätter. Die Entsendung von Liman v. Sanders begrüßten sie als „erfrischende Tat“⁴², weil eine Stärkung des Osmanischen Reiches für die deutschen Wirtschaftsinteressen von großer Bedeutung zu sein schien. Im Blick hatten sie die deutsche Beteiligung am Bau der Bagdad-Bahn, mit der deutsche Finanzinteressen, vorneweg die der Deutschen Bank, aufs Engste verbunden seien.⁴³

In der „Lippischen Landes-Zeitung“ hingegen spielte die wirtschaftliche Interessenperspektive Deutschlands im Zusammenhang mit der Militärmission keine Rolle. Ein repräsentativer Kommentar bekräftigte sogar noch den Eindruck vom deutschen ‚Zaungast‘, da laut der französischen Zeitung „Matin“ die russische Regierung es auf finanzielle Boykottmaßnahmen gegen die Türkei anzulegen schien, von denen an prominenter Stelle auch die finanziellen Interessen Frankreichs betroffen gewesen wären, also von Nachteilen speziell für Deutschland nicht die Rede sein konnte.⁴⁴ In der Tat hatte die russische Regierung solch einen Schritt kurzzeitig erwogen, dann aber mit Rücksicht auf die französischen Interessen diesen wieder verworfen.⁴⁵ Indes unterschätzte die lippische Presse mit ihrer anfänglichen Haltung des unbeteiligten Zaungastes die angespannte russische Stimmungslage beträchtlich. Denn auch in russischen Regierungskreisen hatten sich antideutsche Haltungen derart verbreitet, dass bereits über Kriegsoptionen nachgedacht wurde.⁴⁶ In der Rückschau lassen sich gewisse Ähnlichkeiten mit der Konflikteskalation in der Julikrise von 1914 entdecken, wenn man etwa die Kurzmeldung der „Lippischen Landes-Zeitung“ liest, dass „die Türkei

41 „Die deutsche Militärmission“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 146, Nr. 333 vom 07.12.1913.

42 „Die Lage im Orient“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 23, Nr. 52 vom 27.12.1913.

43 „Die Lage im Orient“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 23, Nr. 52 vom 27.12.1913.

44 „Folgen der russischen Mißstimmung in der Türkei“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 146, Nr. 348 vom 22.12.1913.

45 CLARK, Schlafwandler, S. 445f.

46 CLARK, Schlafwandler, S. 446.

vier Divisionen Truppen an die russische Grenze“ entsandt habe und dies „in Petersburg großes Aufsehen“ errege, weil man hinter diesem Truppentransport anscheinend „deutsche Intrigen“ vermutete.⁴⁷ Glücklicherweise wurde die russische Kriegsstimmung mit dem deutschen Einlenken Anfang 1914 überflüssig. Das allerdings schien laut „Lippischer Landes-Zeitung“ in der französischen Medienwelt zu Verstimmungen zu führen, da man das zwischen Russland und Deutschland erzielte Abkommen dort „mit gemischten Gefühlen“ aufnahm.⁴⁸ Bei solchen Meldungen konnte von Einkreisungspubozien mit Blick auf eine vermeintlich fest geschlossene Triple-Allianz keine Rede sein.

Die Alldeutschen Blätter verbuchten das deutsche Einlenken in der Liman-von-Sanders-Krise als „Sieg Rußlands“ und als „Niederlage des Reiches“⁴⁹. Sie warfen der deutschen Regierung fatale Kurzsichtigkeit vor, weil die deutsche Regierung „von vornherein die Unfähigkeit der Türkei übersah, einem wirklich ernsten Druck Rußlands standzuhalten.“⁵⁰ Mit diesem klaren Urteil über die deutsche Außenpolitik endete erstaunlicherweise auch die alldeutsche Berichterstattung zur Liman-von-Sanders-Krise. Hinter der Verärgerung verbarg sich aber implizit, dass man der Reichsleitung größere außenpolitische Handlungsspielräume zugetraut hätte, an die man wohl kaum gedacht hätte, wenn man von einem bedrückenden Einkreisungsring ausgegangen wäre.

Nicht wenig dürfte zur relativen Gelassenheit der Lippischen Presse beigetragen haben, dass ihr die zögerliche Haltung der englischen und der französischen Regierung gegenüber der von Russland eingeforderten Bündnissolidarität im Streit mit dem Deutschen Reich nicht verborgen blieb. So meldete die „Lippische Landes-Zeitung“ mit einer gewissen Schadenfreude, dass sich der „Vorstoß der Tripleentente gegen die deutsche Militärmission [...] als Schlag ins Wasser erwiesen“ habe und man sich dort „in sehr bemerkenswerten Pressefehden“ gegenseitig vorwerfe, „den anderen im Stich gelassen zu haben“.⁵¹ Solche Kommentare zeigten, dass die von der Liman-von-Sanders-Krise ausgelöste Zerreißprobe innerhalb der Triple-Allianz dem Deutschen Reich im europäischen Mächtegefüge eine erheblich günstigere Rolle zuwies als die beiden Marokkokrisen, in denen sich das Reich eher eingekreist gefühlt hatte. Weil sich aber die russische Seite selbst nach dem wohlwollenden Einlenken der Deutschen auch mit den stark reduzierten Befugnissen Liman von Sanders nicht abfinden wollte, fühlte sich die deutsche Öffentlichkeit im Lichte des unvorteilhaften Ausgangs der Krise deutlich benachteiligt gegenüber denjenigen Staaten, die ebenfalls Militärmissionen in der Türkei unterhielten. Darauf spielte die „Lippische Landes-Zeitung“ Mitte Januar 1914 an, wenn sie ihrem Unmut deutlich Luft machte: „Die öffentliche Meinung Deutschlands kann nur mit größten Befremden von der Nachricht Kenntnis nehmen, daß die Angelegenheiten [...] für Rußland immer noch nicht erledigt sind.“⁵² Man vermutete

47 „Russischer Pessimismus“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 146, Nr. 342 vom 16.12.1913.

48 „Frankreich und die Militärmission“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 147, Nr. 1 vom 02.01.1914.

49 „Alldeutsche Wochenschau“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 24, Nr. 5 vom 31.01.1914.

50 „Alldeutsche Wochenschau“, in: Alldeutsche Blätter, Jg. 24, Nr. 5 vom 31.01.1914.

51 „Politische Wochenschau“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 147, Nr. 2 vom 03.01.1914.

52 „Wie lange noch?“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 147, Nr. 18 vom 19.01.1914.

zunehmend eine gezielte Kampagne gegen die deutsche Außenpolitik und empfand den russischen Widerstand als „Brüskierung Deutschlands“.⁵³

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die mediale Berichterstattung beider Konflikte, auch im Vergleich zwischen beiden Medien, von Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der Krisenwahrnehmung durchsetzt war. Der russisch-japanische Krieg wurde vor allem als Entlastung der russisch-deutschen Beziehungen wahrgenommen, da sich Russland in seinen imperialistischen Bestrebungen vom europäischen Raum abzuwenden schien. Das heißt, man interessierte sich besonders für die Auswirkungen auf die europäischen Bündnisblöcke. Der Eindruck entstand, dass sich mit den russischen Ambitionen in Fernost vor dem Hintergrund des englisch-japanischen und dem französisch-russischen Bündnisses die innereuropäischen Spannungen in ihrer Gesamtheit auf den ostasiatischen Schauplatz verlagert hätten. In den Augen der „Lippischen Landes-Zeitung“ erhöhte das gesteigerte Konfliktpotenzial in Ostasien aber nicht die Wahrscheinlichkeit eines großen „Weltbrandes“. Man hoffte eher auf einen schwelenden regionalen Konflikt, der die Kräfte der europäischen Konkurrenten in Ostasien dauerhaft binden würde. Da dieser keine große Bedeutung für Deutschland hatte, eröffnete dies neue Chancen und Perspektiven für die deutschen Interessen in Europa. Die Presse hielt sich mit konkreten Vorschlägen zwar zurück, doch es gab Andeutungen bezüglich attraktiver neuer Bündnispartner, die potenziell die außenpolitischen Handlungsspielräume des Reiches erweitern helfen sollten.

Ein deutlicher Wahrnehmungsunterschied ist in der Berichterstattung zur Liman-von-Sanders-Krise festzustellen. Die Alldeutschen Blätter verknüpften die deutsche Militärmission von Anfang an mit Wirtschafts- und Machtinteressen. Auf der einen Seite stand die deutsche Beteiligung am Bau der Bagdad-Bahn und auf der anderen Seite der schleichende Zerfall des Osmanischen Reiches. Im Gegensatz zur „Lippischen Landes-Zeitung“ nahmen die Alldeutschen Blätter den russischen Widerstand gegen die Militärmission als Konflikt divergierender imperialistischer Interessen wahr. Aufgrund dessen empfanden sie das Einlenken der deutschen Regierung als desaströse Niederlage für die deutsche Außen- und Handelspolitik und beendeten nach der Zurkenntnisnahme der unumkehrbaren Entscheidungen die Berichterstattung über die Liman-Krise.

Bei der „Lippischen Landes-Zeitung“ war das Krisenbewusstsein in der Liman-von-Sanders-Angelegenheit deutlich schwächer ausgeprägt als bei den Alldeutschen Blättern. Gleichwohl betrachteten sie die deutsche Militärmission durchaus im Kontext der künftigen Aufteilung des Osmanischen Reiches und wussten im akuten Streitfall die imperialistischen Interessen der übrigen Staaten wahrzunehmen, u.a. die Spannungen innerhalb der Triple-Allianz. Für den hartnäckigen russischen Widerstand brachten sie kaum Verständnis auf – ein Symptom für die abgekühlten Beziehungen zu Russland. Explizite Kriegserwartungen oder Einkreisungsängste ließen sich nicht finden, da die Krise als solche nur als diplomatische „Brüskierung Deutschlands“ ohne weitergehende Folgen wahrgenommen wurde. Dass man in der Frage der Militärmissionen gleiches Recht für sich wie für die europäischen

53 „Wie lange noch?“, in: Lippische Landes-Zeitung, Jg. 147, Nr. 18 vom 19.01.1914.

Konkurrenten geltend machte, zeigt deutlich, wie sehr man sich als gleichberechtigter Teil im „Club der Weltreiche“ fühlte und nicht als ausgegrenzter Außenseiter.

Untersuchung der Paderborner Presse

Der Raum Paderborn gilt seit jeher als Hochburg des Katholizismus. Um 1905 waren 86% der städtischen Bevölkerung katholischen Glaubens, während nur 12% evangelisch waren⁵⁴. Das Umland war stark ländlich geprägt, entsprechend war die Agrarwirtschaft der mit Abstand am weitesten verbreitete Wirtschaftszweig. Beide Faktoren legen nahe, dass die örtliche Presse den Großteil ihrer Leserschaft in der zentrumsnahen Wählerschaft fand.⁵⁵ Darüber hinaus war Paderborn die Garnison des 158. Infanterieregimentes sowie des 8. Husarenregimentes Kaiser Nikolaus II. von Russland, dessen Angehörige immerhin sechs Prozent der Einwohnerschaft ausmachten.

Die zwei hier behandelten Tageszeitungen „Paderborner Anzeiger“ (Thiele Verlag, gleichzeitig Organ des landwirtschaftlichen Kreisvereins) und „Westfälisches Volksblatt“ (Schöningh Verlag) lassen sich politisch recht gut einordnen. Der „Anzeiger“ ist zwar als zentrumsnah einzustufen, weist aber zusätzlich nationalliberale bis freikonservative Züge auf, während sich das Volksblatt ausschließlich und mit Nachdruck zur Zentrumsparterie bekennt. Beiden gemein ist eine z.T. harsche Kritik an anderen Parteien, vornehmlich an den Sozialdemokraten, Liberalen und Alldeutschen.⁵⁶ Das Verbreitungsgebiet des „Westfälischen Volksblattes“ ging weit über den Kreis Paderborn hinaus, im Süden beispielsweise bis in das Sauerland; entsprechend war es in der Auflagenzahl dem verhältnismäßig jungen „Paderborner Anzeiger“, dessen Einzugsbereich lediglich im Nahbereich Paderborns und Bad Lippspringes lag, weit voraus. Die Berichterstattung beider Blätter zeichnet sich durch eine hohe Informationsdichte kirchlicher Ereignisse aus; zudem nahmen die Nachrichten zu lokalen Vorkommnissen ebenfalls einen hohen Stellenwert ein. Im „Westfälischen Volksblatt“ finden sich neben knappen Agenturmeldungen auch größere, sehr fundierte Kommentare, die eine präzise Analyse ihrer Einschätzung des europäischen Mächtesystems und der deutschen Außenpolitik erlauben, während der „Paderborner Anzeiger“ sich zumindest in Bezug auf die Liman-von-Sanders-Krise ausschließlich auf den oft knappen, kommentarlosen Abdruck von Agenturnachrichten beschränkt.⁵⁷ Insgesamt schien sich das „Westfälische Volksblatt“ viel ausführlicher und auch kritischer mit der Außenpolitik zu beschäftigen, derweil sich der „Paderborner Anzeiger“ schwerpunktmäßig mit innenpolitischen Themen

54 HÜSER, Karl: Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1871-1914), in: GÖTTMANN, Frank/ HÜSER, Karl/ JARNUT, Jörg (Hg.) Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3, Paderborn 1999, S. 110.

55 Im Wahlkreis Paderborn-Büren erreichte die Zentrumsparterie bei den Reichstagswahlen im Untersuchungszeitraum zwischen 95 und knapp 99% der Stimmen. Siehe: HÜSER, Karl, Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, S. 134.

56 „Das Zentrum, wie es war, ist und bleibt“, in: Westfälisches Volksblatt, Nr. 277, Jg. 65, vom 11.10.1913 und „Liberalismus“, in: Paderborner Anzeiger, Jg. 25, Nr. 3 vom 04.01.1911.

57 Diese Beobachtung mag täuschen, denn während der Marokkokrisen etwa fanden sich auch im Anzeiger zahlreiche ausführliche Kommentare.

auseinandersetzte. Da sich leider keine Ausgaben des „Paderborner Anzeigers“ zwischen 1903 und 1906 erhalten haben, beschränkt sich die Analyse der Berichterstattung über den russisch-japanischen Krieg einzig auf das „Westfälische Volksblatt“.

Man sollte annehmen, der russisch-japanische Krieg habe für das Deutsche Kaiserreich aufgrund seiner geographischen Entfernung eine eher untergeordnete Rolle gespielt, doch die möglichen Folgen dieses Konfliktes für die deutsche Wirtschaft und für die Stellung des Reiches im globalen Machtgefüge bewogen auch die auflagenstärkste Paderborner Zeitung, sich in aller Ausführlichkeit diesem Thema zuzuwenden. Allerdings beschränkte sich das „Westfälische Volksblatt“ größtenteils auf eine kommentarlose Berichterstattung zum Kriegsverlauf, die oft ausführlich und akribisch sämtliche Gefechtsverläufe schilderte. Diese Schwerpunktsetzung in der Berichterstattung erklärt, warum sich nur vereinzelt Beiträge fanden, die für die Fragestellung dieses Beitrags aussagekräftig sind.

Ein zehn Monate nach Kriegsbeginn veröffentlichter Kommentar ergriff eindringlich für die russische Seite Partei, indem er die wirtschaftliche Interessenperspektive in den Mittelpunkt rückte: „Die Beziehungen Deutschlands zum Zarenreiche sind auch im fernen Osten freundliche und für den deutschen Handel sehr nutzbringend. Wir [...] exportieren dorthin für 1200 Millionen fertige Waren, [...] während der Japaner [...] nur für 20 Millionen Waren bestellt. [...] Dreiviertel der russischen Kriegsausrüstungskosten sind für deutsche Lieferanten verausgabt.“⁵⁸ Aber auch die Neigung der Japaner, mit Nachahmer-Produkten die deutsche Stellung auf den asiatischen Märkten zu schädigen, fand als Gesichtspunkt Erwähnung. Nachgeahmte Ware als „deutsches Fabrikat auf den asiatischen Markt“ zu werfen, bewertete das Blatt zumindest in ökonomischer Sicht als „Gefahr“⁵⁹. Folglich sah man die deutschen Wirtschaftsinteressen im ostasiatischen Raum besser gewahrt, wenn Russland dort die Oberhand behielt. Das „Volksblatt“ pflichtete dem Reichskanzler ausdrücklich bei, wenn er die Pflege guter Beziehungen mit Russland bekräftigte.⁶⁰ Als Grund wurden ausdrücklich auch politische Überlegungen angeführt, die Deutschlands prekäre kontinentale Stellung im System der Mächtebeziehungen im Blick hatten: „Die ganze politische Lage rät uns dringend [...] alles zu vermeiden, was die Russen als Feindseligkeit ansehen können.“⁶¹ In diesem Sinne attestierte auch Reichskanzler von Bülow der Presse sicherheitspolitisches Verantwortungsbewusstsein, was aus der Sicht des „Volksblatts“ die eigene konservativ bedächtige Haltung in Fragen der Außenpolitik zu bestätigen schien: „Graf Bülow erkannte an, daß bei uns die öffentliche Meinung und die politische Presse, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, das begriffen hat und im allgemeinen die durch unser Interesse gebotene Neutralität, wenn nicht gar wohlwollende Neutralität gegenüber Russland beobachtet hat.“⁶² Als Negativbeispiel erinnerte man mahnend an den Umgang der deutschen Presse

58 „Ueber die ostasiatische Frage und die 'gelbe Gefahr'“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 347 vom 18.12.1904.

59 „Ueber die ostasiatische Frage und die 'gelbe Gefahr'“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 347 vom 18.12.1904.

60 „Politische Tagesübersicht“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 340 vom 11.12.1904.

61 „Politische Tagesübersicht“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 340 vom 11.12.1904.

62 „Politische Tagesübersicht“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 340 vom 11.12.1904.

mit England aus Anlass des Burenkrieges 1902, als die aggressive massenmediale Teilnahme für die Buren zu einer Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen geführt hatte. Das Paderborner Blatt konnte deshalb dem Reichskanzler nur beipflichten, als er die „Witzblätter“ aufforderte, auf „Häme und Beschimpfungen“ mit Blick auf die russischen Niederlagen zu verzichten.⁶³ Denn er schien der Presse zu Recht einen großen Einfluss auf die Außenpolitik zuzuschreiben, mit dem sie anscheinend nicht immer verantwortungsvoll umzugehen wusste. Entsprechend gern zitierte man die prägnant bildhafte Presseschelte des Kanzlers: „So muß die Nation die Fenster ersetzen, die ihre Presse einwirft“⁶⁴. Dahinter verbarg sich eine weitreichende geostrategische Besorgnis des Kanzlers bezüglich der latent prekären Sicherheitslage des Deutschen Reiches, die das „Volksblatt“ offensichtlich teilte. Programmatisch hieß es dazu: „Der Reichskanzler wies auf die Revanchegeleüste in Frankreich und die Hetzereien englischer Blätter hin. Vermutlich weiß er besonders über den Stand der Dinge in England noch etwas mehr, als er öffentlich sagt. Daß in England eine starke Unterströmung dahin geht, mit uns einen Krieg vom Zaune zu brechen, um unsere Flotte wegzunehmen oder zu zerstören und unseren Welthandel zu vernichten, können wir nicht verhehlen. [...] Alle unsere Fehler werden von den lauenden Gegnern ausgenutzt und nichts könnte ihnen willkommener sein als ein Zerwürfnis oder auch nur eine Verstimmung zwischen Deutschland und Rußland.“⁶⁵ Die Benennung Englands und Frankreichs als „lauende Gegner“ unterstrich die Wichtigkeit guter deutsch-russischer Beziehungen, die es zu pflegen und aufrecht zu halten galt. Auch wenn im Hintergrund die Furcht vor einem Einkreisungsring als außenpolitischem ‚worst case‘ stand, offenbarten solche Überlegungen aber noch keine handfesten Einkreisungsphobien, die im Zuge der 1. Marokkokrise die deutsche Öffentlichkeit bis hin zum Reichskanzler in den Bann schlugen.⁶⁶ Als im weiteren Verlauf des Krieges England mit seinem Einmarsch in Tibet die Schwäche Russlands nutzte, um eine möglichst vorteilhafte Verhandlungsbasis für den Fall einer englisch-russischen Annäherung zu schaffen, kommentierte dies das „Volksblatt“ in einer Meldung aus Petersburg folgendermaßen: „Englands Vorgehen in Tibet wirkt auf die öffentliche Meinung in Russland im höchsten Grade beunruhigend.“ So sei man „der Überzeugung, dass es sich um einen wichtigen aggressiven Schritt Englands gegen Russland handle“.⁶⁷ Dieser Nachricht wurde eine englandfreundliche Meinungsäußerung aus Russland gegenübergestellt, die darauf hoffte, dass England sich in der Bosphorus-Frage kompromissbereit zeigte und Russlands Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Deutschen unterstützte. Englands Russlandpolitik schien also bis dato primär auf die Sicherung seiner Interessen im ostasiatischen Raum abzielen. Aus englischer Sicht konnte ein deutsch-russisches Zerwürfnis günstig sein, um das konkurrierende England aus dem Fokus des russischen Expansionsstrebens zu nehmen. Der Autor des Artikels begründete hier sehr deutlich, wie wichtig gute

63 „Politische Tagesübersicht“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 340 vom 11.12.1904.

64 „Politische Tagesübersicht“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 340 vom 11.12.1904.

65 „Politische Tagesübersicht“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 340 vom 11.12.1904.

66 Diese Rede ist in voller Länge auf der Titelseite im Westfälischen Volksblatt vom 15.11.1906 abgedruckt.

67 „England in Tibet“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 56, Nr. 72 vom 20.03.1904.

Beziehungen zu Russland seien, da der Gegner im Westen klar definiert war und man eine Bedrohung aus dem Osten, vor allem im Hinblick auf einen Zweifrontenkrieg, um jeden Preis zu vermeiden hatte.

Bis 1913 verschlechterte sich die außenpolitische Lage des Deutschen Reiches zunehmend. Die Entente Cordiale und das russisch-französische Bündnis hatten im englisch-russischen Übereinkommen von 1907 eine Ergänzung gefunden, die zur Triple-Allianz führte. Das bekam die deutsche Reichsleitung während der 2. Marokkokrise von 1911 deutlich zu spüren, als sie in diesem Konflikt weitgehend isoliert dastand. Gut zwei Jahre später gab die Reichsleitung den Anstoß für einen weiteren, in der Forschung bislang kaum untersuchten außenpolitischen Krisenfall mit der Entsendung einer Militärmission unter Führung von Generalleutnant Liman von Sanders an den Bosphorus. Interessant ist daran, wie weit bei diesem Zwischenfall die Solidarität der Bündnisblöcke zum Tragen kam und inwieweit diese Krise in der deutschen Öffentlichkeit nach dem Muster der Marokkokrisen als dramatische Einkreisungskrise verarbeitet wurde. Der „Paderborner Anzeiger“ berichtete bereits zwei Tage nach Eintreffen der Kommission in der Türkei, Vertreter der drei Ententemächte hätten sich beim Großwesir über die Befugnisse von Liman von Sanders erkundigt. Zudem wolle die franz. „Temps“, entgegen der Ansicht der Ententeregierungen die „Angelegenheit zu einer deutsch-russischen Differenz ausgestalten“; indem sie forderte, dass Frankreich und England „ohne Vorbehalt den russischen Standpunkt unterstützen“ sollten.⁶⁸ Um über die russische Perspektive zu informieren, zitierte der „Anzeiger“ den französischen „Matin“, wonach Russland die Militärmission im Lichte der Balkanfrage als sehr brisant empfand, weil es nicht dulden konnte, dass „der Ausgang dieser Meerenge sich in Händen einer anderen Macht als der Türkei“ befand.⁶⁹ Tags darauf beleuchtete der „Anzeiger“, welche Absichten Frankreich in der Türkei verfolgte. Von Interesse ist, dass er aus der großen Vielzahl französischer Pressestimmen das „Echo de Paris“ herausgriff, das einen eher distanzierten Blick auf Russland verriet, wenn es hieß: „Im Hinblick auf die angeblich von russischer Seite erhobene Forderung, dass Frankreich der Türkei keinerlei Anleihen gewähren möge, solange sie in der Angelegenheit der deutschen Militärmission nicht nachgegeben habe, führt das ‚Echo de Paris‘ aus, dass eine finanzielle Blockade gegen die Türkei sich schwer durchführen lasse. [...] Es sei daher unmöglich, über die Türkei die finanzielle Blockade zu verhängen, wenn es sich darum handele, deutsche Interessen zu bekämpfen“⁷⁰ Der Anzeiger erweckte damit den Eindruck, dass man in Frankreich keine dringliche Veranlassung sah, zugunsten Russlands auf Finanzgeschäfte zu verzichten, nur um Bündnistreue zu beweisen. Also ging das Blatt davon aus, dass die französische Politik der Krise keine große Bedeutung beimaß und sich von Russland nicht in den Sog einer Eskalation der Bündnisblöcke ziehen lassen wollte. Diesen Eindruck bekräftigte der „Anzeiger“, indem er für die englische Seite aus dem „Daily Graphic“ zitierte: „Wir können

68 „Der Dreiverband und die deutsche Militärmission“, in: Paderborner Anzeiger, Jg. 27, Nr. 313 vom 16.12.1913.

69 „Der Dreiverband und die deutsche Militärmission“, in: Paderborner Anzeiger, Jg. 27, Nr. 313 vom 16.12.1913.

70 „Die deutsche Militärmission“, in: Paderborner Anzeiger, Jg. 27, Nr. 313 vom 17.12.1913.

es uns in dieser Frage nicht leisten, Russland blindlings zu unterstützen, in der Voraussetzung, dass der Geist der Entente die Unterstützung erheischt. Wir glauben nicht, dass die Entente eine so weitgehende Bedeutung hat. [...] Denn wir haben unsere eigenen Interessen zu berücksichtigen.⁷¹ Bei solchen Pressestimmen konnte sich die Vorstellung eines Einkreisungsringes um das Reich durchaus verflüchtigen, aber der „Anzeiger“ schenkte im weiteren Verlauf auch anderslautenden Urteilen Gehör. So benannte das Blatt das „Pariser Kapital“ als verantwortlich für das Einlenken der Pforte zugunsten Russlands; in diesem Zusammenhang war sogar von „französischen Hetzern“ die Rede.⁷² Der Eindruck eines für die Deutschen ungünstigen Ausgangs der Krise verdichtete sich schließlich in der Bemerkung, dass Russland faktisch in „der ganzen Kampagne die treue Assistenz seines Verbündeten“ erhalten habe.⁷³ Es ist also festzuhalten, dass der „Paderborner Anzeiger“ in der Krise anfänglich Schwächungstendenzen innerhalb der Triple-Allianz ausmachte, da Frankreich und England primär ihre eigenen Interessen verfolgten. Zum Ende hin schien sich aus seiner Sicht aber die Bündnistreue zwischen Frankreich und Russland durchgesetzt zu haben, als Liman von Sanders seines Kommandos enthoben wurde. Ein Bild der festen Geschlossenheit innerhalb der Triple-Allianz, wie dies die Einkreisungsphobien der zurückliegenden Jahre nahelegten, vermittelte das Blatt nur bedingt, zumal die Briten sich relativ neutral verhalten hatten.

Das „Westfälische Volksblatt“ legte den Schwerpunkt der Berichterstattung auf das deutsch-englische Verhältnis. Wesentliche Kritik erfuhr dabei die Außenpolitik der Reichsleitung: „Und unsere regierungsfreundlichen Blätter waren so fest überzeugt, England werde uns unterstützen, weil es am Goldenen Horn seinen Admiral Lyengus habe. Da könne es doch auf keinen Fall gegen General Liman etwas einwenden. [...] Die deutsche Politik hat seit einer Reihe von Jahren wirklich nicht viel Glück gehabt, aber auffällig ist, daß ihr Kalkül stets infolge verkehrter Einschätzung Englands nicht stimmte.“⁷⁴ Hier meldete das „Volksblatt“ offenbar Zweifel an der Urteilskraft der deutschen Außenpolitik an, die der britischen Politik mehr Unabhängigkeit von den Allianzpartnern zugeschrieben hatte, als tatsächlich der Fall war. Denn in der Tat hätte sich eine unabhängige britische Außenpolitik nicht veranlasst sehen müssen, mit zweierlei Maß zu messen, zumal Admiral Arthur Limpus, Kopf der britischen Marinemission, viel eher die Möglichkeit gehabt hätte, die Dardanellen zu kontrollieren, als Liman von Sanders, da in seinen Händen die Kommandogewalt über die türkischen Torpedoboote lag und er die Stationierung von Seeminen verfügen konnte.⁷⁵

Bemerkenswert ist, dass sich das „Volksblatt“ nicht in entrüsteten bis wehleidigen Äußerungen über die ungerechte Behandlung der deutschen Militärmission erging und sich hütete, Einkreisungsszenarien zu beschwören, vielmehr den Misserfolg der Militärmission

71 „England und die deutsche Militärmission“, in: Paderborner Anzeiger, Jg. 27, Nr. 315 vom 19.12.1913.

72 „Ein Erfolg Frankreichs gegen die deutsche Militärmission?“, in: Paderborner Anzeiger, Jg. 28, Nr. 11 vom 13.01.1914.

73 „Ein Erfolg Frankreichs gegen die deutsche Militärmission?“, in: Paderborner Anzeiger, Jg. 28, Nr. 11 vom 13.01.1914.

74 „Hat Deutschland falsch gerechnet?“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 347 vom 23.12.1913.

75 Siehe hierzu: CLARK, Schlafwandler, S. 444.

sion auch auf gravierende Fehler der deutschen Außenpolitik zurückführte, die sich allem Anschein nach wiederholten. Das Blatt konstatierte nicht nur einen „Mangel an Umsicht“, was die diplomatischen Konsequenzen der Liman-Mission betraf, sondern erkannte auch ähnliche Missgriffe in der jüngeren Vergangenheit mit Blick etwa auf Bülow's Marokkopolitik, die eine unerwartet nachteilige Wendung genommen hatte.⁷⁶ Dass man Reichskanzler Bethmann Hollweg vorwarf, die Lage bei der Endsendung Liman von Sanders falsch eingeschätzt zu haben, setzte voraus, dass die harsche russische Reaktion vorhersehbar gewesen wäre. Doch auch die Redaktion der „Volksblattes“ hatte in ihrer Berichterstattung gezeigt, dass sie von der heftigen Reaktion der russischen Regierung überrascht war, obwohl ihr zuvor die „ungewöhnlich heftige Sprache der russischen Presse“ hätte bereits bekannt sein sollen.⁷⁷ Den Fehler bei der deutschen Reichsleitung zu suchen, hatte aber aus der Sicht des „Volksblattes“ weniger mit Rußland zu tun als vielmehr damit, dass der englische Blick auf das Deutsche Reich falsch eingeschätzt wurde. Vor dem Hintergrund der aktuellen deutsch-britischen Annäherung im Verlauf der Balkankrise hatte die Reichsleitung offenbar irrtümlich auf englische Unterstützung gehofft. Demnach schien der Kern der verfehlten deutschen Englandpolitik darin zu liegen, dass man die Flottenrivalität als Hauptgrund der deutsch-englischen Spannungen sträflich unterschätzt habe.⁷⁸ Demzufolge stand hinter der Einkreisungsgefahr die Flottenfrage: „Darum suchten sie Deutschland ‚einzukreisen‘, darum machten sie den Vorschlag der Abrüstung [...] im Flottenbau, darum gingen sie mit Russland und Frankreich die Triple-Entente ein.“⁷⁹ Die Liman-von-Sanders-Krise nutzt das „Westfälische Volksblatt“ einmal mehr um dem Leser deutlich zu machen, dass es aus seiner Betrachtung England einzig darum ging „die deutsche Flotte zu zertrümmern“, und der englischen Politik folglich nicht zu trauen war.⁸⁰ Aus diesen Darstellungen folgt, dass die englische Deutschlandpolitik wiederholt wesentlich zu einer Destabilisierung der deutsch-englischen Beziehungen beigetragen habe, und für das Reich faktisch so lange keine Annäherung an England möglich war, wie es seine Flottenpolitik fortsetzte. In diesem Punkte glaubte man sogar den alldeutschen Gegnern einen gewissen Realismus zugestehen zu müssen, weil diese stets die machtpolitische Rivalität mit dem britischen Empire betont hatten. Dazu hieß es: „Wie unsere Leser wissen, sind wir durchaus keine Freunde der Alldeutschen, welche zum Kriege treiben und die Völker verhetzen. Aber das Eine muß man ihnen lassen, daß sie die Situation manchmal richtiger beurteilen als die Offiziösen und die Liberalen.“⁸¹ Da auch die Alldeutschen die deutsch-britische Flottenrivalität für ein unausweichliches Faktum der Mächtekonkurrenz hielten, muss festgehalten werden, dass das „Volksblatt“ sich in dieser Frage dem Kurs der Alldeutschen anzunähern schien. Augenfällig verschärfte das „Westfälische Volksblatt“ seine Wortwahl und nahm so eine Sonderrolle im Vergleich

76 „Hat Deutschland falsch gerechnet?“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 347 vom 23.12.1913 und „Fürst Bülow's Marokkopolitik“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 338 vom 14.12.1913.

77 „Die Auslandspolitik im Reichstage“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 340 vom 16.12.1913.

78 „Die Auslandspolitik im Reichstage“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 340 vom 16.12.1913.

79 „Die Auslandspolitik im Reichstage“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 340 vom 16.12.1913.

80 „Die Auslandspolitik im Reichstage“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 340 vom 16.12.1913.

81 „Hat Deutschland falsch gerechnet?“, in: Westfälisches Volksblatt, Jg. 65, Nr. 347 vom 23.12.1913.

zu den übrigen untersuchten Blättern ein. Eine treffende Erklärung liefert Stig Förster, indem er feststellt, dass sich zu dieser Zeit bei der Zentrumsparlei Enttäuschung breitgemacht habe, da ihre Politik des außenpolitischen Ausgleichs erfolglos geblieben war und deshalb einer militärpolitisch offensiveren Gangart zu weichen hatte.⁸² Diesen Kurswechsel der Zentrumsparlei hatte parallel offenbar auch das „Volksblatt“ in seiner Berichterstattung nachvollzogen, ohne damit jedoch alldeutsche Konfrontationspolitik propagieren zu wollen.

Es ist festzustellen, dass sich beide Paderborner Zeitungen bis zur Julikrise, wenn auch teilweise knapp, mit sämtlichen außenpolitischen Krisen kritisch und lebhaft auseinandersetzten. Auch eine Selbstreflexion bezüglich des Einflusses auf die öffentliche Meinung sowie eine deeskalierende, auf Ausgleich bemühte außenpolitische Rhetorik fanden sich in verschiedenen Artikeln. An Kritik an der eigenen deutschen Außenpolitik wurde nicht gespart, vor allem mit Blick auf die Marokkokrisen. Darüber hinaus fand eine überwiegend faire Auseinandersetzung mit der Auslandspresse statt. Auch ließ man in der Wahrnehmung der Auslandspresse konträre Ansichten zu Wort kommen. Insgesamt lieferten beide Zeitungen eine recht homogene Darstellung der Ereignisse. Für das „Westfälische Volksblatt“ ist festzustellen, dass sich der Ton in Bezug auf das deutsch-britische Verhältnis mit der Liman-von-Sanders-Krise verschärfte, während der „Anzeiger“ in außenpolitischen Belangen durchweg gemäßigt blieb.

Die Paderborner Presse glaubte am Vorabend des Ersten Weltkrieges keine aggressive deutsche Außenpolitik erkennen zu können, betonte vielmehr das reichsdeutsche Bemühen um einen Ausgleich mit der Triple-Allianz. Aus dem „Westfälischen Volksblatt“ lässt sich die Unterstellung herauslesen, dass die englische Politik aggressive, gegen das Deutsche Reich gerichtete Seiten habe, dies aber eine Folge der deutsch-englischen Flottenrivalität sei. Eine unmittelbare Kriegserwartung oder Kriegsfurcht war in den beiden Zeitungen nicht nachzuweisen, allenfalls ließ der „Paderborner Anzeiger“ eine untergründige Hoffnung durchblicken, dass mit der Destabilisierung der Triple-Allianz eine Entspannung zumindest im deutsch-englischen Verhältnis einhergehen könnte. Deutlich anders verhielt es sich noch zur Zeit des russisch-japanischen Krieges, als die Presse dem Deutschen Reich noch Wahlmöglichkeiten zwischen England und Russland zuschrieb, also die internationale Lage noch günstiger einschätzte. Zur Zeit der Liman-von-Sanders-Krise jedoch vermittelte die Paderborner Presse den Eindruck einer gewissen außenpolitischen Ohnmacht in der Auseinandersetzung mit der Triple-Allianz. Zwar waren nicht wie zur Zeit der 2. Marokkokrise beklemmende Einkreisungspublikationen virulent, aber ein Bewusstsein für die von der Triple-Entente gesetzten engen machtpolitischen Grenzen war sehr lebendig.

Ein eindeutiger Beleg für die These Afflerbachs vom „unwahrscheinlichen Krieg“⁸³ ist in der Paderborner Presse, zumindest was das Jahr 1913 angeht, genauso wenig auszumachen wie für die gegenteilige These, dass der Glaube an die Unvermeidbarkeit des großen Krieges von der Massenmedien systematisch verbreitet worden sei, wie dies Rosenberger

82 Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890–1913, Stuttgart 1985, S. 212f.

83 AFFLERBACH, *Topos*, S. 284–302.

für einen Großteil der Presse behauptet hat.⁸⁴ Die Sorge um den Erhalt des Friedens war stets präsent, zugleich war aber das Zutrauen in die Fähigkeit der Diplomatie, den großen Krieg zu vermeiden, relativ groß.

Untersuchung der Dortmunder Presse

Im Gegensatz zu den sozial und konfessionell weniger heterogenen Provinzstädten Paderborn oder Detmold existierten im bevölkerungsreichen Dortmunder Raum verschiedene politische, soziale und konfessionelle Milieus nebeneinander, denen jeweils größeres lokales Gewicht zukam. Als einflussreiche politische Strömungen der Region sind die Sozialdemokratie, der Links- und der Nationalliberalismus, sowie der politische Katholizismus zu nennen. Eine wichtige Stütze der Politik war die Dortmunder Partei- bzw. Parteirichtungspressen, die durch die folgenden vier Zeitungen repräsentiert wurde: Die „Arbeiter-Zeitung“ fungierte als sozialdemokratisches Organ für den Raum Dortmund, Hamm, Soest, Arnsberg und richtete sich an die Industriearbeiterschaft.⁸⁵ Die Leitartikel zur preußischen Landtagswahl von 1908 spiegeln die sozialdemokratische Ausrichtung deutlich wider: Mit martialischen Worten wurde die Arbeiterklasse für die Partei mobilisiert.⁸⁶ Der „General-Anzeiger für Dortmund und die Provinz Westfalen“ warb im selben Landtagswahlkampf trotz der selbst verordneten Überparteilichkeit mittels Inseraten und Leitartikeln für den Linksliberalismus und agitierte gegen das „reaktionäre“ preußische Dreiklassenwahlrecht.⁸⁷ Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ entstand 1883 aus der Fusion zwischen „Essener Zeitung“ und „Westfälischer Zeitung“ und war im Dortmunder, Essener sowie Duisburger Raum verbreitet.⁸⁸ Dass die Zeitung die Zentrums Politiker im Zuge der Landtagswahl als ultramontane Volksverräter titulierte, offenbart ihre die nationalliberale Ausrichtung.⁸⁹ Abschließend ist die „Tremonia“⁹⁰ zu nennen, die während des Landtagswahlkampfes Positionen des politischen Katholizismus vertrat und somit das politische Spektrum des Dortmunder Raumes komplettierte.⁹¹

„Der ostasiatische Krieg war für Deutschland ein Glück. Er befreite uns von dem russischen Alp und gab uns wieder volle Bewegungsfreiheit in Europa.“⁹² jubelte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ anlässlich des Friedensvertrags zwischen Russland und Japan. Der Autor des Artikels, der Deutschland vor dem Krieg in Fernost in einer diplomatischen Sack-

84 ROSENBERGER, Zeitungen, S. 294.

85 Verzeichnis und Bestände Westfälischer Zeitungen. In: Geschichtliche Arbeiten zur Meinungsbildung und zu den Kommunikationsmitteln in Westfalen 2. Band, (Hg.) von KOSZYK, Kurt Münster 1975, S. 38.

86 „Was die Stunde erfordert“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 17, Nr. 127 vom 02.06.1908.

87 „Zur heutigen Landtagswahl“, in: Dortmunder General-Anzeiger, Nr. 153 vom 03.06.1908.

88 Verzeichnis und Bestände Westfälischer Zeitungen, S. 78; vgl. auch „Schwarz-weiß, sei's Panier!“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 590 vom 02.06.1908.

89 „Schwarz-weiß, sei's Panier!“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 590 vom 02.06.1908.

90 Anmerkung: lateinischer Name für Dortmund.

91 Verzeichnis und Bestände Westfälischer Zeitungen, S.35, vgl. auch „Vor der Entscheidung“, in: Tremonia, Jg. 33, Nr. 152 vom 03.06.1908.

92 „Deutschland und der Friede“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 845 vom 31.08.1905.

gasse sah, forderte nun, dass die deutsche Diplomatie aus der Schwäche Russlands und aus den belasteten russisch-britischen Beziehungen über alle Bedenken hinweg möglichst viel Kapital schlagen müsse.⁹³ Die bisherigen Erfolge der deutschen Diplomatie, das neue Handelsabkommen mit Russland und der Vertrag von Björkö (deutsch-russische Annäherung), seien angesichts der günstigen Lage nicht zufriedenstellend.⁹⁴ Aus den außenpolitischen Entwicklungen schlussfolgerte er, dass die Russen bei einer englisch-deutschen Konfrontation wohl auf der Seite Deutschlands stehen würden, da das mit Japan verbündete Großbritannien momentan Russlands „schlimmster Feind“ sei.⁹⁵ Im Falle einer deutsch-russischen Konfrontation könne man dagegen auf das militärisch starke Japan als Verbündeten hoffen.⁹⁶ Besonders interessant ist, dass der Autor die deutsche Marokkopolitik als einen „Prüfstein für das neue russisch-deutsche Bündnis“ interpretierte - dies in der Hoffnung, die Russen im Falle der Zuspitzung des deutsch-französischen Konflikts um Marokko für die deutsche Seite gewinnen zu können.⁹⁷ Die Schlussfolgerungen verdeutlichen, dass die machtpolitischen Verschiebungen infolge des russisch-japanischen Krieges aus nationalliberaler Sicht neue Handlungsoptionen boten, die eine schneidige Außenpolitik ausloten sollte.

Die zentrumsnahe „Tremonia“ berichtete vor allem über die passive Rolle Frankreichs bei den Friedensverhandlungen zwischen Russland und Japan, die im Kontrast zur aktiven Vermittlerrolle Wilhelms II. stand.⁹⁸ Dass die „Tremonia“ die Rolle Frankreichs genau beobachtete, könnte aus einem konfessionellen Interesse für das katholisch geprägte Land herrühren, mit dem das katholische Deutschland unbeeindruckt von allen machtpolitischen Rivalitäten grenzüberschreitend enge kirchliche Beziehungen unterhielt. Jedenfalls deutete der Autor die Passivität Frankreichs als Zeichen dafür, dass das russisch-französische Bündnis nur noch wenig Lebenskraft besaß. Das Motiv der „alten Revanchegeleüste“ Frankreichs, das dieses Land „in die Arme Rußlands getrieben“ hatte, schien so stark an Bedeutung verloren zu haben, dass die Russen in Ostasien kaum mit der Solidarität der Franzosen rechnen konnten.⁹⁹ Unterschwellig zeigte sich hier ein optimistischer katholischer Blick auf die Beziehungen zum Nachbarn Frankreich. Auch in der Wahrnehmung der „Tremonia“ hatte der russisch-japanische Krieg eine bedrohliche außenpolitische Lage in eine günstige verwandelt. Im Gegensatz aber zur „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ forderte der Autor nicht, die neu entstandenen Freiräume aggressiv auszunutzen. Stattdessen hoffte er, dass der Frieden von Portsmouth auch in Europa einen „heilsamen Einfluß ausüben und den Prozeß der Klärung und Verständigung beschleunigen werde“.¹⁰⁰

Die Berichterstattung des linksliberalen „General-Anzeigers“ konzentrierte sich auf die Vermittlerrolle Kaiser Wilhelms beim Frieden von Portsmouth; mit weitergehenden

93 „Deutschland und der Friede“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 845 vom 31.08.1905.

94 „Deutschland und der Friede“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 845 vom 31.08.1905.

95 „Deutschland und der Friede“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 845 vom 31.08.1905.

96 „Deutschland und der Friede“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 845 vom 31.08.1905.

97 „Deutschland und der Friede“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 845 vom 31.08.1905.

98 „Die Friedensarbeit“, in: Tremonia, Jg. 30, Nr. 398 vom 01.09.1905.

99 „Die Friedensarbeit“, in: Tremonia, Jg. 30, Nr. 398 vom 01.09.1905.

100 „Die Friedensarbeit“, in: Tremonia, Jg. 30, Nr. 398 vom 01.09.1905.

Kommentaren zur neuen außenpolitischen Lage hielt man sich eher zurück.¹⁰¹ Gleichwohl ließen sich die Redakteure des „General-Anzeigers“ nicht davon abhalten, die Erneuerung des britisch-japanischen Bündnisses ausdrücklich als russlandfeindlich zu werten, weil sich auch die Japaner gegenüber den Briten auf eine Beistandsverpflichtung für den Fall eingelassen hatten, dass deren Gebiete in Zentralasien, Persien und im östlichen Arabien angegriffen würden.¹⁰² Hier schien der Vertrag „seine Spitze“ gegen Russland zu richten. Der Autor kam zu dem Ergebnis, dass die Erneuerung des Bündnisses für Großbritannien die Gefahr erhöhte, in einen Krieg mit Russland hineinzugeraten.¹⁰³ Somit wurden auch im linksliberalen Spektrum die belasteten britisch-russischen Beziehungen und die Aufgabe der britischen „splendid isolation“ registriert, freilich ohne darin negative Wirkungen für die machtpolitische Stellung Deutschlands zu entdecken.

Aufgrund ihrer sozialdemokratischen Ausrichtung verfolgte die „Arbeiter-Zeitung“ die Revolution im zaristischen Russland mit größerem Interesse als die Entwicklung der internationalen Mächterivalitäten. Dennoch finden sich auch dort interessante Kommentare zur außenpolitischen Lage: So vermutete ein Kommentar, dass der Sieg der Japaner die nationale Bewegung auf dem asiatischen Kontinent derart beflügeln könnte, dass sich Indien und China bald gegen die europäische, insbesondere die britische Fremdherrschaft erheben würden. So seien die Folgen, die das „für Englands Weltherrschaft nach sich ziehen“ werde, „ganz unübersehbar.“¹⁰⁴ Im Gegensatz zu den nationalliberalen und zentrumsnahen Zeitungen, die nach dem russisch-japanischen Krieg in Aufbruchsstimmung verfielen, nahm das sozialdemokratische Organ die Verschiebungen im Mächtesystem eher als destabilisierend und vielleicht sogar bedrohlich wahr. Dazu hieß es: „Alle die Unruhe, [...] die fortwährenden Reibereien und Kriegsgerüchte hängen mit dem Zusammenbruch Rußlands und Japans Eintritt in die Weltpolitik zusammen.“¹⁰⁵ Dass die Rivalitäten zwischen den Staaten hier eher als gefährlich empfunden wurden, ging darauf zurück, dass man die kapitalistische Wirtschaftsordnung unter Generalverdacht stellte, Kriege hervorzubringen. Insofern schlummerte bei außenpolitischen Krisen überall im kapitalistischen Weltsystem beträchtliches Gefahrenpotenzial.

Auch die Liman-von-Sanders-Krise verfolgte die Dortmunder Presse aufmerksam. Aus der Sicht der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bewies die Krise, dass das Deutsche Reich den Mächten der Triple-Entente nicht vertrauen konnte und titelte dementsprechend „Das angeblich vertrauensvolle Zusammenarbeiten der europäischen Großmächte“.¹⁰⁶ Der Autor des Artikels war vor allem von der Haltung der Briten bitter enttäuscht, weil diese sich – wenn auch halbherzig – dem russischen Protest gegen die Entsendung des deutschen Generals angeschlossen hatten. Er nahm dies zum Anlass, auch Bethmann Hollwegs Ver-

101 „Nach dem Friedensschluß“, in: Dortmunder General-Anzeiger, Jg. 18, Nr. 240 vom 01.09.1905.

102 „Nach dem Friedensschluß“, in: Dortmunder General-Anzeiger, Jg. 18, Nr. 240 vom 01.09.1905.

103 „Nach dem Friedensschluß“, in: Dortmunder General-Anzeiger, Jg. 18, Nr. 240 vom 01.09.1905.

104 „Der Friedensschluß“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 14, Nr. 187 vom 01.09.1905.

105 „Der Friedensschluß“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 14, Nr. 187 vom 01.09.1905.

106 „Das angeblich vertrauensvolle Zusammenarbeiten der europäischen Großmächte“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 1508 vom 17.12.1913.

ständigungskurs mit Großbritannien zu kritisieren. „Der Stachel aber bleibt für uns, daß der erste Anlaß gezeigt hat, daß die Skepsis gegen die ‚vertrauensvollen‘ Beziehungen zwischen uns und den Mächten der Triple-Entente, besonders Großbritannien, über die Herr von Bethmann Hollweg sich so freute, nur zu berechtigt war.“¹⁰⁷ Das Zitat verdeutlicht zwar das große Misstrauen gegenüber Russland, England und Frankreich, die im Artikel als feindselige Mächte eingestuft wurden.¹⁰⁸ Jedoch verfiel der Autor nicht in Panikmache, vielmehr bezeichnete er die Krise als „Sturm im Wasserglas“ und glaubte nicht an eine kriegerische Eskalation, denn Russland werde „sich hüten, das Signal zum Weltkriege zu geben [...]“.¹⁰⁹ Diese bemerkenswert gelassene Wahrnehmung der Krise resultierte aus der klar zu Tage tretenden Uneinigkeit der Triple-Allianz. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte zuvor berichtet, dass die regierungsnahen französische Zeitung „Echo de Paris“ die russische Forderung ablehnte, einen französischen Kredit für die Türkei zurückzunehmen, um Druck auf Konstantinopel auszuüben. Daraus schlussfolgerte der Autor: „Daher braucht man wohl auch die französischen Drohungen mit dem Sperren des Kredits für die Türkei, dem Einmarsche der Russen in Armenien nicht allzu ernst zu nehmen.“¹¹⁰ Außerdem wurde in einer späteren Ausgabe eine Pressestimme aus dem „Daily Graphic“ abgedruckt, die gegen den russlandfreundlichen Kurs der britischen Regierung protestierte.¹¹¹ Aus dieser Warte hatte die Krise gezeigt, dass die Triple-Allianz nicht sehr belastbar war und trotz aller Enttäuschung über die Briten von einem erdrückenden Einkreisungsring um Deutschland kaum die Rede sein konnte.

Auch die „Tremonia“ reagierte entspannt auf die Liman-von-Sanders-Krise, die sie als „Schlappe“ für die Triple-Allianz wertete. Deren Uneinigkeit und die verbesserten deutsch-britischen Beziehungen sprachen offenbar gegen eine dramatische Wahrnehmung der Krise. So wurde berichtet, dass England den Russen nur mit „halber Seele“ helfe, da es selber militärische Berater in der Türkei habe und die englische Politik „auf den Frieden mit Deutschland orientiert“ sei.¹¹² Auch Frankreich, das Russland wegen der „einheimischen Alarmpresse“ zunächst stärker unterstützt habe, verhalte sich nun zurückhaltender und weigere sich, den Kredit für die Türkei zurückzunehmen.¹¹³ Die „Tremonia“ schlussfolgerte: „So ist es denn um die Einigkeit des Dreiverbandes schlecht bestellt und um seine Tatkraft erst recht.“¹¹⁴ Sie zog eine interessante Parallele zur bosnischen Annexionskrise von 1908: „Die ganze Sache erinnert an die Zeit der Annexionskrisis, als der russische Minister in Europa

107 „Das angeblich vertrauensvolle Zusammenarbeiten der europäischen Großmächte“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 1508 vom 17.12.1913.

108 „Das angeblich vertrauensvolle Zusammenarbeiten der europäischen Großmächte“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 1508 vom 17.12.1913.

109 „Das angeblich vertrauensvolle Zusammenarbeiten der europäischen Großmächte“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 1508 vom 17.12.1913.

110 „Warum die Franzosen den Türken pumpfen“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 1507 vom 16.12.1913.

111 „Deutsches Reich“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 1517 vom 18.12.1913.

112 „Die deutsche Militärmission in Konstantinopel“, in: Tremonia, Jg. 38, Nr. 347 vom 18.12.1913.

113 „Die deutsche Militärmission in Konstantinopel“, in: Tremonia, Jg. 38, Nr. 347 vom 18.12.1913.

114 „Die deutsche Militärmission in Konstantinopel“, in: Tremonia, Jg. 38, Nr. 347 vom 18.12.1913.

umherreiste und vergebens Frankreich und England zum Krieg gegen Oesterreich zu werben suchte.¹¹⁵ In einer späteren Ausgabe wurde auch in der „Tremonia“ die russlandkritische Stimme des „Daily Graphic“ abgedruckt.¹¹⁶ Aber trotz aller Gelassenheit verlor man nicht aus dem Blick, dass die Spannungen zwischen den Mächten der Triple-Entente und dem Deutsche Reich nicht vollkommen abgebaut waren: „Ebenso ist es begreiflich, daß den Russen, Franzosen und Engländern alles unangenehm ist, was wie [...] eine Förderung deutschen Einflusses aussieht.“¹¹⁷ Aber dieses machtpolitische Konkurrenzdenken nahm man eben auch im Verhältnis der anderen Großmächte untereinander wahr.

Auch die Redakteure des „General-Anzeigers“ registrierten die Spannungen innerhalb der Triple-Allianz und titelten: „Russische Mißstimmung gegen Frankreich“¹¹⁸ Im Artikel wurden französische Pressestimmen wiedergegeben, die von russischen Irritationen über den französischen Kredit für die Türkei berichteten und die Rücknahme des Kredits forderten.¹¹⁹ Aber auch die Weigerung der französischen Regierung, den gewährten Kredit zurückzunehmen, ließ der „General-Anzeiger“ nicht unerwähnt.¹²⁰ Ohne es offen auszusprechen, sah die Redaktion hier deutliche Grenzen bei der französischen Bündnistreue.

Die „Arbeiter Zeitung“ verkündete, dass die englische Presse zurückhaltend auf den russischen Wunsch nach Unterstützung reagiere, während sich die französische Presse größtenteils russlandfreundlich gebe.¹²¹ Jedoch wurde auch hier die russlandkritische Pressestimme der regierungsnahen „Echo de Paris“ erwähnt.¹²² Man mutmaßte, dass sich die Krise möglicherweise verschärft hätte, wenn sich nicht die deutschen Beziehungen zu England verbessert hätten.¹²³ Folglich entdeckte das Blatt im Streit um die deutsche Militärmission keine große Gefahr für die Stabilität der Mächtebeziehungen.¹²⁴ Das heißt, selbst die Sozialisten, die stets vor dem unvermeidlichen Krieg warnten, nahmen die Liman-von-Sanders-Krise relativ entspannt wahr. Gleichwohl mahnte die „Arbeiter-Zeitung“ zur Vorsicht, indem sie die deutsche Reichsleitung in der türkischen Angelegenheit vor Alleingängen warnte und dazu aufforderte, die Interessen der Engländer und Franzosen zu beachten.¹²⁵

Zunächst muss man konstatieren, dass die Berichterstattung der Dortmunder Presse zum russisch-japanischen Krieg ein heterogenes Bild ergibt, das parteipolitische Stereotype widerspiegelt. Während die nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ Einkreisungsgefahren außer Acht ließ und aufgrund der neuen außenpolitischen Freiräume eine aggressivere Diplomatie forderte, blickte die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung“ in eine eher düstere Zukunft, weil sie der kapitalistischen Weltordnung zutraute, die Völker

115 „Die deutsche Militärmission in Konstantinopel“, in: Tremonia, Jg. 38, Nr. 347 vom 18.12.1913.

116 „England“, in: Tremonia, Jg. 38, Nr. 348 vom 19.12.1913.

117 „Die deutsche Militärmission in Konstantinopel“, in: Tremonia, Jg. 38, Nr. 347 vom 18.12.1913.

118 „Russische Mißstimmung gegen Frankreich“, in: General-Anzeiger, Jg. 26, Nr. 345 vom 15.12.1913.

119 „Russische Mißstimmung gegen Frankreich“, in: General-Anzeiger, Jg. 26, Nr. 345 vom 15.12.1913.

120 „Russische Mißstimmung gegen Frankreich“, in: General-Anzeiger, Jg. 26, Nr. 345 vom 15.12.1913.

121 „Der Streit um die deutsche Militärmission“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 22, Nr. 295 vom 18.12.1913.

122 „Der Streit um die deutsche Militärmission“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 22, Nr. 295 vom 18.12.1913.

123 „Der Streit um die deutsche Militärmission“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 22, Nr. 295 vom 18.12.1913.

124 „Der Streit um die deutsche Militärmission“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 22, Nr. 295 vom 18.12.1913.

125 „Der Streit um die deutsche Militärmission“, in: Arbeiter-Zeitung, Jg. 22, Nr. 295 vom 18.12.1913.

in einen neuen Krieg zu treiben. Zwar dominierte auch in der zentrumsnahen „Tremonia“ der Optimismus über die neue außenpolitische Lage, allerdings fehlen hier aggressive Forderungen, da das Zentrum im Unterschied zum nationalliberalen Spektrum kein Vorreiter einer expansiven „Weltpolitik“ war, sondern vielmehr am konservativen Ideal eines stabilen Mächtegleichgewichts festhielt. Festzuhalten ist, dass mehrere Umstände, die Schwächung Russlands durch die Niederlage gegen Japan, die belasteten britisch-russischen Beziehungen und der scheinbar kaum noch wirksame russisch-französische Zweibund, in der reichsdeutschen Öffentlichkeit den Eindruck erweckten, dass sich die Einkreisungsgefahren gemindert hatten und die machtpolitische Position des Reiches entsprechend optimistisch beurteilt werden konnte.

Als dann die Marokkokrisen deutsche Einkreisungsphobien provozierten, sich aber im Anschluss daran in den Beziehungen des Deutschen Reichs zu Großbritannien und Frankreich leichte Entspannungstendenzen zeigten, nahmen auch die Einkreisungsphobien wieder ab, wie die Berichterstattung zur Liman-von-Sanders-Krise von 1913/14 zeigt. Parteiübergreifend widerstand die Dortmunder Presse der Neigung zu dramatisieren; von Kriegserwartung war kaum die Rede, weil sich die Zeitgenossen mit Blick auf die offensichtliche Uneinigkeit der Triple-Allianz und der verbesserten Beziehungen zu England relativ sicher fühlten. Der Grund lag auf der Hand: Die Binnendynamik innerhalb der Triple-Allianz wurde genauestens wahrgenommen und als deeskalierender Faktor gedeutet. Dieser Befund harmoniert mit Afflerbachs These vom „unwahrscheinlichen Krieg“¹²⁶ und widerspricht Rosenbergers These, dass die Konfliktorientierung in der massenmedialen Berichterstattung seit der ersten Marokkokrise beträchtlich gewachsen sei und Erörterungen zur Unvermeidlichkeit des großen Krieges bis zum Kriegsausbruch stetig zugenommen hätten.¹²⁷ In der nationalliberalen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wurden England, Frankreich und Russland zwar als unerbittliche Konkurrenten Deutschlands wahrgenommen, aber abschließend ist zu konstatieren, dass die Berichterstattung der Dortmunder Presse sowohl zum russisch-japanischen Krieg und als auch zur Liman-von-Sanders-Krise nur wenig von Einkreisungsphobien geprägt war.

Fazit

Das Kaleidoskop der vielfältigen Presselandschaft Westfalens und Lippes erlaubt in der Rückschau einen sehr differenzierten Blick auf die zeitgenössische Krisenwahrnehmung im Vorfeld des Ersten Weltkriegs. Die Befunde der Zeitungsanalyse fordern, die viel zitierten deutschen Einkreisungsphobien geringer einzustufen, als der derzeitige Forschungsstand erwarten lässt. Im Gegensatz zu einer Perspektive, die auf dem Gefühl der machtpolitischen Isolierung und Einschnürung gründete, tendierte die Presseberichterstattung dazu, der deutschen Außenpolitik zeitweilig in beachtlichem Maße Handlungsspielräume zuzutrauen. Denn das internationale Mächtesystem wurde von den meisten Zeitungen mit Ausnahme

126 AFFLERBACH, *Topos*, S. 284 ff.

127 ROSENBERGER, S. 294.

der Ära der beiden Marokkokrisen von 1905 bis 1911 als relativ „offen“ wahrgenommen. Besonders während des russisch-japanischen Krieges sah die Mehrheit der Zeitungen erweiterte Handlungsspielräume für die deutsche Außenpolitik. Die Ausnahme bildeten die sozialdemokratischen Zeitungen aus Bielefeld und Dortmund sowie das zentrumsnahe „Westfälische Volksblatt“, da sie kein Interesse für expansive Optionen im Rahmen der außenpolitischen Handlungsspielräume zeigten. Im Gegensatz dazu forderten die nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die alldeutsche Presse in dieser „vorteilhaften“ Weltlage explizit ein schneidiges Auftreten der deutschen Diplomatie. Bei der Ausdeutung der außenpolitischen Lage spielten die machtpolitischen Rivalitäten der Großmächte und die Binnendynamik innerhalb der Bündnisse eine ausschlaggebende Rolle. Vor allem der russisch-englische Gegensatz im ostasiatischen Raum wurde in der westfälisch-lippischen Presse deutlich wahrgenommen. Die Dortmunder Presse registrierte mit Ausnahme der „Arbeiter Zeitung“ die belasteten britisch-russischen Beziehungen, die durch das englisch-japanische Bündnis zusätzlich zugespitzt wurden. Dieses erhöhte Konfliktpotenzial zwischen Russland und Großbritannien nahm auch das Paderborner „Westfälische Volksblatt“ wahr. Die „Lippische Landes-Zeitung“ begrüßte regelrecht den russisch-japanischen Krieg, da aufgrund der Bündnisrelationen zwischen Frankreich und Russland sowie England und Japan alle europäischen Großmächte im asiatischen Raum gebunden waren, was sie als „vorteilhaft“ für die deutschen Belange ausdeutete. Dass die zentrumsnahe „Tremonia“ ein bemerkenswert feines Gespür für die scheinbar angespannte Binnendynamik innerhalb des russisch-französischen Zweibundes entwickelte, könnte aus einem konfessionellen Interesse für das tief katholische Frankreich herrühren. Aufgrund der internationalistischen und innenpolitischen Ausrichtung findet sich in der sozialdemokratischen Berichterstattung hingegen kein explizites Bewusstsein für das rivalisierende Mächtesystem und die Binnendynamiken innerhalb der Bündnisse.

Auch in der Berichterstattung über die Liman-von-Sanders-Krise waren keine expliziten Einkreisungsängste nachzuweisen. Die Dortmunder, Bielefelder und lippische Presse erblickte in ihr keine dramatischen Auswirkungen für die Stellung Deutschlands im internationalen Mächtegefüge. Demgegenüber stellte das „Westfälische Volksblatt“ das Deutsche Kaiserreich als eher isoliert dar, weil die Chancen auf ein Bündnis zwischen Deutschland und Großbritannien im Zuge der deutsch-britischen Flottenrivalität geschwunden seien. Allein die Alldeutschen Blätter sahen in der Verbindung zwischen der deutschen Militärmission und den deutschen Wirtschaftsunternehmungen, namentlich dem Bau der Bagdad-Bahn, eine langfristige Perspektive, in der sich imperiale deutsche Expansionsträume verwirklichen ließen.

Wiederum beeinflusste die Wahrnehmung der Binnendynamik innerhalb der Bündnisblöcke die massenmediale Deutung der außenpolitischen Lage. Die unterschiedliche Wahrnehmung der Liman-von-Sanders-Krise wird nicht durch die politische Richtungsstruktur definiert, sondern durch die regionale Verortung der Zeitung. Die Darstellung der Paderborner Presse unterscheidet sich im Vergleich zur Dortmunder, Bielefelder und lippischen Presse signifikant. Während die übrigen Zeitungen innerhalb der Triple-Allianz Spannun-

gen ausmachten, die auf eine Schwächung derselben hindeuteten, beurteilte die Paderborner Presse die Krise als eine erneute außenpolitische Niederlage, in Folge einer auf falschen Hoffnungen beruhenden, kurzsichtigen deutschen Außenpolitik. Das „Westfälische Volksblatt“ ging nach dem Vorbild der Zentrumsparlei gegenüber Reichskanzler Bethmann-Hollweg auf Distanz, weil aus seiner Sicht nach den Erfahrungen der Vergangenheit der angestrebten deutsch-englischen Annäherung die Vertrauensbasis fehlte. Die Dortmunder Presse sprach der Uneinigkeit der Tripleallianz und den verbesserten deutsch-englischen Beziehungen eine deeskalierende Wirkung zu und sah dem weiteren Verlauf der Krise daher gelassen entgegen. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ sah in der Uneinigkeit der Triple-Allianz sogar eine Chance zur Entspannung mit den Westmächten über eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation im Osmanischen Reich. Hervorzuheben ist, dass keine der untersuchten Zeitungen ein Gespür für die gefährliche antideutsche Stimmung in Russland entwickelte, die im Juli 1914 eine fatale Wirkung entfaltete. Offenbar war man mental wenig in Kriegserwartungen verstrickt. Stattdessen wurde die Berichterstattung sogar von einer gelassenen Wahrnehmung dominiert, in der ein großer Krieg als unwahrscheinlich erschien. Anlässlich des russisch-japanischen Krieges blickte allein die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ in eine düstere Zukunft, weil sie der kapitalistischen Weltordnung zutraute, die Völker in einen neuen Krieg zu treiben. Zwar warnte auch das Paderborner „Volksblatt“ vor einer fortwährenden Bedrohung durch Großbritannien, schrieb der Krise aber letztlich nur geringes Eskalationspotenzial zu. Die sozialdemokratischen Zeitungen in Dortmund und Bielefeld erblickten im Streit um das Osmanische Reich zwar mögliches Konfliktpotenzial, hielten jedoch den Ausbruch eines großen Krieges für äußerst unwahrscheinlich. Im Rückblick ist es erstaunlich, dass die Möglichkeit eines großen Krieges in der Berichterstattung über die Liman-von-Sanders-Krise kaum thematisiert wurde. Selbst die Sozialdemokraten, die aus einem radikal linksoppositionellen Blickwinkel unermüdlich vor dem unvermeidlichen Weltkrieg warnten, nahmen die Liman-von-Sanders-Krise relativ entspannt wahr. Mehrheitlich stimmt der Befund mit Afflerbachs These vom „unwahrscheinlichen Krieg“ im unmittelbaren Vorfeld der Julikrise überein. Allein die entspannte Wahrnehmung der Krise in den sozialdemokratischen Zeitungen widerspricht Afflerbachs Behauptung, dass die Sozialdemokraten bis zum Juli 1914 durchgehend vor einem unvermeidlichen Krieg gewarnt hätten. Allerdings kann von einer durchweg friedlichen Stimmung in der westfälisch-lippischen Presse auch nicht die Rede sein, da die Paderborner Presse eindringlich vor dem Rivalen England warnte, die nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ die Triple-Entente als antideutsche Allianz wahrnahm und die Alldeutschen Blätter gemäß ihres sozialdarwinistischen Weltbildes kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten als Ausdruck einer natürlichen Ordnung bewerteten. Das Quellenmaterial spricht also für Afflerbachs Annahme, dass der Topos vom „unwahrscheinlichen Krieg“ in der öffentlichen Wahrnehmung zwar dominierte, aber die Kriegserwartungen nicht gänzlich verdrängte.¹²⁸

128 Afflerbach, *Topos*, S. 301.

Die Feststellung, dass die massenmediale Berichterstattung beider Konflikte weder explizite Einkreisungsängste noch erhöhte Kriegserwartungen aufweist, hat letztlich Konsequenzen für die bisherige Sicht auf die deutsche Lokalisierungsstrategie im Juli 1914. Die Befunde widersprechen nämlich der These, dass die deutschen Einkreisungsängste seit der ersten Marokkokrise stetig zunahmen, sodass sich eine durchgängige deutsche Präventivkriegsbereitschaft entwickelte. Besonders im Angesicht der Liman-von-Sanders-Krise, deren mediale Rezeption von der Uneinigkeit der Triple-Allianz und keinerlei Kriegserwartungen geprägt war, erscheint die Lokalisierungsstrategie weniger als das verzweifelte Produkt deutscher Einkreisungsängste, sondern vielmehr als fatale Unterschätzung der Festigkeit der Tripleallianz, eine Fehleinschätzung, die durch den Verlauf der Liman-von-Sanders-Krise entscheidend genährt wurde. Dieses Fehlkalkül ließ hoffen, den serbisch-österreichischen Kleinkrieg lokalisieren zu können, da sich die Triple-Allianz wohl kaum für Russlands Interesse an Serbien einspannen lassen würde, wo sie doch bereits bei der für Russland existentiellen Bosphorusfrage kein Bild der solidarischen Geschlossenheit gezeigt hatte. Aufgrund dessen war es wohl eher die trügerische Entspannung, die sich nach der zweiten Marokkokrise im internationalen Mächtesystem einstellte, und die Unfähigkeit der Triple-Allianz, im Kontext der Liman-von-Sanders-Krise gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen, was die deutsche Reichsleitung im Juli 1914 zu der riskanten Lokalisierungsstrategie bewogen haben dürfte. So gesehen hat vermutlich die Angst vor einem unvermeidlichen Krieg mit Blick auf einen sich immer bedrohlicher schließenden Einkreisungsring eine geringere Rolle gespielt, als in der Forschungsliteratur lange Zeit angenommen worden ist. Das hat zu bedeuten, dass die Präventivkriegsbereitschaft als deutsches Kriegsmotiv zumindest bezüglich der massenmedialen Öffentlichkeit geringer gewichtet werden müsste. Stattdessen sollte man die deutsche Fehlkalkulation bezüglich der Triple-Allianz im serbisch-österreichischen Konflikt stärker in den Blick nehmen und damit die Rolle, die die Kriegsbereitschaft bei den Partnern der Triple-Allianz in der Julikrise spielte.

Dieses Ergebnis hat auch Bedeutung für die Frage, inwieweit die westfälisch-lippische Presse als Faktor der außenpolitischen Dramatisierung betrachtet werden kann. Die Befunde widersprechen deutlich den Schlussfolgerungen der Studie Rosenbergers. In der westfälisch-lippischen Presse lassen sich bis auf die alldeutsche Ausnahme mit ihrem aggressiven sozialdarwinistischen Weltbild keinerlei kriegstreiberischen Tendenzen entdecken und ebenfalls keine expliziten Kriegserwartungen. Heißt das aber zugleich, dass die außenpolitische Situation aus der Perspektive der Journalisten dramatisierend wahrgenommen wurde? Zwar zeigten die Zeitungen von sich aus keine Kriegsbereitschaft, doch führte die Wahrnehmung der Liman-von-Sanders-Krise, die im Widerspruch zur politischen Realität stand, zu einer falschen Einschätzung der außenpolitischen Lage. Dies war daran abzulesen, dass die gelassene mediale Wahrnehmung der zeitgenössischen deutschen Öffentlichkeit im krassen Gegensatz zum Eskalationspotenzial stand. Aber dessen Ausmaß blieb der zeitgenössischen Medienöffentlichkeit verborgen. Denn was sich hinter den Kulissen der Geheimdiplomatie abspielte, hat erst die spätere Forschung zutage fördern können, vor allem das gefährliche Ausmaß der Gereiztheit in Kreisen der russischen Administration, für die die Liman-von-

Sanders-Krise alles andere als eine außenpolitische Affäre war.¹²⁹ Dass dies für die westfälische und vermutlich auch für die reichsdeutsche Presse nicht erkennbar war, hat mit Blick auf die außenpolitische Stimmungslage in der reichsdeutschen Öffentlichkeit eher spannungsmildernd als konfliktverschärfend gewirkt.

Reizvoll ist die kontrafaktische Frage, wie es auf das angespannte Vertrauensverhältnis innerhalb der Triple-Allianz gewirkt hätte, wenn die deutsche Reichsleitung auf den ursprünglichen Konditionen der deutschen Militärmission beharrt hätte? Hätte die Allianz dann wie in der Julikrise von 1914 zu geschlossenem Auftreten zurückgefunden und es auf einen Krieg ankommen lassen? Solche Überlegungen bleiben zwar historische Gedanken-spielerei, geben uns aber einen Einblick in die Eigendynamik von Wahrnehmungs- und Krisenbewältigungsmechanismen, an denen neben den diplomatischen Kommunikationskanälen auch die Welt der massenmedialen Öffentlichkeit beteiligt war. Ob deren Krisenwahrnehmung und Kommunikation eher konfliktverschärfende als konfliktdämpfende Effekte gezeigt hat, ist von der Forschung für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bislang nicht hinreichend untersucht worden. Insofern müssen wir auf der methodischen Ebene Rosenbergers Appell an die Geschichtswissenschaften ernst nehmen, denn der mediengeschichtliche Ansatz erweist sich als vielversprechender Weg zu einem differenzierterem Bild in der Kriegsursachenforschung.

129 CLARK, Schlafwandler, S. 445-452.

Die Fehden der Gräfin Adela von Hamaland – Zur Motivation adliger Konflikte um 1000

von Lars Wolfram

Einleitung

„Adela’s fluchbedecktes Leben zeigt, welche Verwirrungen ein in Habgier, Ehrgeiz und Rachsucht verwildertes Weib damals in Deutschland noch anrichten konnte; es zeigt zugleich, mit welchen Gräueln sich damals noch selbst die ersten Geschlechter der Nation befleckten. Zum Glück war dieses furchtbare Mannweib eine vereinzeltete Erscheinung auch in jener Zeit; ihr zur Seite stehen zahlreiche edle Frauen, jedes Ruhmes werth“¹. Die Frau, die so beschrieben wird, ist Adela, Gräfin von Hamaland, eine der aufsehenerregenden Frauengestalten des 10. Jahrhunderts, und der sie so beschreibt, ist kein mittelalterlicher Mönch und Geschichtsschreiber, sondern einer der führenden deutschen Mittelalterhistoriker des ausgehenden 19. Jahrhunderts, Wilhelm Giesebrecht. Es verwundert kein bisschen, dass eine Frau, über die so etwas geschrieben wird, bis heute auf großes Interesse stößt und Historiker wie Publikum fasziniert.

Die Charakterisierung, mit der Giesebrecht seinen Lexikoneintrag über die Gräfin abschließt, greift fast ungefiltert die Bewertungen ihrer geschichtsschreibenden Zeitgenossen auf. Thietmar von Merseburg nennt sie eine „zweite Herodias“, der Autor der *Vita Meinwerci* erklärt, ihre „Verdorbenheit und Bosheit“ sei schon überall bekannt und weiß zu berichten, nach ihrem Tod und ihrer Bestattung in Köln habe man sie wieder ausgegraben und in den Rhein geworfen, weil ein Sturm so wild tobte, dass er die ganze Stadt zu zerstören drohte. Aber selbst der Fluss habe sich so wild gebärdet, „als ob er gleichsam dartäte, er könne jene Verfluchte nicht ertragen“². Wer also war diese Frau?

Adela von Hamaland wurde vermutlich Anfang der 950er Jahre geboren³, sie starb wohl zwischen 1021 und 1028 in Köln. Sie stammte aus einer Familie der Reichsaristokratie, mit verwandtschaftlichen Beziehungen in verschiedene Teile des Reiches. Ihre Abstammung konnte sie (kognatisch) bis auf Karl den Großen zurückführen⁴. In erster Ehe war sie mit dem sächsischen Grafen Immed verheiratet, der seine Herkunft auf Widukind zurückführte. Aus dieser Verbindung entstammten vier oder fünf Kinder, darunter zwei Söhne, Dietrich, der nach dem Tod Immeds in die Grafenrechte seines Vaters eintrat, und Mein-

- 1 GIESEBRECHT, Wilhelm: [Art.] Adela, in: Allgemeine Deutsche Biographie. Band 1 (1875), S. 49-50, hier S. 50.
- 2 *Vita Meinwerci episcopi Patherbrunnensis*, herausgegeben und übersetzt von Guido BERNDT (MittelalterStudien 21), Paderborn 2009, Cap 136: „et fluctuum collisione plurimis diebus ita efferbuit, quasi se maledictam illam non posse ferre manifeste protestaretur“.
- 3 So bei GRUNDMANN, Herbert: [Art.] Adela, in: Neue Deutsche Biographie 1 (1953), S. 56-57. Auch die Angabe „um 955“ findet sich in der Literatur. Ein Geburtstermin in den frühen 950er Jahren scheint auch im Zusammenhang mit den überlieferten Daten aus Adelas Leben plausibel.
- 4 Zu Adelas Abstammung vgl. VAN WINTER, Johanna Marie: Die Hamaländer Grafen als Angehörige der Reichsaristokratie im 10. Jahrhundert, in: Rheinische Vierteljahrsblätter Bd. 44 (1980), S. 16-46.

werk, der 1009 zum Bischof von Paderborn gewählt wurde⁵. Nach dem Tod Immeds lebte sie dreizehn Jahre als Witwe, dann heiratete sie gegen den Widerstand ihrer Familie Graf Balderich von Drenthe⁶.

Adelas ganzes Leben war von Konflikten durchzogen – zumindest legt das die Darstellung der Quellen nahe. Nach dem Tod ihres Vaters, des Grafen Wichmann, führte Adela eine gewaltsam ausgetragene Fehde gegen ihre Schwester Liutgard, die dem Kloster Elten vorstand, das der Vater gegründet und dem er einen Großteil des Familienbesitzes vermacht hatte. Diese Fehde konnte offenbar erst nach über zwanzig Jahren durch ein Königsgericht unter Kaiser Otto III. 996 beendet werden. Ein weiterer Konflikt, der die zweite Hälfte ihres Lebens bestimmte, war die Auseinandersetzung ihres zweiten Mannes Balderich mit dem Grafen Wichmann „von Vreden“⁷. In diesem Konflikt ging es wohl vor allem um die Nachfolge eines gewissen Gottfrieds als Präfekt im linksrheinischen Hattuariergau, die sowohl Balderich als auch Wichmann für sich beanspruchten. Adela wird von den Quellen in dieser erbittert geführten Fehde, deren Höhepunkt die Ermordung Wichmanns 1016 darstellte, immer wieder als Anstifterin ihres Mannes dargestellt. Weitere Schandtaten, die ihr unterstellt wurden, etwa die Ermordung ihres älteren Sohnes Dietrich⁸, sind inzwischen in das Reich der Legende verwiesen. Alle Berichte über Adela lassen sich auf einen der beiden kurz angerissenen Konflikte zurückführen.

Aus diesem Grund wird die Darstellung dieser beiden Konflikte im Zentrum dieses Aufsatzes stehen. Das besondere Interesse gilt dabei den Motiven, die Adela geleitet haben sollen. Eine umfassende Studie zu den Motiven und Mechanismen des Konfliktausbruchs gibt es bisher noch nicht, sie sind weit weniger gut erforscht als die Modalitäten der Konfliktbeilegung.⁹Fündig wird man hier zum einen in Aufsätzen zu Detailfragen, zum anderen erstaunlicherweise in Überblicksdarstellungen. Dabei dominieren drei Motive, die

5 Vgl. zu diesen grundlegenden Angaben GRUNDMANN, Adela. Zu Meinwerk liegt reichhaltige Literatur vor, die meist auch seine Geschwister mit behandelt – so etwa die Frage, ob er zwei oder drei Schwestern hatte. Siehe etwa die Neuübersetzung der Lebensbeschreibung (vgl. Anm. 2) und den Paderborner Ausstellungskatalog von 2009 (STIEGEMANN, Christoph / KROKER, Martin (Hg.): Für Königtum und Himmelreich: 1000 Jahre Bischof Meinwerk von Paderborn (Katalog zur Jubiläumsausstellung im Museum in der Kaiserpfalz und im Erzbischöflichen Diözesanmuseum Paderborn 2009/2010), Regensburg 2009) mit umfassenden Bibliographien.

6 Vgl. dazu Vita Meinwerci, Cap. 129.

7 Der Beiname „von Vreden“ wird in der Literatur nicht durchgängig und wenn, dann in Anführungsstrichen verwendet. Er wird hier durchgehend dem Namen beigesetzt, um Verwechslungen dieses Wichmanns mit Adelas gleichnamigem Vater zu vermeiden.

8 Vgl. Vita Meinwerci, Cap. 129.

9 Steffen Patzold allerdings hat die Erkenntnisse über „Spielregeln“ der Konfliktführung und –beilegung bereits ein wenig zurückgenommen: „[...] weit stärker durch ein Ineinandergreifen verschiedener Formen der Konfliktaustragung und –beilegung geprägt als durch ein verbindliches Regelwerk, das eine außergerichtlich – gütliche Konfliktbereinigung mittels Mediatoren vorgeschrieben hätte“ (PATZOLD, Steffen: ... inter pagensium nostrorum gladios vivimus. Zu den „Spielregeln“ der Konfliktführung in Niederlothringen zur Zeit der Ottonen und frühen Salier, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung, 118 (2001), S. 58-99, passim, hier S. 85, vgl. auch ebd., S. 90).

immer wieder genannt werden: Ehre¹⁰, Erbe¹¹ und Rache¹², wobei die Ehre deutlich im Vordergrund steht.

Fehden, oder vorsichtiger gesagt, gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Großen, prägen das Bild vom Mittelalter, wohl nicht zu Unrecht, auch für die zeitgenössischen Autoren waren sie eines der wichtigsten Sujets, wenn sie zur Feder griffen.

Was berichten die Quellen aber über die Gründe für die erbittert geführten Konflikte, welche Begründungen gab Adela vielleicht auch selbst für ihr Handeln? An einem konkreten, ebenso ergiebigen wie gut erforschten Beispiel lassen sich so Erkenntnisse zu zeitgenössischen Vorstellungen über die Auslöser gewaltsamer Fehden erlangen und beobachten, auf welche Probleme die Akteure mit diesem extremen Mittel reagierten. Im Zentrum stehen dabei die unterschiedlichen Darstellungsweisen der mittelalterlichen Autoren und ihr Umgang mit der Person Adelas.

Letztlich muss natürlich jeder Konflikt für sich betrachtet werden, jede Quelle auf ihre spezifischen Vorstellungen, auf ihr Sprechen oder Schweigen hin analysiert. Dabei zeigen sich die Vorstellungen der schreibenden Zeitgenossen um 1000 ausgesprochen heterogen, statt klarer Schemata treten uns jeweils individuelle Erzähler mit ihren Figuren aus den Texten entgegen.

Um die oben aufgeführten Fragen zu behandeln, werden alle verfügbaren Quellen über Adela herangezogen. Zwei zeitgenössische Geschichtsschreiber behandeln die Konflikte,

- 10 Vgl. dazu grundlegend ALTHOFF, Gerd: Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde, Darmstadt 1997. Nachfolgend seien einige Beispiele genannt, um zu verdeutlichen, wie verbreitete diese Zuschreibung ist: PATZOLD, Zu den „Spielregeln“, S. 80: „Bezeichnenderweise war Bischof Fulbert – um seine Ehre bedacht – nicht bereit, kampfflos vor der Drohung des Grafen aus der Stadt zu weichen“, GÖRICH, Knut: Konflikt und Kompromiss. Friedrich Barbarossa in Italien, in: HECHBERGER, Werner / SCHULLER, Florian (Hg.), Staufer & Welfen. Zwei rivalisierende Dynastien im Hochmittelalter, Regensburg 2009, S. 79-97, hier S. 80: „[...] dass Ursache für politische Konflikte häufig nicht einander widerstreitende Ideen und politische Konzeptionen waren, sondern gegenläufige Ansprüche auf Status und Ehre“, vgl. auch ebd. S. 97, wo Görich die „Wahrung der Ehre“ als „rationale politische Praktik“ bezeichnet; REXROTH, Frank: Deutsche Geschichte im Mittelalter, München 2005, S. 22: „Auseinandersetzungen um adlige Ehre wurden dem König leicht gefährlich [...]“. Vgl. aber auch PATZOLD, Zu den „Spielregeln“, S. 98: „[...] der Revindikationsversuch des Bischofs Engeramnus macht deutlich, dass keineswegs jeder Rechtsstreit im Reich der Ottonen um Fragen der Ehre und des Ranges kreiste“, womit aber gleichzeitig wieder die Bedeutung dieser Motive in der Forschungsdiskussion belegt ist.
- 11 Vgl. dazu vor allem die von umfassender Quellenkenntnis getragene Sammlung dreier größerer detailreicher Studien Karl Leysers: Karl LEYSER, Herrschaft und Konflikt. König und Adel im ottonischen Sachsen (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 76), Göttingen 1984 [1979], vor allem „Die Frauen des sächsischen Adels“, ebd., S. 82-123.
- 12 Vgl. dazu vor allem KAMP, Hermann: La Vengeance, le roi et les competitions feudales dans l'empire des Othons, in: BARTHÉLEMY, Dominique / BOUGARD, François / LE JAN, Régine (Hg.): La Vengeance. 400-1200 (Collections de l'École française d'Athènes et Rome) Rom 2006, S. 259–280, der anhand von mehreren Fallbeispielen nachweist, dass Rache als Motiv für den Ausbruch von Fehden in ottonischer Zeit durchaus eine Rolle spielte, dass unter bestimmten Bedingungen auch Verständnis erwarten konnte, wer als Großer seine Recht oder seine Ehre, die er beschädigt sah, mit Waffengewalt wiederzugewinnen suchte, dass aber nicht jedes subjektiv erlittene Unrecht zu einer gewaltsamen Fehde führen musste und dass Rache nur eines von einer Reihe von Motiven war, auf die zeitgenössische Geschichtsschreiber bewaffnete Konflikte zurückführten.

in die Adela verwickelt war, in ihren Werken. Bischof Thietmars von Merseburg Chronik¹³ stellt die wichtigste und ausführlichste Quelle über die späte Ottonenzeit dar. Sie reicht bis ins Jahr 1018, dem Todesjahr des Bischofs. Vom Konflikt zwischen Adela und ihrer Schwester berichtet Thietmar nichts, die Ermordung des Grafen Wichmann hingegen behandelt er relativ ausführlich im siebten Buch seiner Chronik. In diesem Zusammenhang gibt er auch ein eindrückliches Charakterporträt Adelas und ihres Ehemannes. Da Thietmar in Merseburg in vergleichsweise großer räumlicher Entfernung zum Schauplatz der Auseinandersetzungen am Niederrhein lebte, kann man davon ausgehen, dass die Auseinandersetzung zwischen Balderich und Wichmann um das Grafenamt auch überregional für Aufsehen gesorgt hat. Die Streitigkeiten Adelas mit ihrer Familie wurden dagegen eher als regionale Ereignisse wahrgenommen.

Alpert von Metz lebte als Mönch zunächst im Kloster St. Symphorien in Metz. Fragmentarisch ist eine Schrift über die Bischöfe dieser Stadt überliefert. Sehr wahrscheinlich 1006 zog er dann von Metz in die Diözese Utrecht¹⁴, vermutlich in diese Stadt selbst¹⁵. Dort entstand in den Jahren 1022/1023 sein Hauptwerk „De diversitate temporum“¹⁶. Die dem Bischof Burchard von Worms gewidmete Schrift ist in zwei Bücher aufgeteilt und darf „trotz der ungenauen Chronologie und der unscharfen Kennzeichnung der Persönlichkeiten als ergiebige Quelle zur Sittengeschichte der Zeit und zur lothringischen Geschichte für die Jahre 1012-18 gelten [...], so besonders für das Eingreifen Heinrichs II. in Lothringen und Burgund“¹⁷. Adela und Balderich sind die unbestrittenen Hauptfiguren des Werkes, ihre Fehden und Konflikte bilden das Gerüst der Erzählung. Somit ist Alpert in seiner Ausführlichkeit und zeitlichen wie räumlichen Nähe die Hauptquelle für viele Episoden aus Adelas Leben. Wie Thietmar ist auch er ein Zeitgenosse der Ereignisse, sein Blickwinkel ist allerdings eher ein auf die Utrechter Diözese beschränkter.

Zusätzlich zu diesen historiographischen Quellen werden auch die überlieferten Urkunden mit herangezogen, die Entscheidungen der Kaiser und der Königsgerichte im Zusammenhang mit Adela und ihren Konflikten dokumentieren. Auch diese Quellen äußern sich zu Motiven und Begründungen der beteiligten Konfliktparteien und ergänzen so das sehr einseitige Bild der erzählenden Quellen.

Das Leben der Adela von Hamaland und die Konflikte, in die sie eingebunden war, sind relativ gut erforscht. Wie oben kurz dargestellt, haben ihre außergewöhnliche Biographie und die teilweise abenteuerliche Darstellung durch die zeitgenössischen Geschichtsschreiber die Neugierde moderner Forscher geweckt. Hinzu kommt die ebenfalls schon dargestellte Quellenlage, die für eine nicht aus dem direkten Umfeld des Königshofes stammende

13 Thietmar von Merseburg, *Chronicon*, herausgegeben und übersetzt von Werner Trillmich (FSGA 9), Berlin 2002.

14 DEDERICH, Andreas: Geschichtlicher Kommentar, in: DERS. (Hg.), *Des Alpertus von Metz zwei Bücher über verschiedene Zeitereignisse, nebst zwei Bruchstücken über Bischöfe von Metz. Urschrift – Deutsche Übersetzung – Geschichtlicher Kommentar*, Münster 1859, S.139-190, hier S. 145.

15 DEDERICH, Geschichtlicher Kommentar, S. 142.

16 Alpert von Metz, *De diversitate temporum libri duo*, herausgegeben und übersetzt von Andreas Dederich, Münster 1859. Zur Datierung: DEDERICH, Geschichtlicher Kommentar, S. 141.

17 PLECHL, Helmut: [Art.] Alpert von Metz, in: *Neue Deutsche Biographie* 1 (1953), S. 204 f.

Persönlichkeit des ausgehenden 10. Jahrhunderts vergleichsweise gut ist. Die Berichte lassen sich unter ganz verschiedenen Aspekten auswerten, es ergeben sich genealogische Fragen, Fragen nach der Darstellungsabsicht, das Verhalten des Grafenpaares in den Konflikten kann betrachtet werden. All das bringt eine relativ gute Forschungslage mit sich, andererseits aber auch eine Vielzahl widersprüchlicher Interpretationen und Rekonstruktionsversuche.

Das wissenschaftliche Interesse an Adela begann mit der Edition der drei historiographischen Quellentexte, in denen sie eine wichtige Rolle spielt. Der bereits 1860 verstorbene Siegfried Hirsch beschäftigte sich mit der Vita Meinwerci und legte in einem Exkurs in den „Jahrbüchern des deutschen Reiches unter Heinrich II.“¹⁸ „einleuchtend dar, dass es sich bei der Schilderung der Ermordung von Adelas ältestem Sohn Dietrich um die entstellte Wiedergabe der Ermordung des Grafen Wichmann von Vreden und der Vorgänge auf dem Reichstag zu Nimwegen handelt“¹⁹. Schon die Autoren der als Überblick angelegten *Jahrbücher* nahmen also auch die Erzählungen über Adela in den Blick. Den bis heute grundlegenden Aufsatz zu Adela publizierte 1954 Friedrich Wilhelm Oediger, der Leiter des Hauptstaatsarchives Düsseldorf²⁰. In diesem Aufsatz wertet Oediger neben den historiographischen vor allem auch die diplomatischen Quellen zu Adela aus und beschäftigt sich mit der Genealogie ihrer Familie ebenso wie mit der Chronologie der Konflikte, in die sie verwickelt war. Bis heute wird dieser Aufsatz als Grundlagentext in der Forschung zu Adela immer wieder zitiert. Nach einigen genealogischen und heimatkundlichen Untersuchungen in den 1970er und 1980er Jahren ist in den letzten Jahren das Interesse an der Person Adelas wieder erwacht. „Les féministes pourraient voir en elle une victime des hommes, frustrée de son héritage par son père et ses frères et plaider son innocence. Les déconstructionnistes pourraient rejeter les témoignages biaisés des historiographes pour ôter toute réalité à la »faide du Bas-Rhin«“²¹. Für eine Reihe von in den letzten Jahren viel diskutierten Themen, sei es die Stellung der Frau in der mittelalterlichen Gesellschaft, seien es die Prinzipien der Konfliktführung, boten die Berichte rund um Adela fundiertes Material. Zuletzt rückten Adela und ihr Umfeld im Zusammenhang mit einer Neuedition der Vita Meinwerci und eines Sammelbandes über ihren Sohn Meinwerk in den Blickpunkt der Forschung²².

- 18 HIRSCH, Siegfried: Exkurs II. Kritik des Berichts der Vita Meinwerci über die Ermordung des Grafen Dietrich durch seine Mutter Adela, in: HIRSCH, Siegfried / PAPST, Hermann / BRESSLAU, Harry: Jahrbücher des deutschen Reiches unter Heinrich II., Band III, Berlin 1875, S. 311-315. Da der Text erst lange nach Hirschs Tod erschien, ist der genaue Entstehungszeitpunkt nicht mehr festzulegen.
- 19 FISCHER, Thorsten: Probleme um Adela und Balderich: Zur Geschichte eines niederrheinischen Grafenpaares um 1000, in: LUDWIG, Uwe / SCHILP, Thomas (Hrsg.), Mittelalter an Rhein und Maas: Beiträge zur Geschichte des Niederrheins. Dieter Geuenich zum 60. Geburtstag, Münster 2004, S. 87-106, hier S. 88.
- 20 OEDIGER, Friedrich Wilhelm: Adelas Kampf um Elten, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein Bd. 155/156 (1954), S. 67-86. Wieder in: DERS., Vom Leben am Niederrhein. Aufsätze aus dem Bereich des alten Erzbistums Köln, Düsseldorf 1973, S. 217-235. Im Folgenden wird nach der Erstveröffentlichung zitiert.
- 21 LE JAN, Régine: La vengeance d'Adèle ou la construction d'une légende noire, in: BARTHÉLEMY, Dominique / BOUGARD, François / LE JAN, Régine (Hrsg.), La vengeance: 400 – 1200, Rom 2006, S. 325-340, hier S. 340.
- 22 BERNDT, Guido: Einleitung, in: DERS. (Hg.), Vita Meinwerci episcopi Patherbrunnensis - Das Leben

1. Adelas Kampf um Elten

Vom Konflikt zwischen den beiden ungleichen Schwestern Adela und Liutgard berichtet als einziger Historiograph Alpert von Metz am Beginn seines Hauptwerkes „De diversitate temporum“²³. Das deutet auf ein Ereignis von eher lokaler Bedeutung hin, das ein Chronist der Geschehnisse in der Diözese Utrecht und der Fehden, in die die Familie der Hamaländer verwickelt war, sehr wohl berichtet, dem Autoren mit überregionalem Blick, wie etwa Thietmar von Merseburg, aber keine Beachtung schenken.

Alpert konstruiert zunächst einmal den Gegensatz zwischen Adela, die im ersten Kapitel als Ehefrau des Grafen Balderich und „ditissimi et longe nobilissimi Wicmanni, cuius maiores magnam partem Germaniae et maxime circa littora oceani imperia tenebant, filiam“²⁴ eingeführt wird, und ihrer Schwester Liutgard, die dem Leser im zweiten Kapitel vorgestellt wird. Die Charakterisierung der beiden Schwestern, zunächst Adelas, dann Liutgards, ist dem Autor so wichtig, dass sie in den Kapitelüberschriften des zweiten und dritten Kapitels ausdrücklich als Thema genannt wird. Auffällig an beiden Charakterisierungen ist, dass es keine erkennbare Parallelisierung der Darstellung gibt, etwa in der Form, dass genau die Eigenschaften, die an Liutgard gelobt werden, Adela abgesprochen würden. „Die schematische Darstellung der guten Liutgard und ihrer bösen Schwester Adela bei Alpertus ist nach dem Gegensatz zwischen Kirche und Welt aufgebaut. So konnten die *mores* der beiden Schwestern nicht gegensätzlicher dargestellt werden“²⁵. Alpert selbst nennt explizit die Erzählung von den beiden Söhnen Adams als biblisches Vorbild für seine Darstellung²⁶.

Der Vater der beiden Schwestern, der erwähnte Wichmann, war Graf im Gau Hamaland von 952 bis ca. 973. Von ihm heißt es bei Alpert, dass seine Vorfahren einen großen Teil Deutschlands und besonders die Küste in der Hand hatten²⁷. Die Eigen- und Lehnsgüter der Familie lagen offenbar vor allem in den heutigen niederländischen Provinzen Noord-Holland, Gelderland, Overijssel und Groningen²⁸. Konkretere Aussagen zum Güterbesitz der Familie, als sie Alperts allgemein gehaltener Hinweis erlaubt, lassen sich bei der Betrachtung der verschiedenen Schenkungsurkunden für das Kloster Elten machen.

Bischof Meinwerks von Paderborn: Text, Übersetzung, Kommentar, Paderborn 2009, S. 9-62. STIEGEMANN, Christoph / KROKER, Martin (Hrsg.), Für Königtum und Himmelreich: 1000 Jahre Bischof Meinwerk von Paderborn (Katalog zur Jubiläumsausstellung im Museum in der Kaiserpfalz und im Erzbischöflichen Diözesanmuseum Paderborn 2009/2010), Regensburg 2009.

23 Vgl. Alpert I, 3.

24 Alpert I, 1.

25 FISCHER, Probleme um Adela und Balderich, S. 88

26 Alpert I, 2: „Sed praeterea res ista vehementer est admiranda, has sorores parentibus clarissimis ortas tam diversas a se esse potuisse, ut, quot reprehensions in una notarentur, tot in altera virtutes praedicarentur: nisi hoc cogitationibus nostris opponamus, mirum non fuisse, eo quod et primus parens noster itidem dissimiles filios genuerit, quorum alter crudelissimus parricida alterum mitissimum invidia occidit“.

27 Vgl. Alpert I, 1.

28 Vgl. VAN WINTER, Die Hamaländer Grafen, S. 20.

Die Genealogie der Hamaländer ist ungewöhnlich gut, aber auch mit kontroversen Ergebnissen erforscht worden²⁹. Sind die konkreten Verwandtschaftsverhältnisse aus Nekrologien und Totenbüchern nicht mehr immer im Einzelnen zu rekonstruieren, so steht doch außer Frage, dass die Hamaländer Grafen zur Reicharistokratie, zur „ganz dünne[n] Oberschicht derjenigen, die nach allen Richtungen des ehemaligen karolingischen Großreichs hin ihre Beziehungen angeknüpft hatten“³⁰, gehörten. Neben dem Merkmal der überstämmischen Versippung, dass zumindest für die letzte Generation vor Adela zutrifft, tragen auch die Königsnähe und der ausgedehnte Landbesitz der Familie zu dieser Einordnung bei³¹. „Die oberste Führungsschicht der Merowinger- und Karolingerzeit, von einer Tendenz nach größtmöglicher Königsnähe geprägt, war in weiträumigen kognatischen Verbänden gegliedert, deren Merkmale gerade ihre Mobilität und ihr Streubesitz über weite Entfernungen, sowie ihre überstämmische Versippung und Verschwägerung gewesen waren“³².

Der einzige Sohn des Grafen Wichmann, also der Bruder von Adela und Liutgard, ist jung gestorben. Es wurde vermutet, dass sein Tod den Vater zur Gründung eines Stiftes bewogen haben könnte, dass der *memoria* der gesamten hamaländischen Familie dienen sollte³³. Der erste sichere Beleg für die Existenz des Damenstiftes auf dem Eltenberg stammt aus einer Urkunde Ottos I. vom 29. Juni 968, in welcher der Kaiser „*interventu dilecte coniugis nostre Adeleide et Theoderici venerabilis Metensis ecclesie episcopi condonavimus ad quoddam monasterium sororum deo sacratarum quod Wichmannus comes in litore Reni in comitatu Hameland, cuius nomen loci Eltena, et a fundamento usque construxit et religioso deo sacratarum collegio multis suarum opum facultatibus ditavit*“³⁴. Die Schenkungen umfassten Königsgut, das der Graf zum Lehen hatte. Damit unterstützte Otto Wichmann, der schon einen großen Teil seines eigenen Vermögens bei der Gründung dem Kloster zur Ausstattung gegeben hatte. Am 3. August 970 bestätigt Otto auf Bitten des Grafen Wichmann dessen Schenkungen von siebzehn weiteren namentlich genannten Höfen und dem Besitz in vier friesischen Grafschaften an das Stift, indem er sie seinerseits schenkte³⁵. Das kaiserliche Wohlwollen für die Stiftung des Grafen Wichmann setzte sich auch unter Ottos I. Sohn und Nachfolger fort. Am 14. Dezember 973 nahm Otto II., der sich gerade im nahen Nimwegen befand, auf Bitten des „*Wichmannus comes cum eius filia Lutgarda venerabili abbatissae ecclesiae scilicet in honorem sancti Viti Martyres Christi*

29 Vgl. dazu VAN WINTER, Die Hamaländer Grafen.

30 VAN WINTER, Die Hamaländer Grafen., S. 43.

31 VAN WINTER, Die Hamaländer Grafen, S. 20f.

32 VAN WINTER, Die Hamaländer Grafen, S. 18, unter Berufung auf TELLENBACH, Gerd: Einleitung, in: DERS. (Hg.), Studien und Vorarbeiten zur Geschichte des großfränkischen und frühdeutschen Adels, Freiburg 1957, S. 5 und WENSKUS, Reinhard: Sächsischer Stammesadel und fränkischer Reichsadel, Göttingen 1976, S. 467-469.

33 Vgl. dazu OEDIGER, Adelas Kampf, S. 73. Wichmanns Ehefrau Liutgard starb am 15. Oktober 962, noch keine 27 Jahre alt (vgl. ebd., S. 71f.), der Tod des Sohnes ist vermutlich kurz danach anzusetzen.

34 MGH DD OI Nr. 358. Vgl. hierzu und zu den im Folgenden erwähnten weiteren zwei Kaiserurkunden OEDIGER, Adelas Kampf, S. 73ff.

35 Vgl. MGH DD OI Nr. 397.

cunstructae³⁶ in loco qui dicitur Heltnon³⁷ das Stift in den gleichen besonderen kaiserlichen Schutz wie die Klöster in Quedlinburg, Essen und Gandersheim. Das bedeutete Immunität und das Recht der Stiftsdamen – wenn auch mit Zustimmungsvorbehalt des zuständigen Ortsbischofes von Utrecht – selbst die Äbtissin zu wählen. Das Stift Elten hatte also ein hohes Maß an Selbstständigkeit, es stand unter besonderem Schutz des Kaisers und behielt diese Herrschernähe auch über Regierungswechsel hinweg, es war reich begütert und es war die zentrale Memorialstätte einer Familie, die zum kleinen Kreis der Reichsaristokratie zählte.

Die zitierte Urkunde Ottos II. von 973 belegt, dass Liutgard schon zu Lebzeiten des Vaters als Äbtissin des Stiftes Elten eingesetzt wurde. Sie verwaltete damit einen Großteil des Eigengutes und der Lehen ihres Vaters. Alpert berichtet, dass es zu erbittert geführten Streitigkeiten zwischen beiden Schwestern kam. Der Vater, Wichmann, lässt sich nach der Urkunde von 973 nicht mehr nachweisen, er wird auch von Alpert im Zusammenhang mit der Fehde der beiden Schwestern nicht mehr erwähnt, ist also sehr wahrscheinlich bald nach 973 verstorben³⁸. Einen Grund für die Streitigkeiten der Schwestern nennt Alpert zunächst nicht, er schreibt sehr allgemein von „iniurias“³⁹, die Adela ihrer Schwester zugefügt habe. In der einzigen deutschen Übersetzung des Textes gibt Andreas Dederich diesen Quellenbegriff als „Unbilde“ wieder⁴⁰, eine Übersetzung als „Beleidigung“ oder „Unrecht“ wäre aber genauso denkbar und im Zusammenhang der Textstelle passend. Bleibt der Grund für die Streitigkeit auch zunächst im Dunkeln, so macht Alpert aber doch sehr deutlich, dass es um eine gewaltsame Auseinandersetzung ging. Es ist bei ihm von einem Godizo, einem Verwandten der beiden Schwestern, die Rede, der mit Adela befreundet gewesen sei. Wegen ihrer lockeren Sitten habe er dann jedoch die Seiten gewechselt und zwei Jahre später mit seinem Freund Balderich die Festung Uplade in der Nähe des Eltenberges, in der Adela

36 Kloster Elten war dem Heiligen Vitus geweiht, dessen Reliquien in Kloster Corvey verehrt wurden und werden. Die Translation der Gebeine 836 von Paris nach Corvey gab dem wichtigen königsnahen Kloster in Sachsen bedeutenden Aufschwung, Vitus wurde zu einem der zentralen Heiligen Sachsens und so auch des sächsischen Königsgeschlechts der Ottonen. Diese Bedeutung wird auch in der zentralen königsnahen Quelle für die Frühzeit der ottonischen Herrschaft, der Chronik Widukinds von Corvey hervorgehoben (vgl. etwa Widukind I 33f. und III 62). Vgl. dazu SAMERSKI, Stefan: Heiligenkult und Reichspatronat. Sakrale Topographie im ottonisch-frühsalischen Reich, in: STIEGEMANN, Christoph / KROKER, Martin (Hg.), Für Königtum und Himmelreich: 1000 Jahre Bischof Meinwerk von Paderborn, Regensburg 2009, S. 138-147. Die Wahl des Patroziniums weist Wichmann also eindeutig als sächsischen Großen aus und zeigt ihn als Parteigänger der ottonischen Könige.

37 MGH DD OII Nr. 67.

38 VAN WINTER, Die Hamaländer Grafen, S. 25 gibt als Todesdatum einen „20.06. nach 973“ an, BALZER, Manfred: Vornehm - reich - klug. Herkunft, Königsdienst und Güterpolitik Bischof Meinwerks, in: STIEGEMANN, Christoph / KROKER, Martin (Hg.), Für Königtum und Himmelreich: 1000 Jahre Bischof Meinwerk von Paderborn, Regensburg 2009, S. 88-99, hier S. 88, „vor 975“. Da Wichmann in der Urkunde vom 14. Dezember 973 noch als Bittsteller auftritt, ergibt sich aus der Kombination beider Angaben als wahrscheinliches Todesdatum der 20. 06. 974.

39 Alpert I, 2.

40 Alpert von Metz, *De diversitate temporum libri duo*, herausgegeben und übersetzt von Andreas Dederich, Münster 1859, S. 78.

lebte, überfallen, geplündert und verbrannt⁴¹. Da es offenbar schon zuvor Streit zwischen den Schwestern gegeben hatte und von Godizo und Balderich ausdrücklich gesagt wird „in clientam Liutgardae se devoverant“, liegt es nahe, die Äbtissin als Anstifterin dieses Überfalls zu sehen, der nach Alpert „subito“, plötzlich und unerwartet also, geschehen ist. Adela war allerdings rechtzeitig gewarnt worden und hatte mit einigen Burgbewohnern fliehen können. Der Geschichtsschreiber bemüht sich aber, Liutgards Beteiligung an diesem Überfall auszublenden, die beiden Ritter werden als Handelnde dargestellt, als Grund werden die vielen Unbilde genannt, die Adela ihrer Schwester zugefügt habe. Trotzdem ist klar, dass es um eine von beiden Seiten erbittert und gewaltsam geführte Auseinandersetzung geht – umso mehr erstaunt, dass Alpert sich nicht zu den Gründen und Motiven dieser Fehde äußert.

Ähnlich zurückhaltend ist er auch beim Bericht von den Ereignissen rund um Liutgards Tod, der sich (kurz) vor 996 datieren lässt⁴². Zwischen dem Tod des Vaters Wichmann und dem der (älteren?) Schwester Liutgard liegen also gut zwanzig Jahre, in denen es zu einer Fehde zwischen den Schwestern gekommen ist. Da Alpert, der unsere einzige Quelle für diese Ereignisse darstellt, zwar relativ ausführlich berichtet, aber durchweg keine Jahreszahlen o. ä. nennt, lassen sich Ereignisse wie der Seitenwechsel Godizos und Balderichs und der Überfall auf Uplade genauso wenig exakt datieren wie der Beginn der Fehde. Liutgard hat, so Alpert⁴³, ihr ganzes Erbe der Kirche, der sie vorstand, übertragen. Laut Dederich sind darunter „dieselbigen Güter“ zu verstehen, „die schon ihr Vater Wichmann [sic] der Vitusabtei auf dem Eltenberge vermacht hatte“⁴⁴. Eine Urkunde existiert dazu offenbar nicht mehr. Alpert berichtet weiter, dass Adela dieses Vermächtnis so geärgert habe, dass sie mehrfach versucht habe, dagegen vorzugehen. Sie blieb dabei aber erfolglos. Hier lässt sich wohl der Grund für die Fehde finden, den Alpert dem Leser zuvor verschwiegen hatte: Adela sah das Familienvermögen schwinden, die Besitztümer und Lehen der Hamaländischen Familie wurden durch die Pläne ihrer Schwester zu Besitzungen des Klosters Elten. „Bereits zu Lebzeiten ihres Vaters und weiterhin während der Regierungszeit Ottos II. hat Adela die Güterübertragungen an das Stift angefochten. Sie wehrte sich dagegen, dass mit der Gründung und Ausstattung Eltens ihre Ansprüche an das väterliche Erbe ohne ihre Zustimmung gemindert wurden“⁴⁵. Wütend über ihre Erfolglosigkeit habe Adela daran

41 Vgl. hierzu und zum Folgenden Alpert I, 2.

42 OEDIGER, Adelas Kampf, und VAN WINTER, Die Hamaländer Grafen, geben übereinstimmend diese Datierung an, BALZER, Vornehm - reich - klug, setzt das Jahr 996 ohne weitere Begründung als Todesjahr fest, möglicherweise zur Vereinfachung.

43 Vgl. dazu und zum Folgenden Alpert I, 3.

44 DEDERICH, Geschichtlicher Kommentar, S. 161.

45 BALZER, Vornehm - reich - klug, S. 88. OEDIGER, Adelas Kampf, schreibt hingegen von einem nach Wichmanns „Tode durch Adela begonnenen Erbstreit“ (S. 76, Anm. 44), was nicht zuletzt deshalb plausibler wirkt, weil nirgends in den Quellen von einer direkten Auseinandersetzung Adelas mit ihrem Vater über dessen Schenkungen die Rede ist und Alpert den Grafen im Zusammenhang mit der Fehde der Schwestern nicht mehr erwähnt. Auch FISCHER, Probleme um Adela und Balderich, S. 92 geht von einem Beginn des Konfliktes nach dem Tod Wichmanns aus. Laut einer Urkunde Ottos III. (MGH DD OIII, Nr. 235) habe der Streit aber „usque ad tempus dilecti patris nostri“ gedauert. Die Fehde muss also bald nach Wichmanns Tod 974 begonnen haben, da Otto II., der Vater Ottos III., bereits 983 verstarb.

gedacht, ihre Schwester zu ermorden, berichtet Alpert weiter, und sie vergiftet, „ut fertur“⁴⁶ – wie behauptet wird. Alpert schränkt seine ungeheure Anschuldigung also gleich wieder ein und gibt „die nach Verhältnis der Größe des Frevels zu wenig verbürgte Sache dem Urteile des Volkes zu überdenken anheim“⁴⁷. Bezweifelt wird nicht die Tatsache, dass Liutgard vergiftet worden ist – man habe diejenigen, die das Gift zubereitet hatten, verhaftet und verurteilt, berichtet der Chronist – Adelas Beteiligung an der Ermordung der Schwester sei aber ein nicht belegbares Gerücht. In der Tat stellt sich dem unvoreingenommenen Leser die Frage, was denn Adela für einen Nutzen vom Tod ihrer Schwester gehabt haben soll, denn die Besitztümer waren ja schon dem Stift überschrieben, der Tod der Äbtissin änderte daran erst einmal nichts. Vielleicht auch deshalb bleibt Alpert an dieser Stelle wieder überraschend – bedenkt man sein klares Erzählschema von der guten und der bösen Schwester – ausgewogen.

Adela setzte nach dem Tod ihrer Schwester dann offenbar auch nicht auf Verhandlungen, sondern versuchte sich den Besitz, der an das Kloster gefallen war, gewaltsam anzueignen. Sie habe sich des gesamten väterlichen Erbes, das die Schwester der Kirche weitergegeben habe (oder das der Vater dem Stift geschenkt und das diese als dessen Vorsteherin nur verwaltet hatte?) bemächtigt und den Eltenberg überfallen. Das muss sich 996 unmittelbar nach Liutgards Tod ereignet haben, Alpert liefert aber wie immer auch hier keine Datierungshilfen. Kaiser Otto III. ordnete allerdings an, dass sie das Stift wieder zu räumen und den Stiftsdamen zu übergeben hatte, Elten stand ja schon seit seiner Gründung in der Regierungszeit Ottos I. dem Kaiserhaus sehr nahe und seit der Urkunde Ottos II. von 973 sogar unter besonderem kaiserlichen Schutz. Adela scheint diesen Verweis zunächst akzeptiert zu haben, vermutlich hätte sie mit einer Belagerung Eltens rechnen müssen, der sie nicht hätte standhalten können.

Seit dem Tod ihres ersten Mannes Imad vor 983, eines Angehörigen einer vor allem im Harzvorland reich begüterten sächsischen Adelsfamilie, die sich auf den Herzog Widukind zurückführte und der als Nachfolger seines Schwiegervaters Wichmann als Graf von Hamaland bezeugt ist, war Adela verwitwet. Nach dem gescheiterten Versuch einer gewaltsamen Aneignung Eltens heiratete sie noch 996 ein zweites Mal. Ihr zweiter Ehemann war eben der Balderich, der einmal als Ritter im Dienst ihrer Schwester gestanden und mit ihrem Verwandten Godizo gemeinsam ihre Burg Uplade überfallen hatte. „Um ihre Ansprüche durchsetzen zu können, brauchte sie als Frau einen Vormund. Die Person des Balderich und seine Herkunft gaben in der Vergangenheit Anlass zu allerlei Mutmaßungen, da seine Ehe mit Adela von Alpertus und dem Verfasser der *Vita Meinwerci* als „contumelia“, als Schande für die Familie, angesehen wurde“⁴⁸. Ob Alperts wiederum sehr vorsichtig vortragenes Gerücht, Balderich sei bürgerlicher Herkunft gewesen und dann in den Grafenstand erhoben worden, nun stimmt, oder ob er, was wahrscheinlicher ist, dem lokalen

46 Alpert I, 3.

47 Alpert I,3: „Nos eam rem, pro magnitudine sceleris parum nobis compertam, existimationi vulgi ruminandam relinquimus“.

48 FISCHER, Probleme um Adela und Balderich, S. 95. Dort findet sich auch eine kurze Zusammenfassung des Wenigen, was sich sicher über Balderichs Verwandtschaftsverhältnisse sagen lässt.

Adel entstammte⁴⁹, sicher war die Heirat mit der aus einer Familie der Reichsaristokratie stammenden Adela für ihn ein sozialer Aufstieg.

Nach der Hochzeit wiederholte Adela gemeinsam mit Balderich den Angriff auf Elten, wieder wurde der Klosterberg gewaltsam erobert, wieder erfuhr Kaiser Otto III. von dem Angriff und verurteilte ihn. Da nicht damit zu rechnen war, dass Adela ihre Erbensprüche auf den Besitz Eltens aufgeben würde, lud der Kaiser sie und Graf Balderich zu einem Hoftag nach Nimwegen vor, auf dem am 18. Dezember 996 in einer Urkunde eine Regelung festgeschrieben wurde, die den Kampf um Elten beenden sollte⁵⁰. Entschieden wurde, dass Balderich alle Güter, die die Äbtissin in „sua habuit potestate et investitura“, in Gänze zurückgeben musste und auf alle weiteren Ansprüche zu verzichten habe⁵¹. Als Gegenleistung erhielt er von der Äbtissin⁵² als Friedens- und Freundschaftsbeweis vier Höfe aus dem Vermögen des Stiftes. Diese Urkunde ist intensiv erforscht worden, etwa von F.-W. Oediger, der sein Augenmerk allerdings vor allem auf die in ihr festgelegten Gütertransaktionen richtete⁵³. Dabei wies er darauf hin, dass „Otto III. der Klage Adelas entsprochen hat und wesentlich mehr Besitz als die erwähnten vier Höfe an das Grafenpaar ging, es zu einer regelrechten Teilung der Stiftsgüter kam“⁵⁴. Adela und Balderich hatten also offensichtlich mehr erreicht als angesichts der bisher klaren Haltung aller Kaiser zu Elten zu erwarten gewesen war. Trotzdem hielt der 996 geschlossene Frieden nur bis 1002; unmittelbar nach dem Tod Ottos III. in Rom brach die Fehde Alperters Bericht zufolge wieder aus⁵⁵. Balderich nutzte die unklare Machtsituation im Reich und das Fehlen der Königsgewalt aus, „rupit fidem et hostili manu adgressus ad montem Eltnae, vallum, qui ecclesiam ad instar castelli ambiebat, scidit familiamque omnem sibi servire coegit“⁵⁶. Der neue König Heinrich II.

49 Alpert erwähnt den 1010 gestorbenen Präfekten Gottfried, um dessen Erbe sich Balderich mit einem Wichmann stritt, als seinen „avunculus“ (vgl. Alpert I, 1). Darüber hinaus stand er offenbar in engem Kontakt zu Heribert, dem einflussreichen Erzbischof von Köln.

50 Vgl. Alpert I, 3: „Rex vero altiori consilio in posterum loci illius stabilitatem providere volens, Novimago concilio indicto, cum undique frequentissimi illuc convenirent, tractandum de predicto loco statuit“.

51 MGH DD OIII Nr. 235.

52 Als Äbtissin wird in D OIII Nr. 235 eine Liutgard erwähnt. Folgt man Alpert, so kann es sich hier nicht mehr um Adelas Schwester handeln, die doch wohl vor 996 verstorben ist. N. C. Kist (Nicolaas Christiaan Kist, *Het Necrologium en het Tynsboek van het Adelijk Jufferenstift te Hoog-Elten*, in: *Nieuw archief voor kerkelijke geschiedenis* 2 (1854), S. 88ff.) sieht in dieser zweiten Liutgard die Tochter der Adela, eine Meinung, die sich in der Forschung nicht durchsetzen konnte. Vgl. dazu FISCHER, *Probleme um Adela und Balderich*, S. 94 Anm. 41. Wahrscheinlich „war durch den Kaiser eine zweite Äbtissin, die gleichfalls Liutgardis hieß, bestellt worden“ (OEDIGER, *Adelas Kampf*, S. 78).

53 OEDIGER, *Adelas Kampf*, v.a S. 82ff., wo Oediger die Urkunde von 996 mit der Ottos I. von 970 (MGH D OI Nr. 358) vergleicht. Dort findet sich auch die genaue Auflistung der in beiden Urkunden übertragenen Güter. Ein anderer bemerkenswerter Aspekt der Vertrags-Urkunde von 996 sind zwei interessante, weil ungewöhnliche Details, die Rituale und Gestiken beschreiben. Vgl. dazu LEYSER, *Karl: Ritual, Zeremonie und Gestik. Das ottonische Reich*, in: *Frühmittelalterliche Studien* 27 (1993), S. 1-26, hier S. 20ff.

54 FISCHER, *Probleme um Adela und Balderich*, S. 95.

55 Vgl. Alpert I, 4.

56 Alpert I, 4.

stellte aber schon im August 1002 den früheren Zustand wieder her⁵⁷. Er hielt im Bezug auf Elten also an der Linie seiner Vorgänger fest.

Sowohl Alpert von Metz als auch die Urkunde von 996 äußern sich zu den Beweggründen, die Adela in ihrer Fehde mit der Schwester angetrieben haben. Es ging ganz offenbar um einen Streit um das Erbe des Vaters, des Grafen Wichmann, wobei Adela sowohl die umfassenden Schenkungen ihres Vaters an das Stift als auch die Übereignung des gesamten ererbten *patrimonium* der Liutgard an das Stift anfocht. Während der Metzger Mönch aber lediglich die Empörung Adelas darüber, dass ihre Schwester Liutgard „*patrimonium [...] omne, quod sibi hereditatis parte successerat, ecclesie, cui ipsa preerat, contulit*“⁵⁸ als auslösendes Moment angibt, erfährt der Leser der Urkunde auch etwas über Rechtsansprüche, die Adela geltend machte. Sie behauptete vor dem Hoftag offenbar, dass „*secundum Saxoniam legem absque eius consensu et licentia nullam potuisset facere traditionem*“⁵⁹, also gemäß sächsischem Recht, ihr Vater seine Güter nicht ohne ihr Einverständnis an seine Stiftung hätte übertragen dürfen. Während sie in Alperts Darstellung also rein emotional handelt, nennt die Kaiserurkunde eine rechtliche Grundlage, auf die sich Adela berief. „Die Schilderung des Chronisten von der Übereignung des gesamten ererbten *patrimonium* der Liutgard an das Stift findet sich in dem Kapitel über ihre vorbildlichen *mores*, an deren Betonung ihm – wie bereits erwähnt – lag. Die Erwähnung eines eventuellen Rechtsanspruchs ihrer Schwester wäre hier sicherlich nicht angebracht gewesen und entspräche auch nicht dem Bild der Adela, das er zu vermitteln versucht“⁶⁰. Die Rechtslage um das Jahr 1000 ist sehr unklar, wir haben keine Aufzeichnungen des sächsischen Rechtes aus dieser Zeit⁶¹. Das *Lex Saxonum* Karls des Großen war bereits zweihundert Jahre alt. Nach ihm war die Übergabe des Erbes an die Kirche oder an den König ausdrücklich vom Verbot ausgenommen, Entäußerungen seines Erbes vorzunehmen. Der Sachsenspiegel ist etwa zweihundert Jahre jünger als die Urkunden über die Fehde Adelas. Er kennt eine solche Ausnahmeregelung zugunsten der Kirche nicht mehr⁶². „In den Urkunden wird die Zustimmung der Erben bei Übertragungen an die Kirche mehrfach erwähnt, aber aus ihnen ist nicht abzulesen, ob von ihr die Gültigkeit der Entäußerung abhing oder ob es sich um eine Vorsichtsmaßregel handelte, da die Erben meist nicht von dem gleichen frommen Eifer beseelt sind wie die Stifter“⁶³. Das rasche Einlenken Ottos III. 996 und die Anerkennung ihrer Ansprüche auf dem Hoftag in Nimwegen sprechen aber dafür, dass diese Ansprüche und auch Adelas Argumentation als rechtmäßig angesehen werden konnten. „Somit setzte Adela sich letztendlich durch. Dies geschah sicherlich auch mit der Unterstützung Balderichs, ihres zweiten

57 OEDIGER, Adelas Kampf, S. 80. Heinrich ist am 18. August in Duisburg, am 24. August in Nimwegen und am 27. August in Utrecht nachweisbar. Alpert berichtet: „Ubi vero Heinricus summa rerum potitus est, iterum locum illum in priorem statum reduxit“ (Alpert I, 5).

58 Alpert I, 3.

59 MGH DD OIII Nr. 235.

60 FISCHER, Probleme um Adela und Balderich, S. 93f.

61 OEDIGER, Adelas Kampf, S. 76.

62 Vgl. OEDIGER, Adelas Kampf, S. 76.

63 OEDIGER, Adelas Kampf, S. 76f.

Ehemanns⁶⁴. Trotz Balderichs unklarer Herkunft und der Gerüchte um eine bürgerliche Abstammung hatte er nach der Auskunft Alpertus von Metz, der ihn als ditissimus, also als sehr wohlhabenden Mann, bezeichnet, mächtige Unterstützer⁶⁵. So stand etwa Erzbischof Herbert von Köln hinter ihm, einer der mächtigsten Kirchenfürsten des Reiches, dessen Stiftung Deutz Adela und Balderich immer wieder mit Schenkungen bedachten. Möglicherweise halfen also auch mächtige Fürsprecher, die Adela durch ihre Heirat gewonnen hatte, ihre Ansprüche vor dem Nimwegener Hoftag durchzusetzen.

Thorsten Fischer erklärt in seinem relativ neuen Aufsatz zu Adela und Balderich, es sei bereits darauf aufmerksam gemacht worden, „dass Alpertus von Metz und die Narratio der in Nimwegen ausgestellten Urkunde unterschiedliche Beweggründe anführen, die Adela veranlasst haben sollen, gegen die väterliche Gründung vorzugehen“⁶⁶. Dem sei nach dieser Betrachtung entgegengesetzt, dass beide Quellen zwar unterschiedliche Aspekte hervorheben, der Geschichtsschreiber die Empörung Adelas, den Kontrast zwischen den Schwestern, die Narratio der Urkunde die nüchterne rechtliche Begründung, dass beide Texte sich aber was Adelas Beweggründe angeht, durchaus einig sind. Die Unterschiede erklären sich aus den unterschiedlichen Textsorten mit unterschiedlichen Darstellungsabsichten. Die Fehde aber ist für beide Quellen ein Streit um das väterliche Erbe, der zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung eskaliert. Wichmann hat, auf einer rechtlich offenbar anfechtbaren Grundlage, kurz vor seinem eigenen Tod einen Großteil des Familienbesitzes in eine Memorialstätte für seine Familie investiert. Liutgard als Vorsteherin des Stiftes verfügte somit nach Wichmanns Tod über den Großteil des Familienbesitzes und nahm ihn durch ihre eigene Übertragung an das Kloster vollständig aus der familiären Erbfolge heraus. Gegen dieses Vorgehen wehrte sich Adela, erst ohne Erfolg gewaltsam, später dann aber auch erfolgreich diplomatisch vor dem Hoftag Ottos III. Der „Kampf um Elten“⁶⁷ war also eine Erbstreitigkeit in einer Familie der Reichsaristokratie. Erstaunlich ist, dass Adela die Schenkungen des Vaters erst deutlich nach dessen Tod anfocht. Sie wurde vermutlich um 950 geboren⁶⁸, war beim Tod Wichmanns also wohl schon über zwanzig Jahre alt. Sie hat auch nicht gewartet, bis sie einen Ehemann hatte, der für ihre Interessen eintreten konnte, die ersten Berichte über die gewaltsame Fehde zwischen Adela und Liutgard datieren aus der Zeit ihrer Witwenschaft. Die Gründe für dieses späte Eintreten bleiben in den Quellen im Dunkeln, feststellen lässt sich lediglich, dass Adela nicht die direkte Konfrontation mit ihrem Vater suchte, sondern erst nach dessen Tod mit der Schwester stritt. Erfolg hatte sie mit ihrer Position allerdings erst nach Liutgards Tod, als sie das einzige noch lebende Familienmitglied war. Im Jahr 996 kamen Liutgards Tod, die Heirat mit Balderich und ein Strategiewechsel weg von einer gewaltsam geführten Fehde hin zu rechtlich

64 MAHYTKA, RALF: „Das reichsfreie Damenstift Elten“, in: C. STIEGEMANN / M. KROKER (Hg.), *Für Königstum und Himmelreich: 1000 Jahre Bischof Meinwerk von Paderborn*, Regensburg 2009, S. 299.

65 Vgl. dazu Alpert I, 1.

66 FISCHER, *Probleme um Adela und Balderich*, S. 93.

67 So der Titel von Friedrich Wilhelm Oedigers grundlegendem Aufsatz von 1954.

68 So bei Herbert GRUNDMANN, [Art.] Adela, in: *Neue Deutsche Biographie* 1 (1953), S. 56-57. Auch die Angabe „um 955“ findet sich in der Literatur. Ein Geburtstermin in den frühen 950er Jahren scheint auch im Zusammenhang mit den überlieferten Daten aus Adelas Leben plausibel.

gestützten Verhandlungen auf dem Hoftag zusammen und ermöglichten eine dauerhafte Beendigung des Streites um das väterliche Erbe, der auch durch den von Alpert berichteten folgenlosen Angriff Balderichs auf Elten 1002 nicht mehr aufflammte.

2. Der Konflikt zwischen Wichmann und Balderich

Konnte sich die Betrachtung des „Kampfes um Elten“ zwischen Adela und ihrer Schwester Liutgard nur auf die Schrift Alperts von Metz sowie die einschlägigen Kaiserurkunden stützen, so ist die Quellengrundlage im Falle des zweiten prägenden Konflikts in Adelas Leben breiter. Beide in der Einleitung vorgestellten Geschichtsschreiber, Alpert und Thietmar, behandeln diese Fehde, die eigentlich zwischen Adelas zweitem Ehemann Balderich und dem Grafen Wichmann „von Vreden“ geführt wurde.

Sie begann im eigentlichen Sinne offenbar 1010 nach dem Tod des Präfekten Gottfried⁶⁹. Dieser Gottfried war Balderichs Onkel, Wichmann war mit Gottfrieds Tochter, also Balderichs Cousine verheiratet. Beide Männer erhoben nach dem Tod des Präfekten Anspruch auf die Nachfolge. Die Person des Präfekten Gottfried bleibt in den zeitgenössischen Quellen dunkel, wahrscheinlich war er Graf des Hattuariergaues, einer karolingischen Gaugrafschaft zwischen dem linken Ufer des Niederrheins und der Maas⁷⁰.

Wichmann hatte schon direkt nach seiner Hochzeit versucht, sich mit seinem Schwiegervater gut zu stellen, als 1009 aber die Normannen über den Fluss Waal, den südlichsten und bei weitem größten Flussarm des Rheindeltas, in den Zuständigkeitsbereich Gottfrieds eindrangen, übernahmen dessen Neffe Balderich und ein sonst nicht näher bekannter Unruoch die Führung des Heeres für den bereits altersschwachen Präfekten⁷¹. Beide Kandidaten für die Nachfolge hatten sich also in Stellung gebracht, als Gottfried 1010 starb. Gottfried hinterließ bei seinem Tod, so berichtet Alpert, nur einen regierungsunfähigen Sohn⁷², „amicitiae tamen conventionem, quam patri Wicmannus devoverat, consulto ipsi conservare constituit, sperans, se eum sibi adiunctum haberet, facile se suorum omium dominare posse. Ex eo tempore inter ipsum et Baldericum similitates nascebantur; et cum neuter alterum sibi superiorem esse pateretur, convent tamen saepius inter se facto, suspecta amicitia utebantur“⁷³.

Der nun folgende Streit ist das eigentliche Thema von Alperts Schrift. Das erste Buch beginnt mit der Vorstellung des Konflikts: „Apud Germanos, qui circa Rhenum incolunt, duo ditissimi, Wicmannus et Baldericus, summis opibus inter se de potentatu contendebant“⁷⁴, der gesamte Inhalt des ersten Buches, darunter auch die Erzählung von den unterschiedlichen Schwestern Adela und Liutgard und das lange Intermezzo über den heiligen Bischof

69 Vgl. Alpert II,1. Auch hier nennt Alpert wieder keine Daten oder Anhaltspunkte zur Datierung, eine auffällige Besonderheit seiner Schrift, die daher kaum als Chronik gedacht gewesen sein kann. Die Datierung ist übernommen aus: DEDERICH, Geschichtlicher Kommentar, S. 173.

70 Vgl. ebd., S. 158, genauso aber auch FISCHER, Probleme um Adela und Balderich, S. 98.

71 Vgl. Alpert I, 8.

72 Vgl. Alpert II,1.

73 Alpert II, 1.

74 Alpert I, 1.

Ansried, wirkt in der Dramaturgie Alpersts wie eine Vorgeschichte des eigentlichen Konfliktes, der immer schon in Andeutungen durchscheint. Das zweite Buch ist dann bis auf die letzten Kapitel vollständig der Auseinandersetzung um die Nachfolge des Gottfried gewidmet, dessen Tod als Auslöser für das Aufbrechen des Konfliktes dieses zweite Buch einleitet. Alpert beschreibt sehr detailliert die einzelnen Stationen der Fehde, „der Konflikt war von Angriffen auf die Burgen der Gegner wie auch von Vermittlungsversuchen geprägt“⁷⁵. Heinrich II. und Bischof Adalbold von Utrecht⁷⁶ traten beide erfolglos als Vermittler auf. Von beiden Seiten kam es offenbar immer wieder aufs Neue zu Angriffen. Während einer Pilgerreise Wichmanns nach Rom spricht Heinrich II. Alpersts Bericht zufolge Balderich sogar die Präfektur zu⁷⁷. Es ist hier nicht der Platz, all diese Angriffe und Verhandlungsversuche der Jahre 1010 bis 1016 im Detail nachzuzeichnen, zumal in der ganzen Zeit wenig von Adela berichtet wird. Die Aussöhnung der beiden Kontrahenten, die nach den Regeln der damaligen politischen Spielregeln vollzogen wurde, lässt sich relativ sicher auf 1016 datieren⁷⁸. Durch ein Convivium wollte Wichmann das Ende der Fehde besiegeln, berichtet Thietmar: „[...] et hostem amicabili petitione ad domum suam vocans convivio et munere accepto placat. Et ab eodem ad confirmandum inceptae dilectionis vinculum invitatur“⁷⁹. Bei dieser Gegeneinladung wurde Wichmann, so berichten beide Chronisten, während des Essens Gift gegeben. Während Thietmar nur von einem vergifteten Trank weiß, berichtet Alpert, Adela habe selbst dem Gast das Gift verabreicht. Als Wichmann sich auf dem Heimweg befand, wurde er überfallen und von einem Knecht des Balderich erschlagen. Die Schilderung des Mordes liest sich bei beiden Geschichtsschreibern sehr ähnlich. Während sie sich aber im Ablauf einig sind, so legen beide die Schuldfrage sehr unterschiedlich aus. Für Thietmar ist Balderich der Verantwortliche, er hat sich von seiner Frau, durch die für den frommen Merseburger Bischof die „antiquo serpente“⁸⁰ aus der Offenbarung des Johannes spricht, überreden lassen, dem Feind, den er durch Gewalt nicht besiegen konnte, durch List beizukommen. Ein Knecht Balderichs erschlägt Wichmann, „presente eiusdem seniore Baldrico et hoc nullatenus ulciscente“⁸¹, im Gegenteil, dadurch, dass er flieht, zeigt

75 FISCHER, Probleme um Adela und Balderich, S. 98.

76 Bischof Adalbold trat auch selbst als Geschichtsschreiber mit einer *Vita Heinrici II imperatoris* hervor. Sie wurde 1999 von Markus Schütz übersetzt und herausgegeben (Markus SCHÜTZ, Adalbold von Utrecht: Vita Heinrici II imperatoris. Übersetzung und Einleitung, in: Bericht des Historischen Vereins für die Pflege der Geschichte des ehemaligen Fürstbistums Bamberg 135 (1999), S. 135-198). „Da in der Vorrede ausdrücklich von *gesta* die Rede ist und das Werk ausschließlich die Herrschertaten zum Gegenstand hat, besitzt der Text wenig vom Charakter der gemeinhin hagiographischen Viten dieser Zeit“ (SCHÜTZ, a. a. O., S. 135). Adalbold, der 1010 von Heinrich das Bistum Utrecht erhielt und beachtliche politische Bedeutung im Umfeld des letzten ottonischen Königs entfalten konnte, behandelt in seinem Werk die Jahre 1002 bis 1004, also Heinrichs Aufstieg zum Königtum und die Überwindung der anderen Thronprätendenten. Der erst später aufbrechende Streit zwischen Wichmann und Balderich wird dementsprechend bei Adalbold nicht einmal erwähnt, trotz seiner Nähe zu den Ereignissen kann seine Schrift nicht als Quelle für die hier behandelten Konflikte dienen.

77 Alpert II, 6.

78 FISCHER, Probleme um Adela und Balderich, S. 99.

79 Thietmar VII, 47.

80 Thietmar VII, 47.

81 Thietmar VII, 47.

er auch noch sein schlechtes Gewissen. In Alperfs Darstellung hingegen plant Adela eine Verschwörung und beauftragt den Mörder, ohne dass Balderich etwas davon weiß⁸². Der habe sogar bestürzt geweint, als er von der Ermordung des Grafen erfahren habe⁸³.

„Der Mord ist unbestritten und auch sonst nicht entschuldbar, selbst wenn man bedenkt, dass politische Morde in der Zeit häufiger zu beobachten sind. Offen bleiben die Schuldanteile des Ehepaares“⁸⁴. Über die Frage individueller Schuld vor allem Adelas ist in der Forschung viel diskutiert worden. Die widersprüchlichen Aussagen der Chronisten können an dieser Stelle aber ebenso wenig interpretiert werden wie die Berichte über die Folgen des Anschlages. Es gab eine Racheexpedition des Bischofs von Münster und des Herzogs Bernhard, des Vormundes von Wichmanns Sohn, die Burg Uflach wurde belagert und zerstört, Adela konnte allerdings noch rechtzeitig fliehen⁸⁵. Im April 1018 wurde Balderich auf einem Hoftag in Nimwegen von Kaiser Heinrich II. verurteilt, bereits Ende des Jahres konnte er sich aber offenbar wieder mit dem Kaiser aussöhnen.

Die Fehde zwischen Balderich und Wichmann zog sich also insgesamt acht Jahre hin, ist gekennzeichnet von einer Folge von Friedensschlüssen, auf die jedes Mal wieder ein erneuter Gewaltausbruch folgte und sie zog überregionale Aufmerksamkeit auf sich – vor allem durch den Mord an einem der beiden Beteiligten, der aus einer der mächtigsten und einflussreichsten Familien des Reiches stammte, den Billungern. Alle drei Geschichtsschreiber machen Adela zur treibenden Kraft in dieser Auseinandersetzung, so überzeugend, dass im 20. Jahrhundert ein Historiker den Vergleich von der Lady Macbeth vom Niederrhein bemühte⁸⁶. Welche Motive sollen sie aber dabei angetrieben haben?

Im Prinzip sind sich alle Geschichtsschreiber einig: Es war Adelas Schlechtigkeit, ihr unchristlicher Lebenswandel, der sie zum Sprachrohr der bereits zitierten alten Schlange machte. Alle drei Autoren stoßen ungewöhnlich harsche Verwünschungen gegen sie aus. Kratzt man diesen Firnis der Texte ab, fällt zunächst auf, dass die Autoren sichtbar bemüht sind, Balderichs Verantwortung zuungunsten Adelas zurückzunehmen. Bei Alpert geschieht der Mord sogar ohne sein Wissen⁸⁷ und seine Sache in der Fehde wird als gerecht bezeichnet⁸⁸. Ihn als schwächlichen Handlanger seiner energischen Ehefrau darzustellen, diskreditiert ihn zwar einerseits im Hinblick auf seine Ambitionen um die Nachfolge als Präfekt, lässt ihn andererseits aber auch zur beinahe tragischen Figur werden – vielleicht eine Rücksichtnahme der Autoren auf seine mächtigen Fürsprecher, die Alpert erwähnt, allen voran Erzbischof Heribert von Köln, als dessen Klient Balderich bezeichnet wird. Als Motiv für

82 Vgl. Alpert II, 12.

83 Vgl. Alpert II, 12.

84 BALZER, *Vornehm - reich - klug*, S. 89.

85 Vgl. dazu Thietmar VII, 48-49. Thietmar weist an dieser Stelle auf seine Verwandtschaft mit den Rächern hin, sowohl Dietrich von Münster als auch Herzog Bernhard sind seine Cousins. Diese Verwandtschaft ist bei der Betrachtung seiner Darstellungsabsicht bzw. seines Standpunktes natürlich zu berücksichtigen.

86 Vgl. dazu OEDIGER, *Adelas Kampf*, S. 67, der diese Bezeichnung in A. G. van Dalen, *Nederlandse Geschiedenis in en om de Liemers*, Disam 1939, S. 23 gefunden hat.

87 Vgl. Alpert II, 12.

88 Vgl. Alpert II, 9.

Adela reicht da in der Dramaturgie der Autoren wirklich ihre Schlechtigkeit, ihr unchristlicher Lebenswandel, den sie durch diese Tat aufs Neue bewies.

Thietmar äußert sich tatsächlich nicht weiter zu Adelas Motiven, sie strebt danach, mit allen Mitteln – besonders der List⁸⁹ - ihrem Mann zum Sieg in der schon Jahre währenden Auseinandersetzung zu verhelfen und durch die Ausschaltung des Gegners die eigene Machtposition zu sichern. Warum die Fehde zwischen Balderich und Wichmann entstanden ist, worum sie streiten, erwähnt Thietmar nicht einmal.

Da ist Alpert von Metz, wie stets in diesem Fall, viel ausführlicher. Er erzählt den ganzen Verlauf der Fehde nach und berichtet auch über die Ansprüche der Kontrahenten. Es dauert eine Weile, bis in seinem Bericht Adela zum ersten Mal vorkommt, dann aber widmet er ein ganzes Kapitel einer Rede, mit der sie Neid und Ehrgeiz ihres Mannes nach einem ersten Machtwort des Königs anstachelt. Wichmann sei Balderich im Rang gleich, lässt Alpert sie sagen, und sie könne es nicht ertragen, dass er größere Macht habe⁹⁰. Ihr Stolz, den Alpert auf ihre hohe Herkunft und ihr Vermögen zurückführt, wird mehrmals als Triebfeder ihres Handelns genannt⁹¹. Dieses Herkunftsbewusstsein wünscht sie sich in der bereits angeführten Rede auch von ihrem Mann, der doch den nächsten Erbspruch auf die Präfektur habe⁹².

Es sind also immer wieder zwei Motive, die Adela zugeschrieben werden: Das Streben nach Macht – ihr Mann soll die Präfektur erreichen – und überheblicher Stolz auf ihre Herkunft. Fügt man beide Aspekte zusammen, so erscheinen immer wieder verwandtschaftlich begründete Ansprüche als wichtiger Auslöser der Konflikte. Es wird Adela zugeschrieben, sie habe in sich und ihrem Ehemann die rechtmäßigen Anwärter auf die Nachfolge von Balderichs Onkel gesehen und diese Erbsprüche gegenüber dem Billunger Wichmann mit allen Mitteln durchsetzen wollen.

Eine neuere Theorie unterstellt ihr, dabei die Interessen ihrer eigenen, hamaländischen, Familie verfolgt zu haben. Balderich hatte keine Kinder, Adela war bei der Heirat mit ihm fast fünfzig Jahre alt, beim Tod des Präfekten Gottfried fast sechzig, sie konnte also davon ausgehen, in dieser zweiten Ehe auch keine Kinder mehr zu bekommen. Adela hätte dann Balderichs „Erbsprüche auf die Präfektur Gottfrieds für ihren Sohn, Graf Dietrich, sichern wollen. Es war ein Versuch, der auch deshalb scheiterte, weil Dietrich schon bald starb – an einem 7. April, vermutlich im Jahre 1017 oder 1018“⁹³. Diese Annahme klingt durchaus stimmig und streicht den Charakter der Fehde als Erbaueinandersetzung und Adelas dementsprechende Motivation noch einmal deutlich heraus. Konkrete Belege in den

89 Vgl. Thietmar VII, 47, wo sie ausdrücklich rät, durch Verschlagenheit zu erreichen, was Gewalt nicht vermochte. Ebenfalls sicher nicht zufällig wählt Thietmar als Metapher für das Böse an dieser Stelle gerade die „antiquo serpente“!

90 Vgl. Alpert II, 5.

91 Vgl. dazu Alpert II, 9.

92 Vgl. Alpert II, 6.

93 BALZER, Vornehm - reich - klug, S. 89 mit Verweis auf: JONGBLOED, Hein: Tussen „Paltsverhaal“ ein „Ijssellinie“. Averarda „van Zutphen“ (+11. Augustus [961]) en de geboorte van de graafschappen Zutphen en Gelre (1026-1046), in: Bijdragen en Mededelingen. Historisch Jaarboek voor Gelderland 97 (2006), S. 57-130.

Quellen für solch einen Plan fehlen aber. So muss es zunächst bei der allgemeineren Feststellung bleiben, dass es Adela nach dem Bericht der Chronisten um die energische Verteidigung von ererbten Machtansprüchen ging.

Exkurs: Der Bericht der Vita Meinweri über den Mord am Grafen Dietrich

Geradezu abenteuerlich mutet die Version an, die die Vita Meinweri von der Ermordung des Grafen Wichmann zu berichten weiß. Sie ist zu ungewöhnlich, um sie hier ganz zu übergehen, auch wenn für eine detaillierte Auseinandersetzung auf die in den Anmerkungen angeführte Literatur verwiesen sein muss⁹⁴. Bei der *Vita Meinweri*⁹⁵ handelt es sich um die Lebensbeschreibung ihres Sohnes, des Bischofs Meinwerk von Paderborn. Sie wurde um 1160 vermutlich von Konrad, dem Abt des Paderborner Klosters Abdinghof verfasst, also ziemlich genau 150 Jahre nach den fraglichen Ereignissen⁹⁶. In ihr kommt Adela, dem Thema des Werkes entsprechend, nur im Zusammenhang mit ihrem Sohn Meinwerk vor. Daher ist etwa der Konflikt Adelas mit ihrer Schwester unerheblich und findet keine Erwähnung. Konrad interessiert sich für die Streitigkeiten zwischen Mutter und Sohn um das Familienvermögen⁹⁷, auch das der Immedinger, also der Familie von Adelas erstem Mann. Dieser Streit spielt sich vor dem Hintergrund der Heirat von Adela und Balderich und dem oben skizzierten Konflikt mit Wichmann „von Vreden“ ab, die Vita Meinweri berichtet über diese Ereignisse aber teilweise sehr anders als die zeitgenössischen Quellen, obwohl ihr Autor nachweislich Thietmars Chronik kannte⁹⁸. Die beeindruckende Schaugeschichte der Ermordung des Grafen Dietrich, des Bruders des Bischofs, durch seine eigene Mutter, kommt beispielsweise nur hier vor⁹⁹. Durch den großen zeitlichen Abstand zu den Geschehnissen ist die Vita Meinweri als Quelle für die Vorstellungen der Zeitgenossen um 1000 ungeeignet, sie ist durchdrungen von politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen des ausgehenden 12. Jahrhunderts. Was wir in ihr finden ist eine interessante lokale Rezeption der Geschehnisse um unsere Protagonisten.

Nach dem Tod seines Vaters (der sich vor 983 datieren lässt), habe Meinwerk seine Mutter, ihr sein eigenes Beispiel ehelosen Lebens vor Augen haltend, überzeugen wollen, keine

94 Stephanie Haarländer hat die Darstellung des innerfamiliären Konfliktes in der Vita Meinweri mit den Darstellungen anderer zeitgenössischer Bischofsviten verglichen und sie in diesem Rahmen als extreme Darstellung – besonders ausführlich und besonders parteiisch – ausgemacht. Vgl. dazu HAARLÄNDER, Stephanie: *Vitae episcoporum. Eine Quellengattung zwischen Hagiographie und Historiographie*, untersucht an Lebensbeschreibungen von Bischöfen des Regnum Teutonicum im Zeitalter der Ottonen und Salier, Stuttgart 2000, S. 386ff.

95 *Vita Meinweri epicopi Patherbrunnensis*, herausgegeben und übersetzt von Guido Berndt, (MittelalterStudien 21), Paderborn 2009 (vgl. Anm. 2).

96 Zur Frage von Entstehungszeit und Autorfrage der Vita Meinweri vgl. zuletzt: BERNDT, Einleitung, S. 20-30.

97 Vgl. LE JAN, *La vengeance*, S. 339.

98 BERNDT, Einleitung, S. 36.

99 Zur Darstellungsabsicht der Vita Meinweri in Abgrenzung zu den anderen beiden historiographischen Quellen vgl. die ebenso ausführlichen wie überzeugenden Ausführungen von Régine Le Jan: LE JAN, *La vengeance*, passim.

zweite Ehe einzugehen. Sie aber „que carnis sunt, sapiens salutis sue monita contempnebat et ingressa latam et spaciosam viam, que ducit ad mortem, eo infelicius quo voluptuosius eam incedebat“¹⁰⁰.

Adela sei dann zu ihrem Sohn nach Paderborn gekommen¹⁰¹ und habe die Nutzungsrechte an bestimmten Gütern verlangt. Meinwerk habe sie dann förmlich herausgeschmissen und vom Hof gejagt. „Ad eius itaque contumeliam et maiorem invidiam“¹⁰² habe sie Balderich, von dem auch die *Vita* erzählt, er sei unebenbürtiger Herkunft, geheiratet. Auf dessen Rat hin habe sie dann ihren eigenen Sohn, den Grafen Dietrich, „episcopo quasi animam suam dilectum“, von Leuten des Grafen Balderich am 7. April in Uplade bei Elten umbringen lassen.

Meinwerk sei damals gerade mit Kaiser Heinrich in der Lombardei gewesen, bei seiner Rückkehr habe er aber sofort dafür gesorgt, dass die Mutter vor das Königsgericht geladen wurde. Dort habe man die Mörderin zum Tode verurteilt. Das erschien dann offenbar aber vielen Großen ein zu hartes Urteil, man bedrängte Meinwerk, um Gnade zu bitten, er gab nach langem Zögern nach. Letztendlich wurde das Todesurteil aufgehoben und die Angelegenheit durch eine Gütertransaktion gesühnt. Durch Balderich habe Adela dem Kaiser einen Großteil ihrer Besitzungen übergeben, der habe dann noch auf dem Hoftag all diese Güter an die Paderborner Kirche weitergeschenkt.

Damit endet der Bericht der *Vita Meinwerici* über den Konflikt zwischen Adela und ihrem Sohn nicht, „Mater autem episcopi existens ingrata de misericordia collata iniquitati apposuit iniquitatem, modis omnibus querens alienare filio omnem hereditatem“¹⁰³. Es folgen für den modernen Leser reichlich kurios wirkende Geschichten, etwa vom Schwur auf die „falschen“ Reliquien, den Gott umgehend straft¹⁰⁴ und Meinwerks Diebstahl eines Teppichs aus dem Schlafzimmer seiner Mutter – ein von ihr selbst hergestellter Wandteppich, der Balderich als Drachentöter zeigte¹⁰⁵.

Schon Siegfried Hirsch hat gezeigt, wie diesem Bericht, den er als unhistorisch verwirft, worin ihm die gesamte Forschung bis heute gefolgt ist, die Geschichte des Mordes an Wichmann zugrunde liegt. Die Tradition habe das Allgemeine richtig bewahrt, das Spezielle aber neu konstruiert¹⁰⁶. Hirschs Herleitung der neuen aus der alten Erzählung ist in sich verblüffend schlüssig und überzeugt. Die Frage aber, warum es zu dieser Umformung kam, stellt er nicht, er erklärt einmal, als er zeigt, wie aus dem Mord an Wichmann und seinem Rächer die zwei toten Königsboten wurden, mit denen in der *Vita Meinwerici* die Mordkarriere der Adela beginnt: „Constatieren wir, dass der Mann, der also ihr [der Tradition, LW] nacherzählen konnte, von der ganzen Fehde zwischen Balderich und Wichmann, also von dem, was das Leben unseres Ehepaares vorzüglich erfüllt und sein Geschick entschieden

100 *Vita Meinwerici*, Cap. 129.

101 Hier macht der Verfasser der *Vita* offensichtliche Fehler in der Chronologie: Adela und Balderich heirateten 996 (s. o.), Meinwerk wurde aber erst 1009 Bischof von Paderborn.

102 *Vita Meinwerici*, Cap. 129.

103 *Vita Meinwerici*, Cap. 131.

104 Vgl. *Vita Meinwerici*, Cap. 131.

105 Vgl. *Vita Meinwerici*, Cap. 134.

106 HIRSCH, Kritik des Berichts, S. 312.

hat, durchaus ununterrichtet gewesen sein muss¹⁰⁷. Selbst in einer der neuesten Veröffentlichungen zur *Vita Meinwerchi* findet sich die Feststellung, es hätten „die Schuldzuweisungen an sie und ihren zweiten Mann Balderich als Verwechslung mit der Ermordung des aus der Familie der Billunger stammenden jüngeren Grafen Wichmann (III.) „von Vreden“ aus dem Jahre 1016 erkannt¹⁰⁸ werden können. Eine Verwechslung? Der Verfasser der *Vita* kannte zweifelsfrei Thietmars Chronik, die von der Fehde zwischen Wichmann und Balderich berichtet¹⁰⁹. Eine Neukonstruktion aus Unkenntnis der eigentlichen Ereignisse ist also sehr unwahrscheinlich.

Man muss wohl weniger von einer Verwechslung, sondern eher von einer bewussten Verfälschung der Vorlage ausgehen, zumal Abt Konrad ebenso wie Alpert und Thietmar Adela wort- und metaphernreich verdammt. In der Forschung hat es in den vergangenen etwa sechzig Jahren verschiedene Ansätze gegeben, diese Schauergeschichte vom Sohnesmord, die nur in der *Vita Meinwerchi* auftaucht, zu erklären. Schon Friedrich Wilhelm Oediger weist darauf hin, dass es eigentlich um die „Zornesergüsse des Abdinghofer Mönchs über die Frau, die ihren Besitz an die verkehrten Bischöfe und Klöster schenkte“¹¹⁰ geht. Adela sucht „ihrem Sohn auf alle nur erdenkliche Weise sein gesamtes Erbgut zu entfremden“¹¹¹. Statt an Meinwerks Gründung Abdinghof, die zur neuen Memorialstätte des Bischofs und seiner Familie werden sollte, gab sie ihre Güter an Elten, die Memorialstätte der Hamaländer, die ihr Vater gegründet hatte, oder an das Stift Deutz, die Stiftung Erzbischof Heriberts von Köln, des Unterstüters ihres Ehemannes Balderich¹¹². Zuletzt hat Régine Le Jan in einem Aufsatz, in dem sie die Darstellungsabsichten der drei Autoren, die über Adela berichten, herausstellt, diese Interpretationslinie aufgegriffen. Sie weist vor allem auf die Konkurrenz zwischen den Klöstern Abdinghof, dem der wahrscheinliche Verfasser der *Vita* ja als Abt vorstand, und Elten hin. Diese Konkurrenz war auch fast 150 Jahre nach dem Tod der Beteiligten noch virulent. „En 1129, Elten fit confirmer ses biens par l'empereur Lothaire III et Abdinghof répliqua en obtenant une confirmation du pape Eugène III en 1146. Écrite peu après, la *vita* apparaît ainsi comme une arme contre le monastère rival qui avait été soutenu par une meurtrière, condamnée par la justice des hommes et celle de Dieu. Car la disparition des corps d' Adèle et de Balderic emportés de nuit par le flots du Rhin ne sanctionnait pas seulement la défaite du couple maudit, elle fondait la supériorité d' Abdinghof sur Elten, déconsidéré par la fin tragique de ses bienfaiteurs et privé de sa vocation naturelle à prendre en charge la mémoire liturgique de ses fondateurs“¹¹³.

Da von Besitzstreitigkeiten der Bischöfe mit ihren Familien häufig die Klöster und Stifte der Autoren von Bischofsviten betroffen waren, kommt dieses Thema in einer ganzen Reihe solcher Viten vor. Sowohl die Ausführlichkeit, mit der der Autor der *Vita Meinwerchi*

107 HIRSCH, Kritik des Berichts, S. 311f.

108 BERNDT, Einleitung, S. 53.

109 BERNDT, Einleitung, S. 53.

110 OEDIGER, Adelas Kampf, S. 81.

111 HAARLÄNDER, *Vitae episcoporum*, S. 389.

112 HAARLÄNDER, *Vitae episcoporum*, S. 388, ebenso bei LE JAN, *La vengeance*, S. 339.

113 LE JAN, *La vengeance*, S. 339f.

das Thema behandelt, als auch die Schärfe, mit der der Autor selbst Stellung bezieht, sind für eine Bischofsvita der Zeit aber ungewöhnlich¹¹⁴. Auch in dieser Darstellung geht es wieder um den Streit um Familienbesitz, es werden gewissermaßen die Themen der Auseinandersetzungen zwischen Liutgard und Adela bzw. zwischen Balderich und Wichmann zusammengeführt. Dem Bericht liegen als Grundgerüst, wie schon Hirsch gezeigt hat, die Ereignisse um den Mord an Wichmann zugrunde, die Motivlage der Handelnden erinnert aber deutlich an die Fehde zwischen Liutgard und Adela, einen innerfamiliären Konflikt um die Entfremdung von Familienbesitz und Ansprüche am Erbe. Auch Meinwerk und Adela streiten in der Vita um das Erbe der Familie und darum, wer welche Ansprüche an den Besitzungen der Hamaländer und der Immedinger hat.

Schluss

Adela von Hamaland war im Laufe ihres Lebens in zwei langwierige und gewaltsam ausgetragene Fehden verwickelt. Nach dem Tod ihres Vaters, des Grafen Wichmann, stritt sie mit ihrer Schwester Liutgard um das väterliche Erbe. Liutgard war vom Vater als Äbtissin des von ihm gegründeten Stiftes Elten eingesetzt worden, ein Großteil des Familienvermögens und der Lehen, die die Familie besaß, drohten durch die Schenkungen an Elten der Familie verloren zu gehen. Diese Fehde zog sich von der Mitte der 970er Jahre bis 996 hin. Erst mit einem Urteil des Hoftages unter Kaiser Otto III. konnte der Streit nach dem Tod Liutgards beendet werden. Adela erhielt die Hälfte der väterlichen Güter als Schenkung von der Eltenser Äbtissin, so dass beide Seiten ihr Gesicht wahren konnten.

Die zweite Auseinandersetzung dauerte von 1010 bis 1016. Adelas zweiter Ehemann Balderich konkurrierte mit dem Billunger Wichmann „von Vreden“ um die Nachfolge eines Gottfried als Präfekt im Hattuariergau. Beide Männer waren mit dem 1010 verstorbenen Gottfried eng verwandt und in der Region begütert, so dass sie überzeugend ihre Ansprüche geltend machen konnten. Adela stachelte nach dem Bericht zweier Geschichtsschreiber ihren Mann immer wieder an, nicht nachzugeben und geschlossene Friedensabkommen zu brechen. Die ausgesprochen gewaltsam und kompromisslos geführte Fehde, die im ganzen Reich für Aufmerksamkeit sorgte, eskalierte letztendlich 1016 im Mord an Wichmann, für den Adela in den Quellen zumindest mitverantwortlich gemacht wird.

Es fällt auf, dass die Geschichtsschreiber zur Zuschreibung emotionaler Motive neigen. Für die Schandtaten, die der Gräfin Adela zugeschrieben werden, reicht eine moralische, quasi anthropologische Begründung aus. Alpert schreibt ihr zu, sie habe im Streit um das väterliche Erbe aus rein emotionalem Antrieb gehandelt, für Thietmar reicht die kraftvolle und mit biblischen Anspielungen ausgeschmückte Darstellung der Schlechtigkeit dieser Frau völlig aus, um ihr Handeln zu motivieren. Im Rahmen des Narrativs dieser Autoren genügen solche verabsolutierenden Charakterisierungen, um die Handlungen der jeweiligen Figur glaubwürdig zu machen. Unter diesem Blickwinkel kann man natürlich auch in Frage stellen, ob die Frage nach den Motiven der handelnden Personen für die zeitgenössischen

114 Vgl. dazu HAARLÄNDER, *Vitae episcoporum*, S. 387.

Leser überhaupt besonders entscheidend war – denn wäre sie es gewesen, hätten die Autoren dann diesen Punkt nicht differenzierter behandeln müssen?

Wenn von der auffällig starken Dominanz der Zuschreibung affektiver, emotionaler Antriebe bei den Historiographen die Rede ist, muss auch darauf hingewiesen werden, dass in den Fällen, in denen uns Urkunden überliefert sind, die Motivierungen ganz anders aussehen. In der Urkunde, die die Beilegung des Streites um den Besitz des Klosters Elten regelt, finden sich keine Zuschreibungen spontaner, emotionaler Motive, wie sie Alpert von Metz in der gleichen Sache schildert. Hier wird Adela im Gegenteil zugeschrieben, sie habe sich auf geltendes sächsisches Recht berufen – und damit erfolgreich gewesen.

Trägt man den Firnis der anthropologischen und theologischen Begründungen ab, die die mittelalterlichen Autoren für Adelas Handeln angeben, so sieht man als Kern ihrer Darstellung immer das Streben nach Gewinn als das zentrale Motiv für den Ausbruch und das Verfolgen einer Fehde. Dabei ging es um Erbe im handfest materiellen Sinn wie in der Auseinandersetzung zwischen Liutgard und Adela, bei der Adela es nicht zulassen wollte, dass der Besitz der ihr und ihrer Familie zustehe, zugunsten der Stiftung ihres Vaters gemindert wurde. Dabei ging es aber auch um verwandtschaftlich begründete Ansprüche auf Macht und Einfluss wie in der Auseinandersetzung zwischen Wichmann und Balderich um die Nachfolge des Präfekten Gottfried. Von Besitzstreitigkeiten ist hier nichts zu hören, im Gegenteil werden dem Leser von Alpert von Metz die beiden Kontrahenten schon ganz zu Beginn seiner Schrift als reich begütert vorgestellt. Es ging offenbar um Macht und um Standesbewusstsein. Im Gerangel um den Posten nachzugeben hätte eine Unterordnung unter den Kontrahenten und eine Anerkennung von dessen Ansprüchen bedeutet. Die eigene Position durchzusetzen, bedeutete hingegen, die Stellung der eigenen Familie zu stärken und das Amt innerhalb der Familie halten zu können. Solch eine Zuschreibung lag besonders nahe, da die Kontrahenten in allen hier betrachteten Fehden (enger oder entfernter) miteinander verwandt waren. Diese verschiedenen Ebenen spielten für die Zeitgenossen offenbar durchaus eine Rolle, als besonders langlebig erwies sich aber bis hin zu Wilhelm Giesebrechts eingangs zitiertem Lexikonartikel die essentialistische Zuschreibung affektiver Antriebe.

Blättern im Kulturerbe – Zur Ausstellbarkeit immaterieller Aspekte im virtuellen Raum

von Anna Michel

Museale Ausstellungen sind ein bewährtes Medium zur Vermittlung kulturellen Wissens mit einer langen Tradition in der europäischen Kulturgeschichte. Von den frühneuzeitlichen Kunst- und Wunderkammern geistlicher und weltlicher Herrscher, über das British Museum als erstem öffentlichen Museum bis zu unseren heutigen Museen als Orte kultureller Bildung hat sich das Ausstellungswesen innerhalb der Institution des Museums über mehrere Jahrhunderte hinweg stetig weiterentwickelt.¹ Mit einer eigenen Theoriebildung und universitären Lehrstühlen sind Ausstellungen Gegenstand eines wissenschaftlichen Diskurses und prägen die kulturelle Landschaft unserer Gesellschaft. Die über 110.452.002 Museumsbesuche in einem Jahr an den über 6000 Museen Deutschlands belegen den Erfolg dieses Mediums.²

Hingegen ist das Medium der Virtuellen Ausstellung (VA)³ noch recht jung: Erst seit ca. zehn Jahren wird das Internet von Museen, Archiven, Bibliotheken und anderen bestandshaltenden Institutionen kulturellen Erbes als Ausstellungsraum wahrgenommen und aktiv genutzt. Die VA verlässt den räumlich gebundenen Ort eines Museums und präsentiert die Objekte und Inhalte stattdessen in digitaler Form im Internet.

Im Folgenden soll am Beispiel der Virtuellen Ausstellung „nova corbeia“⁴ der besondere Nutzen einer VA zur Präsentation und Vermittlung von mittelalterlicher Literatur und ihrer Geschichte gezeigt werden. Hierfür wird zunächst überblicksartig die Geschichte der Klosterbibliothek Corvey von ihrer Gründung bis zur Säkularisation nachgezeichnet. In einem zweiten Schritt soll dann das am Lehrstuhl für Kulturerbe an der Universität Paderborn durchgeführte Projekt „Kulturerbe-Sakralbauten“ im Zusammenhang mit der durchgeführten Wanderausstellung „Tausend Jahre Wissen“ vorgestellt werden. In einem dritten Schritt wird anschließend auf die besonderen Herausforderungen bei der Ausstellung von Literatur eingegangen und der Mehrwert der sog. Neuen Medien im Hinblick auf die Vermittlung immaterieller Aspekte herausgearbeitet.

- 1 Vgl. RAFFLER, Marliese: *Museum- Spiegel der Nation? Zugänge zur historischen Museologie am Beispiel der Genese von Landes- und Nationalmuseen in der Habsburgermonarchie*. Wien 2007. S. 332.
- 2 Institut für Museumsforschung (Hg.): *Statistische Gesamterhebung an den Museen der BRD des Deutschen Museumsbundes für das Jahr 2013*, http://www.museumsbund.de/fileadmin/geschaefts/presse_u_kurzmitteilungen/2014/SMB_IfM_Materialien_Heft_68.pdf, S. 3, (Letzter Aufruf am 31.08.2015).
- 3 Im weiteren Verlauf des Aufsatzes wird der Begriff „Virtuelle Ausstellung“ zur besseren Lesbarkeit mit „VA“ abgekürzt.
- 4 Die Virtuelle Ausstellung ist abrufbar unter der URL: <http://nova-corbeia.uni-paderborn.de/index.php?id=62> [Letzter Aufruf?]

Die Geschichte der Klosterbibliothek Corvey: Ein Überblick

Die Klosterbibliothek des Klosters Corvey gehörte zu einer der bedeutendsten mittelalterlichen Bibliotheken in Sachsen. Am Weserbogen gelegen, in der Nähe der Stadt Höxter in Westfalen, wurden das karolingische Westwerk und die Civitas Corvey 2014 auf die UNESCO-Weltkulturerbeliste aufgenommen.

Gegründet im Jahr 815 als Tochterkloster des benediktinischen Mutterklosters Corbie an der Somme in Frankreich, erhielt das Kloster vermutlich schon in den Anfangsjahren nach seiner Gründung eine bedeutsame Stiftung wertvoller Handschriften als Grundausstattung (Fundatio) für das Klosterleben. Für die Ausbildung der Mönche, die theologische Diskussion und zur Abschrift und Vervielfältigung im eigenen Skriptorium waren die Handschriften ein wichtiges Element des geistlichen Lebens. Im Zuge der von Kloster Corvey zu Beginn des 12. Jahrhunderts ausgehenden Klostergründungen, fanden die Abschriften aus dem Corveyer Skriptorium eine weitreichende Verbreitung. Über den Bestand dieser ersten mittelalterlichen Klosterbibliothek lassen sich in Bezug auf die Anzahl der Handschriften und deren Titel keine genauen Aussagen treffen. Die einzige erhaltene Katalogabschrift von 1803 gibt lediglich Auskunft über den Bestand der neuzeitlichen Bibliothek, nicht jedoch über den mittelalterlichen Bestand. Daher sind nur fragmentarisch einzelne Werke der ältesten Klosterbibliothek zuzuordnen.

Eine Zäsur erlebte die mittelalterliche Klosterbibliothek in den Zeiten des Dreißigjährigen Kriegs: Viele der wertvollen Handschriften, Inkunabeln und Drucke wurden im Zuge des großen Klosterbrandes 1635 beschädigt oder ganz vernichtet. Mehrfach wurde das Kloster überfallen und geplündert. Sukzessive wurde die mittelalterliche Klosterbibliothek unwiderruflich zerstört und nur wenige Bücher konnten bewahrt werden.

Dem Fürstabt Maximilian von Horrich, der von 1714-1721 dem Kloster vorstand, ist es zu verdanken, dass die Klosterbibliothek nach dem Dreißigjährigen Krieg wieder zu neuer Blüte gelangte. Als „*novae bibliothecae Corbeiensis fundator*“, also als Gründer der neuen Bibliothek, wie man ihn in einem ihm 1714 gewidmetem „*Carmen Gratulatorium*“ nannte, stellte von Horrich den barocken Bibliotheks- und Leseraum fertig und setzte sich für massive Buchneuerwerbungen ein. Auf einer Auktion in Bremen ersteigerte von Horrich zahlreiche Bücher und ließ die unter ihm erworbenen Bestände allesamt mit einem taubenblauen Streifen auf dem Buchrücken versehen, auf dem die Signatur verzeichnet wurde. Anhand des blauen Streifens lassen sich noch heute die verstreuten Corveiana identifizieren. Bis 1793 wuchs der Bestand der Corveyer Bibliothek auf über 6.000 Werke an.

Mit der Säkularisation 1803 wurde das Kloster aufgelöst und die Bibliothek war für einige Jahre sich selbst überlassen. Die Gebäude des ehemaligen Klosters Corvey wurden von verschiedenen weltlichen Herrschern bewohnt. In dieser Zeit fühlte sich niemand für den Bestand der Bibliothek verantwortlich: Einige wertvolle Folianten wurden gar für den Wegebau genutzt, andere wurden gestohlen und damit aus ihrem ursprünglichen Bestand gerissen. Erst durch die Inbesitznahme durch Hessen-Rotenburg und den Erbfall an Hohenlohe-Schillingsfürst kehrte man zu geordneten Verhältnissen zurück. Der Erbprinz Viktor zu Hohenlohe-Schillingsfürst verzichtete 1840 auf das Fürstentum Schillingsfürst

und nahm den Titel *Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey* an, den der seit 2009 amtierende Fürst Viktor IV. bis heute trägt.

Das Forschungsprojekt „Tausend Jahre Wissen“ – Die Wanderausstellung

Zur Erforschung der mittelalterlichen und neuzeitlichen Klosterbibliothek wurde am Lehrstuhl für Kulturerbe der Universität Paderborn von 2009 bis 2011 ein umfassendes Forschungs- und Ausstellungsprojekt durchgeführt, das durch Drittmittel finanziert werden konnte. Das Teilprojekt „Kloster und Schloss Corvey als Orte abendländischer Bildungs- und Mediengeschichte“ erforschten unter der Leitung von Prof. Dr. Eva-Maria Seng mehrere wissenschaftliche Mitarbeiter insbesondere das immaterielle Erbe der ehemaligen Klosterbibliothek Corvey unter den Aspekten der Wissensspeicherung, -transformation und -weitergabe im medienhistorischen Kontext. Denn die Klosterbibliothek mit ihren umfangreichen und vielfältigen Buchbeständen lassen Corvey als universelles Wissensarchiv mit einem hohen kulturellen Anspruch erscheinen. Im Zentrum des Projektes stand daher die Rekonstruktion der in den Büchern konservierten Wissensbestände, die über tausend Jahre in dem benediktinischen Kloster versammelt waren und für Bildung und Lehre, aber auch für das alltägliche Leben und zur Unterhaltung der Mönche im Kloster genutzt wurden. So wurden beispielsweise ausgehend von Kloster Corvey auch die Kulturtechniken des Lesens und Schreibens bis nach Norddeutschland und in den Ostseeraum vermittelt.

Um dieses Ziel, die Rekonstruktion der Wissensbestände, zu realisieren, wurde innerhalb des Projektes zunächst der noch greifbare Bestand der mittelalterlichen und neuzeitlichen Bibliothek recherchiert und katalogisiert. In einem zweiten Schritt konnte dann eine Auswahl der wertvollsten Handschriften gescannt werden, um diese in einer virtuellen Bibliothek digital zur Verfügung zu stellen.

Die Rekonstruktion vor allem der frühneuzeitlichen Bestände erfolgte auf Grundlage einer Abschrift aus dem Jahre 1803 des 1793 erstellten Bibliothekskatalogs, die sich heute unter der Signatur Mscr 497,1 in der Universitätsbibliothek Marburg befindet (Abb. 1). Der Katalog verzeichnet 15 verschiedene Sachgruppen, die von theologischen Schriften über Reisebeschreibungen bis hin zu medizinischen, mathematischen und philosophischen Veröffentlichungen reichen.

A	V. Scriptura et Interpretis	1
B	Canonicae	25
C	V. Patres	55
D	Theologi	70
E	Pastoralia & Catholicae	105
F	Poemici	125
G	Conciatores	169
H	Historia ecclesiastica Biographia sacra	207
I	Historia profana & Biographica	229

Abb. 1: Seite aus der Abschrift des Corveyer Bibliothekskataloges von 1803 mit den verschiedenen Sachgruppen

Nachdem die Bücher recherchiert und ein Teil des Bestandes wieder aufgefunden werden konnte, wurden acht Handschriften ausgewählt, um sie mit Hilfe eines DIN A0-Scanners berührunglos einzuscannen. Die hochauflösenden Scans wurden daraufhin in einer online recherchierbaren Datenbank auf der Webseite www.nova-corbeia.de veröffentlicht. Auf diese Weise entstand eine virtuelle Bibliothek, die mit Hilfe des sog. *Zoomify-Viewers* das Lesen, Blättern und Zoomen der aus konservatorischer Sicht fragilen Objekte komfortabel ermöglichte und das physische Objekt durch die digitale Zugriffsmöglichkeit schonte. Ferner stellten die Digitalisate der Handschriften eine erste Basis für die VA dar, die seit Projektbeginn als Teilprojekt im Anschluss an die Wanderausstellung vorgesehen war.

Zur Vermittlung und Verbreitung der Forschungsergebnisse an eine breite Öffentlichkeit wurde im Anschluss an das Projekt eine Ausstellung realisiert. Unter dem Titel „*Tausend Jahre Wissen – Die Rekonstruktion der Bibliothek der Reichsabtei Corvey*“ zeigte die Ausstellung in Kooperation mit Bibliotheken und Archiven zwischen 2011 und 2013 an sechs Standorten die Bestände der ehemaligen Klosterbibliothek und ordnete sie in ihren mediengeschichtlichen Kontext ein.⁵ Den Grundstock der Ausstellung bildete der Bestand an Corveiana aus dem Besitz der Erzbischöflich Akademischen Bibliothek (EAB) in Paderborn.

Die Ausstellungsorte wurden so ausgewählt, dass die Bücher aus dem Bestand der EAB wieder mit den verstreuten und an anderen Orten aufbewahrten Beständen der ehemaligen Klosterbibliothek vereint werden konnten. So reisten die Bücher zu den Büchern und an jeder Ausstellungsstation veränderte sich die Auswahl der gezeigten Objekte. Für die professionelle und einheitliche Gestaltung von Lesetafeln, Vitrinen und Stoffbahnen wurde eine Grafikagentur mit der Umsetzung eines Corporate Designs beauftragt. Auch der 40-seitige, reich bebilderte Ausstellungskatalog folgte diesem Konzept und fasste die Ausstellungsinhalte noch einmal übersichtlich und nachhaltig zusammen.

Die durchweg positive Resonanz der Presse, die sehr gut besuchten Eröffnungsveranstaltungen sowie die Rückmeldung der Archive, Bibliotheken und Museen als Ausstellungspartner belegen das große Interesse an dem Ausstellungsthema.⁶

Zur Ausstellbarkeit von Literatur – Herausforderungen und Chancen

Der außerordentlichen Signifikanz der ehemaligen Corveyer Klosterbibliothek mit ihrer wechselvollen Geschichte und der Bedeutung für das öffentliche Erkenntnisinteresse steht die zu konstatierende Schwierigkeit gegenüber, Literatur und ihre Geschichte adäquat auszustellen und in ihrem ganzheitlichen Bedeutungshorizont erfahrbar zu machen.

Eine Handschrift oder ein gedrucktes Buch, zumal als Bestandsobjekt einer Klosterbibliothek mit einer über tausendjährigen Geschichte, ist sehr viel mehr, als die Gesamtheit seiner physischen, materiellen Eigenschaften. Es sind insbesondere die vielfältigen immateriellen

5 Stationen der Wanderausstellung: Corvey (04.06.-30.08.2011); Bonn (11.09.-23.10.2011); Marburg (10.11.2011–12.02.2012); Ziesar (6.06.–05.08.2012); Münster (4.09.–26.10.2012); Fulda (21.11.2012–31.01.2013)

6 Vgl. Andreas FASEL: Speicher des Wissens, Welt am Sonntag vom 10.07.2011 und Ursula SCHEER, Ein königliches Büchergeschenk, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.11.2011.

len Sinnschichten, die einer Handschrift oder einem Buch anhaften, die es zu einem besonders reichen Bedeutungsträger machen: Angefangen bei der inhaltlichen Dimension des verschriftlichten Textes und dessen Schöpfungsprozess, über die kunsthistorische Bedeutung der Illumination bis hin zur historischen Einordnung von Schrifttypen, Beschreibstoffen, und Emblemen in ihren geschichtlichen Kontext. Als Semiophoren von Bedeutung, Geschichte, Ideen und Wissen sind Bücher ein überaus komplexes Ausstellungsobjekt. Die Vermittlung dieser immateriellen Aspekte gestaltet sich anhand des bloßen Zeigens eines Buches jedoch als schwierig. Es „spricht“ nicht zu dem Besucher, verschließt sich bei bloßem Betrachten einem wirklich verstehenden Sehen. Äußere Zeichen, wie die erwähnten taubenblauen Beschriftungen der Corveyer Buchrücken aus dem Barockzeitalter unter Fürststab Maximilian von Horrich, Widmungen und Buchstempel müssen vom Besucher einer Ausstellung für ein tiefgreifendes Verständnis des Objektes decodiert werden können. Das hierfür benötigte Wissen ist ein differenziertes Fachwissen, das nicht als bekannt vorausgesetzt werden kann. In der Folge vermag die Präsentation eines aufgeschlagenen Buches in einer Vitrine keine echte Annäherung an das Medium zu gewährleisten. Der ehemalige Leiter des Heinrich von Kleist-Museums in Frankfurt (Oder) fasst daher zusammen, dass „[...] die immaterielle Größe [...]“, die Literatur darstellt, „[...] deren Wesen und Geschichte nicht in den materiellen Literaturträgern, die das Museum sammelt und vorzeigt, aufgeht“⁷ und diese daher nur über Umwege ausgestellt werden kann. In der Wanderausstellung „Tausend Jahre Wissen“ wurde dieser Problematik begegnet, indem den *Ausstellungstexten* besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Texte sollten nicht nur die Objekte beschreiben, sondern sie möglichst umfassend kontextualisieren und die vielfältigen immateriellen Bezüge aufzeigen.

Neben dieser Herausforderung im Hinblick auf die Vermittlung der immateriellen Sinnschichten besteht eine zweite Problematik in der erzwungenen Reduktion des Ausstellungsobjektes. Anders als ein Gemälde in einem Kunstmuseum, kann ein literarisches Werk im Rahmen einer Ausstellung nie als Ganzes präsentiert werden. Für den Besucher wird eine Handschrift oder ein Druck in einer Vitrine in den meisten Fällen lediglich durch eine aufgeschlagene Doppelseite, das Titelblatt oder den Einband präsentiert. Da das Blättern in den wertvollen physischen Objekten nicht möglich ist, wird auf diese Weise immer nur ein Ausschnitt präsentiert, der bei einem Objekt von mehreren hundert Seiten für Kuratoren und Besucher gleichermaßen stets unbefriedigend bleiben muss. Die unterschiedlichen Kapitel, Buchmalereien, Kupferstiche, Schmuckeinbände oder handschriftliche Notizen, die einem Objekt in ihrer Gesamtheit seinen Charakter geben, bleiben so zwangsläufig unentdeckt.

Den beschriebenen Herausforderungen, die sich bei der rein physischen Ausstellung von Büchern ergeben, kann mit dem noch recht jungen Medium einer VA effektiv begegnet werden. Als „Ausstellungsraum“ bietet das Internet durch die besonderen multimedialen Funktionen einen Mehrwert, der die Möglichkeiten des realen Raumes übersteigt und dessen Begrenzungen überwinden kann. Gerade in Bezug auf die genannten immateriellen

7 BARTHEL, Wolfgang: Literaturmuseum und literarische Kommunikation, in: *Neue Museumskunde* 32 (1989), S. 10-13, hier S. 11.

Aspekte und eine erhöhte Nutzerfreundlichkeit kann die VA für die umfassende Einordnung von Literatur in ihren medienhistorischen Kontext einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Virtuelle Ausstellung „nova corbeia“

Um die Inhalte der Wanderausstellung auch nach Ausstellungsende der Öffentlichkeit und Forschung zugänglich zu machen und den oben beschriebenen Herausforderungen bei der Ausstellung von Büchern und ihrer Geschichte zu begegnen, wurde die Wanderausstellung „Tausend Jahre Wissen“ als virtuelle Exposition verwirklicht und durch multimediale Module gezielt erweitert. Unterstützt wurde der Lehrstuhl für Kulturerbe dabei durch eine Grafikagentur, die in Anlehnung an das Corporate Design der Wanderausstellung die Gestaltung der Bedienelemente übernahm sowie einen Programmierer, der die Animation der Virtuellen Ausstellung technisch umsetzte.

Alle Daten der Virtuellen Ausstellung wie Bild-, Text- und Audiodaten, sind auf einem Webserver dauerhaft gespeichert und über den Browser eines Nutzers im Internet zugänglich. Über die Eingabe der URL <http://nova-corbeia.uni-paderborn.de/> gelangt der Nutzer auf die Webseite, auf der die VA mit der Schaltfläche „Virtueller Rundgang“ angeklickt und innerhalb des Browserfensters aufgerufen werden kann. Der Standort und die Uhrzeit des Zugriffs sind für die Nutzung unerheblich, sodass das Angebot jederzeit, unabhängig von Öffnungszeiten, abgerufen werden kann. Hierin liegt bereit ein erster Vorteil: Die potentielle Reichweite ist international und jedem einzelnen User ist es selbst überlassen, wann und wie lange er sich mit dem Thema auseinandersetzen möchte. Die Auswertung der Webanalyse von Zugriffen zeigt, dass die Webseiten von nova-corbeia besonders häufig aus europäischen Ländern, aber ebenso aus den U.S.A., Brasilien und Russland aufgerufen werden. Die Hauptzugriffszeit ist um 15:00 Uhr.⁸ Auch der wiederholte und vertiefende Besuch ist möglich. Endet eine klassische museale Ausstellung in der Regel nach einem vorher festgelegten Zeitraum und wird nach Ausstellungsende durch eine neue Ausstellung abgelöst, ist eine VA im Internet unbegrenzt verfügbar und kann fortlaufend erweitert und aktualisiert werden.

Die Konzeption der Ausstellungsgestaltung wurde angelehnt an die räumliche Erfahrung, die der Besucher in der echten Wanderausstellung beim Begehen der Räume hatte. Daher werden ähnlich konzipierte Projekte auch als „Virtuelle Rundgänge“ bezeichnet. Aufbauend auf hochauflösenden Fotografien eines professionellen Fotografen, der die Ausstellungsstation in der Universitätsbibliothek in Marburg dokumentiert hatte, ist die VA in drei Ausstellungsräume eingeteilt. Die Fotografien wurden derart montiert, dass 360°-Panoramaansichten für jeden der drei Ausstellungsräume entstanden. Mit einer per Mausclick gesteuerten Drehung um die eigene Achse können so alle Bereiche des Raumes eingesehen werden.⁹ Auf diese Weise wird ein natürlicher Raumeindruck suggeriert, der das Erkun-

8 Die Angabe beruht auf der Auswertung des Webanalyse-Programms PIWIK, das statistische Daten u.a. zu Seitenaufrufen und Tageszeiträumen für die Virtuelle Ausstellung seit dem 17.11.2014 aufzeichnet.

9 360°-Panoramen werden seit ca. zehn Jahren im Internet zu kommerziellen und nicht-kommerziellen Zwecken genutzt und sollen einen möglichst realitätsnahen Raumeindruck bieten. So sind beispiels-

den des Raumes per Mausklick ohne eine speziell zu erlernende Bedienung möglich macht. Angefangen bei der Lesetafel zur Klostergründung im ersten Raum bis zur Säkularisation im dritten Raum wird anhand der Raumfolge? chronologisch fortlaufend die Entwicklung der Klosterbibliothek nachgezeichnet.

Ein wichtiger Aspekt bei der Benutzung der VA ist die Navigation. Optimiert für einen Desktop PC, wird die Bewegung des Users im Raum mit Hilfe der Maus oder den Pfeiltasten auf der Tastatur vorgenommen. Beim Klicken in den Raum kann sich der User durch Ziehen und Schieben nach rechts und links, oben und unten rund um die eigene Achse bewegen. Zudem besteht die Möglichkeit über die dunkelrot unterlegten, statischen Bedienelemente im unteren Bereich des Raumes die Navigation vorzunehmen. Die Pfeile ermöglichen eine Standortveränderung im Raum, das „+“ und „-“ Zeichen das Zoomen, der runde Pfeil einen Rundumblick ähnlich einer 360°-Kamerafahrt und das Rechteck einen Ausschnittwechsel hin zum Vollbildmodus (Abb. 2).

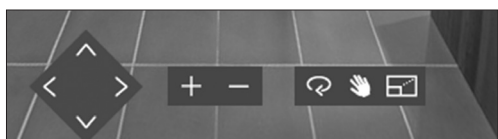


Abb. 2: Die Bedienelemente zur Navigation

Bei dem Bewegen der Maus über eine der Schaltflächen (sog. „Mouseover“) erscheint bei diesem auch ein erklärender Text zu jeder Funktion. Ebenfalls in der unteren rechten Ecke neben den Bedienelementen angebracht ist der Lageplan. Als Grundriss mit drei durchnummerierten Räumen gezeichnet, gibt der Lageplan Aufschluss über den aktuellen Standort und ermöglicht gleichzeitig durch Anklicken der Raumnummern den Wechsel in den nächsten Ausstellungsraum. Wird die VA initial aufgerufen, ist der Lageplan aufgeklappt – bei einem Anwählen des Titels „Lageplan“ lässt sich dieser jeweils wieder ein- und ausklappen. Bei der Gestaltung und Anwendung der Bedienelemente wurde besonderer Wert auf die Nutzerfreundlichkeit gelegt, die eine möglichst intuitive und komfortable Handhabung ermöglichen soll.

Zentral für die erweiterte Funktionalität der Virtuellen Ausstellung sind die sog. „Hotspots“ (Abb. 3). Dies sind Schaltflächen, die als halb-transparente, rot gefärbte Symbole über den Vitrinen und Leseflächen erscheinen und sich mit der Maus anklicken lassen. Insgesamt befinden sich 27 solcher interaktiv bedienbarer Hotspots in der VA.

Hinter den Hotspots verbergen sich die eigentlichen Informationen zu den einzelnen Objekten. Durch Anklicken der Hotspots öffnet sich zu den Lesetafeln, Tisch-

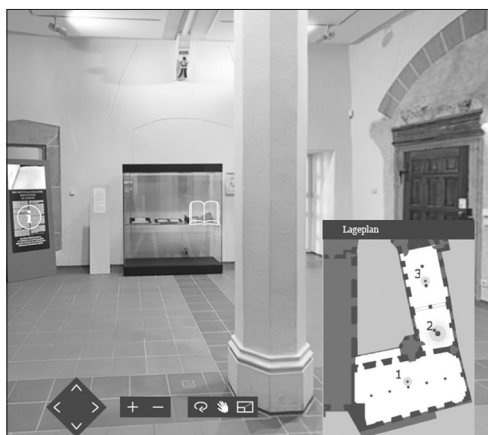


Abb. 3: Blick in den Ausstellungsraum mit ausgeklapptem Lageplan und zwei Hotspots

weise alle nordrhein-westfälischen Welterbestätten als 360°-Panoramen zu besuchen unter: <http://www.nrw-tourismus.de/welterbe-panoramen> (Letzter Zugriff am 31.08.2014).

und Standvitrinen ein eigenes Fenster, in dem weiterführende Informationen angezeigt werden. Im Fall der Lesetafeln ist dies der Text sowie eine Schaltfläche mit einem kleinen Lautsprecher, der das Abspielen des Textes als Audiodatei ermöglicht. Bei den Vitrinen zeigen die Detailansichten zunächst eine Übersicht der sich in der Vitrine befindlichen Exponate.

Zum besseren Überblick werden im oberen Teil des Fensters der thematische Schwerpunkt der Vitrine und die Anzahl der Objekte angezeigt (Abb. 4). Im unteren Teil des Fensters sind dynamisch wechselnd die Titel des jeweiligen mit der Maus angewählten Objektes zu lesen. Die bei Anklicken des einzelnen Objektes erscheinenden Detailansichten liefern sodann umfassende Text-, Bild- und Audioinformationen zu dem Exponat, seinem medienhistorischen Kontext und verweisen auf das Volldigitalisat des Werks im Internet. Zur Rückkehr in den Ausstellungsraum wird das Fenster mit dem Kreuz in der äußersten rechten Ecke in der Kopfzeile geschlossen.

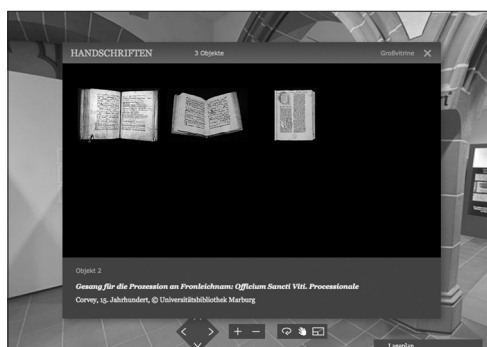


Abb. 4: Überblicksansicht der in der Vitrine gezeigten Objekte

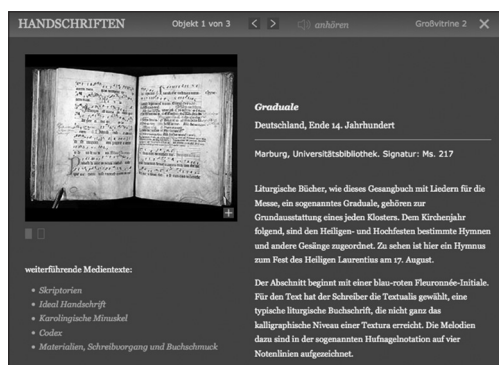


Abb. 5: Detailansicht des Exponats

Eine Besonderheit in der Darstellung der Objekte stellen die Hörtexte dar. Alle Ausstellungstexte, die Lesetafeln, die Objektbeschreibungen sowie die Texte zum medienhistorischen Hintergrund wurden von einem professionellen Sprecher in einem Studio aufgenommen und können über die Lautsprecher-Schaltfläche angehört werden. So kann der Problematik der Textlastigkeit einer Ausstellung, welche die immateriellen Sinnschichten sowie den medienhistorischen Kontext nachzeichnen will, auf benutzerfreundliche Art und

Weise begegnet werden. Die sog. medienhistorischen Texte behandeln dabei die folgenden Aspekte und sind jeweils passend den einzelnen Exponaten zugeordnet:

- Papier
- Codex
- Karolingische Minuskel
- Skriptorien
- Materialien, Schreibvorgang und Buchschmuck
- Mittelalterliche Bucheinbände

- Ideal-Handschrift
- Buchdruck mit beweglichen Lettern
- Entwicklung der Druckschriften
- Buchillustration im 16. Jahrhundert
- Barockbibliotheken
- Bucheinbände
- Buchmarkt
- Kupferstich
- Lederschnitt

Mit dem Verweis auf das Volldigitalisat im Internet bekommt der User außerdem Zugriff auf das gesamte Werk und hat die Möglichkeit, das Buch Seite für Seite in hochauflösender Qualität zu durchblättern.¹⁰ Der digitale Zugriff schont das Original und ermöglicht überdies das Zoomen, Drehen und Herunterladen einzelner Seiten oder der gesamten Handschriften auf den eigenen Computer. Dieser Mehrwert der erweiterten Benutzbarkeit stellt einen besonderen Vorzug des Digitalen bei der Präsentation seltener Handschriften und Drucke dar. Bewohnte Initialen, farbige Illuminierungen, Kupferstiche, Embleme, Widmungen und Stempel können in keiner herkömmlichen Ausstellung derart detailliert studiert werden. Gleichzeitig berührt diese Funktion einen Themenbereich, der für die Realisierung virtueller Vermittlungsangebote immer noch eine Hürde darstellt: Die Frage nach den Urheberrechten. Für die VA wurden nicht nur die Volldigitalisate von Bibliotheken und Archiven verlinkt, sondern in den Detailansichten ebenso einzelne Buchseiten zur Präsentation der Objekte aus den Volldigitalisaten ausgeschnitten und in die VA integriert. Außerdem zeigt die VA ein Gemälde des Fürstabtes Maximilian von Horrich aus dem Besitz des Schloss' Corvey sowie einen Grundriss aus dem Hessischen Staatsarchiv. Für alle diese Werke mussten die Nutzungsrechte für eine zeitlich unbegrenzte Präsentation im Internet eingeholt werden. Dies gestaltete sich im Fall der VA als unkompliziert, da die Ausstellung aus öffentlichen Mitteln finanziert, kostenlos zugänglich und nicht für gewerbliche Zwecke realisiert wurde. Trotzdem führt das Bemühen um die Nutzungsrechte und die Recherche nach den Urheberrechten in jedem Einzelfall zu einem erhöhten Aufwand. Daher sollten digitalisierte Objekte des kulturellen Erbes aus dem Bestand öffentlicher Institutionen vermehrt nach der Maßgabe des Open Access unter Verwendung freier Lizenzen zur Verfügung gestellt werden. Die Realisierung Virtueller Ausstellungen würde damit angeregt und vereinfacht werden.

10 Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert seit 2006 mit der Aktionslinie „Digitalisierung der in nationalen Verzeichnissen nachgewiesenen Drucke – VD16/VD17“ in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek und der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel die Bereitstellung von Volldigitalisaten aus dem Verzeichnis der im deutschen Sprachbereich erschienenen Drucke des 16. und 17. Jahrhunderts. Die meisten der in der Virtuellen Ausstellung verlinkten Werke stammten aus dieser Initiative.

Zur Präsentation der VA wurde im Oktober 2014 eine Abschlussveranstaltung in der Kaiserpfalz Paderborn durchgeführt. Die Veranstaltung sollte insbesondere dazu dienen, das neue Angebot und die Internetadresse einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ein Rahmenprogramm flankierte die Präsentation. In den Räumen der Kaiserpfalz sprachen Prof. Dr. Eva-Maria Seng, Monsignore Joachim Göbel (Erzbistum Paderborn), Gernot Berghahn (Vizepräsident; Bezirksregierung Detmold), Prof. Dr. Hermann-Josef Schmalor (Erzbischöfliche Akademische Bibliothek), Anja Jackes (Kuratorin der Wanderausstellung) sowie Anna Michel (Projektkoordinatorin) über die Bedeutung der Klosterbibliothek Corvey und den Nutzen einer VA als noch recht jungem Vermittlungsmedium. Mehrere Artikel in der lokalen Presse machten im Nachgang auf das neue Angebot aufmerksam.

Zusammen mit der Virtuellen Bibliothek der digitalisierten Handschriften konnte mit dem Virtuellen Rundgang auf der Internetplattform <http://nova-corbeia.uni-paderborn.de/> ein digitaler Wissensraum geschaffen werden. Die ehemaligen Corveyer Bestände, die heute in verschiedenen Bibliotheken und Archiven lagern, wurden in einem virtuellen Raum zusammengeführt und sind nun wieder recherchier- und benutzbar. Forschung und Öffentlichkeit haben mit der Plattform einen interaktiven Zugriff auf die erarbeiteten Forschungsergebnisse zur Klosterbibliothek Corvey und damit zur Wissensspeicherung in der ehemaligen Reichsabtei.

Fazit

Für das Ausstellungsobjekt „Literatur“ im Spannungsfeld von Buchkunde, Kloster- und Mediengeschichte sowie den Zweck der Vermittlung insbesondere der immateriellen Sinn-schichten eignet sich das Medium der Virtuellen Ausstellung in besonderer Weise. Die kontemplative Rezeptionssituation in der gewohnten Umgebung mit dem eigenen Computer gewährt dem Interessierten mehr Zeit und Muße, sich eingehend und detailliert mit den Büchern, ihren formalen und inhaltlichen Eigenschaften auseinanderzusetzen. Die Möglichkeit, in den immer zahlreicher zur Verfügung stehenden Volldigitalisaten der bestands-haltenden Institutionen den gesamten Umfang der Werke in hoher Auflösung benutzen zu können ohne das originale physische Objekt zu beschädigen, ist ein zentraler Mehrwert. Die eingebundenen Tonaufnahmen erlauben es darüber hinaus, einen vergleichsweise komfortablen Zugang zu den ausführlichen Textinformationen zu gewinnen und machen das ermüdende Lesen am Bildschirm überflüssig.

Auch für museale Ausstellungen und den Typus des Literaturmuseums im Besonderen, stellen virtuelle Rundgänge mittlerweile ein selbstverständliches Medium zur Kommunikation mit den Besuchern dar. Im Jahr 2013 nutzten laut einer Umfrage des Deutschen Museumsbundes 309 Museen virtuelle Rundgänge auf ihren Webseiten, um insbesondere die Zielgruppe der „Kinder, Jugendliche[n] und Schüler“ anzusprechen.¹¹ Diesen Mehr-

11 Institut für Museumsforschung (Hg.): Statistische Gesamterhebung an den Museen der BRD des Deutschen Museumsbundes für das Jahr 2013, http://www.museumsbund.de/fileadmin/geschaefts/presse_u_kurzmitteilungen/2014/SMB_IfM_Materialien_Heft_68.pdf, S. 61f., (Letzter Aufruf am 31.08.2015).

wert schon früh erkennend, griff auch das Literaturmuseum der Moderne in Marbach in seiner Dauerausstellung „nexus“ (2006-2015) mit dem „buchschreren und buchgroßen“¹² Besuchercomputer M3 auf ein digitales Hilfsmittel zurück. Der M3 diente der Informationsvermittlung zu den insgesamt 1.300 ausgestellten Exponaten. Als Schau- und Lesehilfe ergänzte der multimediale Museumsführer die auf das bloße Objekt reduzierte Präsentation der Exponate in den Vitrinen mit vielschichtigen Informationen: mit Kommentaren und Transkriptionen im Umfang von 5.000 Buchseiten, Tonaufnahmen, Filmen und Fotografien. Nach der Ausstellung „nexus“ folgte im Juni 2015 die Dauerausstellung „Die Seele“. Der M3 wurde mit der neuen Ausstellung abgelöst und durch das eigene Smartphone des Besuchers ersetzt. Für das Smartphone kann sich der Besucher eine kostenlose App herunterladen, die dann auf dem eigenen Gerät mit Hilfe von QR-Codes digitale Informationen zu jedem Exponat liefert und so „die Ebene des Sehens von der Ebene des Verstehens“ trennt.

Die VA nova-corbeia zeigt, dass auch abseits der Institution Museum digitale Vermittlungsformen an Bedeutung gewinnen und Universitäten ihre wissenschaftlichen Forschungsergebnisse mit Hilfe einer VA an eine breite Öffentlichkeit kommunizieren können. Zudem nimmt im Zuge der Digitalen Revolution die digitale Verfügbarkeit von Objekten des kulturellen Erbes stetig zu. Analog zu diesen Datenmengen wird der Bedarf deutlich, Strategien und Methoden zu entwickeln, diese Daten nicht mehr nur als Listen in Datenbanken zu veranschaulichen, sondern die Objekte sinnvoll zu visualisieren, anzuordnen und mit zugehörigen Inhalten zu verknüpfen, um einen erweiterten Aneignungsprozess zu ermöglichen. Die Nutzung von 360°-Panoramafotografien und die Integration von multimedialen Informationen zur Simulation eines virtuellen Ausstellungsrundganges ist dabei nur eine Möglichkeit.

Um auf diesem Gebiet des digitalen Kuratierens von Virtuellen Ausstellungen an der Schnittstelle zwischen geisteswissenschaftlichem Fachwissen und informationstechnischem Know-How das mögliche Potenzial zu nutzen, sollten sich Wissenschaft und bestandshaltende Institutionen kulturellen Erbes noch mehr diesem jungen Medium widmen. Gleichwohl ist abschließend ebenso festzustellen, dass der reale Kontakt mit dem authentischen Objekt nicht durch den digitalen Zugriff *ersetzt* werden kann.

Link: <http://nova-corbeia.uni-paderborn.de/>

12 GFREIS, Heike: Didaktik des Schweigens. Das Literaturmuseum der Moderne des Deutschen Literaturarchivs Marbach, in: Der Deutschunterricht 6 (2008), S. 2-17, hier S. 12.

Hinter der Front. Der Erste Weltkrieg in Westfalen.

22. Tagung „Fragen der Regionalgeschichte“. Universität Paderborn - Historisches Institut (8.11.2014)

von *Theresa Lennert*

„Wir ziehen doch nicht in den 30jährigen Krieg“ kommentierte Egon Erwin Kisch in seinem Tagebuch Ende Juli 1914 den Rat seiner Mutter, noch einige zusätzliche Garnituren Unterwäsche einzupacken. So oder ähnlich mag das persönliche Involviert-Sein in den Ersten Weltkrieg für viele Familien im Sommer 1914 begonnen haben. Doch dieser auf den ersten Blick unscheinbare Ausschnitt aus dem Alltagsleben „Hinter der Front“ enthält, wie Prof. Dr. Peter FÄSSLER (Paderborn) in seiner thematischen Einführung aufzeigte, entscheidende Erkenntnisse über die grundlegende Wahrnehmung dieses Weltkrieges: Dieser Konversationssplitter verdeutlicht das vor Beginn des Krieges außerhalb der Imagination liegende Ausmaß der Grausamkeit, die dessen Verlauf – mit seinen Materialschlachten und nie gekannten physischen und psychischen Verwundungen – mit sich brachte und die sich jedem bis dato erworbenen Erfahrungsschatz entzog.

Diese Vorgehensweise, die individuelle Wahrnehmung mit der Globalgeschichte in Beziehung zu setzen, führte Peter FÄSSLER fort und ergänzte diese um den Aspekt der Regionalität: Er gab einen Überblick über die neu aufgeworfenen und jüngst in Frage gestellten Forschungsansätze zum Ersten Weltkrieg und verortete auch regionalbezogene Einzelbeiträge der Tagung, wie beispielsweise das vermeintliche kollektive Augusterlebnis von 1914 in Detmold, innerhalb der Forschungslandschaft.

PD Dr. Noyan DINÇKAL (Paderborn) baute auf dieser Analyse der Forschungslandschaft auf, indem er den Umgang der Gesellschaft, aber auch speziell der Politik, Medien und Wissenschaft mit den Jubiläumsjahren des Ersten Weltkrieges analysierte. Durch dieses methodische Vorgehen bereicherte er die Tagung zusätzlich mit einer erhellenden Analyse über die Gesellschaft selbst.

In Deutschland schien 2014 nach Einschätzung vieler Medien ein „Supergedenkjahr“ stattzufinden. Gleichzeitig herrscht aber auch eine regelrechte deutsche „Weltkriegsmüdigkeit“ vor, welche die Regionalgeschichtstagung jedoch aus zweierlei Gründen nicht zu fürchten brauchte, so DINÇKAL: Erstens legitimiert sie sich aufgrund ihrer regionalgeschichtlichen Perspektive als ein „Desiderat der Forschung“ und zweitens ermöglichte sie eine erste vorsichtige Bilanzierung am Ende des Gedenkjahres 2014.

Noyan DINÇKAL spannte zunächst das gesamte Feld auf, indem er unter anderem auf die problematische Beziehung zwischen Historiker und öffentlicher Deutung aufmerksam machte, die häufig der Komplexität der historischen Untersuchung geschuldet ist. Des Weiteren konfrontierte er die Tagungsteilnehmer mit der unbequemen, aber berechtigten Frage, was uns veranlasse, daran zu glauben, dass wissenschaftliche Innovation in Korrelation zu Gedenkjahren stehe.

Der quantitativen statistischen Fallanalyse über die anlässlich der Gedenkjahre des Ersten Weltkrieges in Deutschland erschienenen deutschen Monografien und Sammelbände entlockte Noyan DİNÇKAL aufbauend auf den inhaltlichen und zahlenmäßigen Ergebnissen auch tiefgreifende Erkenntnisse über deren Entstehungszeit: Die Monografien und Sammelbände, die 1939 veröffentlicht wurden, dienten – wie DİNÇKAL betonte, wenig überraschend – der NS-Propaganda. Sie zielten darauf ab, den Kriegsbeginn 1939 als die Vervollkommnung der 1914 angestoßenen Entwicklung fortzuschreiben, worin sich beispielsweise auch die heldenhafte Darstellung von Hitlers „Weltkriegsvergangenheit“ einbetten lässt. Aus eben dieser Funktionalisierung des Ersten Weltkrieges durch das NS-Regime zog die Forschung im Gedenkjahr 1964 die Schlussfolgerung, das Ende des Regimes 1945 mit dem Abschluss des Erinnerns an den Ersten Weltkrieg interpretatorisch zusammenzulegen. Überdies kann der regelrechte Ausfall des Gedenkjahres, was sich auch in einer recht kleinen Anzahl von erschienenen Werken manifestiert, durch die vorangegangene Polarisierung in der Fischer-Kontroverse erklärt werden. Dieser vom Gedenkjahr losgelöste historisch-politische Diskurs über den Anteil der Schuld des deutschen Reiches am Ausbruch des Krieges mobilisierte bereits vor dem eigentlichen Jubiläum selbst Politiker wie Ludwig Erhard. War Fritz Fischers Arbeit eine klassisch politik- und diplomatiegeschichtliche, die als Basis Regierungsquellen bevorzugte und ohne Erinnerungsliteratur auskam, so hatten sich die methodischen Vorlieben der Forscher 1989 grundlegend geändert. Nicht Kriegsschuldthese und Politikgeschichte, sondern gesellschaftshistorische Schwerpunkte dominierten. Doch die wenigen erschienenen Sammelbände und Monografien stehen sinnbildlich für die Überlagerung des Gedenkjahres durch die tagesaktuellen Ereignisse des historischen Jahres 1989 selbst.

Auch wenn für das aktuelle Jubiläum in 2014 nach Noyan DİNÇKALS Einschätzung bislang nur eine grobe Richtung ausgemacht werden kann, so spricht die rekordverdächtige Anzahl von Monografien und Sammelbänden, die allein in diesem Jahr erschienen sind, für sich – hinzu kommt die vorangegangene Veröffentlichungswelle von 2013. Mit einer inhaltlichen Vielfalt überraschten die Spezialstudien, die insgesamt einen Anteil von ca. 25% ausmachen: Sie reichen von Klaus-Jürgen Bremms „Propaganda im Ersten Weltkrieg“[1] über Benjamin Ziemanns „Gewalt im Ersten Weltkrieg“[2] bis zu Maria Hermes Studie über die „Psychiatrie im Krieg“[3]. Mit einem Prozentsatz von 8% sind regionalgeschichtliche Studien im Feld der Monografien und Sammelbände eher Randerscheinungen. Ein Erklärungsangebot hierfür ist nach DİNÇKAL, dass erst Regionalität die Erfassung der enormen Wirkungsmacht des Krieges verkompliziert. Sein Fazit über die aktuelle Forschung bietet ein differenziertes Bild: Einerseits wurden neue Quellen erschlossen, andererseits nimmt die Kriegsschuld-Diskussion überraschenderweise immer noch einen breiten Raum ein und politikgeschichtliche Ansätze erleben eine Wiederkehr, wofür beispielsweise Herfried Münklers Werk „Der Große Krieg“[4] oder Christopher Clarks „Die Schlafwandler“[5] stehen. Doch wie kann die fortdauernde Germanozentriertheit aufgebrochen werden? – Indem der Blickwinkel entweder durch globalhistorische Zugänge geweitet oder durch regionale Untersuchungsgegenstände fokussiert wird, so Noyan DİNÇKALS Zukunftsimpuls.

Sebastian BISCHOFF, M.A. (Paderborn) ergänzte diese Vorschläge DINÇKALS, indem er eindrücklich vorführte, dass die Germanozentriertheit sogar aus sich selbst heraus überwunden werden kann. Dies gelang durch seine Analyse der „Nationalen Feindbilder und Annexionsdebatten in der deutschen Öffentlichkeit“ bezogen auf Belgien. Durch diesen Ansatz wurde trotz der nationalstaatlichen Perspektive der Blick geschickt durch den transnationalen Fokus auf Belgien erweitert. Zudem reihte sich BISCHOFF mit seiner Studie in die von Noyan DINÇKAL erwähnten Arbeiten ein, die eine neue Quellenvielfalt bevorzugen: Tageszeitungen, Zeitschriften, Karikaturen, Groschen-Romane und Stimmungsberichte bilden die Basis. Die Hinzunahme dieser Quellen brachte BISCHOFF lohnende Erkenntnisse:

Ähnlich wie heute gab es vor 100 Jahren eher wenige Assoziationen zu Belgien. So realisierten teilweise die deutschen Soldaten überhaupt nicht, dass sie sich in Belgien aufhielten. Diese Unwissenheit über Belgien war nach BISCHOFFS Analyse ein Nährboden für die Entstehung von Feindbildern: Die Missachtung der ursprünglich durch Deutschland zugesicherten Neutralität gegenüber Belgien entfachte zunächst auf belgischer Seite Beschuldigungen über unmenschlich grausame Verbrechen, diese wurden von deutscher Seite rasch zurückprojiziert. Doch wie entsteht eine derartige, den gesamten Krieg hindurch fortwährende Dynamik? Das Scheitern der als Durchmarsch geplanten Militärstrategie ließ in Kombination mit der belgischen Guerilla-Taktik unter deutschen Soldaten eine Massenpsychose entstehen. Die psychologische Spirale einmal in Gang gesetzt, scheint in der deutschen Imagination die (Zivil-)Bevölkerung der „wahre Gegner“ und „der Belgier“ an sich schon immer böse gewesen zu sein. Die Folge dieses Gedankenkonstrukts waren an Belgiern verübte deutsche Gräueltaten.

Für die Erklärungen dieser Entwicklungen verwies Sebastian BISCHOFF auf die Analyse der Annexions-Debatten: Diese erweisen sich in der Konsequenz als eine Suche Deutschlands nach schlüssigen Begründungen, Belgien die Eigenstaatlichkeit abzuerkennen. Zentrale Bedeutung hatten hierbei einerseits die Umdeutung von Belgiens Rolle vom Opfer und Schützling Großbritanniens zum aktiven Entente-Mitglied und andererseits die Degradierung Belgiens vom Kulturvolk auf ein barbarisches Volk. Die belgische Nation hatte so aus deutscher Sicht jegliches Recht auf völkerrechtliche Souveränität verwirkt. Diese „Täter-Opfer-Umkehr“ entfachte zudem die Diskussion mit zwei Grundpolen: Entweder: „Belgien ja, aber ohne die Belgier“ oder Belgier ohne Bürgerrechte.

Zudem lenkte BISCHOFF den Fokus auf den Annexionsbegriff selbst, bei dem die Kontroverse im Kern darin besteht, ob mittelbare Vorgehensweisen, wie Gebietseingliederungen und Zollunionen, vom Annexionsbegriff isoliert betrachtet werden sollten. Als weiterführende Analyse bewertete er den von Erich Volkmann geprägten Ansatz der „verschleierte Annexion“.

Als Resümee hielt Sebastian BISCHOFF die wesentlichen Punkte fest: „Das Belgienbild als Mosaikstereotyp“: Belgien avancierte während des Durchmarsches erst zum Feind, seine Bürger wurden mit einer Mischung aus anti-französischen, -britischen und -russischen sowie anti-katholizistischen Feindbildern belegt und der Annexionsgedanke unter Deutschen war weit verbreitet, was er im Speziellen auch für die Sozialdemokratie belegte.

Der Archivbericht von Prof. Dr. Markus KÖSTER (Münster) griff die eingangs von Peter FÄSSLER gemachte Feststellung des ersten technologisierten Krieges wieder auf und ergänzte eindrücklich anhand von vier regionalgeschichtlichen Beispielen, dass es sich zudem um den ersten mediatisierten Krieg handelte. Er konstatierte, dass die Geschichtswissenschaft erst spät den Wert der Fotografien als Visual History erkannte, obwohl speziell dieses Massenmedium „Mittler zwischen Front und Heimat“ war. Markus KÖSTER lenkte den Blick auf Abgebildetes und Weggelassenes, auf Typisches und Traditionelles. Er fragte nach den Intentionen, Funktionen und Wirkungen der Lichtbilder sowie nach den Umständen, unter denen sie gemacht wurden. – Alles unter dem hohen Anspruch, diese Leitfragen in ihrer Bedeutung sowohl für die Zeitgenossen während des Krieges als auch für die nachträgliche gesellschaftliche Rezeption zu beantworten.

Jugendherbergsgründer Richard Schirrmann begann seinen Werdegang als Amateurfotograf mit sauerländischen Landschaftsaufnahmen und wendete während seiner Militärzeit beim Landsturmabteilung Siegen seine Fotokunst auf Kriegsmotive an. So stellte Markus Köster neben weiteren Beispielen aus der umfassenden Fotosammlung Schirrmanns das Arrangement von kameradschaftlichen Gruppenfotos den Abbildungen von Gefangenen gegenüber, die von der Forschung eigentlich als „Trophäen“ eingeschätzt werden, bei Schirrmann hingegen nahezu als Auftrag der Abgebildeten durchgehen könnten. Die Abbildungen dokumentieren des Weiteren einerseits die soldatischen Lebensumstände, mit all ihren für Körper und Seele kargen bis traumatisierenden Bedingungen und sollten andererseits auch Signale, wie „die Versorgung ist gesichert“, an die Heimatfront senden, so Köster. In Schirrmanns Album finden sich auch touristische Motive, die einerseits sein mit der Kriegserfahrung verbundenes Reiseerlebnis widerspiegeln und andererseits an seine Amateuraufnahmen von vor dem Ersten Weltkrieg anknüpfen – also die Kriegsrealität um ein Stück Heimat ergänzen. Markus KÖSTER eröffnete über diese Erkenntnisse hinaus ein noch tieferes Verständnis für diese Fotografien, indem er die „Fluchtfunktion vor der grausamen Kriegsrealität“ und eine „psychische Entlastungsfunktion“ herausarbeitete. In diesem Sinne bestand das ungeschriebene Verbot, den Tod innerhalb der eigenen Reihen fotografisch zu dokumentieren.

Die Besonderheit der zweiten von Markus KÖSTER vorgestellten Sammlung von Bernhard Mangels, Leutnant der Luftwaffe, waren die zahlreichen Luftaufnahmen. Diese wurden – nachdem sie ihre militärischen Zwecke erfüllt hatten - für das individuelle Gedenken privatisiert. Markus KÖSTER wies darauf hin, dass die Luftbilder, wie sie durch den Einsatz von Fesselballons und Brieftauben entstanden, eine „spezifische Ästhetik“ besitzen, die bereits die Zeitgenossen erfasste.

Als Ergänzung dieser Fronterfahrung vervollkommnete KÖSTER anschließend das Bild vom Krieg durch die Fotosammlung Joseph Schäfers von der Heimatfront. Als Schaffnerinnen, Laborantinnen, Lastenträgerinnen usw. wurden über Jahre hinweg Frauen in Szene gesetzt. Sie symbolisieren damit wirtschaftsgeschichtlich den Arbeitskräftemangel, und aus genderhistorischer Perspektive die neue weibliche Aufgabe, für den Lebensunterhalt zu sor-

gen. Hierdurch können die Porträts nach Markus KÖSTER zugleich als Zeugnis für Potential und Eigenständigkeit der (weiblichen) Heimatfront interpretiert werden. Die Feststellung, dass die Kriegsbilder im kollektiven Gedächtnis ihren Platz gefunden haben, der Hinweis, dass erkenntnisreiche Fragestellungen noch für die Analyse entdeckt werden können und der Appell, die Bedeutung dieser Quellenart aus sich selbst heraus zu würdigen, krönten die vorangegangenen Ausführungen.

Dr. Bärbel SUNDENBRINK (Detmold) hinterfragte die Existenz des Augusterlebnisses als „Erweckungserlebnis“ anhand von Quellenbeispielen aus dem Detmolder Stadtarchiv. Sie belegte, dass Detmold besonders auf individueller Ebene in eine beklemmende und furchtvolle Stimmung versetzt war, was sich zusätzlich unter anderem in Zeitungsartikeln, an einer realitätsnahen Sichtweise über den kommenden Krieg, öffentlich niederschlug. Doch sie wies zugleich darauf hin, dass die Ernsthaftigkeit ein Phänomen war, das die politische und individuelle Ebene verschränkte. Die Alltags- und Erfahrungsebene der Menschen in der Region war unter anderem durch Hamsterkäufe, Lebensmittelpreiserhöhungen, Nottrauungen, Spionage- und Sabotagefurcht bestimmt. Dabei galt Detmold als Garnisonsstadt.

Als ein Beispiel der politischen Ebene betrachtete Bärbel SUNDENBRINK die ambivalente Rolle der Sozialdemokratie genauer. Diese machte bei eigens einberufenen Volksversammlungen ihren Standpunkt deutlich: So entstand mit der „Resolution für den Friedenserhalt“, der Ende Juli 1914 zugestimmt wurde, ein kriegsskeptisches Dokument, das die Hintertür zum Verteidigungskrieg offen ließ.

Zu dieser Zeit stand die bürgerliche Presse auf Seiten der überzeugten Kriegsbefürworter. Ebenso rechtfertigte der Aufruf von Fürst Leopold in seiner Sonderausgabe des Amtsblattes für das Fürstentum Lippe am 4.8.1914 den Verteidigungskrieg. Bärbel SUNDENBRINK schlussfolgerte, dass also eine zwiespaltene Atmosphäre der „gespannten Fröhlichkeit“ herrschte, die auf der persönlichen Ebene, als Gegenpart zur oben beschriebenen Situation der Angst, auch Patriotismus und den Willen zum Wagnis junger Männer hervorbrachte, auch wenn die Desillusionierung rasch folgte. Sie beschrieb überdies eine gewisse Gruppendynamik, die zur „Selbstmobilisierung“ an Front und Heimatfront führte und sich auch aus verschiedenen Schichten der Gesellschaft selbst generierte.

Hendrik JAHNS und Simon STÜRENBERG (Paderborn) rundeten das vielfältige Tagungsprogramm mit ihrer Mikrostudie über das Kriegstagebuch des Schulleiters Josef Friedl (1863-1926) aus Marienloh ab. Die Referenten betonten die besondere Relevanz des Vortragsthemas, dessen Repräsentativität über den Paderborner Raum hinaus reicht.

Erstaunliche Erkenntnisse mit übergeordneter Deutungsmacht für das Gesamtwerk zogen die Vortragenden aus folgender gattungstheoretischer Diskrepanz zwischen Buchdeckel und Titelblatt, zwischen externer und interner Intention: Der Buchdeckel charakterisiert den Anspruch des Werkes als „Chronik 1914-1919“, was nach dem Lexikon des Mittelalters eine wertfreie Niederschrift von Ereignissen entlang der Zeitachse bedeutet. – Der Autor hat folglich eine zurückhaltend wissenschaftliche Position, schlussfolgerte Simon STÜREN-

BERG hieraus. Er stellte dem gegenüber, dass den Leser, wenn er Friedels Werk aufschlägt, im Kontrast dazu der Begriff „Kriegstagebuch“ erwartet, der den Autor nahezu herausfordert, seine subjektive Sicht der Ereignisse darzulegen, so das Killy Literaturlexikon.

Diese Erkenntnis untermauerte Simon STÜRENBERG mit einem Textbeispiel, dem Eintrag vom 8.11.1914 – genau vor 100 Jahren: Auf die sortierte Aufzählung einer Ereigniskette des Tagesgeschehens folgt, abgehoben vom restlichen Text, der erboste Zwischenruf Friedels: „Tsingtau ist gestern nach helde[n]mütigem Kampfe gefallen!!! Rache!!! [...]“ [6]

Die Hybridität des Werkes geht jedoch nach Ansicht der Referenten über die Erkenntnisse aus gattungstheoretischer Sicht hinaus: Diese und das übergroße Format des Tagebuches kann auch als Friedels Intention gedeutet werden, trotz der persönlichen Färbung des Werkes die Erfahrungen der Gesamtregion zu überliefern. Inhaltlich dokumentiert das Tagebuch Friedels inneren Einstellungswandel von der ursprünglichen Begeisterung bis zum Verlieren des Krieges.

Der Aufbau des Tagebuches besteht in der Deutung von JAHNS und STÜRENBERG aus mehreren „Vergangenheitsschichten“, wie Vorspann, Heldengalerie, Vorwort, zwei Sammlungen und den Tagebucheintragungen. Eine dieser Schichten, die der Galerie „Deutsche Helden 1914“, sollte beispielsweise durch das Erinnern an die Taten dieser Vorbilder einen sinnstiftenden Bezugspunkt für die Gegenwart des Ersten Weltkrieges herstellen, und so der Untergang aufgehalten werden. Hier wird Friedels Rolle als Geschichtsschreiber und -former deutlich, indem dieser beispielsweise Hindenburg gleich zweimal im direkten Kontext von dem von Friedel so geschätzten Kaiser Wilhelm II. eingeordnet, Erich von Falkenstein hingegen bewusst ausgelassen wurde. So spannt Friedel in Hendrik JAHNS Interpretation die Verbindung zwischen Toten, Lebenden und Nachkommenden.

Als pointierten Schluss des Vortrages entschlüsselte Hendrik JAHNS das symbolträchtige Titelblatt des Werkes und erläuterte zum Beispiel: Die Abbildung des Eisernen Kreuzes und die Dornenkrone Jesu stünden im übertragenen Sinne für den kriegsbedingt auferlegten Leidensweg als Prüfung für die deutsche Nation. Auf diese Weise sollte die Verbindung von Nationalität und Religiosität hergestellt werden. Alpha und Omega erinnern in diesem Sinne mit religiösem Rückbezug an Aufgang und Untergang.

Dieses methodische Vorgehen, Forschungsergebnisse der Individual- und Regionalgeschichte mit national- und globalgeschichtlichen Erkenntnissen über den Ersten Weltkrieg zu kontextualisieren – das bereits mit Peter FÄSSLERS einleitender Analyse des Ausschnittes aus dem Alltagsleben von Erwin Kisch begann – war die herausragende Stärke der gesamten Tagung. Das ausgewogene Zoomen zwischen historischer Weit- und Nahaufnahme eröffnete den einmaligen Zugang zu einem vernetzten Verständnis der Thematik des Ersten Weltkrieges.

Anmerkungen

- [1] Bremm, Klaus-Jürgen: Propaganda im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 2013.
- [2] Ziemann, Benjamin: Gewalt im Ersten Weltkrieg: Töten – Überleben – Verweigern, Essen 2014.
- [3] Hermes, Maria: Psychiatrie im Krieg: das Bremer St. Jürgen-Asyl im Ersten Weltkrieg, Köln 2013 (=Forschung für die Praxis – Hochschulschriften).
- [4] Münkler, Herfried: Der große Krieg. Die Welt 1914-1918, Berlin 2013.
- [5] Clark, Christopher M.: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, Frankfurt 2014.
- [6] Friedl, Josef: Chronik 1914-1919, Stadtarchiv Paderborn, S1/13/2.

Übersicht über das Tagungsprogramm:

Thema: Hinter der Front. Der Erste Weltkrieg in Westfalen. 22. Tagung „Fragen der Regionalgeschichte“ der Universität Paderborn – Historisches Institut (8.11.2014)

Schäfer, Wilhelm (Paderborn): Großworte

Göttmann, Frank: (Paderborn) Einleitende Worte

Fäßler, Peter E. (Paderborn): Inhaltliche Einführung in die Thematik

Diñçal, Noyan (Paderborn): Der Erste Weltkrieg: Neue (und alte) Ansätze und regionalhistorische Blickwinkel

Bischoff, Sebastian (Paderborn): Kriegsziel Belgien. Nationale Feindbilder und Annexionsdebatten in der deutschen Öffentlichkeit, 1914-1918

Köster, Markus (Münster): Fotografien von Front und Heimatfront. Der Erste Weltkrieg in Bildsammlungen aus Westfalen

Sunderbrink, Bärbel (Detmold): Das erfundene Augusterlebnis und der Beginn des Ersten Weltkriegs in Detmold

Jahns, Hendrik / Stürenberg, Simon: Weltkrieg in der Region: Das Kriegstagebuch von Josef Friedl aus Marienloh

Gerhard Ludwig KNEISSLER/ Georg KORTING: Geschichte des Jesuitenkollegs in Büren. Kommentierte Übersetzung der „Historia Collegii Bürensis“ (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte 77), Paderborn: Bonifatius-Verlag 2014, 290 S., 34,80 €

Die „Historia Collegii Bürensis“ hat es schon länger verdient, durch eine Übersetzung einem größeren Kreis regionalgeschichtlich Interessierter leichter zugänglich gemacht zu werden. Dies nun haben dankenswerter Weise Gerhard Ludwig Kneißler und Georg Korting mit der „Geschichte des Jesuitenkollegs Büren“ geleistet – wobei die korrekte Übersetzung des lateinischen Titels hinter dem zurück bleibt, was das Buch eigentlich bietet: Die Auseinandersetzung um die Herrschaft der Jesuiten über Büren mit dem Landesherrn, dem Fürstbischof von Paderborn; war diese nur eine von einem Lehensherrn delegierte oder eine eigenständige? Neben dem Ausbau und der Festigung der fürstbischöflichen Landesherrschaft ging es in diesem über 50 Jahre hin ausgetragenen Kampf aber auch um Familieninteressen; so hätte der in Paderborn hoch geachtete Fürstbischof Ferdinand von Fürstenberg Büren auch gerne als Sitz für seine Familie im Hochstift gehabt.

Kneißler hat seine Übersetzung der HCB durch sinnvolle Zwischenüberschriften gegliedert und so auch das gezielte Aufsuchen bestimmter Passagen/Ereignisse möglich gemacht. Vorangestellt hat Kneißler der Übersetzung die üblichen Erläuterungen zum Text, seiner Entstehung, der Autorschaft, zur Übersetzung selbst sowie zum zeitgeschichtlichen Hintergrund. Korting hat dem noch zwei Unterpunkte beigegeben: Zur Frage des Aufbaus der HCB, was Korting auf die Frage fokussiert, seit wann wir von einer „Niederlassung“ der Jesuiten in Büren sprechen können, sowie zum Aufbau dieser kommentierten Übersetzung.

Nach der gut zu lesenden Übersetzung mit einer nicht immer befriedigenden Kommentierung folgt noch ein Kapitel mit Exkursen, deren Berechtigung im Unterschied zu den dem Text, teilweise ebenfalls in der Länge eines Exkurses beigegebenen Anmerkungen sich nicht jedem Leser leicht erschließen dürfte. Ein 4. Kapitel bietet Anhänge, neben dem üblichen Orts-, Personen- und Sachregister ein Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis, eine alphabetische Auflistung von Fachbegriffen samt ihrer Erläuterung, Auszüge aus der Parallelüberlieferung des Paderborner Jesuitenkollegs, worin der Corpsgeist der Brüder deutlich wird, sowie einem Auszug aus dem für die niederrheinische Ordensprovinz erstellten Bürener Jahresbericht von 1698, dem Jahr des Vertrages mit dem Kurfürsten von Brandenburg, wodurch wir allerdings – wie oben bereits angedeutet – kaum Neues erfahren.

Der Text der HCB selbst beginnt mit der Auflistung der Vorzüge, die Büren als Studienort bietet: gesundes Klima, ruhige Lage, gesicherte Verpflegung. Dem folgt eine Kurzdarstellung der Geschichte der Herrschaft Büren, worin die von Moritz von Büren und seinen Erben durchzustehenden Kämpfe mit dem Landesherrn deutlich werden. Zu dem kamen noch Zwistigkeiten in der Familie des Moritz von Büren, so mit seinem Stiefvater Wilhelm von Westfalen, sowie der angeheirateten Sippe von Schencking. Durch den Verkauf des Schenckingschen Anteils an den Kurfürsten von Brandenburg im Jahr 1692 ergibt sich hier eine interessante Konstellation, da die Schenckings durch Heirat der westfälischen Adelsfa-

milie von Bevern verbunden waren, die zu den Vorfahren der Elisabeth Christine gehörten, die dem späteren Preußenkönig Friedrich II. als Ehefrau 1733 angetraut wurde.

Zur Geschichte der rechtlichen Konsolidierung der Position der Jesuiten in Büren gehört der Name des Jesuitenpaters Vitus Georg Tönnemann, der als Beichtvater dem Kaiser in Wien nahe stand. 1714 endlich folgte der Vertrag mit dem Fürstbischof von Paderborn, Franz Arnold von Wolff-Metternich zur Gracht, der nicht nur ein Zögling der Jesuiten, sondern diesen auch durch einen nahen Verwandten verbunden war. Die Jesuiten, anfangs offiziell nur als Mitarbeiter des Moritz von Büren in der Verwaltung präsentiert, sollten die Edelherrschaft fortan wie ein Erbeigentum besitzen, das heißt, das behauptete Lehensverhältnis sollte aufgehoben sein, sie durften nun in Büren ein Kolleg samt einer Kirche errichten und nicht, wie zwischenzeitlich von Paderborn gewünscht, in Warburg ihre rekatholisierende Tätigkeit gegenüber den im Hessenlande nahen Protestanten ausüben; im Bezug auf ihre seelsorgerlichen Aktivitäten unterstanden die Jesuiten jedoch der Jurisdiktion des Bischofs. Dabei wandten die Jesuiten auch in Büren die Mittel an, für die ihr katholisches Reformprogramm bekannt war: Kirchenlieder, Wallfahrten, Theaterspiel und Exerzitionsangebote vor allem für Geistliche. So kann der Chronist auch immer wieder von Konversionen berichten.

Viele der in Büren aktiven Jesuiten werden vom Chronisten anlässlich ihres Todes hoch gelobt, es wird ihrer ehrenvoll gedacht. Da ist nicht nur der Einsatz für den Orden und speziell das Haus Büren, in der Ausbildung und Anleitung von Theologen und Missionaren, sondern auch die hingebungsvolle Tätigkeit für die Bürener Bevölkerung. So wie die Jesuiten ihre eigene Wirtschaft erfolgreich auf- und ausbauten, halfen sie auch den umwohnenden Menschen. Dies auch und gerade in den Notzeiten, so während des 7jährigen Krieges.

Während die Kommentare zum Kriegsgeschehen durchweg schon direkt als detailverliebt bezeichnet werden können, wirken die Anmerkungen zum Bau von Kolleg und Kirche eher dürftig und unvollständig; hier wünschte sich der Leser mehr Namen z. B. der beteiligten Akteure, oder auch Zahlen zu den Kosten etc. War die von den Waldeckern geschenkte Uhr (S. 173) eine Taschenuhr für den Prior, eine Standuhr für das Refektorium oder gar eine außen am Kolleg anzubringende Wanduhr? Die im vertrauten Gespräch erhaltene Auskunft des ehrenwerten langjährigen Schulleiters des Bürener Gymnasiums, dass diese Uhr heute nicht mehr existiert, kann hier denn doch nicht ganz befriedigen, ebenso wie viele weitere Hinweise auf mündlich erhaltene Hinweise (S. 71, 92, 99, 109, 121, 128, 136, 143, 144, 153, 163), die so manche Erläuterung „wahrscheinlicher“ machen sollen. Wo es um die finanziellen Aktivitäten der Jesuiten geht, hätte die Unterredung mit dem Paderborner Geschichtspräsident (S. 90) auch mit dem Hinweis auf das Westfälische Klosterbuch (2 Bde) von Karl Hengst (Hrsg.) ergänzt werden können, in dem der Interessierte viele Belege für derartige „Kirchenbanken“ findet. Soll der um das Paderborner Fürstbistum und speziell seine Finanzen so verdiente Wilhelm Anton von der Asseburg dafür wirklich den Titel eines Erzbischofs (S. 151) erhalten haben?

Dies sind nur Fragen an die Kommentierung. Den hohen Wert der Übersetzung der HCB aber mit der lebendigen Schilderung des Lebens, des alltäglichen Kampfes um das

Überleben der geistlichen Herren sowie darüber hinaus der Menschen im 17./18. Jahrhundert in der offensichtlich doch gar nicht so fest geordneten Gesellschaft des Hochstifts Paderborn können diese Anmerkungen nicht schmälern.

Michael Wittig, Paderborn

WALTER STRÜMPER: Calenberg. Edelherren – Bauern – Bürger. Von der Holsterburg zum Calenberg. Ein Beitrag zur westfälisch-hessischen Landesgeschichte im Diemelraum und der Geschichte des Ortes Calenberg, Calenberg: Eigenverlag 2013, 489 S.

Der Ortsheimatpfleger Strümper hat mit diesem Buch über Calenberg ein in jeder Hinsicht gewichtiges Werk vorgelegt: Groß im Format, umfangreich von der Seitenzahl her, hochwertiges Papier, eine opulente Ausstattung an Bildern und Ablichtungen von Quellenmaterial. Strümper spannt einen weiten Bogen von den ersten Siedlern rund um den Burgberg bis zu dem heute zur Stadt Warburg gehörenden Ortsteil.

In seinem Vorwort schaut der Autor auf die jüngste Geschichte der letzten 35 Jahre seit der kommunalen Neugliederung. In diesen Zeitraum fallen auch die archäologischen Untersuchungen des LWL an dem Bodendenkmal Holsterburg zwischen Warburg und Calenberg. In einem Prolog schreibt er dann über die frühen Siedler der Warburger Börde: „Um diese Zeit verändert sich auch die Wirtschaftsform der vom Nahen Osten über das Donauland nach Mitteleuropa eingewanderte(n) Bevölkerungsgruppen [...]. Diese Zuwanderer ließen sich wegen des fruchtbaren Lösbodens in der Warburger Börde nieder.“ Die eigenen Vorfahren als Wirtschaftsflüchtlinge? Eine Zuwanderung, die bis heute anhält. Dann nimmt uns Gerd Rosenkranz mit auf eine Wanderung durch die Gemarkung von der Entstehung des Calenberger Umlandes bis zu seiner heutigen Gestalt - vom Autor mit ansprechenden und erhellenden Abbildungen versehen. Auf diesem Weg durch die Jahrtausende berichtet Rosenkranz von Zeiten mit deutlich höheren Temperaturen und schreibt dann am Schluss, dass die Erde in ihrer Geschichte mindestens fünf Massensterben aller Organismen erlebt habe; er konstatiert: „Sie hat es ausgehalten.“ Und fragt: „Halten wir es auch aus?“

Teil I über die hier begüterten Adelsgeschlechter ist nicht nur von der Seitenzahl her das stärkste Kapitel. Strümper arbeitet sehr schön heraus, wie einzelne Familien versucht haben, sich so gut zu positionieren, dass sie – wenn auch nicht zusammenhängenden – ausreichend Besitz und Titel sammelten; dass sie dabei in den Dienst von verschiedenen Oberherren traten, sich von diesen belehnen ließen, gibt eine Ahnung vom Wachsen und Werden landesherrlicher Strukturen, die wir meist nur von ihrem Höhepunkt her registrieren und bewerten. Hier geht es um das ottonische Reichskirchensystem mit den Bischöfen von Mainz, Köln und Paderborn; es sind die Dynastien unter dem Protektorat der Liudolfinger (Heinrich I.), die Machtverschiebungen nach dem Sturz von Heinrich dem Löwen, wo

die Herren von Everstein versuchten, in dem Grenzbereich zwischen den Diözesen Mainz, Paderborn und Hildesheim eine eigene Landesherrschaft aufzubauen, bis sie dann zu Lasten Paderborns die Kölner Einkreisungspolitik unterstützten. Auch die Mönche von Corvey begaben sich in die Obhut der Kölner; Hardehausen erfreute sich zeitweilig der Kölner Gunst; auf deren Seite hatten sich auch die Herren von Spiegel mit Sitz auf dem Desenberg positioniert. Wirre Zeiten im noch nicht gefestigten Hochstift Paderborn.

Auf dem Calenberg wechselten sich die Herren von Bercule, Itter und Calenberg ab, wo Hermann von Itter 1250 die Burg baute, nach der er sich dann anschließend auch benannte. 1307 gelang es dem Bischof von Paderborn, die Burg dem Kölner Bischofskollegen zu entreißen und sie in sein Territorium einzugliedern. Den Ort Calenberg erhob Bischof Bernhard V. zur Lippe um 1326 zur Stadt.

Den Untergang der Eversteiner nutzten die Edelherrn von Lippe wie auch das Geschlecht von Braunschweig-Wolfenbüttel. Paderborn dagegen gelang es durch die Übernahme des größten Teils der Grafschaft des Dodiko im Warburger Raum festen Fuß zu fassen. Durch die Festigung der fürstlichen Landesherrschaften sanken die von ihnen abhängigen Ritterfamilien zu Raubrittern herab. War das 14. und 15. Jahrhundert noch geprägt von dem Versuch der partikulären Kräfte, tatsächliche oder vermeintliche Rechte gewaltsam durchzusetzen, so traten anschließend die Landesherren als Beschützer der einfachen Landesbewohner auf. Die gesellschaftliche Entwicklung war über das Ritterwesen hinweggegangen. Aus Rittern wurden Gutsbesitzer.

Mit der Reformation aber machten sich neue Fronten auf. Nun waren es die fürstlichen Landesherren, die im Namen der Religion gegeneinander ins Feld zogen und neue Grenzen setzten (Teil II). Darunter litten auch Klöster wie das nahe Wormeln mit seinen über alle Länder verstreuten Zustiftungen. Calenberg bildete eine Art Puffer zwischen Paderborn und Hessen. Letztendlich blieb Calenberg katholisch, während das nahe Wettesingen zu Hessen kam und damit protestantisch wurde, ebenso wie Herlinghausen, das aber bei Paderborn verblieb.

Mit Einführung des Code Napoleon 1808 – Strümper schreitet nun schneller voran – wurden die Lehensgüter in freies Eigentum verwandelt, wobei es den Bauern jedoch vorerst an Kapital und Bildung fehlte, diese Befreiung zu realisieren. Die im Königreich Westfalen angestoßenen Veränderungen wurden teilweise in den Stein/Hardenbergschen Reformen von den Preußen weitergeführt. Nicht immer war es leicht, Neuerungen einzuführen, so bei dem Vorhaben unter militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten das Straßennetz zu verbessern. Glaubten die Bauern doch, schlechte Straßen würden ihnen die Räuberbanden fernhalten; zudem waren sie es gewohnt, dass Waren, die aufgrund der holprigen Wege den Händlern vom Wagen fielen, ihnen als den Besitzern der umliegenden Äcker gehörten.

Die Burg Calenberg wurde im 19. Jahrhundert im neugotischen Stil restauriert; ihr heutiges Aussehen erhielt sie im Jahr 1976. Gern würde man hier mehr erfahren über die neuen Besitzer der Burg, womit hatten sie das Geld verdient, das sie für die Investitionen in Burg und Park brauchten? Aber Strümper hält sich hier vielleicht auch noch ein paar Themen

offen. Technische Neuerungen: wer fuhr das erste Auto in Calenberg, wer setzte als erster einen Traktor in der Landwirtschaft ein?

Für die Zeit des Ersten Weltkrieges lässt der Autor die Schulchronik zu Wort kommen. Es folgen gesellschaftliche Umbrüche (Wahlrecht für Frauen) und die Weltwirtschaftskrise, was Strümper zu dem Fazit führt: Die wirtschaftlichen Verhältnisse beförderten die politische Instabilität; Zukunftsängste drängten hin zu einer Diktatur.

Über das Dritte Reich erfahren wir deutlich mehr unter dem späteren Kapitel „Seelsorge“. Hier unter II 6. „Das Dritte Reich in Calenberg“ lesen wir nur, dass der Bürgermeister aufgrund seines Alters aus dem Amt scheiden musste, und so die Umsetzung des Führerprinzips im Ort erleichtert wurde. Die Calenberger zeigten sich wohl skeptisch gegenüber dem neuen Regime. Der Krieg brachte auch nach Calenberg Kriegsgefangene und polnische Zivilarbeiter, die in der Landwirtschaft eingesetzt wurden; man arbeitete gemeinsam – und lebte so ein Stück zusammen. Für die Briefaktion mit Calenberger Soldaten werden leider keine Beispiele gezeigt (sie liegen wohl im Ortsarchiv); gleiches gilt für die im Kapitel über die Seelsorge erwähnten Quellen zur Jugendarbeit während der Nazizeit.

Nach Kriegsende mussten unter großen Anstrengungen viele Flüchtlinge in Calenberg untergebracht und mitversorgt werden; eine große Schwierigkeit bedeutete vor allem der Mangel an Arbeitsplätzen vor Ort. Letzteres führte bald auch für die Calenberger selbst zu großen Veränderungen: Man wohnte wohl noch im Ort, musste aber zur Arbeit sowie für zunehmend mehr Besorgungen nach auswärts fahren.

Strümper stellt im Folgenden noch Vereine und Institutionen des Ortes vor. Dass die Schützenbrüder dabei sehr kurz wegkommen, liegt wohl an seinem Anliegen, die Nachfrage nach der beabsichtigten Neuauflage seines Schützenbuches hoch zu halten. Kirche und Schule haben ein eigenes Kapitel (Teil III), wobei der Autor bezüglich der seelsorgerlichen Versorgung einleitend selbst sagt, dass hier Dinge angesprochen werden, die möglicher Weise bereits abgehandelt sind, hier jedoch zum besseren Verständnis wiederholt werden – was ja nicht schadet. Die Pfarre kann sich demnach auf eine Annenkapelle aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts zurückführen; die Seelsorge war an das Warburger Dominikanerkloster angebunden. In den bekannten Visitationsberichten des Fürstbischofs Dietrich Adolf von der Recke wird sowohl die Kapelle erwähnt – 1656 sei sie baufällig gewesen –, wie auch die Verwaltung der Seelsorgestelle durch die Dominikaner. 1830 dann bekam Calenberg von Bischof Friedrich Clemens von Ledebur einen eigenen Pfarrer zugewiesen – damals gar nicht im Sinne der Calenberger. Während des Kulturkampfes war die Pfarrstelle unbesetzt. Ausführlicher gewürdigt wird Pfarrer Weskamp, der von 1905 bis 1944 – also während zweier Weltkriege Seelsorger in Calenberg war. Ihm folgte bis 1959 Pfarrer Heinemann und dann als letzter Pfarrer der Gemeinde Pfarrer Frenzel, bis 1969. Seitdem sehen sich die Laiengremien, beziehungsweise wie allgemein die Ehrenamtlichen, verstärkt in der Pflicht. Die Schule des Ortes war 1968 geschlossen worden.

Neben dem üblichen Literaturverzeichnis hat Strümper dem Buch noch 14 Anhänge beigegeben: Stammtafeln, Listen verschiedener Funktionsträger, Besitzaufstellungen, Auszüge aus Quellentexten sowie Erläuterungen zum Calenberger Wappen.

Bei so einem umfangreichen Werk bleibt es nicht aus, dass auch einige Fehler zu registrieren sind – wobei einige offensichtlich bei der Drucklegung (S. 43, 71, 86, 114, 165, 263, 279) geschehen sind. Vor der Drucklegung hätte eventuell ein Dritter, der nicht so tief in der Materie steckt, wie der Autor selbst, das Buch noch einmal quer lesen sollen, um auf simple Schreibfehler (S. 68, 99, 101, 114, 162, 165, 168, 216, 251, 280, 296, 325, 331, 334, 346, 355, 367, 368, 369, 379, 383, 385, 389) oder auch missglückte Formulierungen (S. 31, 45, 75, 83, 124, 135, 136, 139, 334, 375) aufmerksam machen zu können; davon nur zwei Beispiele: S. 330: Wurde das Spritzenhaus 1952 unzureichend abgebrochen, also nicht vollständig, oder wurde es damals abgebrochen, weil es seinerzeit als unzureichend angesehen wurde? S. 345: Sein (= Philipp von Hessens) Kampf gegen die Bauern fand auch in unserer Region regen Zuspruch. Auf wessen Seite standen denn die hiesigen Bauern? S. 392: war der Lehrer Johannes Stephanus Hoppen ein früher Thomas Gottschalk? Er wird hier – leider ohne Übersetzung - als ludimoderatoris (= Spielleiter) vorgestellt.

Diese zuletzt genannten kleinen Unzulänglichkeiten können aber einem so großen Werk mit annähernd 500 Seiten keinen wirklichen Abbruch tun. Die Calenberger, aber auch jeder an der Regionalgeschichte Interessierte wird Strümpers Arbeit gerne und mit Gewinn lesen und wohl auch – speziell wegen des ersten Teils mit den für die Herausbildung der landesherrlichen Souveränität des Paderborner Bischofs auf Kosten der vielen kleineren Adelsgeschlechter so ergiebigen Darstellung an dem einen konkreten Beispiel der Burg Calenberg – immer wieder in die Hand nehmen.

Michael Wittig, Paderborn

HANS JÜRGEN BRANDT / KARL HENGST: Geschichte des Erzbistums Paderborn, Bd. 4: Das Bistum Paderborn 1930 – 2010 (Veröffentlichungen zur Geschichte der Mitteldeutschen Kirchenprovinz, Bd. 15), Paderborn: Bonifatius-Verlag 2014, 670 S., 29 Tabellen, 37 Abb., Personen- und Ortsregister, 39,90 €

Mit Band 4 der „Geschichte des Erzbistums Paderborn“ hat das bewährte Autorenteam Brandt/Hengst im Zeitraum von 1997 bis 2014 der Öffentlichkeit eine wahre Herkulesarbeit vorgelegt. Alle vier Bände kommen dem Nutzer mit einem einheitlichen Aufbau und verständlicher Sprache entgegen. Ein Kräfteverschleiß bei den Schreibern wird dem Leser eventuell da sichtbar, wo im Unterschied zu den vorherigen drei Bänden in den einzelnen Abschnitten Wiederholungen auftreten (so besonders S. 37–51 und S. 131f.; S. 110 und S. 592; S. 258 und S. 333), die aber wegen ihrer Wortgleichheit nur dem aufstoßen, der das Werk nicht als „Steinbruch“ nutzt, sondern als gesamtes ohne Abzusetzen liest. Ansonsten besticht auch dieser Band durch das spürbare Engagement für die Geschichte der Kirche, in Bezug auf einzelne Aspekte wie dem einstigen Erzbischöflichen Kommissariat Magde-

burg, das ohne Rücksichtnahme auf Paderborner Vorstellungen noch zu DDR-Zeiten in die Selbständigkeit geführt wurde („ein Lehrbeispiel vatikanischer Diplomatie“, S. 39), oder den theologischen und speziell den liturgischen Entwicklungen rund um das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) und die – inzwischen leider etwas in Vergessenheit geratene – „Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschlands“ in Würzburg von 1971–1975: da werden sogar nachvollziehbare Emotionen deutlich (siehe hier weiter unten unter Liturgischer Bewegung). Viele Leser werden dankbar sein für diese so klaren Worte. Zum Domkapitel nach dem Zweiten Vatikanum z. B. bringen die Autoren die schöne Formulierung: „Der Empfänglichkeit des Domkapitels für Reformen setzte allerdings das Alter der Kapitulare Grenzen.“ (S. 155)

Der Band beginnt wie seine drei Vorgänger mit dem Abschnitt „Raum und Entwicklung“, d. h. hier konkret mit der Erhebung Paderborns zum Erzbistum im Jahr 1930. Gegenüber Mitbewerbern um diese Würde bot Paderborn den Preußen wohl die kostengünstigste Lösung an: keine weiteren Institutionen oder Personalkosten. Natürlich gab es daneben auch präsentablere Argumente wie der in Paderborn von Bischof Karl Josef Schulte eingerichteten „Kirchlichen Kriegshilfe“, einem Vermisstensuchdienst, oder dem ebenfalls in Paderborn ansässigen Bonifatiuswerk zur Unterstützung der Seelsorge in der Diaspora.

Für die Rolle der Paderborner Kirchenführung in der NS-Zeit seien zwei bezeichnende Ereignisse herausgenommen: Erzbischof Klein publizierte die regimekritische päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ nicht im kirchlichen Amtsblatt, das hätte beschlagnahmt werden können, sondern ließ den Text hausintern vervielfältigen und mit dem eigenen Chauffeur an die Dekanate verteilen (S. 76). Nach dem Krieg äußerte sich Erzbischof Jaeger durchaus selbstkritisch: „Es hätte unserer Kirche und unserem Volk mehr gedient, wenn wir weniger geschwiegen hätten.“ (S. 113)

Auch die jüngere Entwicklung mit der Einteilung der großen Diözese in Seelsorgebezirke (ab 1988 „Seelsorgeregionen“ genannt), die dann zugunsten von drei Kooperationsräumen schließlich aufgelöst wurden, der Vergrößerung der Dekanate sowie dem Wachsen der Pastoralverbände bzw. den kommenden „Pastoralen Räumen“ wird durchaus mit kritischen Kommentaren begleitet.

Im zweiten Abschnitt werden mit treffenden Lebensbildern die leitenden Personen der Bistumsverwaltung, der Diözesanklerus, im Erzbistum tätige Ordensgemeinschaften, Einrichtungen, Verbände sowie alte/neue kirchliche Berufe vorgestellt. In diesem Rahmen wird dann auch das von Erzbischof Klein 1936 in Parallele zu den Olympischen Spielen in Berlin groß aufgezogene 1100jährige Liboriusjubiläum mit französischen Ehrengästen erwähnt (S. 109). Ferner Jaegers starkes Engagement für die Ökumene, das 1957 zur Gründung des Johann-Adam-Möhler-Institutes führte und das Papst Paul VI. bei der Kardinalsernennung Jaegers 1965 explizit würdigte (S. 114). Erzbischof Degenhardt stiftete 1977 die „Liborius-Medaille für Einheit und Frieden“; er selbst wurde für seinen Einsatz für den Europa-Gedanken 1994 mit der Robert-Schuman-Medaille ausgezeichnet (S. 115f.). Nicht unerwähnt bleibt in diesem Kapitel die Rolle Paderborns als bischöflicher Talentschmiede (siehe hierzu auch die Aufstellung S. 537).

Im Kapitel über den Klerus werden nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil auch die Diakone erwähnt, die „kein[en] Ausweg aus dem Priestermangel“ darstellen sollen, sondern als Ständige Diakone eine „eigene und beständige hierarchische Stufe“ einnehmen. Hatte nach den reformatorischen Erschütterungen das Konzil von Trient gefordert, dass ein „Pastor seine Schafe“ kennen solle, stellt dies bei den aktuellen Strukturen in der Seelsorge eine nicht mehr zu bewältigende Anforderung dar; eine Lösung scheint hier – auch unter Berücksichtigung der breiten Erfahrungen der orthodoxen Schwesterkirchen (Anm. d. Verf.) – aktuell nicht in Sicht.

Beim Kapitel über die Institutionen wird u.a. an das Klemensheim in Bad Driburg erinnert, der ersten Schule des sog. Zweiten Bildungsweges, wo 1946 die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft vollzogen wurde. Erwähnt wird auch das Jugend- und Bildungszentrum Hardehausen, in dem 1947 der BDkJ gegründet wurde, was die DDR mit der Gründung der FDJ beantwortete (S. 196 u. S. 350). (Zur Theologischen Lehranstalt sei hier auf deren eigens zu besprechenden Festschrift verwiesen, an der Karl Hengst auch mitgearbeitet hat.)

Im Kapitel über die Ordensleute begegnen wir der bunten und vielfältigen Welt religiös geprägter Lebensformen und Dienste (man lese allein nur die Liste der Namen der weiblichen Ordensgemeinschaften, S. 261-165). Hier vermisst der Leser höchstens Angaben über den Erfolg der Orden bei der Nachwuchsrekrutierung in der Erzdiözese.

Im Abschnitt III werden Verbindungen zwischen dem Kirchenbau und jeweiligen theologischen Schwerpunktsetzungen gezogen. Natürlich waren es auch hier konkrete Menschen, die prägend eingegriffen haben, wie Professor Dr. Alois Fuchs mit seinen sogenannten „Fuchsbauten“ (S. 392). Auch der Trend vom Kirchenbau zum Gemeindezentrum bleibt nicht unkommentiert: „Unter der Kirche die Kegelbahn“ (S. 398). Bei dem Kapitel über die liturgische Ausstattung begegnen wir einer Künstlerin wie Elisabeth Treskow, die außer der als „Salatschüssel verlästerten Meisterschale des DFB auch das Hängekreuz über dem Altar der Detmolder Heilig-Kreuz-Kirche gestaltet hat. In dem 2003 gelaufenen Luther-Film trug Uwe Ochsenknecht als Papst Leo X. einen Chormantel aus dem Paderborner Hause Cassau.

Im Kapitel über den Gottesdienst wird noch einmal Jaegers hohes Interesse an der Liturgischen Bewegung herausgestellt, die sich mit dem Wort von Papst Pius X., der „*actuosa participatio*“, der tätigen Teilnahme aller Gläubigen, umschreiben lässt (S. 442), ein Engagement, das zu Jaegers Leidwesen nicht von allen seinen Mitarbeitern geteilt wurde (siehe hierzu auch S. 452 zu Weihbischof Degenhardt).

Zu dem Kapitel über „Volksfrömmigkeit und Brauchtum“ sei hier ein von den Autoren an anderer Stelle (Verkündigung) gebrachtes Zitat des Breslauer Theologen Josef Wittig (1879-1949) gesetzt: „Man muss, meine ich, alt sein und ein wenig naiv, um diese Kostbarkeiten religiösen Volkstums [...] geziemend zu würdigen und sich des ungebrochenen Glaubens [...] zu [er]freuen.“ (S. 503)

Brandt/Hengst zeigen mit ihrer nun wohl abgeschlossenen Bistumsgeschichte von der Gründung des Bistums im 8. Jahrhundert bis hinein in das 21. Jahrhundert, dass die Liebe eines Paderborners zu seiner Kirche und die kritische Haltung eines Wissenschaftlers bei

der Darstellung von Entwicklungen und Positionen auch von Akteuren aus der Hierarchie sehr gut zusammenpassen. Das Werk bringt dem Leser in mehrfacher Hinsicht Lesevergnügen und Lese Frucht.

Michael Wittig, Paderborn

JOSEF MEYER ZU SCHLOCHTERN (Hg.): Die Academia Theodoriana. Von der Jesuitenuniversität zur Theologischen Fakultät Paderborn 1614-2014, Paderborn: Schöningh-Verlag 2014, 667 S., 82 Abb., 78,00 €

Im Jahr 2014 hat die Theologische Fakultät Paderborn das 400. Jubiläum ihrer Gründung begangen und zu diesem Anlass ihre Geschichte ausführlich reflektiert. Das vorliegende Werk, das dabei herausgekommen ist, ist gegliedert nach den großen Abschnitten der Geschichte dieser Bildungseinrichtung, die sich mal Universität mit philosophischer und theologischer Fakultät nennen durfte, dann Lehranstalt und Akademie, bis sie schließlich zur Theologischen Fakultät wurde.

Zunächst aber lesen wir das Vorwort des Magnus Cancellarius, des Paderborner Erzbischofs, dessen Wunsch es natürlich ist, dass die Suche nach der Wahrheit sich immer am kirchlichen Glauben orientieren möge. Sodann erläutert der Herausgeber, Josef Meyer zu Schlochtern, die verschiedenen, geschichtlich bedingten Bezeichnungen der Theodoriana sowie den Aufbau des Bandes, der mit einer Zeittafel in Form einer Synopse beginnt: Gerhard Franke listet in einer ersten Spalte die Personen und Ereignisse an der Theodoriana selbst auf, stellt dem dann historische Daten aus dem lokalen kirchlichen und staatlich-politischen Umfeld sowie in einer dritten Spalte Personen und Ereignisse von überregionaler bis weltweiter Bedeutung an die Seite. Dem folgt ein Überblick über die Quellenlage zur Geschichte der Fakultät von Hermann-Josef Schmalor, der die unterschiedlichen schriftlichen Überlieferungen auch gut einordnet, so z. B. die „litterae annuae“, die für die Jesuiten eher eine identitätsstiftende als eine historiografische Bedeutung hatten. Klaus Schatz stellt dann die „ratio studiorum“ der Jesuiten vor, auch unter dem Aspekt, wie dieses Aufgabenfeld, indem man die Ausbildung des eigenen Nachwuchses auch für andere öffnete, den jungen Orden und seine Gründungsintention radikal verändert hat. Ferner erhält der Leser Anregungen zur Reflektion von Studienordnungen: Der sogenannte „modus italicus“ (Bologna) legte den Akzent auf Vorlesungen, eine gewisse Stofffülle – eine Herausforderung an die Selbständigkeit der Studenten; dem gegenüber stand der „modus parisiensis“, der mehr auf Verarbeitung und aktive Aneignung des unter Umständen auch reduzierten Stoffes durch die Studenten setzte. Klaus Unterburger folgt mit einem Beitrag über das Theologiestudium und das Priesterbild im 19. und 20. Jahrhundert, wobei es in jenem Zeitraum hauptsächlich um eine Verbesserung der Ausbildung des Seelsorgeklerus ging, das heißt nach dem Studium folgte noch die Aneignung und Einübung pastoraler Kenntnisse

und vor allem eine geistliche Prägung in einem Priesterseminar; hierbei beobachtet Unterburger eine wachsende Homogenität und Uniformisierung im Klerikernachwuchs.

Nun kommen die – vom Herausgeber so bezeichneten – im engeren Sinne historischen Beiträge, zusammengefasst zu den Gruppen: Jesuitenuniversität, fürstbischöfliches Universitätshaus und schließlich die Zeit der Philosophisch-Theologischen Lehranstalt über die Jahre, in denen sie den Namen einer Bischöflichen philosophisch-theologischen Akademie trug bis zur heutigen Bezeichnung als Theologische Fakultät. Dem folgen eine Gruppe von Beiträgen unter dem Titel „Aspekte der Bau-, Kunst- und Bibliotheksgeschichte“ sowie eine weitere als „Personalchronik“ titulierte Gruppe. Am Schluss des Bandes findet der Leser noch ein Abkürzungsverzeichnis, Bildnachweise und ein Quellen- und Literaturverzeichnis; abschließend zeigen die Biogramme der Autorinnen und Autoren, welchen illustren Kreis an Mitarbeitern verschiedener Provenienz der Herausgeber gewonnen und zu einem gelungenen Gesamtwerk zusammen geführt hat.

Der Hauptteil startet mit einem Beitrag über die Bedeutung der Theodoriana für den Erhalt des Hochstifts Paderborn, der auch einen knappen, aber guten Überblick über die Geistes- und Theologiegeschichte jener Zeit liefert. Johannes Süßmann zeigt, wie es den Jesuiten gelang, nicht nur dem weitgehend den protestantischen Ideen zugeneigten Fürstbistum die konfessionelle Einheit unter ihrem geistlichen Landesherrn wiederzugeben, indem sie die Theodoriana, Schule und Hochschule, zu einer Bildungsanstalt sämtlicher Führungsschichten des Landes machten, sondern auch durch diese gemeinsame Erziehung aller an der Herrschaft Beteiligten dem Land eine neue Klammer gaben. Durch ihre eigene Mobilität sorgten die Jesuiten auch für einen Kulturtransfer zwischen Paderborn und anderen Zentren ihres Wirkens.

Die nahe am ersten Beitrag angesiedelte frömmigkeitsgeschichtliche Perspektive des Wirkens der Jesuiten in Paderborn beleuchten Nicole Priesching und Gabriel-David Krebes. Die Jesuiten gingen davon aus, dass Glaube ein Vermittlungsgeschehen ist, das vom Hören kommt. Mit ihren Exerzitien prägten sie den Diözesanklerus wie auch Angehörige anderer im Hochstift tätiger Orden. Ihrem ganzheitlichen Ansatz (Glauben/Wissen und Leben) entsprachen auch die verschiedenen Gruppierungen, die sie für die Laien, der jeweiligen Lebenssituation entsprechend, gründeten. Die beiden Autoren berichten in diesem Zusammenhang auch über die Augustiner-Chorfrauen (Michaelskloster), die mit ihrem Angebot teilweise als Konkurrenz zu den Jesuiten wahrgenommen wurden.

Auf Wirkung in der Öffentlichkeit zielte auch die Theaterkultur der Jesuiten. Peter Maier schildert hier eine Entwicklung von Darbietungen ausschließlich in Latein, dann aber auch begleitet von gereimten Prologen in Deutsch, bis hin zu Programmheften in der Volkssprache. In ihren Stücken warben die Jesuiten für eine friedliche Umerziehung ohne Gewaltanwendung, für eine (Wieder-)Eingliederung von Behinderten, Erwerbslosen und Außenseitern.

Hieran kann Hans Gleixner seinen Beitrag über Friedrich Spee anschließen. Aber nicht nur durch seinen Kampf gegen die Hexenverfolgungen, seine Kampfansage an eine inhumane Gesellschaft, ist Spee in Erinnerung geblieben, sondern auch durch viele bis heute

gesungene Kirchenlieder („O Heiland, reiß die Himmel auf“). Spees lyrisches Werk „Trutz-Nachtigall“ charakterisiert Gleixner als „implizite Theologie“, als „Suche nach dem schönen Gott“. Frank Sobiech stellt in seinem Artikel Friedrich Spee dem Paderborner Bürgersohn und Jesuiten Bernhard Löper gegenüber, der sich gegen die ausdrücklichen Anweisungen seines Ordens als Exorzist betätigte.

Einen anderen Sohn des Hochstifts stellt Georg Korting vor, den aus Höxter stammenden Jesuiten Vitus Georg Tönnemann, der am Wiener Kaiserhof dem Habsburger Karl VI. als Beichtvater und Berater diente. Tönnemann konnte sich in Wien auch stark für das von Moritz von Büren den Jesuiten dort übertragene Haus und ihre grundherrlichen Rechte einsetzen.

Den zweiten Zeitabschnitt, ab der Aufhebung des Jesuitenordens 1773 bis 1815, bestreitet Michael Ströhmer mit seinem Beitrag bzw. der Frage, inwiefern der ausgeprägte Strukturkonservatismus der Paderborner Regionaleliten jenen Modernisierungsstrang der Aufklärung variierte, an dessen Ende die Durchsetzung des staatlichen Bildungsmonopols stand. Das Festhalten am guten Alten war aber keine Paderborner Spezialität: Noch am gleichen Tag, an dem die Reichsfürsten über die päpstliche Aufhebungsbulle informiert wurden, fragte ein Mainzer Weinhändler bei den Paderborner Jesuiten besorgt nach, was dies denn für die bisher so guten Geschäftsbeziehungen bedeute? Fürstbischof Wilhelm Anton von der Asseburg bot den Patres die Aufnahme in den Diözesanklerus an und sicherte damit den weiteren Betrieb der Lehranstalt, nun eben als bischöflicher Einrichtung. Übrigens: Für den Wein bekamen die Professoren ausreichend Taschengeld. Wegen der finanziellen Ausstattung allgemein entwickelte sich eine deutliche Abhängigkeit des Lehrstandortes Paderborn von dem ebenfalls aus Ex-Jesuitenvermögen bestehenden Wirtschaftsstandort Büren. Zudem war der eigene Paderborner Etat stark abhängig vom Kapitalmarkt: 54% der Finanzierung basierten auf Zinserträgen aus Kreditgeschäften. Als die Ökonomie in Büren später (1805, bzw. 1810/11) mehr und mehr in die staatlichen Kammerverwaltungen Preußens und des Königreichs Westfalen übergang, wurde diese Polarisierung noch stärker: in Paderborn das Wissen, in Büren das Geld; stets rahmte/schränkte der ökonomische den bildungspolitischen Gestaltungsspielraum ein – durchaus keine neue Erscheinung. Die Neuumschreibung des Paderborner Bistums im Jahr 1821 sicherte der Universität durch das enorm vergrößerte Einzugsgebiet das Überleben.

Peter Häger beginnt den dritten Zeitabschnitt mit der Auflistung aller damals für möglich gehaltenen Modelle zur Neuordnung der Kirchenlandschaft in Preußen sowie der Gründung der Landesuniversität Bonn. Für den westfälischen Oberpräsidenten Vincke war die Theologische Fakultät in Paderborn im hiesigen Priesterseminar aufgegangen. Somit blieben die praktische wie die wissenschaftlich-theoretische Priesterausbildung dem Bistum und der Stadt jedenfalls erhalten. Die staatliche Aufsicht darüber wurde dem Mindener Regierungsrat Heinrich Druke übertragen – eine wohlmeinende Wahl: der Alfener war ab 1827 Generalvikar in Paderborn. Infolge der schwachen finanziellen Ausstattung sank in der Folge auch das Niveau der personellen Besetzung und damit das der theologischen Lehre. Auch ein Konrad Martin zog als Professor den besser dotierten Lehrstuhl in Bonn dem ihm

angetragenen Paderborner vor. Durch eine sich stärker zusammenschließende katholische Kirche fühlte sich der preußische Staat herausgefordert; der Kulturkampf vergiftete die Atmosphäre; die Lehranstalt war zwischen 1873 und 1887 geschlossen.

Die Professoren dieses 19. Jahrhunderts stellt Benjamin Dahlke vor. Natürlich begegnet uns hier ein Bekannter wie Georg Josef Bessen, der Verfasser der zweibändigen Bistums-geschichte. In der zweiten Jahrhunderthälfte sehen wir dann häufig in Bonn ausgebildete Theologen in Paderborn. In einem weiteren Beitrag zieht Benjamin Dahlke die Linie vom Ende des Kulturkampfes bis zur Erhebung der Lehranstalt zur Theologischen Fakultät (1966) weiter. Hier konstatiert er das deutliche Bemühen, im Niveau wieder zu den Univer-sitäten aufzuschließen. Für die Forschung am Standort Paderborn war die Gründung der Akademischen Bibliothek im Jahr 1896 wichtig, wie zur Profilierung die Zeitschrift „Theo-logie und Glaube“ (1909). Sowohl in der kreativen Interpretation des Antimodernisteneides wie in der offenen Wertschätzung der historisch-kritischen Methode bei der Exegese der biblischen Schriften zeigten die Paderborner Flagge. 1910 wurde vor dem Hintergrund des zum Bistum gehörenden Industriegebietes im Westen „Christliche Soziallehre“ als neues Fach eingerichtet; 1948 war hier erstmals in Paderborn eine Frau Lehrstuhlinhaberin. Im Ersten Weltkrieg äußerte man sich stolz, im „Opfersinn“ nicht hinter anderen deutschen Universitäten zurückzustehen. 1916, anlässlich des 300jährigen Bestehens wurde die Lehr-anstalt in „Akademie“ umbenannt – ohne Konsequenzen für die angestrebte Wiedererlan-gung des Promotionsrechtes. Im Zweiten Weltkrieg, im März 1945, wurden die Gebäude der Akademie soweit zerstört, dass der Lehrbetrieb in das Clemensheim nach Bad Driburg verlegt werden musste; zum Wintersemester 1949/50 kehrte man nach Paderborn zurück. Eine wirkliche Aufarbeitung dieser Jahre, der NS-Vergangenheit, hat nach Dahlke an der Fakultät bislang nicht stattgefunden; er selbst kommt hierzu in einem späteren Beitrag noch einmal zu Wort. Wie allgemein in der bundesrepublikanischen Gesellschaft war es auch hier das vorrangige Ziel, möglichst schnell zur „Normalität“ zurückzukehren. Priesteramtskan-didaten, die als Soldaten am Krieg teilgenommen hatten, stellten jedoch neue Fragen, neue Anforderungen an die Ausbildung. 1957 wurde das „Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumene“ gegründet. 1961 hielt man als „Überlebensstrategie“ eine Eingliederung in die neu gegründete Ruhr-Universität Bochum für wünschenswert. Auch das Bemühen um das Promotionsrecht wurde wieder aufgenommen. Der aus dem Hochstift stammende CDU-Politiker Paul Mikat stellte die staatliche Anerkennung dieses Privilegs in Aussicht, sofern dieses vorab von Rom gewährt würde; dies war 1966 der Fall. Dahlke wirft auch einen Blick auf die Studentenschaft, wobei er den Einfluss verschiedener Erneuerungsbewegungen sieht, der Liturgischen Bewegung, des Quickborn, des Bundes Neudeutschland und nach dem Zweiten Weltkrieg dann auch der Schönstatt Bewegung. In den 20er und 30er Jahren wurde wegen des großen Andrangs im Priesterseminar eine altsprachliche Vorbildung zu einem Auswahlkriterium. Polnisch-Kurse wurden für die künftigen Seelsorger wegen der in das Ruhrgebiet eingewanderten Polen ab 1904 im Priesterseminar vorgeschrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Trennung Deutschlands und damit auch der Erzdiözese Paderborn mehr und mehr zum Problem für die Fakultät. 1952 wurde auf der Huysburg

bei Halberstadt ein eigenes Priesterseminar für den Ostteil des Bistums eingerichtet. Zum Studium gingen die Kandidaten nach Erfurt. Weitere Verluste an Studenten ergaben sich für die Paderborner Fakultät auch durch die Gründung des Bistums Essen (1957), dessen Kandidaten nun zum Studium nach Bochum gingen.

Einen eigenen Abschnitt widmet Dahlke nun der Zeit des NS-Regimes. Er stellt bei allen Professoren und Dozenten zunächst eine maßgebende antikommunistische Haltung fest. Auch Politikferne war verbreitet, vor allem bei den Jüngeren. Mit der vom Regime vertretenen Rassenlehre setzte sich der damalige Rektor der Akademie, der Philosophieprofessor Franz Rüsche, kritisch auseinander. Der Dogmatiker Johannes Brinktrine bewies ein ausgeprägtes Bewusstsein von der alles Nationale übersteigenden Universalität der katholischen Kirche. Zwei Professoren, Adolf Herte und Josef Mayer, jedoch sympathisierten mit dem Regime – beide mussten auf Druck von Erzbischof Lorenz Jaeger nach Kriegsende ihren Rücktritt einreichen.

Markus Knaup singt im folgenden Beitrag eine Eloge auf zwei Studenten der Fakultät aus jenen Jahren, die ihr Leben im Konzentrationslager lassen mussten, einer von ihnen, Alois Andritzki, ein Angehöriger der slawischen Minderheit der Sorben, ein offener Nazi-gegner, der andere, Ernst Kuhlmann, ein aktiver Kriegsgegner; beide wurden 1999 in das deutsche Martyrologium aufgenommen. Frieden, Völkerverständigung und der „Liebesbund ewiger Bruderschaft“ mit der französischen Heimat des Bistumspatrons Liborius prägten das Leben von Franz Stock, den Rüdiger Althaus hier kurz vorstellt. Französische wie deutsche Kriegsgefangene bildeten die Gemeinde Stocks; für deutsche kriegsgefangene Theologiestudenten organisierte er eine Lageruniversität.

Der vierte Abschnitt des Hauptteils setzt beim Zweiten Vatikanum ein – umso bemerkenswerter, weil im kirchlichen Alltag dieses wichtigste Ereignis der jüngeren Kirchengeschichte, seine Theologie, seine Gedanken und Anstöße, überhaupt seine offene dialogische Vorgehensweise, oft gar keine Rolle mehr spielen. Konrad Schmidt skizziert in seinem engagierten Artikel den Beitrag der Paderborner Kirche und speziell auch der Fakultät zum Konzil. Es gab Erfolge, aber auch von Enttäuschungen könnte man berichten, so wenn Lorenz Jaeger feststellen musste, dass sein Weihbischof und späterer Nachfolger die eigene große Begeisterung für die liturgische Erneuerung so gar nicht teilte. Mit Bedauern berichtet Schmidt auch über den Theologen Drewermann, der wegen der gänzlich gescheiterten Kommunikation in das kirchliche Abseits geraten ist. In seinem Überblick über die einzelnen theologischen Disziplinen hebt Schmidt auch einige Besonderheiten der Paderborner Fakultät hervor, so die vom Fundamentaltheologen Josef Meyer zu Schlochtern gepflegten Untersuchungen zum Verhältnis von religiöser und ästhetischer Erfahrung, das Wirken des Dogmatikers Heribert Mühlen für die Neuevangelisierung und charismatische Gemeindeerneuerung oder den in Zusammenarbeit mit der Universität Paderborn errichteten Studienschwerpunkt „Wirtschaftsethik“.

Durch Wolfgang Thönissen kommt der Einsatz der Paderborner Theologen für die Ökumene noch einmal zur Sprache, der im Möhler-Institut eine feste Form gefunden hat;

neben den evangelischen kirchlichen Gemeinschaften hat man in den letzten Jahren endlich auch die Orthodoxie in den Blick genommen.

Natürlich hat der Herausgeber auch einen Abschnitt über Aspekte der Bau-, Kunst- und Bibliotheksgeschichte vorgesehen. Klaus Hohmann schildert anschaulich die Bau- und Nutzungsgeschichte des Theodorianischen Ensembles. Eva-Maria Seng fragt nach Typus und Modus dieses Komplexes, diesem Typ Kollegiengebäude, das mehr dem Ideal eines barocken Schloss- und Repräsentationsbaus folgt, als man es von den der Zweckmäßigkeit und Schlichtheit verpflichteten Jesuiten – auch wenn diese ja nicht zu den klassischen, alten Orden zählen – erwarten durfte. Antike und Gotik kommen nach Seng gleichberechtigt zur Sprache. Bei der Kirche weist die Autorin darauf hin, dass der innovative Typ der Wandpfeilerkirche sich zum Markenzeichen der Jesuiten entwickelt hat. Erstaunlich bleibt jedoch, dass die Männer, die nach Paderborn gekommen sind, um den „wahren Glauben“ wieder durchzusetzen, ihre Kirche ganz „unorthodox“ nicht nach Osten, sondern nach Süden ausgerichtet platziert haben. Als dritter in diesem Abschnitt nimmt Norbert Börste das Wort zum Thema Kunst. Börste erinnert daran, dass das Thema „Kunst“ in der Theologenausbildung in Paderborn eine lange Tradition hat. Sodann beschreibt er ausgewählte Kunstwerke der Fakultät, wie die Veduten des Carl Friedrich Fabritius oder die Porträtgalerie, die die Integration der Jesuiten in die gesellschaftlichen und herrschaftlichen Strukturen verdeutlicht. Josef Meyer zu Schlochtern erklärt die Bedeutung von Siegeln, Amtsinsignien und akademischen Gewändern, die Rechte und Privilegien der Anstalt sichtbar machen. Bei der Gründung der Gesamthochschule Paderborn im Jahr 1972 prägte ein hiesiger öffentlich-rechtlicher Finanzdienstleister eine Münze, die auf der einen Seite das Verwaltungsgebäude der neuen Hochschule zeigte, auf der anderen aber das historische Siegel der alten Jesuitenuniversität. Hermann-Josef Schmalor erläutert kenntnisreich die Erzbischöfliche Akademische Bibliothek in der Tradition der Theodoriana, sowie dort deponierte weitere Sammlungen, die hier ebenfalls untergebrachten Reste aus dem ehemaligen Benediktinerkloster Corvey sowie Bibliothek und Archiv des Paderborner Altertumsvereins. Erwähnenswert ist auch, dass die EAB als erste nichtstaatliche Bibliothek ab 1911 am preußischen Leihverkehr teilnahm.

Im letzten Abschnitt, unter der Überschrift „Personalchronik“, haben Hubert Drobner und Karl Hengst eine nach Zeitraum, Disziplin und Funktion strukturierte Aufstellung aller Professoren der Akademia Theodoriana erstellt; für die Theologen finden sich hier auch alphabetisch geordnet kurze Biogramme; dem folgt ein Verzeichnis aller Promotionen und Habilitationen; hier zeigt sich sowohl der hohe Standard der Akademie wie auch ihre internationale Attraktivität. Dem hat Jonathan Berschauer eine Übersicht über die Prorektoren, Sekretäre und Quästoren eingefügt. Die Ausführungen dieses Abschnittes dienen nicht nur statistischen oder rein informativen Zwecken, sondern rechtfertigen auch einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft der Theodoriana mit dem Nachweis von Qualität und guter nationaler und internationaler Vernetzung.

Dem Herausgeber ist es gelungen, zum 400. Geburtstag der ältesten Universität in Westfalen ein würdiges Werk vorzulegen, das überzeugend den hohen Anspruch dieser Ein-

richtung, ihre immer wieder unter Beweis gestellte Lebensfähigkeit und Lebendigkeit, ihre Daseinsberechtigung und Notwendigkeit für Paderborn und weit darüber hinaus belegt:
ad multos annos.

Michael Wittig, Paderborn

MICHAEL LAGERS: Der Paderborner Stiftsadel bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts. Untersuchungen zum Auf- und Ausbau niederadeliger Machtstrukturen (Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte, Bd. 74), Paderborn: Bonifatius-Verlag 2013, 657 S. mit zahlreichen Tabellen, Karten, Graphiken und Stammtafeln, 39,80 €

Der Widerstand des Paderborner Stiftsadels gegen die Inkorporation des Paderborner Bistums in das Kölner Erzbistum in der Mitte des 15. Jahrhunderts schlug sich in der Handschrift „*Liber dissencionum archiepiscopi Coloniensis et capituli Paderbornensis*“ nieder, in der die im Paderborner Bistum führenden Familien als Rückhalt und Machtbasis des Hochstifts aufgeführt wurden. Mittels der genealogischen Rekonstruktion der 47 nach den Aufzeichnungen dieser Überlieferung im 15. Jahrhundert agierenden Familien des Paderborner Stiftsadels versucht der Autor Michael Lagers in seiner von der Universität Bielefeld angenommenen Dissertation auf der Grundlage einer prosopographischen Auswertung ein Gesamtbild dieses zum Teil inhomogenen Standes zu entwerfen. Sein vorrangiges Interesse richtet sich dabei auf die Faktoren, die die Stellung und den Einfluss dieser geschlossenen sozialen Gruppe im Stift beeinflussten, sowie diejenigen, auf welchen das Selbstverständnis der Paderborner Ritterschaft beruhte.

Die familialen, rechtlichen, ökonomischen und politischen Strukturen des Stiftsadels wie auch personenbezogenen persönlichen Bindungen und Herrschaftsverhältnisse werden daher vom Autor in seiner Untersuchung in den Vordergrund gerückt, um auch Netzwerke und Beziehungsgeflechte innerhalb des Territoriums aufzeigen zu können. Ausdruck der sozialen Positionierung einer Familie waren Formen der Memoria, die auf repräsentative Weise mittels kostspieligen Grablegungen und Epitaphien ihren Anspruch auf Teilhabe an der Herrschaft sichtbar machten. Darüber, inwieweit sich dieses Selbstverständnis jedoch auch in der Verbundenheit mit dem Territorium widerspiegelte, versucht der Autor vor dem Hintergrund des Territorialisierungsprozesses über die Entwicklung der verschiedenen personellen Beziehungen des Niederadels zu ihrem Paderborner Bischof Aufschluss zu gewinnen. Der Wandel von ministerialen Dienstverhältnissen und Vasallenbindungen zum Bischof hin zu einer territorialen Verfassung mit einer einheitlichen Verwaltungsstruktur, die sich auf den Adel des Hochstifts als Amtsmänner in einer Landesherrschaft stützte, steht also in dieser Arbeit als Fragestellung hinter den umfangreichen Quellenauswertungen im Raum. Und gerade die gegensätzlichen Positionen des Paderborner Domkapitels zu ihrem

Bischof, dem als Administrator auf Lebenszeit eingesetzten Kölner Erzbischof Dietrich von Moers, mit seinen Plänen zur Inkorporation des Bistums in das Kölner Erzstift in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts weisen ja darauf hin, dass in dieser Zeit die personellen Beziehungen zum Bischof gegenüber denen zum Territorium an Bedeutung und Gewicht verloren hatten. Lagers beschränkt sich jedoch bei seiner Untersuchung auf die spezifische Situation des Stiftsadels, um ein „möglichst differenziertes Bild einer ebenso inhomogenen Gruppierung“ (S. 19) zu entwerfen, weil eine eigenständige geschlossene Interessenlage der Familien mit sehr unterschiedlicher Machtbasis und politischen Einflüssen bestanden habe.

Die Verbundenheit der einzelnen Familien mit ihrer sozialen und politischen Position erwuchs aus ihrer elitären Herkunft, ihren Besitz- und Herrschaftsrechten und personellen Konstellationen innerhalb der bischöflichen Administration aus den von Mitgliedern der Geschlechter bekleideten Ämtern. Bis ins 15. Jahrhundert blieben die sozialen Schranken zwischen ritterbürtigen und städtischen Führungsschichten zwar nach unten offen, der soziale Aufstieg in die niederadelige Schicht blieb den nicht der Ritterschaft angehörigen Familien dagegen zunehmend seit der Wende zum 14. Jahrhundert verschlossen. Diese Abgrenzung galt jedoch nicht für sozial gleichrangige Zuzüge; ein Drittel der Paderborner Ritterschaft verlagerte seit dem 13. Jahrhundert ihren Besitzschwerpunkt in den Einflussbereich des Bischofs. Die Lehnbindungen an das Paderborner Bistum lagen im Spätmittelalter bei ungefähr 40 Prozent, wobei die hier begüterten Geschlechter teilweise auch mehreren Lehnsherren dienten.

Bis auf den Bereich der bischöflichen Stadt Paderborn und den Raum Warburg gelang es einzelnen Adelsfamilien vor allem durch die Übertragung von Ämtern und Burgen, und damit über die Teilhabe an herrschaftlichen Rechten, ihre politische und ökonomische Machtbasis in deren Umfeld aufzubauen und zu festigen. Über geschickte familiäre Heiratsstrategien gewannen einige Familien Anteil an dieser. Besonders im Südosten entstanden niederadelige Herrschaftszentren, deren Lehnverhältnisse neben der Paderborner Vasallenschaft auch anderen Lehnbindungen außerhalb des bischöflichen Einflussbereichs einschlossen. Hierdurch sowie durch den mehrfachen Wechsel von Lehnverhältnissen konnten diese Familien sich einen eigenen unabhängigeren Herrschaftsraum schaffen. Der militärische Dienst auf Paderborner Burgen brauchte diesem nicht entgegenzustehen; eine nicht gegen Paderborn gerichtete Bündnispolitik konnte offenbar genauso ausschlaggebend bei der Belehnung mit einer Burg sein wie andererseits die Gefolgstreue, die wiederum bei der Vergabe als Pfandschaft eine untergeordnete Rolle spielte. Hier dominierten wirtschaftliche Interessen. Die häufig nur in Anteilen an verschiedene Adelige in Pfandschaft übertragenen Burgen relativierte zudem deren durch diese Ankäufe erworbenen politischen Machtgewinn.

Für den Niederadel boten Eheverbindungen dagegen ein effektiveres Instrument zum Erhalt familialer Herrschaftsstrukturen und zur Steigerung des politischen Einflusses und Ansehens, ferner zur Konsolidierung und Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse sowie zum Abschluss von militärischen Bündnissen. Nicht jedes Konnubium ließ sich optimal nutzen; gelang es jedoch, konnte dies für die innerfamiliären Interessen auch langfristig

von Bedeutung sein. Politische Ambitionen, die dauerhaft erfolgreich umgesetzt werden sollten, bedurften anderer Strategien als die Umsetzung relativ kurzfristiger wirtschaftlicher Überlegungen. Herkunft und Standesbewusstsein wollten bewahrt oder gesteigert werden, um sich im Territorium und unter den Stiftsadeligen behaupten zu können, so daß die Intentionen bei der Werbung um einen geeigneten Ehepartner sehr unterschiedlich sein konnten.

Mit der Aufhebung der Ministerialenverhältnisse im 13. Jahrhundert verloren personenbezogene Bindungen, aber auch Lehnsbeziehungen zunehmend an Bedeutung. Die Übertragung von Burgen als Pfandschaften brachte dem Bischof dafür Kapital ein, mit dem er eine territorial abgeschlossene Landesherrschaft anstreben konnte, die sich nicht mehr allein auf personenabhängige Treueverpflichtungen seiner Gefolgschaft stützen musste. Einen gewissen Gegenpol zu den niederadeligen Besitz- und Herrschaftsrechten im Bistum hatte zuvor das Paderborner Domkapitel über seine Archidiaconate gewinnen können, mit denen es Einfluss auf die Rechtsprechung erlangte. Die Vergabe des Amtes eines Domkanonikers war beschränkt und schloss einzig dem Bistum loyal ergebene Bewerber ein, sicherte diesen dagegen ein standesgemäßes Leben durch die Verleihung von Präbenden, Benefizien und Obödienzien. Außerdem blieb die familiäre Einflussnahme schon allein dadurch begrenzt, dass höchstens zwei Mitgliedern einer Familie gleichzeitig ein solches Amt angetragen wurde. Der Anteil der Besetzung der Kanonikate aus den Reihen des Stiftsadels schwankte, umfasste Mitte des 15. Jahrhunderts die Hälfte aller 24 Plätze. Die Versorgungsmöglichkeit für nachgeborene Söhne blieb daher ebenfalls wie persönliche Einflussnahmen sehr eingeschränkt.

Als abschließendes Resümee aus dieser Entwicklung zieht Lagers die Erkenntnis, dass nicht allein die Paderborner Ritterschaft, wie es noch 1832 Paul Wigand herausstellte, sondern vielmehr die relative Geschlossenheit der Reihen aus dem Stiftsadel und dem Domkapitel die Inkorporationspläne Dietrichs von Moers zur Eingliederung des Paderborner Bistums in sein Kölner Erzstift vereitelte. Das Paderborner Bistum hatte sich zu einem – wenn auch noch nicht ganz gefestigten – eigenständigen souveränen Territorium entwickelt, über dessen Landesherrschaft ein Bischof – wenn auch nur als Administrator auf Lebenszeit – nicht mehr allein verfügen konnte.

Die Aussagekraft dieser Untersuchung reicht jedoch weit über diese Erkenntnis hinaus. Die auf einer breiten Quellenbasis fundierte Arbeit zeichnet minutiös sehr detailreich die familiären und genealogischen Verhältnisse sowie deren Herrschafts- und Besitzverhältnisse von ihren frühesten Nachweisen bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts nach und entspricht damit seiner eingangs erhobenen Fragestellung nach den politischen, rechtlichen, ökonomischen und familiären Strukturen des Paderborner Stiftsadels. Sie verdeutlicht die ministeriale und vasallische Lehnszugehörigkeit in ihrer prozentualen Verteilung, unterlässt es jedoch leider die wechselnden Lehnsbeziehungen und Vasallenschaften zu dokumentieren und die Datenbasis eindeutig nachzuweisen. Vor allem wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Autor sich nicht allein auf das Zusammentragen seiner unzähligen Puzzelsteine und deren Interpretation in Bezug auf die jeweilige Familie konzentriert hätte. Für den

Erkenntniswert seiner Untersuchung wäre es daher durchaus einträglicher gewesen, das Interesse auf den beginnenden Territorialisierungsprozeß zu lenken und die Masse seiner gesammelten Fakten daraufhin zu befragen, wie Lagers es ansatzweise ja immer wieder sogar selbst unternimmt, um letztendlich doch davor zurückzuschrecken, weil der Stiftsadel zu inhomogen mit zu unterschiedlichen Interessen und Einflussmöglichkeiten gewesen sei. Doch die spätmittelalterliche Gesellschaft war – wie allgemein in der Vormoderne – kleinräumig strukturiert – eben inhomogen aufgebaut; auf engstem Raum konnten die unterschiedlichsten Faktoren das Verhalten der Menschen beeinflussen. Die Informationsfülle der ausgewerteten Quellen hätte vielleicht – zumindest tendenziell – Positionierungen einzelner Familien im Gegenspiel zum oder auf der Seite des bischöflichen Territorialherren bei einer etwas anderen Strukturierung der Arbeit hervorgehoben werden können und die Voraussetzungen für den Prozess der sich Mitte des 15. Jahrhunderts am Schluss seiner Untersuchung abzeichnenden Formierung der Landstände einsichtiger gemacht.

Die Darstellung der familialen Verhältnisse, die auch entscheidend über die Besitzweitergabe an die jeweils nachfolgende Generation geprägt waren, gründete zunächst auf der Rekonstruktion der genealogischen Beziehungen der Familie sowie auf der Erschließung der geographischen Lage und Verteilung von deren Besitzungen. Daher war es sinnvoll, genealogische Stammtafeln der stiftsadeligen Familien im Anhang beizufügen, damit der Leser den Überblick über die Generationenabfolge und familialen Netzwerke besser auch augenscheinlich behält. Anzumerken bleibt dabei, dass einige im Text nachgewiesene Ehebeziehungen auf den Überblickstafeln keine Aufnahme gefunden haben: So blieb beispielsweise bei der Familie von Brenken die Ehe Friedrichs mit Kunigunde Crevet (S. 420, Anm. 2296), die für die familiale Heiratspolitik nicht unbedeutend war, auf der entsprechenden Stammtafel (III.1 auf S. 529) unerwähnt. Lediglich der Vorname Kunigundes, nicht jedoch der Name ihres Geschlechtes wird wiedergegeben. Der Verzicht auf den Nachweis der Quellen, auf denen diese Überblickstafeln beruhen, ist aufgrund ihrer Funktion dabei durchaus verständlich, da die Quellen sich aus den Nachweisen im Text erschließen oder beim Autor nachgefragt werden können (, wobei der Autor gerade als Historiker auch seine Zeitlichkeit nicht hätte außer Acht lassen sollen, denn sein Werk soll doch auch in ferner Zukunft seine Leserschaft finden).

Denn der Reichtum an Informationen lässt die Arbeit auch als Nachschlagewerk für die spätmittelalterliche Lokalgeschichte durchaus empfehlenswert erscheinen. Ein Register wäre jedoch hilfreich gewesen, da der Leser die im Text verstreuten spezifischen Angaben leicht übersehen kann. Der Einzelnachweis der Quellen im Quellenverzeichnis – und nicht allein die Aufführung der benutzten Archive – hätte zumindest an dieser Stelle einen Überblick über die benutzten Quellen erlaubt. Mag der Autor in seiner Materialfülle nicht untergegangen sein, so hätte er an die Adressaten und sein interessiertes Publikum denken können. Jede Arbeit hat ihre Schwächen, wenn der Zugang zu dieser auch etwas mühsam ist, so war es doch sicherlich viel mühsamer, sie zu schreiben.

Joachim Rüffer, Soest

AUTORENVERZEICHNIS

BJÖRN HEERDEGEN B.A., Studium der Fächer Geschichte und Germanistische Literaturwissenschaft, seit 2015 im Studiengang Master Germanistische Literaturwissenschaft

Prof. Dr. KARL HÜSER, geb. 1930, emeritierter Professor für Westfälische Landesgeschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Paderborn; zahlreiche Veröffentlichungen zur neueren und zeitgeschichtlichen Landesgeschichte

JAN KULÜKE B.A. im Fach Geschichte, seit 2015 Studium Master of Arts – Geschichte

THERESA LENNERT, Studium der Fächer Geschichte und Mathematik für Gymnasien und Gesamtschulen an der Universität Paderborn, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Neuere und Neueste Geschichte / Schwerpunkt Zeitgeschichte

ANNA MICHEL M.A., Studium der Kunstgeschichte und Kultur- und Sozialanthropologie (B.A.) an der Universität Münster, danach Masterstudiengang „Kulturerbe“ an der Universität Paderborn. Seit 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kulturerbe und verantwortlich für das Kompetenzzentrum für Kulturerbe: Materiell – immateriell – digital

SEBASTIAN MÜLLER, Studium im Studiengang Bachelor of Arts in den Fächern Geschichte und Geographie

BENEDIKT NEUWÖHNER, Studium der Fächer Deutsch, Geschichte und Erziehungswissenschaften, Staatsexamen (LPO 2003) Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen

Prof. Dr. DIETER RIESENBERGER, geb. 1938, emeritierter Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Paderborn; u. a. Veröffentlichungen zur Geschichte des Roten Kreuzes und der Friedensbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts

LARS WOLFRAM, Studium der Fächer Geschichte und Germanistik an der Universität Paderborn. 2014/15 war er Wissenschaftliche Hilfskraft im Projekt „Hochzeitshaus Hameln“; seit 2015 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte des Historischen Instituts in Paderborn

Alle nicht genannten Rezensenten sind i. d. R. Mitglieder der Redaktion, deren Kontaktadressen Sie im Impressum finden.

Berichte:**Studienfahrt des VfG nach Danzig/ Gdansk vom 6. bis zum 10. August 2014**

von Karl Hüser

Der Reisebus der Fa. Suerland aus Etteln hatte die Mitarbeiter der „Sprachwerkstatt“ schon aufgenommen, als er kurz nach 6 Uhr am 6. August vor dem Kunstsilo der Universität Paderborn eintraf. Hubert Tietz, Chef der Sprachwerkstatt und langjähriger ehrenamtlicher Geschäftsführer des VfG zeichnete wiederum verantwortlich für die gesamte Organisation der Studienfahrt.

Müde von der langen Busfahrt – aber während der Pausen wohl versorgt von den Mitarbeiterinnen der Sprachwerkstatt – konnten wir wohlgemut unsere Zimmer im modernen Hochhaus des Hotels „Mercure“ am nordwestlichen Rand der Altstadt von Danzig, dem seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges polnischen Gdansk, beziehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen im nahe gelegenen Restaurant „Swoyski Smak“ klang der Tag aus.

Nach einem reichhaltigen Frühstück bildeten die Reisetilnehmer zwei Gruppen und begannen gegen 9 Uhr unter der Leitung je einer sprachkundigen polnischen Reiseführerin mit der Erkundung der Altstadt oder besser der ehemaligen Doppelstadt aus dem 14. Jahrhundert mit dem „Rechts“- und „Altstädtischen Rathaus“. Ihre Fassaden waren wie die der gesamten Innenstadt, die im Frühjahr 1945 zu 95% zerstört worden war, seit 1957 von polnischen Restaurateuren historisch getreu wieder errichtet worden.

Am Radaunekanal, der nur wenige hundert Meter am Hotel Mercure vorbeifließt, begann für uns die eigentliche Führung mit der Besichtigung der um 1350 vom Deutschen Orden geschaffenen „Großen Mühle“ mit ihrem gewaltigen Satteldach (Abb. 1).



Abb. 1: Die „Große Mühle“

Sie war damals das größte technische Bauwerk Europas und diente viele Jahrhunderte gleichzeitig als Getreidemühle, Speicher und Bäckerei. Heute ist in den gotischen Innenräumen ein Handelszentrum untergebracht.

Nach einer förmlichen „Erwanderung“ der Stadt mit ihren zahlreichen Kirchen und prächtigen Toren – genannt seien nur die Marien-, Nikolai- und die Katharinenkirche sowie das Hohe Tor als Anfang des „Königsweges“ und der gewaltige Vortorkomplex der Langgasse mit seiner „Peinkammer“, einer ehemaligen öffentlichen Folterstätte, erreichten wir das weltbekannte „Krantor“ an der Mottlau mit dem größten Hafenkran des Mittelalters (Abb. 2).



Abb. 2: Danzigs Wahrzeichen an der „Langen Brücke“

Verteidiger gegen die Hitler-Aggression, als mit den Schüssen des Panzerkreuzers „Schleswig-Holstein“ am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg begann (Abb. 3).

Nachdenklich und auch nach 70 Jahren noch betroffen, fuhren wir weiter in Richtung Ostsee, bis das Schiff an der gewaltigen Festung Weichselmünde zur Rückfahrt wendete.

Der Abend endete mit einem Bummel durch die „Frauengasse“ mit ihren schmalen alten Bürgerhäusern, auf deren Vorschwellen fast nicht zu zählende Juweliere ihren Bernsteinschmuck anboten.

Schon um 8:30 Uhr stand der Bus am Freitagmorgen vor dem Hotel zur Abfahrt bereit. In zügiger Fahrt fuhren wir landeinwärts nach Süden in Richtung „Marienburg“. Leider regnete es, als wir den gewaltigen Baukomplex jenseits der Nogat nach rund eineinhalb Stunden erblickten (Abb. 4).



Abb. 4: Nach dem Weltkrieg rekonstruierte „Marienburg“

Nach einer Verschnaufpause am kühlenden Wasser angesichts des heißen Sommertages verabschiedete sich nach mehr als vier Stunden unsere Stadtführerin am Neptunbrunnen auf dem „Langen Markt“ im Stadtzentrum vor dem „Artushof“, dem einstigen Sitz der Kaufmannsbrüderschaften.

Nach einer ausgiebigen Mittagspause nutzten wir den zur „freien Verfügung“ stehenden Nachmittag zu einer Schiffsfahrt zur „Westernplatte“ mit dem hochaufragenden Denkmal für die polnischen



Abb. 3: „Westernplatte“ mit Kriegerdenkmal

Am Haupteingang zur Vorburg, die wir unter Regenschirmen vom Parkplatz aus schnell zu erreichen suchten, erwarteten uns bereits die uns zugewiesenen Museumsführer. Vor der rund dreistündigen Führung durch die Vorburg, das Mittelschloss mit dem Hochmeister Palast und durch das Hochschloss mit dem gotischen Kreuzgang, das als Wohnung der Ritter-Mönche diente, gaben sie einen knappen Überblick über die wechselvolle

Geschichte der Burg. Als Sitz des Hochmeisters war sie fast 150 Jahre von 1309–1457 das Herrschaftszentrum des Deutschen Ordens, bis sie – obwohl unbesiegt – von erbosten Söldnern des Ordens dem polnischen König übergeben wurde, weil sie sich um ihren Sold betrogen sahen. Als polnisches Lehen übernahm 1511 Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490–1568) das Amt des Hochmeisters und leitete bis zu seinem Tode das bisherige Ordensland als lutherisches weltliches Herzogtum Preußen mit der Hauptstadt Königsberg. Als das Herzogtum 1618 an die Brandenburger Hohenzollern fiel, kümmerten sich die Kurfürsten kaum um die Marienburg. Als „Könige in Preußen“ seit 1701 und als „Könige von Preußen“ seit der ersten Polnischen Teilung von 1772 nutzten sie die heruntergekommene Burg gar als Kaserne und Kornmagazin, bis sie sie als deutsche Kaiser in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts wieder auf- und ausbauen ließen. Erst seit 1959 ließ der polnische Staat mit Hilfe von Geldern aus der Bundesrepublik die 1945 schwer beschädigte Marienburg getreu nach den alten Plänen wieder aufbauen. Das Ergebnis des noch nicht ganz vollendeten Werkes durften wir nun bewundern. Beim Blick in das Innere der der Heiligen Jungfrau Maria geweihten Hauptkirche schätzen wir die Zeit für die Restaurierung auf wenigstens zehn Jahre, bis wir erfahren, Norwegen habe die erforderlichen Millionen bereits verbindlich zugesagt und die Restaurierung könne in ca. zwei Jahren abgeschlossen sein.

Während der Rückfahrt am Nachmittag klarte der Himmel auf; und auf der Vorschwelle einer Gaststätte in der „Frauengasse“ konnten wir nach einem Bummel im Jahrmarktstreiben zu Abend essen.

Nur etwa 45 Minuten hatte die Fahrt zur „Danziger Nehrung“ gedauert, als wir uns am Samstagmorgen vor dem Eingang zum ehemaligen Konzentrationslager Stutthof versammelten (Abb. 5).



Abb. 5: Ehemaliges Konzentrationslager mit „Museum Stutthof“

Bei der mehrstündigen Führung durch das weitläufige Gelände des von den Polen zum „Museum Stutthof“ gestalteten ehemaligen KZ sahen wir uns mit allen bekannten und einigen kaum bekannten Gräueln der SS auch hier im KZ-Stutthof konfrontiert.

Schon im Juli 1939 hatte der „SS Wachsturmbann Eimann“ im Auftrag der von den Nazis beherrschten Regierungen des unter der Kontrolle des Völkerbundes stehenden Freistaats eine geräumte Altenheimanlage jenseits der Weichsel vor der frischen Nehrung eingezäunt und mit dem Barackenbau begonnen. Daher konnte am 2. September das KZ-Stutthof als erstes KZ außerhalb der Grenzen Deutschlands vom 31. August 1939 mit etwa 150 verhafteten polnischen Lehrern, Abgeordneten und zahlreichen Akademikern eröffnet werden. Bis Mitte September wurden mehrere hundert Danziger Juden im sogenannten „Kleinen Lager“ eingesperrt. Mit einer Fläche von 12 ha sollte es 3.500 Gefangene aufnehmen, 1944 aber waren rund 120 ha mit Stacheldraht umsäumt und mit Baracken für

57.000 Häftlinge bestückt. Das Lager war bis Ende September dem „SS – Oberabschnitt Weichsel“ unterstellt, dann einige Monate der Danziger Gestapo, bis es am 7. Januar 1942 von Heinrich Himmler in die „Inspektion der KZ“ eingegliedert und in die Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches einbezogen wurde.

Im Juni 1940 wurden die ersten Frauen in Stutthof eingeliefert und einige Monate später in der Baracke Nummer I untergebracht, die von da an nur noch „Frauenbaracke“ genannt wurde. Sie darf nicht verwechselt werden mit dem „Lager Nr. III“. Es entstand erst Ende Juni 1944 und erhielt rasch die Bezeichnung „Judenlager“, weil es für rund 16.000 jüdische Frauen nach dem Warschauer Aufstand bestimmt war, von denen die meisten umkamen. Das gleiche Schicksal erlitten die meisten der etwa 30.000 gegen Ende 1944 eingelieferten ungarischen Jüdinnen.



Abb. 6: Dom von Oliva

Sowjetische Truppen besetzten das KZ am 9. Mai 1945 und befreiten die letzten der dort noch befindlichen Häftlinge. Insgesamt wurden rund 110.000 Menschen aus 25 Staaten nach Stutthof eingeliefert, vornehmlich Polen, Juden und Russen. Von diesen Gefangenen kamen 65.000 im KZ-Stutthof um.

Der junge Museumsführer hatte auf manche drängende Frage aus den Reihen unserer Gruppe allenfalls eine unzulängliche Antwort geben können. Es bestand daher noch erheblicher Diskussionsbedarf, bevor der Bus endlich abfahren konnte in Richtung Oliva zur Besichtigung des gewaltigen Doms, der Jahrhunderte lang das Herzstück des dortigen Zisterzienserklosters gebildet hatte (Abb. 6).

In Anerkennung der neuen politischen Verhältnisse gliederte der Vatikan das Gebiet der 1919 gebildeten „Freien Stadt Danzig“ aus der Diözese Culm aus; und als Kathedrale für die 1925 gegründete Diözese Danzig bot sich die prächtige ehemalige Klosterkirche geradezu an. Papst Johannes Paul II. erhob 1992 das exemte Bistum zum Erzbistum.

Zu einem Bummel durch den sorgfältig gepflegten Park und zur ausgiebigen Besichtigung der Seitenkapellen wie auch des prächtigen Hochaltars mit der „Anbetung Mariens“ blieb uns reichlich Zeit, bis wir um 15:00 Uhr auf den Beginn des – wie es hieß – täglichen „berühmten Orgelkonzerts“ auf der großen Orgel mit seiner Rokokofassung warteten. Abgesehen von manchen vergnüglichen Effekten und Bewegungen vieler Engelfiguren mit Trompeten und Glocken hinterließ das Konzert selbst einen zwiespältigen Eindruck und führte zu lebhaften Gesprächen im Bus auf der Weiterfahrt nach Zopot.

Auf dem etwas beschwerlichen Weg zum Strand, an den der Bus nicht soweit heranzufahren konnte, wie wir es uns wünschen mochten, besichtigten wir zunächst das imposante Grand Hotel. Dann bewunderten wir die mehr als 500 Meter lange und damit längste Mole

Europas. Zusammen mit einer größeren Gruppe fuhren wir zu Schiff nach Danzig zurück (Abb. 7), während andere aus unserer Gesellschaft nach eigenem Wunsch Bus oder Bahn benutzten. Für die meisten klang der Abend mit einem (?) kühlen Bier aus.

Am Sonntagmorgen war das Gepäck schon um 8:30 Uhr im Bus verstaut, so dass wir uns eher als vorgesehen auf den langen Heimweg begaben. Die Busfahrt verlief mit den erforderlichen Pausen viele Stunden lang planmäßig, bis wir im Raum Hannover in einen Stau gerieten. Nach einem mühsamen „stop and go“ verließen unsere Fahrer schließlich nach Überquerung der Weser die A2 und führten uns auf Nebenstraßen auf die A33, so dass wir zwar mit erheblicher Verspätung und ziemlich müde, aber wohlbehalten am Kunstsilo auf dem Gelände der Universität ankamen. Mit einem herzlichen Dank verabschiedeten wir uns von Herrn Tietz und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Organisation der Fahrt und die Betreuung während der Exkursion. In den Dank schlossen wir natürlich auch unseren Vorsitzenden Dr. Wittig ein.



Abb. 7: Rückfahrt von Zopot nach Danzig auf der Ostsee

Habilitation und Antrittsvorlesung Mareike Menne



Mit ihrer Antrittsvorlesung über „Die Nacht des Bewusstseins. Zur Archäologie des Rausches in der Frühen Neuzeit“ hat Frau Priv. Doz. Dr. Mareike Menne den nächsten Schritt auf ihrer akademischen Laufbahn getan. Frau Menne hat ihre Habilitationsschrift mit dem Thema „Diskurs und Dekor. China im Alten Reich, 1600 - 1800“ verfasst. Der Verein für Geschichte gratuliert Frau Menne ganz herzlich, dankt ihr für ihr jahrelanges vielseitiges Engagement im Verein und hofft auf eine weitere, für alle Seiten gedeihliche Zusammenarbeit!

Michael Wittig,
für den gesamten Vorstand des VfG
sowie das Redaktionsteam der PHM

Familienausflug 2014: Emsquellen – Senne – Rietberg

von Michael Wittig

„Regionalgeschichte erfahren“ ist das Motto der jährlich im September stattfindenden Familienausflüge. Im Jahr 2014 trafen wir uns auf dem Parkplatz bei den Emsquellen in Hövelhof/ Stukenbrock. Vorbei an den Senne-Pferden (die hier als Nachfolger der Pferde gelten, die den Römern bei der Varus-Schlacht entlaufen sind) spazierten wir zum Quellgebiet der Ems (= Tamesis, vgl. Themse = dunkles, schattiges Gewässer; Sickerquelle). Nachdem wir im Ems-Informationszentrum unser Wissen über die Ems aufgefrischt hatten, fuhren wir zur Ems-Erlebniswelt in der Forellsenne (bei der im Kulturkampf erbauten Achatiuskapelle, deren Patron ein armenischer Soldat ist, der im Widerstand gegen staatliche Willkür umgekommen ist); hier konnten wir uns bei einem Picknick stärken (Abb. 1).



Abb. 1: Achatiuskapelle in der Forellsenne

Weiter ging es an der Brinkkapelle (Abb. 2) vorbei (im Brechmerholz unter Clemens August erbaut, den Asseburgern, also dem Nachfolger Fürstbischof Wilhelm Anton, anvertraut; unter dem Namen „Brechtme“ ist Stukenbrock im 11. Jhd., in der Vita Meinwerci erstmals urkundlich erwähnt; der Namenswechsel zu Stukenbrock erfolgte im 16. Jhd.: „im Bruch gerodete Siedlerstelle“). So kamen wir an das andere Ortsende von Stukenbrock, wo vor 400 Jahren Dietrich (Theodor) von Fürstenberg die Pfarrkirche St. Johannes Baptist „aus Sorge um das Seelenheil“ seiner Senne-Bauern wegen der lippischen Calvinisten errichtet hat (Abb. 3).



Abb. 2: Brinkkapelle im Brechmerholz



Abb. 3: Inschriftentafel an der Kirche St. Johannes Baptist zu Stukenbrock

Vorbei an Schloß Holte (seit 1970 Namensgeber der Ortschaft, dem früheren „Liemke“), dem Jagdschloss der Rietberger (deren erster Wehrbau 1556 von Bernhard zur Lippe zerstört worden ist, 1608 aber durch Johann von Rietberg-Ostfriesland wieder errichtet wurde), führen wir über Kaunitz (durch den Bau einer stattlichen Kirche -1746- entstanden; der Ort ist benannt nach Graf Wenzel Anton, dem Sohn einer Rietbergerin und seinem aus einer mährischen Adelsfamilie abstammenden Vater, der im Namen Maria Theresias den Kampf gegen den preußischen Schlesien-Räuber Friedrich II. organisiert hat), ging es in das kleine Residenzstädtchen Rietberg. Auf dem Rückweg machten wir einen letzten Halt hinter dem Römerlager Anreppen in Bentfeld, auf dem Marienhof Marks, wo auf uns ein deftiger Eintopf und selbstgebrautes Bier (natürlich auch alkoholfreie Getränke) auf uns warteten. Geschichtserfahrung mit allen Sinnen.

Nördlich aus dem Ort hinaus, Richtung Bielefeld, stießen wir im Wald bei Dalbke auf zwei Grenzsteine mit dem Kreuz-Wappen vom Fürstbistum Paderborn, sowie denen der drei angrenzenden Grafschaften, der lippischen Rose, dem Ravensberger Sparren und dem Rietberger Adler (Abb. 4); dieses Vier-Länder-Eck half jungen Männern, sich vor den Häschern des Militärs in Sicherheit zu bringen.



Abb. 4: Grenzstein im Wald von Dalbke

Schülerpreis VfG

von Michael Wittig

Auch in diesem Jahr wurden erfreulicher Weise wieder Geschichtsfacharbeiten mit regional-geschichtlichem Schwerpunkt von Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen eingereicht; fünf von ihnen konnten prämiert werden, d.h., dass die Preisträger neben einem Geldpreis auch eine einjährige Schnuppermitgliedschaft in unserem Verein bekommen. Die Preisträger seien hier kurz vorgestellt:

Marco Osdiek vom Gymnasium Schloss Neuhaus hat als Schüler der EF (=Klasse 10), wo der Schwerpunkt auf Aneignung von Methoden der Geschichtswissenschaft liegt, das allseits bekannte Thema „Kreuzzüge“ mit der Person eines Paderborner Bischofs verbunden - zumindest mit einem, der in der Paderborner Bischofsliste (1223-1225) steht; denn er zeigt, dass dieser sich eher einen Namen als „Technikfreak“, als Bastler der Eroberungsmaschine gemacht hat, mit der es den Kreuzfahrern gelang, in die muslimische Festung Damiette in Ägypten einzudringen; Oliver wurde damit zum wirklich ersten Kardinal des Paderborner Bistums.

Sophia Hense vom Gymnasium Carolinum in Marsberg hat sich mit der originelle Frage beschäftigt: „Stand der „Zentrumsturm“ in Marsberg?“ Analyse der Wahlergebnisse des Zentrums in der Weimarer Republik.“ Sie zieht entgegen der weitverbreiteten Meinung, dass Katholiken nicht so anfällig gewesen seien für die Nazis und diese entsprechend auch nicht gewählt hätten, das Fazit, dass dies weniger eine Frage der Konfession gewesen sei als auf die starke Bindung der Katholiken an ihren politischen Arm, eben das Zentrum, zurückzuführen sei; nach der Selbstauflösung des Zentrums sieht sie entsprechend auch keine großen Unterschiede mehr im Wahlverhalten.

Und das ist Ihnen beiden in ausgezeichneter Weise gelungen.

Maren Bartels vom Pelizaeus-Gymnasium hat gearbeitet über: „Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten um 1945-1947. Die Integration von Flüchtlingen anhand eines Zeitzeugeninterviews“ - mit durchaus zitierenswerten Aussagen einer Person, die damals selber als Flüchtling hierher kam und sich über das aktuelle Umgehen weiter Teile der Gesellschaft der BRD mit den aktuell hier als Flüchtlingen ankommenden Menschen wundert. Um Fragen stellen zu können, braucht es einen Hintergrund, den man sich angeeignet haben muss, im Unterricht oder eben beim Lesen von Büchern. Vor allem aber braucht es Fingerspitzengefühl, Einfühlungsvermögen und möglichst offene Ohren, um das zu verstehen, was uns eine andere Generation erzählt.

Dies zeichnet auch die Arbeit von Marius Mühlenkamp vom gleichen Gymnasium aus; sein Thema lautet: „Zerstörung und Wiederaufbau Paderborns nach dem Zweiten Weltkrieg. Spurensuche mit Hilfe von Zeitzeugen.“ Wir begegnen in dieser Arbeit Menschen, die von ihrer Zeit und ihrem Umfeld geprägt sind. Dem Verfasser ist es gelungen, sich mit seinen ihm heute vermittelten Werten, vor allem aber den Informationen, die uns heute zur Verfügung stehen, vorsichtig an die Befragten heran zu tasten und sich bei der Bewertung zurück zu nehmen.

Die dritte an diesem Gymnasium zu prämierende Arbeit stammte von Philipp Dransfeld, der sich mit der „Reichsprogromnacht 1938 in Paderborn und Veränderungen von Leben und Wahrnehmung der Juden Paderborns infolge der Reichsprogromnacht“ beschäftigt hat. Auch hier zeigt sich, dass der Blick in die Regionalgeschichte uns ein runderes, ein plastischeres Bild liefern kann, als es Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte, zum Zweiten Weltkrieg oder der NS-Zeit in Deutschland tun können.

Der *Verein für Geschichte an der Universität Paderborn* bemüht sich, junge Menschen für die Auseinandersetzung mit der Geschichte zu interessieren – auch bereits vor dem Studium. Neben dem Preisgeld und der kostenfreien Schnuppermitgliedschaft bekommen die Preisträger unsere Zeitschrift, die Paderborner Historischen Mitteilungen, die in Zusammenarbeit mit Studierenden redigiert wird, bzw. deren Beiträge enthält, als Weiteres eventuelle Publikationen in den beiden Reihen „Beiträge zur Paderborner Geschichte“ und „Paderborner Historische Forschungen“. Als ein Medium, das vor allem von Jüngeren genutzt wird, weisen wir sie auch hin auf die Internetplattform „Westfälische Biografien“.

Vereinsmitteilungen:

Der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.

Der Verein für Geschichte (VfG) ist 1983 gemeinsam von Studierenden und Lehrenden an der Paderborner Hochschule gegründet worden. Ziel war und ist es nach wie vor, Forschungen zur Geschichte – insbesondere des westfälischen Raumes – zu fördern und durch Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck gibt der VfG mehrere Buchreihen heraus: Die *Paderborner Historischen Forschungen* (PHF), die *Paderborner Beiträge zur Geschichte* (PBG) und, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Paderborn, die *Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte*.

Unsere Mitglieder erhalten von den seitens des Vereins für Geschichte herausgegebenen Büchern je ein kostenloses Exemplar als Arbeitsgrundlage. Ältere Veröffentlichungen können zu einem günstigen Mitgliederpreis erworben werden.

Daneben existiert mit den vorliegenden *Paderborner Historischen Mitteilungen* (PHM) ein weiteres Publikationsorgan, welches im Wesentlichen für kleinere Arbeiten gedacht ist. Neben regionalgeschichtliche Fragen behandelnden Aufsätzen und Miscellen, die den inhaltlichen Schwerpunkt bilden, ist hier Raum für Beiträge aus dem gesamten Spektrum historischer Forschung.

Ein weiteres Anliegen des VfG betrifft den Informations- und Gedankenaustausch zwischen historisch Interessierten. Ein Forum hierzu bietet der *Historische Gesprächskreis*, der etwa dreimal jährlich unter einer bestimmten Themenstellung stattfindet. Die Termine werden jeweils in den *Mitteilungen* und auf unserer Homepage angekündigt.

Wir arbeiten übrigens ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich allein durch die Mitgliedsbeiträge (derzeit 30,00 € pro Jahr/ Studierende 15,00 €) und Spenden.

Sie möchten auch Mitglied werden? Kein Problem!

Sie können uns schreiben:

Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.
c/o Die Sprachwerkstatt GmbH
Stettiner Straße 40–42
33106 Paderborn

Oder anrufen:

Hubert Tietz M.A. 05251/77999-0

Oder eine E-Mail schicken:

vfg@die-sprachwerkstatt.de

Wir freuen uns! Übrigens – als neues Vereinsmitglied erhalten Sie mit dem „Paderborner Künstlerlexikon“ ein attraktives und hochwertiges Begrüßungsgeschenk.

Ansprechpartner an der Universität:

PD Dr. Michael Ströhmer

(N2.343; Tel. 60-3167 oder -5478)

Prof. Dr. Frank Göttmann

(N 2.329; Tel. 60-2437)

Prof. Dr. Eva-Maria Seng

(W1.111; Tel. 60-5488)

Sie können uns auch auf unserer Homepage besuchen:

www.vfg-paderborn.de

Vereinsveröffentlichungen

Die vom Verein für Geschichte herausgegebenen Bücher erhalten Sie im Buchhandel. Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen:

SH-Verlag GmbH, Auerstraße 17, 50733 Köln
Tel. 0221/956 17 40, Fax 0221/956 17 41, E-Mail: info@sh-verlag.de

Vereinsmitglieder können, sofern sie direkt beim Verlag bestellen, unter Angabe ihrer jeweiligen Mitgliedsnummer unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis beziehen!

Paderborner Historische Forschungen (PHF)

Bd.1. MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802-1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Schernfeld 1988, 504 S., Abb.

Bd.2. UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832-1926), Schernfeld 1992, 262 S., Abb.

Bd.3. FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands – eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd.4. LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., Abb.

Bd.5. THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung, Lehrer, Schullokalen, Vierow 1995, 400 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd.6. LUDGER GREVELHÖRSTER/ WOLFGANG MARON (Hg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd.7. MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, 350 S., Abb.

Bd.8. KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., Abb.

Bd.9. DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd.10. KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945-1948, Köln 1999, 128 S., Abb.

Bd. 11: FRANK GÖTTMANN/ PETER RESPONDEK (Hg.), Historisch-demographische Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.-20. Jahrhundert), Köln 2001, 198 S., Abb.

Bd. 12: BIRGIT BEDRANOWSKY, Neue Energie und gesellschaftlicher Wandel. Strom und Straßenbahn für das Paderborner Land, Köln 2002, 271 S., Abb.

Bd. 13: BARBARA STAMBOLIS (Hg.), Frauen in Paderborn. Weibliche Handlungsräume und Erinnerungsorte, Köln 2005, 494 S., Abb.

Bd. 14: HERMANN FREIHERR VON WOLFF METTERNICH, Ein unbehagliches Jahrhundert im Rückblick, Köln 2007, 275 S., Abb.

Bd. 15: KLAUS HOHMANN (Hg.), Die Paderborner Friedhöfe von 1800 bis zur Gegenwart, Köln 2008, 672 S., 400 Abb.

Bd. 16: SIMONE BUCKREUS, Die Körper einer Regentin – Amelia Elisabeth von Hessen-Kassel (1602-1651), Köln 2008, 196 S., 7 Abb.

Bd. 17: MICHAEL STRÖHMER, Jurisdiktionsökonomie im Fürstbistum Paderborn – Institutionen – Ressourcen – Transaktionen (1650-1800), Münster 2013, 376 S., 38 Abb. u. Tab.

Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)

DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., Abb.

REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., Abb.

JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Pader-

born, bearb. von Friedhelm Golücke, Paderborn 1990, 143 S., Abb.

DIDIER VERSHELDE/ JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn-Brackwede(-Bielefeld) 1845-1994, Vierow 1995, 151 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, 115 S., Abb.

MARC LOCKER/ REGINA PRILL/ EVA MARIA KÜHNEL/ MELANIE KNAUP/ CARSTEN SCHULTE u. a. (Bearb.), Als die Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939-1945, Vierow 1998, 175 S., Abb.

BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798-1876) Frauenleben in historischen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S., Abb.

KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612-1834. Das „Jahrbuch der Capuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S., Abb.

Bd. 10: MARGIT NAARMANN, Ein Auge gen Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939-1943, Köln 2000, 184 S., Abb.

Bd. 11: UDO SCHLICHT, „Holtzhauer“ und feine Gefäße. Die Glashütten im Fürstbistum Paderborn zwischen 1680 und 1800, Köln 2000, 149 S., Abb.

Bd. 12: BRITTA KIRCHHÜBEL, Die Paderborner Intelligenzblätter (1772 bis 1849), Köln 2003, 162 S., Abb.

Bd. 13: BETTINA BRAUN/ FRANK GÖTT-MANN/ MICHAEL STRÖHMER (Hg.), Geistliche Staaten im Nordwesten des Alten Reiches. Forschungen zum Problem frühmoderner Staatlichkeit, Köln 2003, 304 S., Abb.

Bd. 14: DELPHINE PRADE, Das Reismann-Gymnasium im Dritten Reich. Nationalsozialistische Erziehungspolitik an einer Paderborner Oberschule, Köln 2005, 214 S., Abb.

Bd. 15: ULRICH CHYTREK, Der Telegraf von Prof. Gundolf aus Paderborn von 1850. Eine zeitgeschichtliche Einordnung, Köln 2006, 120 S., Abb.

Bd. 16: CAROLIN MISCHER, Das Junkerhaus in Lemgo und der Künstler Karl Junker. Künstlerisches Manifest oder Außenseiterkunst, Köln 2011, 104 S., Abb.

Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578-1945, Paderborn 1992, 229 S.

ANDREAS GAIDT, Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979. Das Schrifttum über Paderborn, Paderborn 2002, 630 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u. a., Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

ALEXANDRA MEIER/ ROLF-DIETRICH MÜLLER/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990-1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S.

DETLEF GROTHMANN, Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter. Gesamtverzeichnis der Jahrgänge 1 (1933) bis 60 (1999), Köln 2000, 402 S.

Neu:

ANDREAS GAIDT/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1995-2010 (Bibliographien zur Westfälischen Regionalgeschichte), Paderborn 2015.

Weitere Veröffentlichungen/ Mitherausgeberschaften

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN/ KARL-JOSEF SCHWIETERS/ MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., Abb.

BEATE PFANNSCHMIDT, Die Abdinghofkirche St. Peter und Paul. Wandmalerei 1871-1918-1945, Köln 2004, 159 S., Abb.